7 deutsche architektur



Berlin
Juli
1971

Die Aufgaben des BdA der DDR • Neue Funktionslösungen für gesellschaftliche Bauten • Hochschulbau in Polen, Ungarn und England

Preis 5.– Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– M

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

- Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetchatj
- Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana
- Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassill-Lewsky 6
- Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50
- Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23
- Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest
- Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová služba, Praha 2 – Vinohrady, Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14
- Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32
- Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, A – 1011, Wien I, Salzgries 16
- Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14
- Westdeutschland
- Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)

Aus dem vorigen Heft:
Berichte vom 6. Kongreß des BdA der DDR
Berlin Alexanderplatz 1971
Stadthalle Neubrandenburg
Verwaltungsgebäude Neubrandenburg
Entwicklung des Industriebaus in der UdSSR
Über die künftige Entwicklung des sowjetischen Städtebaus
Optimierung des komplexen Wohnungsbaus

Im nächsten Heft:
Ökonomische Probleme der Investitionsvorbereitung
und des Wohnungsbaus
Warenhaus „Centrum" in Berlin
Kunsthalle Rostock
Wohnheim „Sonne
Gedanken zur künftigen Entwicklung des Industriebaus

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 26. April 1971
Illusdruckteil: 4. Mai 1971

Titelbild:
So etwa könnte ein Wohngebietszentrum aussehen, das mit dem neuen Angebot an gesellschaftlichen Einrichtungen ausgestattet wird, das wir in diesem Heft vorstellen.
Zeichnung: Deutsche Bauakademie

Fotonachweis:
Herbert W. Brumm, Schwedt (1); Dr.-Ing. Rudolf Lasch, Rostock (4); Jürgen Hermann Schütz, Berlin (6); Adalbert Wawro, Cottbus (1); VE WBK Cottbus, Bildstelle (1)

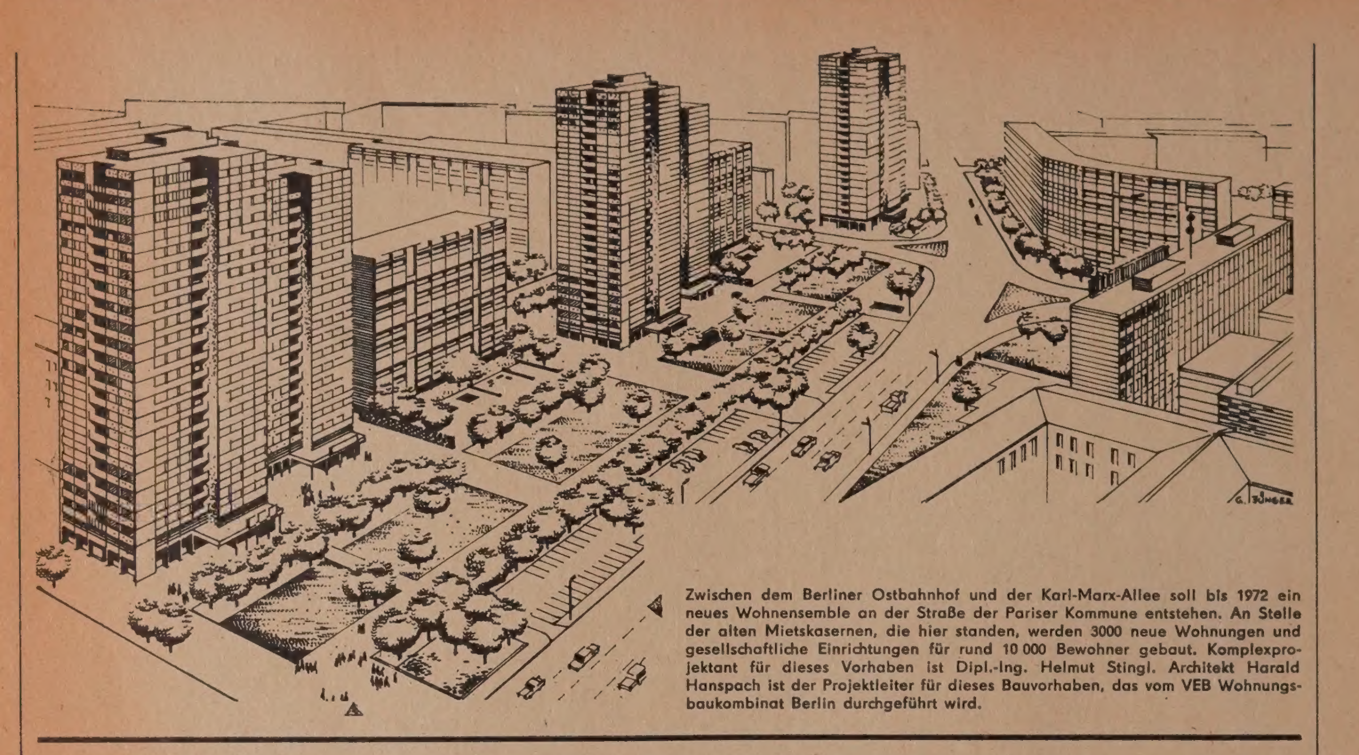
7 deutsche architektur

XX. Jahrgang
Berlin
Juli 1971

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: **Dr. Gerhard Krenz**, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf



Zwischen dem Berliner Ostbahnhof und der Karl-Marx-Allee soll bis 1972 ein neues Wohnensemble an der Straße der Pariser Kommune entstehen. An Stelle der alten Mietskasernen, die hier standen, werden 3000 neue Wohnungen und gesellschaftliche Einrichtungen für rund 10 000 Bewohner gebaut. Komplexprojektant für dieses Vorhaben ist Dipl.-Ing. Helmut Stingl. Architekt Harald Hanspach ist der Projektleiter für dieses Bauvorhaben, das vom VEB Wohnungsbaukombinat Berlin durchgeführt wird.

Generalbebauungsplan und städtebaulicher Vorlauf

Hauptanliegen der Politik der Partei der Arbeiterklasse und unserer Regierung ist, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen ständig planmäßig zu verbessern. Die sozialistische Umgestaltung der Städte und Siedlungen ist dabei eine besonders wichtige Aufgabe. Geht es doch darum, unsere Anstrengungen darauf zu richten, die Struktur und Gestalt unserer Städte und Siedlungen schrittweise so zu verändern, daß sich die Prozesse der Produktion und Wissenschaft, der Bildung und Kultur, aber auch der aktiven Freizeitbeschäftigung effektiv für die ganze Gesellschaft wie für den einzelnen entwickeln.

Das erfordert, die notwendigen Entscheidungen gründlich vorzubereiten. Die Generalbebauungspläne der Bezirke und wichtiger Städte sind dafür eine grundlegende Voraussetzung. Mit ihrer Hilfe werden die Bauaufgaben für die Rationalisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen der Produktion und die städtebaulich-architektonische Entwicklung in den Territorien langfristig räumlich und zeitlich konzipiert.

Die Generalbebauungspläne sollen es also den örtlichen Volksvertretungen ermöglichen, rechtzeitig über die planmäßige Reproduktion der baulichen Grundfonds zu entscheiden, damit das von den Werktätigen erwirtschaftete Nationaleinkommen auch auf diesem Gebiet effektiv verwendet werden kann.

Noch nicht überall werden die Generalbebauungspläne diesen gewachsenen Anforderungen gerecht. Es kommt darauf an, daß in verstärktem Maße Varianten berechnet und die gesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen aufgezeigt werden. Das betrifft vor allem Probleme, wie im Zusammenhang mit der Art und dem Umfang der Bauvorhaben der Grund und Boden rationell zu nutzen ist. Probleme der standortbedingten Aufwendungen, der Reihenfolge von Baumaßnahmen, insbesondere der stadttechnischen Versorgung, und nicht zu letzt Grundfragen der rationellen Organisation und Funktion sowie der architektonischen Gestaltung. Die Lösung dieser meist untereinander verknüpften Probleme ist maßgebend für den städtebaulichen Vorlauf und damit für eine kontinuierliche Bauproduktion, insbesondere für den Wohnungsbau.

Was verstehen wir unter städtebaulichem Vorlauf? Das ist die vom Generalbebauungsplan abgeleitete und in dem neuen Fünfjahrplan sowie in den Jahresplänen festzulegende klare und eindeutige Beantwortung der Fragen, „was, wo, wie, wann und von wem" gebaut wird. Es ist also notwendig, daß die örtlichen Staatsorgane in Übereinstimmung mit den zentralen Direktiven und Vorgaben durch ihre Entscheidungen den städtebaulichen Vorlauf sichern. Dazu gehört, daß die Bauaufgabe präzise formuliert wird. Zum Beispiel sind für den Wohnungsbau die mit Effektivitätsnachweis begründeten Proportionen zwischen mehr- (vorrangig 5-) und vielgeschossigen Wohnbauten langfristig festzulegen. Es muß über die Reihenfolge der Inanspruchnahme der Standorte und darüber entschieden werden, wie die stadttechnische Erschließung rechtzeitig vorzubereiten und durchzuführen ist. Weiter ist zu gewährleisten, daß sich die Baubetriebe erzeugnisbezogen entwickeln. Davon ausgehend sind die anzuwendenden Bauweisen und Besttechnologien zu bestimmen. Schließlich ist der Einsatz der Generalauftragnehmer und Hauptauftragnehmer zu klären sowie die zeitliche Bauausführung der Bauaufgaben entsprechend den volkswirtschaftlichen Anforderungen, um optimale Bauzeiten zu erreichen.

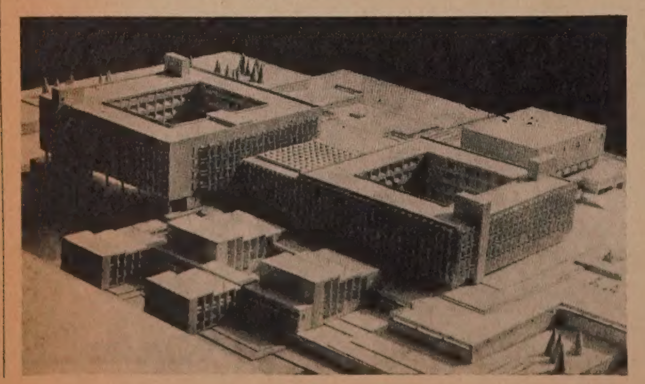
Solche Festlegungen können aber nur dann rechtzeitig und mit hohem ökonomischem Effekt getroffen werden, wenn die Baukombinate bereits bei der Ausarbeitung der Generalbebauungspläne aktiv mitwirken. Ihr zielgerichteter Beitrag, städtebauliche Aufgaben zu lösen, besteht vorrangig darin, auf der Grundlage der Normative Angebotsprojekte zu erarbeiten, die bei reduziertem Elementesortiment variable Funktions- und Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Die Unverwechselbarkeit der Städte, die Vielfalt der gestalterischen Aussage ist dabei nicht allein in der Differenziertheit der einzelnen Bauwerke begründet. Vielmehr bieten geschlossene Ensembles, die Zuordnung der Bauwerke untereinander, das Ausnutzen der vorhandenen natürlichen Gegebenheiten und somit die gesamte räumliche Komposition mannigfaltige Möglichkeiten des Variierens. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Architektur des einzelnen Bauwerkes vernachlässigt werden darf. Es kommt vielmehr darauf an, daß die Baukombinate um solche Angebotsprojekte mit hoher architektonischer Qualität ringen, die sich in Fließ- und Schnellbaufließfertigung realisieren lassen.

Ausgehend von den Beschlüssen des Zentralkomitees der SED, muß die Arbeit an den Generalbebauungsplänen darauf konzentriert werden, die städtebaulichen Aufgaben der siebziger Jahre zu präzisieren. Gerade in dieser Phase der Präzisierung, d. h. beim Ausarbeiten der Bebauungskonzeption für geschlossene Teilgebiete, werden Voraussetzungen für das Anwenden von Mustertechnologien und für das Erreichen von Bestwerten geschaffen.

Aktives Mitwirken der bauausführenden Kollektive im Prozeß der städtebaulichen Planung bedeutet also, Einfluß auf die Ökonomie sowohl der Kombinate als auch der Städte zu nehmen.

Horst Sommer, Ernst-Günter Weise

Modell der Universität in Uschgorod (UdSSR). Architekt W. I. Liwschiz u. a.

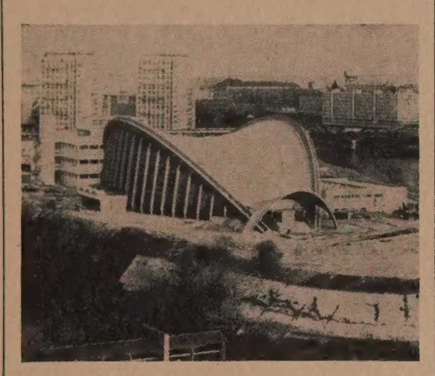


Der neue bulgarische Kurort Albena. Architekt N. Nenow u. a.





Ein neuer Wohnungsbau der Serie 1 LG-600 A in Leningrad. Architekten: O. Bogorad, E. Brodskaja, W. Kowalewa u. a.



Sportstadion mit 3000 Plätzen in Saint-Ouen (Frankreich). Architekten: A. Kopp, P. Chasanoff und R. Sarger

Nowi Usen – eine Stadt in der Wüste

Nach dem von der Regierung Kasachstans bestätigten Generalbebauungsplan soll das Territorium von Nowi Usen, der nach der Stadt Schewtschenko zweitgrößten dicht besiedelten Ortschaft auf der Halbinsel Mangyschlak, bis 1975 mehr als verdoppelt werden. Die Stadt liegt inmitten von Erdöl- und Erdgasvorkommen Mangyschlaks auf einem steinigsalzigen Wüstenboden mit streng kontinentalem Klima. Die Wohnkomplexe bilden halbgeschlossene, vor dem Wind geschützte Konturen. Die Häuser, Fenster, Logien und Nischen sind so angeordnet, daß die Einwirkung der Sonnenstrahlen im Sommer auf ein Minimum reduziert ist. Zum ersten Mal ist ein Klimaanlagensystem im Maßstab einer ganzen Stadt eingeplant.

Gegen die heißen Wüstenwinde sollen zahlreiche Streifen von Schutzwäldern angelegt und, um eine übermäßige Verdampfung der Feuchtigkeit zu vermeiden, ein Projekt für unterirdische Bewässerung ausgearbeitet werden.

Umweltschutz in der DDR

Beachtliches hat die DDR auf dem Gebiet des Umweltschutzes in dem relativ kurzen Zeitraum von nur knapp einem Jahr seit Annahme des Gesetzes über die planmäßige Umgestaltung der sozialistischen Landeskultur geleistet. Diese Feststellung traf der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. Werner Titel in einem Rundfunkinterview.

Dr. Titel verwies auf die erfolgreiche Tätigkeit der ständigen Arbeitsgruppen für Landeskultur beim Ministerrat und bei den Bezirksräten, auf die Präzisierung der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen sowie auf die Einbeziehung der landeskulturellen Probleme in Lehre und Forschung. In einer ganzen Reihe von Betrieben werde nach Annahme des Landeskulturgesetzes – stimuliert durch inzwischen vom Ministerrat verabschiedete ökonomische Regelungen – mit größerer Verantwortung gegenüber der natürlichen Umwelt gearbeitet. Die vorhandenen Anlagen zur Reinhaltung von Wasser und Luft würden sorgfältiger ausgenutzt und neue geschaffen.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates würdigte die im Wettbewerb zu Ehren des VIII. Parteitages der SED, beim Zusammenwirken von Bürgern, Ausschüssen der Nationalen Front, örtlichen Organen und Betrieben erzielten guten Ergebnisse zur Erhaltung und Verschönerung der natürlichen Umwelt. In dieser Initiative liege noch eine größere Reserve, zumal wichtige Fragen des Umweltschutzes nur mit hohem materiellem Aufwand und folglich entsprechend den planmäßig bereitgestellten Mitteln nur schrittweise zu lösen seien. Auch im nächsten Planjahrfünft werde es darauf ankommen, die verfügbaren Mittel so effektiv wie möglich für die Zwecke der sozialistischen Landeskultur einzusetzen.

Dabei sieht Dr. Titel ein entscheidendes Problem darin – und hier gebe es bereits beachtliche Fortschritte –, beim Bau neuer Betriebe von Anfang an, von der Forschung und Projektierung bis zur Standortgenehmigung und Baudurchführung, immer die Erfordernisse des Umweltschutzes zu beachten. Die neue Qualität der sozialistischen Landeskultur in der DDR bestehe gerade darin, daß hier zwischen dem Schutz der Natur und der Entwicklung der Industrie kein Gegensatz konstruiert wird, sondern die sozialistische Landeskultur als fester Bestandteil der umfassenden Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft aufgefaßt und organisiert wird.

Zur konstruktiven Lösung der Umweltschutzprobleme in Europa hält Dr. Werner Titel eine internationale Zusammenarbeit unter gleichberechtigter Teilnahme aller Staaten für erforderlich. Es sei schlechthin undenkbar, in Europa wirksame Lösungen, zum Beispiel für die Reinhaltung der Ostsee, der Grenzgewässer und Luft, zu finden, ohne dabei die DDR hinzuziehen. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates versicherte die Bereitschaft der DDR, an der UNO-Weltkonferenz 1972 in Stockholm über den Umweltschutz konstruktiv mitzuarbeiten.

Bulgarisches Elektromobil

Das erste bulgarische Elektromobil hat das Institut für die Projektierung und Konstruktion von Motoren und Kraftfahrzeugen in Sofia entwickelt. Das „Elmo-70" kann mit einer aufgeladenen Batterie 230 Kilometer zurücklegen und entwickelt eine Höchstgeschwindigkeit von 55 Kilometer in der Stunde.

Geschäft mit dem Umwelt-Tod



Für 20 Dollar können – so wirbt eine Anzeige in der „New York Times" – jetzt USA-Bürger Gesundheit und Leben retten. Die Maske soll als Schutz vor den giftigen Abgasen dienen, die in vielen Städten der USA besonders im Herbst und Winter eine lebensbedrohende Konzentration erreichen.

Für Leute, die sich Luxuswagen leisten können, werden die Abgase ihrer Autos künftig kein Problem sein. Für sie wurden Vollklimaanlagen entwickelt, die im Innenraum der Wagen eine von der Umwelt unabhängige sauerstoffreiche Biosphäre schaffen. Die weniger bemittelten Fußgänger können ja für 20 Dollar . .. (siehe oben).

Gewässer – „ein riesiger Abfalleimer"

Sofortmaßnahmen gegen die wachsende Verseuchung der britischen Gewässer hat die Kommission für Umweltschutz in Großbritannien gefordert, die ihren Jahresbericht der Regierung vorlegte. Er bezeichnet die britischen Küstengewässer, die Flußmündungen und die Meere der englischen Ost- und Südküste als „einen riesigen Abfalleimer".

Wie aus dem Bericht hervorgeht, werden täglich fünf Millionen Kubikmeter Haushaltsmüll, drei Millionen Kubikmeter Industrieabwässer und sonstige Abwässer sowie sieben Millionen Kubikmeter Kühlwasser der Kraftwerke in die Gewässer geschüttet. Hinzu kommt noch, daß in die nordöstlichen Küstengewässer jährlich fünf Millionen Tonnen Rückstände der Bergbauproduktion versenkt werden.

BRD: 500 000 leben in Asylen

Nach Schätzungen des Bonner Städtebauinstitutes leben in der BRD gegenwärtig eine halbe Million Menschen in Obdachlosenasylen oder Lagern. Das Institut forderte von den staatlichen Stellen Maßnahmen zur „Resozialisierung" dieser Menschen. Neben der Beschaffung von billigem Wohnraum müsse diesen Menschen mit sozialen Maßnahmen geholfen werden.

In der mit der Petrolchemie rasch wachsenden Stadt Schwedt an der Oder ist dieses Kreisgesundheitszentrum im Bau



Die Aufgaben des BdA der DDR bei der Entwicklung des Städtebaus und der Architektur im Prozeß der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (2)

Nachfolgend veröffentlichen wir den 2. Teil des Referates auf dem 6. BdA-Kongreß, das am 25. 3. 1971 gehalten wurde. Der 1. Teil des Referates wurde in Heft 6/71 veröffentlicht. red.

Aus dem Referat des Präsidenten des BdA der DDR Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein

Generalbebauungsplanung

Der umfangreiche und komplizierte Prozeß der Planung, Umgestaltung und Erweiterung unserer Städte und Dörfer ist ein wesentlicher Teil der gesamtvolkswirtschaftlichen Entwicklung, der auf der Grundlage weitsichtiger Prognosen über die Perspektiv- und Jahrespläne verwirklicht wird. Für die Vorbereitung dazu notwendiger Führungsentscheidungen bilden die Generalbebauungspläne der Bezirke und Städte eine grundlegende Voraussetzung. Mit ihrer Hilfe werden die Bauaufgaben zur Verwirklichung einer hocheffektiven Strukturpolitik in Einheit mit der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und damit zur planmäßigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen des werktätigen Volkes geplant.

Im Rahmen einer organisierten sozialistischen Gemeinschaftsarbeit mit der Territorialplanung, der Verkehrsplanung und anderen Bereichen trägt die Generalbebauungsplanung zur Qualifizierung der komplexen Prognose der Grundlinie der ökonomischen Entwicklung im jeweiligen Territorium bei. Gleichzeitig ist sie eine entscheidende Grundlage für die Gestaltung einer der sozialistischen Gesellschaft entsprechenden baulich-räumlichen Umwelt.

In den letzten Jahren hat sich die Generalbebauungsplanung als Instrument der prognostischen Arbeit bewährt. Seit dem VII. Parteitag wurden in allen Bezirken Generalbebauungspläne als neue Form wissenschaftlich begründeter Entscheidungsvorbereitung für eine planmäßige Gestaltung der gebauten Umwelt erarbeitet.

Ein wesentliches Ergebnis dieser Etappe sind Fortschritte bei der Überwindung der Zersplitterung der Bauinvestitionen. So konnten beispielsweise die Generalbebauungspläne der Bezirke Erfurt, Rostock, Cottbus und anderer für die effektive Vorbereitung und konzentrierte Durchführung der Baumaßnahmen in Verbindung mit einer klaren Entwicklung der Erzeugnislinien der Kombinate und Betriebe des Bauwesens wirksam werden.

Die Arbeit an den Generalbebauungsplänen der Städte ist zu einem festen Bestandteil der Führungstätigkeit der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte geworden. Sichtbarer Ausdruck dafür ist die durch hohe Konzentration der Investitionen erreichte politische Wirksamkeit des Aufbaus der Stadtzentren und der Umgestaltung großer Stadtgebiete.

Bei der Weiterentwicklung der Generalbebauungsplanung unmittelbar in der Praxis haben sich von unseren Mitgliedern besonders die Bezirksarchitekten Kollege Henn in Erfurt, Kollege Dr. Schlesier in Halle und Kollege Radner in Rostock ausgezeichnet.

Auch unser Fachverband hat diesen Prozeß in vielfältiger Form gefördert. Insbesondere hebe ich die zahlreichen schöpferischen Diskussionen in den Bezirksgruppen, die aktive Mitarbeit in Arbeitsgruppen sowie die von unserer Zentralen Fachgruppe Städtebau, unter Leitung des Kollegen Weigel durchgeführten Tagungen und Kolloquien mit Vertretern der Wissenschaft, der staatlichen Leitung, anderen gesellschaftlichen Organisationen und der Praxis hervor. Bei aller berechtigten positiven Einschätzung der bisherigen Arbeit müssen wir aber erkennen, daß die Generalbebauungsplanung noch nicht immer mit den wachsenden Anforderungen der weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems Schritt hält. Das Hauptproblem liegt darin, daß vielfach Modellsysteme zukünftiger Entwicklung unter perfektionistischem Aspekt entworfen, aber viel zu wenig die konkreten technisch-ökonomischen Bedingungen und Konsequenzen für die Realisierung der städtebaulichen Grundlinie herausgearbeitet werden.

Vorstellungen für eine fernere Zukunft nützen wenig, wenn nicht gleichzeitig die realen Wege und Etappen begründet, für die nächsten 10 bis 15 Jahre berechnet, optimiert und planwirksam werden. Wir können auch keine starren Generalbebauungspläne gebrauchen, die durch neue wissenschaftlich-technische Entwicklungen oder durch übergeordnete volkswirtschaftliche Entscheidungen völlig umgeworfen werden und von Grund auf neu bearbeitet werden müssen. Vielmehr muß der Generalbebauungsplan eine hohe Reaktionsfähigkeit besitzen. Das erfordert Kontinuität in der Grundsatzarbeit zur Herausbildung einer optimalen städtebaulichen Struktur und zum Prozeß der Reproduktion der baulichen Grundfonds als Einheit und davon ausgehend die Ausarbeitung strategischer Varianten als Entscheidungsgrundlage. Zu diesen Varianten gehören unbedingt die technisch-ökonomische Begründung der effektivsten Proportionen zwischen Erhaltung, Ersatz und Erweiterung der baulichen Grundfonds sowie die volle Ausnutzung territorialer Ressourcen.

Wo in diesem Sinne eine fundierte Arbeit am Generalbebauungsplan geleistet wurde wie zum Beispiel in Cottbus und Frankfurt, war es möglich, kurzfristig Änderungen in der Standortdisposition des Wohnungsbaus vorzunehmen, ohne die städtebauliche Grundlinie der Entwicklung aufzugeben.

Im Beschluß des Staatsrates zur Entwicklung sozialistischer Kommunalpolitik ist die Generalbebauungsplanung in enger Verbindung mit der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Entwicklung des Bauwesens ausgehend von der Prognosearbeit prinzipiell eingeordnet. Damit wird es notwendig, die neuen Erkenntnisse auf der Grundlage der Beschlüsse für die Generalbebauungsplanung zu einer einheitlichen, inhaltlichen und methodischen Regelung zusammenzufassen, um in allen Bezirken ein gleich hohes Niveau und vergleichbare Planungsergebnisse zu erhalten. Jetzt kommt es vor allem darauf an, einen aktiven Beitrag zur Erhöhung der Ökonomie der Städte zu leisten.

Das ist eine komplizierte Problematik, die in Verbindung von Wissenschaft und Praxis schrittweise einer Lösung zugeführt werden muß. Bisher konnten auf Teilgebieten des Städtebaus, wie z. B. für Standort- und Transportoptimierungen sowie für die Umgestaltung von Wohngebieten, mit Hilfe mathematischer Modelle bereits praktische Teilergebnisse erzielt werden.

Die Ökonomie der Stadt erfordert, die Reproduktion der baulichen Grundfonds und in Einheit damit die Nutzung der Stadt durch die Gesellschaft mit hohem ökonomischen Effekt zu planen und zu realisieren.

In der gegenwärtigen Etappe der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes steht als unmittelbare Aufgabe, mit der Generalbebauungsplanung solche Entscheidungen vorzubereiten, die in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft zur Kontinuität und hohen Effektivität in der Bauproduktion führen. Natürlich müssen wir diese Aufgabe in ihrer ganzen Komplexität erfassen und solche Lösungen erarbeiten, die bei rationeller Bauproduktion eine hohe städtebaulich-architektonische Qualität sichern.

Nur so entsprechen wir der Forderung von Partei und Regierung, eine Umwelt zu gestalten, die der vollen Entfaltung der sozialistischen Arbeits- und Lebensweise dient.

Fragen der Projektierung

Im Mittelpunkt der Projektierungskonferenz des Ministeriums für Bauwesen vom Mai 1970 stand die gesellschaftliche Verantwortung der Projektanten sowie die Planung und Leitung der Projektierung durch die Kombinate und das Ministerium für Bauwesen bei der Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus. Es wurden prinzipielle Fragen der bautechnischen Projektierung aufgeworfen und Lösungen für eine qualitative Veränderung der Projektierung insbesondere in der geistig-schöpferischen Arbeit aufgezeigt.

Mit den „Grundsätzen für die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds" wird der gesamte Komplex der Reproduktion der Grundfonds einschließlich der dazu erforderlichen Entwicklung der Investitionsgüterindustrie und des Bauwesens erfaßt. Mit ihnen werden wichtige Festlegungen für die effektive Gestaltung aller Phasen der Vorbereitung der Investitionen und insbesondere der Projektierung getroffen.

Auch in der Entwicklung des Projektierungsprozesses sind Fortschritte erreicht worden. So sind zum Beispiel im Projektierungsbetrieb des VE BMK Ost zur Erreichung einer hohen Effektivität Variantenuntersuchungen und Vergleichsrechnungen zur ständigen Arbeitsmethode entwickelt worden. Hierzu wurden Typen- und Angebotsunterlagen sowie Projektierungskataloge erarbeitet, die ständig präzisiert werden. Auf dem Gebiet der komplexen Rationalisierung des Projektierungsprozesses, der teilautomatisierte Verfahren einschließt, haben die Deutsche Bauakademie, das Ingenieurhochbaukombinat Berlin und andere Leistungen vollbracht, die für die Kombinate des Bauwesens der Republik von größtem Nutzen sein werden. Damit sind wichtige allgemeingültige Grundlagen für die Herstellung eines Katalogsystems von variabel anwendbaren Bauelementen im Rahmen des Einheitssystems Bau geschaffen worden.

Wie können wir heute den Stand der Integration der Projektierung in den Reproduktionsprozeß der Kombinate einschätzen? Insgesamt beweist die Praxis, daß dieser Schritt richtig war und sich bewährte.

Das Tempo des Entwicklungsprozesses und die vorliegenden Resultate der vollen Einordnung der Projektierung in die Kombinate sind derzeitig noch sehr unterschiedlich. Gehen wir davon aus, daß die synchronisierte Arbeit von Forschung, Entwicklung, Angebotsprojektierung und ständiger Rationalisierung der Erzeugnisse sowie die Erarbeitung der Bebauungspläne, Vorbereitungsunterlagen und Ausführungsprojekte die beiden Hauptaufgabenkomplexe der Betriebe Projektierung der Kombinate darstellen, so muß man kritisch sagen, daß es gerade bei der Synchronisierung der Planungs- und Leitungstätigkeit für diese zwei Aufgabenkomplexe noch die größten Reibungsverluste gibt.

Mit diesen Fragen hat sich in Vorbereitung unseres Kongresses der Vorsitzende der Bezirksgruppe Frankfurt (Oder) des BdA, Kollege Zeil, in seinem Artikel „Der Architekt im Baukombinat" im „ND" auseinandergesetzt.

Mit dem Niveau der Produktion seines Projektierungsbetriebes entscheidet der Kombinatsdirektor in hohem Maße den Wirkungsgrad des Einsatzes der materiell-produktiven Fonds seiner Baubetriebe und somit auch ganz wesentlich die Ökonomie seines Kombinates. Mit dem Projektierungsbetrieb an der Spitze unter engster sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit den Neuerern der Produktion vollzieht das Kombinat die sozialistische Rationalisierung und Automatisierung seiner Bauweisen und Verfahren. In ständiger Übereinstimmung mit der Entwicklung des gesellschaftlichen Bedarfs und in kontinuierlicher Beziehung zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt sichert das Kombinat die Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte sozialistische Reproduktion.

Unsere Bezirksgruppen und unsere Zentrale Kommission Projektierung schätzen ein, daß die Integration der produktionsvorbereitenden Bereiche, die Konzentration der Projektierung als Voraussetzung für die Rationalisierung und schrittweise Automatisierung und ebenso die Spezialisierung und die Einbeziehung der Forschung bisher zu schleppend vorangegangen sind. Dadurch wurde noch nicht erreicht, daß sich die Architekten in vollem Maße mitverantwortlich fühlen für den Reproduktionsprozeß der Kombinate. In dieser Hinsicht muß die Arbeit der Betriebsgruppen noch wirksamer werden. Das gilt ebenso für den richtungsgebenden Einfluß des Ministeriums für Bauwesen und vor allem seiner direkt nachgeordneten Organe.

Weil manchen Kombinaten ihre komplexe Verantwortung für das Endprodukt, nämlich das städtebaulich und architektonisch gut gestaltete und in der

späteren Nutzung und Unterhaltung effektive Bauwerk, Ensemble, Wohngebiet usw. nicht völlig klar ist oder auch verwischt wird, offenbart sich gegenwärtig in der täglichen Arbeit des Projektanten nicht selten ein scheinbarer Widerspruch zwischen der Wahrnehmung gesamt-gesellschaftlicher Interessen, den Anforderungen des Investauftraggebers und den Interessen des Kombinates. Alle Mitglieder unseres Bundes müssen in den Betriebsgruppen der Kombinate an der Überwindung der ideologischen Ursachen dieses Widerspruches mitarbeiten und sich dafür einsetzen, daß sich alle Projektanten zusammen mit der Kombinats- und Betriebsleitung der erhöhten Verantwortung als Kombinatsangehörige und zugleich ihrer Gesamtverantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt werden. Eine zufriedenstellende Lösung dieses Problems wird aber nur im Zuge der weiteren Vervollkommnung des ökonomischen Systems erreicht.

Als Architekten müssen wir zwei grundsätzliche Forderungen an uns selbst ableiten: Das ist die Wahrnehmung der Verantwortlichkeit sozialistischer Eigentümer von Volksvermögen zum ersten und die Wahrnehmung der Verantwortlichkeit für die Organisation der effektivsten städtebaulichen und architektonischen Gesamt- und Teillösungen zum zweiten.

Wir sind der Auffassung, daß die Architekten in den Baukombinaten einen sehr wirkungsvollen und progressiven Beitrag zur Entwicklung ihrer Kombinate und damit des Bauwesens leisten können, wenn sie sich bei der volkswirtschaftlichen und ökonomischen Durchdringung der Aufgaben und der Verwirklichung der Wissenschaftsorganisation gemeinsam mit den Experten und Neuerern auf diesen Gebieten an die Spitze stellen.

Unsere bisherigen Erfahrungen bei der Gestaltung und Anwendung des ökonomischen Systems im Bauwesen lehren uns, daß das Bewußtsein von der gesellschaftlichen Verantwortung des Architekten und aller Projektanten in immer stärkerem Maße zu einer wesentlichen Triebkraft in ihrer schöpferischen Arbeit wird. Sie lehren uns gleichzeitig, daß die sozialistische Architektenpersönlichkeit vor allem im Prozeß der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit besonders mit den Neuerern und Schrittmachern unter den Bauarbeitern geformt wird.

Wir wissen aus unseren Erfahrungen, daß nur die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Wissenschaftlern, Architekten, Technologen, Ökonomen und den Schrittmachern der Produktion dazu führen kann, über das Projekt einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzeffekt der Investitionen, eine hohe architektonische Qualität der gebauten Umwelt und eine effektivere Gestaltung des Reproduktionsprozesses der Kombinate zu erreichen.

Hauptaufgabe der Betriebsgruppen des BdA in den Kombinaten muß es sein, diesen hohen Anforderungen an die Projektierung durchsetzen zu helfen und im sozialistischen Wettbewerb mit allen Kombinatsangehörigen gute Ergebnisse zu erzielen.

Fragen der Wissenschaft

Im Zusammenhang mit der Herausbildung der sozialistischen Stadt als politische und soziale Gemeinschaft der Bürger und zugleich als effektivste und kulturreichste territoriale Organisations- und Lebensform der sozialistischen Gesellschaft bedürfen alle Seiten des Städtebaus und der Architektur einer immer breiteren und zugleich tieferen wissenschaftlichen Durchdringung.

Das Fehlen ausreichender wissenschaftlicher Grundlagen führt zu Unsicherheit und Subjektivismus in der städtebaulichen Planung und Entscheidung sowie in den Phasen der Vorbereitung der Investitionen. Es verursacht volkswirtschaftliche Verluste und wirkt sich nachteilig auf die Gestaltung einer der sozialistischen Gesellschaft adäquaten Umwelt aus. Wir sind mit einigen Ergebnissen des städtebaulichen und architektonischen Schaffens oft deshalb nicht zufrieden, weil sich in ihnen zeigt, daß auf bestimmten Gebieten der Städtebauwissenschaft und der Architekturtheorie Rückstände zu verzeichnen sind.

Der BdA betrachtet es daher als einen entscheidenden Fortschritt in der Wissenschaftsorganisation, daß im Auftrag der Regierung unter Leitung der Deutschen Bauakademie ein Forschungsverband „Sozialistische Umgestaltung der Städte und Siedlungsschwerpunkte" gebildet wurde, der in seiner Zielstellung und Arbeitsweise Voraussetzungen für die Schaffung des notwendigen Vorlaufes schafft.

Wir sehen in der Tatsache, daß die Praxis unmittelbar in den Forschungsverband einbezogen wird, eine Garantie dafür, daß entsprechende praxisbezogene und praxiswirksame Ergebnisse erzielt werden. Es ist notwendig, auch in der wissenschaftlichen Arbeit noch anzutreffende enge Vorstellungen und überholte Denkweisen oder Lehrmeinungen über Bord zu werfen, die oft noch den schnelleren Durchbruch des Neuen hemmen. Dazu gehört auch die Überwindung des isolierten Nebeneinanderarbeitens der Wissenschaftssparten und -disziplinen.

Das führt dazu, daß die einzelnen Fachexperten aus einseitiger Sicht an die Probleme herangehen und von dort her möglichst optimale Forderungen proklamieren, deren Realisierung niemals zu einer optimalen Gesamtlösung führen kann.

Es ist kritisch festzustellen, daß auch in der DBA noch Reste eines solchen Spartendenkens überwunden werden müssen, weil es eben zu Ergebnissen führt, die durch die schnell fortschreitenden sozialen und kulturellen Veränderungen bei der Gestaltung unserer entwickelten sozialistischen Gesellschaft keinen Bestand haben können.

Der großen Zahl der Mitglieder des BdA, die in der Forschung und in der Lehre an den Hochschulen tätig sind, erwächst eine sehr hohe Verantwortung für den schnellen wissenschaftlichen Fortschritt in Städtebau und Architektur. Aber ebenso wichtig ist es, daß die Städtebauer und Architekten der Praxis und insbesondere die Mitglieder unseres Bundes, seine Fachgruppen und Betriebsgruppen in Zukunft die planmäßige Einbeziehung der Praxis in die komplexe Forschungstätigkeit zu einem wesentlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit machen.

Was die Arbeit auf dem Gebiet der Architekturtheorie betrifft, so ist hier bereits seit längerer Zeit eine Gemeinschaftsarbeit der Bauakademie mit unserem Bund zu verzeichnen, und zwar in der analytischen Arbeit anläßlich der Auswertung der zentralen Ausstellung Architektur und bildende Kunst und vor allem bei der kollektiven Erarbeitung des dem Kongreß unterbreiteten Arbeitsmaterials. Die auf dieser Grundlage nunmehr in Angriff zu nehmenden architekturtheoretischen Arbeiten müssen auch auf diesem bedeutenden Sektor zu einem Vorlauf führen und dazu beitragen, Schritt für Schritt die Erkenntnislücken zu schließen, die uns allen, die wir als Mitautoren das vorliegende Arbeitsmaterial verfaßten, selbst am deutlichsten bewußt wurden.

Die Aufgaben des Bundes der Architekten der DDR bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft

Der Bund der Architekten hat im Berichtszeitraum einen wertvollen Beitrag zur weiteren allseitigen Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik geleistet. Getragen von seiner gesellschaftlichen Verantwortung, wurde die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit des Bundes zur Erhöhung der Aktivität und Parteilichkeit seiner Mitglieder für unsere gemeinsame sozialistische Sache weiter vervollkommnet.

Viele Mitglieder haben sich große Verdienste im architektonischen Schaffen und bei der Organisierung der Gemeinschaftsarbeit zwischen städtebaulicher Planung, bautechnischer Projektierung und Bauausführung erworben und es verstanden, die berufliche Arbeit eng mit der Verbandsarbeit zu verbinden.

Mit Stolz sprechen wir heute von solchen Schrittmachern unseres Verbandes wie Dipl.-Ing. Zeil aus Frankfurt (Oder), Dipl.-Gärtner Heinze aus Leipzig, Oberingenieur Tauscher aus Rostock und Dipl.-Ing. Lonitz aus Gera.

Der Schlüssel zur Erhöhung der Wirksamkeit des Architektenverbandes liegt in der weiteren Verbesserung der politisch- ideologischen Arbeit und der Entwicklung eines interessanten geistigen Lebens, vor allem in den Betriebsgruppen des BdA, die das Fundament unserer Verbandsarbeit bilden.

Sie dient dem Ziel, alle Architekten zu einer hohen gesellschaftlichen Aktivität und zu einer hohen beruflichen Wirksamkeit bei der Herausbildung der sozialistischen Architektur zu führen. Bedingt durch die eindeutige soziale Bezogenheit von Städtebau und Architektur verlangt der Beruf des Architekten einen klaren weltanschaulichen Standpunkt.

Ganz gleich welchen Platz der Architekt beim sozialistischen Aufbau einnimmt, ob in der städtebaulichen Planung, in der staatlichen Leitung, in der Projektierung, in der Bauausführung, in der Forschung in der Lehre, überall wird das Ergebnis seiner Arbeit von seiner klaren marxistisch-leninistischen Grundhaltung, von seiner aktiven Einstellung zum Sozialismus geprägt.



Wir messen deshalb der Weiterführung einer vielseitigen und interessanten Qualifizierungstätigkeit in allen Ebenen unseres Verbandes große Bedeutung bei. Dabei gilt es, die wertvollen Erfahrungen der Bezirksgruppe Berlin gründlich auszuwerten. Unter der bewährten Leitung von Dr. Rietdorf wird hier seit Jahren eine thematisch fest umrissene und auf Schwerpunkte orientierte systematische Qualifizierung durchgeführt, die auf viele andere Bezirksgruppen beispielhaft wirkte.

Die Erfahrungen zeigen, daß unsere Kollegen den größten Nutzen aus den Veranstaltungen zogen, wo die Weiterbildung auf einem hohen theoretischen Niveau stand und gleichzeitig mit der Beantwortung aktueller Probleme verbunden wurde. Das traf zum Beispiel für die Seminare über Architektur und bildende Kunst zu, die im Berichtszeitraum in Gera, Potsdam und Halle stattfanden. Zu einem besonders wertvollen und praxisbezogenen Erfahrungsaustausch entwickelte sich das gemeinsame Symposium der Künstler- und Architektenverbände der UdSSR und der DDR im Januar 1971 in Moskau, das sich mit ideologischen Grundfragen des bau- und bildkünstlerischen Schaffens in unseren Ländern beschäftigte. In der zentralen Ebene werden wir deshalb diese jährlich stattfindenden mehrtägigen Seminare mit Architekten und bildenden Künstlern sowie die Seminare über Architekturtheorie fortsetzen und die internationalen Seminare tatkräftig unterstützen.

Neben den Seminaren entwickeln sich die Tagungen unserer zentralen Fachgruppen immer mehr zu Foren des Meinungsstreites und der Qualifizierung. Als hervorragende Beispiele nenne ich die von der Fachgruppe „Gartenarchitektur und Landschaftsgestaltung" unter Leitung unseres Kollegen Dr. Lichey im Sommer 1970 durchgeführte Tagung über die sozialistische Landeskultur sowie die von der Fachgruppe „Ländliches Bauen" unter Leitung von Dipl.-Ing. Grebin veranstaltete Schweriner Tagung zu aktuellen Problemen des Landwirtschaftsbaus.

Die Qualifizierung der Architekten ist mit der Einrichtung des Weiterbildungsinstituts an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar einen beachtlichen Schritt weitergekommen. Wir erwarten, daß neben der Weiterbildung von diesem Institut künftig noch stärkere Impulse im wissenschaftlichen Meinungsstreit bei der Herausbildung der sozialistischen Architektur und des sozialistischen Städtebaus ausgehen.

Der neue Bundesvorstand wird gemeinsam mit den staatlichen Organen Formen und Methoden herausarbeiten, alle Architekten unserer Republik in die systematische Weiterbildung einzubeziehen. Das vom Ministerium für Bauwesen ausgearbeitete System der Aus- und Weiterbildung der Bauschaffenden ist eine wichtige Grundlage, von der dabei ausgegangen werden sollte. Entsprechend unserer Bildungskonzeption wird sich der Bundesvorstand auch intensiver mit der Ausbildung der Städtebauer und Architekten an unseren drei Hochschulen beschäftigen müssen. Hier gilt es vor allem, Einfluß auf die klassenmäßige Erziehung und theoretisch und fachlich fundierte Ausbildung der Architekturstudenten zu nehmen, um unsere jungen Kollegen in möglichst kurzer Zeit zu sozialistischen Persönlichkeiten entwickeln zu helfen, bei denen sich der Übergang von der Hochschule zur Praxis schnell vollzieht. Unser Verband wird sich verstärkt dafür einsetzen, daß erfahrene Praktiker aus der Bauausführung, der Projektierung, der städtebaulichen Planung und der Bauforschung für eine regelmäßige Vortrags- und Seminartätigkeit in den Hochschulen gewonnen werden.

In der städtebaulichen Planung und bautechnischen Projektierung der DDR spielt die junge Generation eine hervorragende Rolle. Viele städtebauliche und architektonische Leistungen der letzten Jahre zeugen von den Fähigkeiten und vom Können unserer jungen Kollegen. Hier zeigt sich, daß die Jugend der großen Verantwortung gewachsen ist, die ihr von der Gesellschaft übertragen wurde. Junge Architek-

ten gehören nicht nur an die Spitze wichtiger Planungs- und Entwurfskollektive, sie müssen auch in der gesellschaftlichen Arbeit unseres Verbandes stärker zur Wirksamkeit kommen, indem sie systematisch in die leitende Tätigkeit aller Organe einbezogen werden.

An der TU Dresden und an der Kunsthochschule Berlin sollte mit der Bildung von Studentengruppen des BdA nach dem Vorbild der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar die Arbeit mit der Jugend wesentlich intensiviert werden. Große praktische und theoretische Bedeutung hat für unser Architekturschaffen eine wissenschaftlich fundierte ‚vorwärtsweisende Architekturkritik. Diese spezifisch sozialistische Form der Beurteilung der eigenen Ergebnisse und der Suche nach volkswirtschaftlich effektiveren und baukünstlerisch wirksameren Lösungen wurde bereits in einigen Bezirken mit beachtlichem Erfolg praktiziert.

Unsere Kollegen in der Deutschen Bauakademie möchten wir ermuntern, die anläßlich der Ausstellung „Architektur und bildende Kunst" mit den Architekten aus den Bezirken begonnenen und ausgewerteten Analysen systematisch weiterzuführen. Um eine noch höhere gesellschaftliche Wirksamkeit der Architekturkritik zu erreichen, gilt es jetzt, Kriterien auszuarbeiten, die eine vergleichende Bewertung der wichtigsten Bestandteile unserer städtebaulichen und architektonischen Praxis in den einzelnen Städten ermöglichen helfen. Gleichzeitig wird damit ein wichtiger Beitrag zur Herausbildung einer marxistischen Architekturtheorie in der DDR geleistet.

Unsere Aufgaben in den 70er Jahren stellen auch an das politisch-ideologische und wissenschaftliche Niveau, den Informationsgehalt und die wirksame Gestaltung der Zeitschrift „deutsche architektur", die wir gemeinsam mit der Deutschen Bauakademie herausgeben, qualitativ neue Anforderungen. Unser Vizepräsident, Genosse Dr. Gerhard Krenz, der als Chefredakteur der Zeitschrift mit seinem kleinen Redaktionsstab seit Jahren eine große anerkennenswerte Arbeit leistet, hat eine Konzeption für die weitere Entwicklung unseres Fachorganes ausgearbeitet, die bereits im Bundesvorstand und im Präsidium der Deutschen Bauakademie zur Beratung stand. Beide Seiten sind sich darüber mit der Redaktion einig, daß wir die Zeitschrift in den nächsten Jahren immer mehr zu einem parteilichen, sozialistischen Fachorgan auf hohem wissenschaftlichem Niveau von internationalem Rang entwickeln wollen. Wir möchten aber nicht nur unseren Kollegen, sondern auch Kommunalpolitikern, Abgeordneten und anderen mit der Zeitschrift ein Informationsmittel in die Hand geben, in dem sie eine politisch und wissenschaftlich fundierte Orientierung für die effektivste Lösung der neuen Aufgaben in Städtebau und Architektur finden. Durch eine umfassende und aktuelle Information über die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktische Erfahrungen soll die Zeitschrift ein echtes Arbeitsmittel für die Architekten werden. Vor allem aber wollen wir die Zeitschrift zu einem wirksamen Instrument der Weiterbildung und zu einem lebendigen Forum des Meinungsstreites, der Architekturkritik und des gesellschaftlichen Lebens und Wirkens unseres Bundes entwickeln.

Aber gerade dies ist ein Problem, das die Redaktion nicht ohne die breiteste Mitwirkung der Architekten und aller Organe des Bundes lösen kann. Es setzt voraus, daß wir als Architekten dazu übergehen, architektonische und städtebauliche Projekte nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu analysieren und kritisch einzuschätzen. Die Bezirks- und Fachgruppen sollten ihre besten Erfahrungen in der gesellschaftlichen Arbeit veröffentlichen. Darüber hinaus sollten auch die gesellschaftlichen Auftraggeber und Nutzer sowie Wissenschaftler tangierender Wissensgebiete mehr zu Wort kommen. Wir möchten gemeinsam mit dem Institut für Weiterbildung der Hochschule in Weimar eine ständige Rubrik mit Schwerpunktthemen zur Weiterbildung — gewissermaßen als Material für das Selbststudium unserer Kollegen — einrichten.

Ich möchte von dieser Stelle auch an unsere Vorstände und Pressekommissionen appellieren — so wie es zum Beispiel schon Kollegen aus den Bezirksgruppen Leipzig und Erfurt tun — stärker an der Gestaltung der Zeitschrift auch durch regelmäßige Berichterstattung über die Verbandstätigkeit mitzuwirken. Wir sollten überhaupt mehr über die Probleme der Architektur für die Öffentlichkeit publizieren, wie unser Kollege Professor Henselmann, der seit Jahren eine fruchtbare publizistische Arbeit leistet. Ein schwacher Punkt, der sich sehr nachteilig auf unsere Verbandsarbeit auswirkt, ist die unsystematische und lückenhafte Information, insbesondere der Kollegen, die unmittelbare Planungs- oder Projektierungsarbeit leisten. Viele wichtige Informationen und Erfahrungen bleiben auf halbem Wege stecken und dringen nicht bis zu den „Kollegen am Brett" vor, weil in den Bezirksämtern oder den Kombinatsleitungen der Informationsfluß versandet. Oft wissen die Kollegen nicht, was im eigenen Kombinat geschieht, weil einfach versäumt wird, systematisch und regelmäßig alle beteiligten Mitarbeiter über den Stand der Dinge in Kenntnis zu setzen. Eine der ersten Aufgaben nach dem Kongreß sollte es daher sein, solche Mängel durch verbindliche Absprachen der betreffenden Organe des BdA mit den staatlichen oder Kombinatsleitungen zu beseitigen. Es ist doch unerläßlich, daß die Bezirksgruppen mit den volkswirtschaftlichen Konzeptionen ihres Territoriums und die Betriebsgruppen mit der wissenschaftlich-technischen Politik ihres Kombinats vertraut gemacht werden. In der zentralen Ebene sind wir nach der Bildung des Bereiches Städtebau und Wohnungsbau im Ministerium für Bauwesen hier einen beachtlichen Schritt weitergekommen. Beginnend mit der Präsidiumssitzung im Oktober 1970, wo Staatssekretär Dr. Schmiechen über die weiteren Aufgaben von Städtebau und Architektur referierte, erfolgt von seiner Seite eine regelmäßige Information und gegenseitige Abstimmung der wichtigsten Probleme. Das wirkt sich sehr vorteilhaft für die Zusammenarbeit zwischen BdA und Ministerium für Bauwesen aus. Unser herzlicher Dank gilt daher der Leitung des Ministeriums für Bauwesen und seiner Abteilung Städtebau und Architektur, deren Leiter, Kollege Dipl.-Ing. Kluge, dem Büro des Präsidiums des BdA angehört.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre lehren, daß der Abschluß von Vereinbarungen zwischen den Bezirksgruppenvorständen und den Räten der Bezirke und Städte sowie der zentralen Fachgruppe mit ihren jeweiligen Partnern eine wichtige Voraussetzung für eine planmäßige, zielgerichtete Zusammenarbeit bilden. Es hat sich gezeigt, daß sowohl dort, wo die Organe des BdA mit eigenen Ideen und Vorschlägen auftraten, oder wo Organe unseres sozialistischen Staates dem Verband bestimmte Aufgaben übertragen haben, auch praktische Ergebnisse in Form von Gutachten, Stellungnahmen ‚Beschlußvorlagen usw. erzielt wurden. Das trifft für die Arbeit in den zentralen Organen des Bundes genauso zu, wie auf die Arbeit in den Bezirken, Kreisen und Städten. Vorbildlich sind in dieser Beziehung z. B. die Bezirksgruppe Halle und Leipzig. Sie haben mit den Ratsvorsitzenden eine Vereinbarung über die Mitwirkung des Verbandes in Fragen Städtebau und Architektur sowie bei wichtigen Entscheidungen der Investitionstätigkeit im Bezirk bzw. der Stadt getroffen. Wie im Entschließungsentwurf vorgeschlagen, werden wir die begonnene Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen wie mit dem Zentralvorstand der IG Bau-Holz, dem VBK der DDR und dem Fachverband Bauwesen der KDT systematisch fortsetzen. Dabei gilt es, die in den vorliegenden Vereinbarungen enthaltenen Zielstellungen entsprechend den neuen Bedingungen zu präzisieren. Vor allem durch gegenseitige Unterstützung bei der Erfüllung der Bildungsprogramme sollte eine für alle Mitglieder unserer Verbände praktisch wirksame Arbeit geleistet werden.

Eine wichtige Seite unserer Verbandstätigkeit ist die Öffentlichkeitsarbeit. Hier hat die Bezirksgruppe Magdeburg Schrittmacherdienste geleistet. Sie richtete zeitweilige Konsultationspunkte für die Bürger und die Hausgemeinschaften ein, in denen Auskunft über die Pflege der Häuser und die Verschönerung des Stadtbildes gegeben wurde. Diese Konsultationspunkte entwickelten sich bald zu Zentren der Information über die weitere städtebauliche Umgestaltung Magdeburgs. In Seminaren konnten sich Bürger der Stadt wie Abgeordnete einen tieferen Einblick in die städtebauliche Planung verschaffen. In Weiterführung des Wettbewerbs „Schöner unsere Städte und Gemeinden — mach mit" sollten alle Bezirksgruppen gerade die Magdeburger Erfahrungen auswerten. Wichtig scheint es für alle Organe des BdA zu sein, in der Öffentlichkeitsarbeit, in der Vortragstätigkeit, der Pressearbeit, der Konsultationstätigkeit usw. gerade in Vorbereitung des VIII. Parteitages der SED zu einer systematischen und planmäßigen Arbeit zu kommen.

Der Bundesvorstand wird zweimal jährlich zu grundsätzlichen Fragen des Städtebaus und der Architektur sowie zur Verbandsarbeit Stellung nehmen. Dabei kommt es besonders darauf an, die Tagungen so zu gestalten, daß alle Mitglieder des Bundesvorstandes noch stärker mit den aktuellen Problemen unserer Städtebau- und Architekturpraxis in den Bezirken vertraut gemacht werden. Das Präsidium des Bundes wird sich darauf konzentrieren, durch bessere Vorbereitung der Beschlüsse und exaktere Kontrolle ihrer Durchführung die Effektivität der Leitungstätigkeit im Verband zu erhöhen.

Der Bundesvorstand und seine Organe werden die internationalen Beziehungen zu den Architektenverbänden der befreundeten sozialistischen Länder, besonders mit dem Architektenverband der UdSSR, weiter vertiefen. Getragen vom Geist des proletarischen Internationalismus gilt es, den Erfahrungsaustausch zu verstärken und die Klärung grundlegender gemeinsamer Probleme zu unterstützen. Die bewährte Praxis, nicht nur Vertreter des Bundesvorstandes, sondern immer stärker aktive Mitglieder aus den Betriebs- und Bezirksgruppen in die internationale Arbeit einzubeziehen, wird dabei fortgesetzt.

In der UIA werden wir weiter alle Bestrebungen zur Völkerverständigung und zur Erhaltung des Friedens gemäß der Politik unseres sozialistischen Staates unterstützen. Durch die Mitgliedschaft unseres Präsidenten im Exekutivrat und aktive Beteiligung an der Arbeit der Kommissionen der UIA werden wir das Ansehen der DDR stärken und so einen Beitrag für die weitere Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus leisten.

Die Verantwortung der Fachgruppen und Kommissionen wird sich in der nächsten Etappe erhöhen. Im Rechenschaftsbericht finden sich zahlreiche Beispiele, die zeigen, wie begonnen wurde, die Aufgaben auf neue Art, das heißt in enger sozialistischer Gemeinschaftsarbeit von Forschung, Planung, Projektierung und Bauausführung zu lösen. Es gilt, die Tätigkeit der einzelnen Fachgruppen noch stärker zu koordinieren, zeitweilig interdisziplinäre Arbeitsgruppen zu bilden und Fachtagungen, Kolloquien und Seminare mit Querschnittscharakter gemeinsam vorzubereiten.

Für die Bezirks- und Kreisgruppen ergibt sich die Aufgabe, entsprechend der im Aufruf an alle Architekten der DDR enthaltenen Orientierung, unsere Kollegen in Vorbereitung und Auswertung des VIII. Parteitages zu einer hohen Aktivität zu führen.

In den Betriebsgruppen empfiehlt es sich, zur Sicherung einer konstruktiven und rationellen Gemeinschaftsarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte, die Tätigkeit des BdA auf der Grundlage von Jahresplänen durchzuführen. Entsprechend der konkreten Tätigkeit der Verbandsmitglieder in den Betrieben und Einrichtungen gilt es, ihre aktive Mitarbeit im sozialistischen Wettbewerb zu sichern.

Grundlage einer erfolgreichen Betriebsgruppenarbeit ist die Entwicklung eines regen und mannigfaltigen geistig kulturellen Lebens. Hier gilt es, die breite Palette der Möglichkeien vom wissenschaftlichen Meinungsstreit, über vielfältige Formen der Qualifizierung, bis zu geselligen Veranstaltungen zu nutzen, um die Aktivität aller Mitglieder des Verbandes zu fördern.

Es geht jetzt darum, im Interesse der allseitigen kontinuierlichen Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes Schrittmacherleistungen in der Bauwissenschaft, der Stadtplanung sowie der Vorbereitung der Investitionen zu vollbringen und damit einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu leisten.

Beteiligen wir uns unter dieser Zielstellung jeder an seinem Arbeitsplatz und gemeinsam mit allen Bauschaffenden am sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Reihen wir uns ein in die große Volksaussprache, indem wir mit den Bürgern die heutigen und kommenden Aufgaben der Umgestaltung ihrer Städte und Gemeinden diskutieren und sie gleichzeitig mit Rat und Tat im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden — mach mit" unterstützen.

Auf diese Weise setzen wir die Beschlüsse unseres Kongresses in die Tat um und tragen dazu bei, das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte bei der Verschönerung unserer Heimat und einer kulturvollen Gestaltung unserer sozialistischen Lebensumwelt zu guten Ergebnissen zu führen.

Entschließung des 6. Bundeskongresses des BdA der DDR

Beschlossen am 26. 3. 1971

An der Schwelle eines neuen Planjahrfünfts zeichnen sich mit der Verwirklichung der Beschlüsse der 14. Plenartagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem Gebiete des Städtebaus und der Architektur Aufgaben ab, die dem architektonischen Schaffen in der DDR neue Maßstäbe setzen.

Mit der weiteren umfassenden Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wächst die gesellschaftliche Verantwortung aller Architekten und Städtebauer. Höchste gesellschaftliche Effektivität und Produktivität, verbunden mit hoher künstlerischer Meisterschaft, wird damit zum Hauptkriterium ihrer Arbeit, die von dem parteilichen Bestreben geleitet wird, einen wirksameren Beitrag zur allseitigen Stärkung der DDR und in der weltweiten Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus zu leisten.

Ausgehend von der wachsenden gesellschaftlichen Verantwortung der Architekten und Städtebauer bei der Lösung der künftigen großen Bauaufgaben gilt es, unseren sozialistischen Fachverband zu einem Zentrum des geistig-kulturellen Lebens, der umfassenden politischen und fachlichen Bildung, zu einem Wirkungsfeld des wissenschaftlichen Meinungsstreits und schöpferischer Tätigkeit aller Architekten und Städteplaner in der DDR zu entwickeln.

Mit der neuen Bezeichnung „Bund der Architekten der Deutschen Demokratischen Republik" grenzen wir uns nicht nur konsequent von dem staatsmonopolistischen System und dem bürgerlich orientierten BDA in der BRD ab, sondern wir stellen uns damit vor allem die Aufgabe, unseren sozialistischen deutschen Nationalstaat allseitig und unablässig zu stärken.

Von dieser parteilichen Position ausgehend, hat der Bundeskongreß über die Grundprobleme des architektonischen Schaffens beraten und davon die künftigen Aufgaben des Bundes abgeleitet.

Die Hauptaufgabe des Bundes wird darin bestehen, die politisch-ideologische Arbeit immer wirksamer zu gestalten, um das gesellschaftliche Verantwortungsbewußtsein der Architekten zu erhöhen und alle schöpferischen Potenzen für die Entwicklung der sozialistischen Architektur zur vollen Entfaltung zu bringen.

Dabei wird sich der Bund in seiner gesellschaftlichen Arbeit auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

I. Die gesellschaftliche Verantwortung der Architekten erfordert Parteilichkeit im Architekturschaffen

Vor den Architekten der DDR steht die verantwortungsvolle und komplizierte Aufgabe, die Überlegenheit des Sozialismus auch auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur immer sichtbarer und überzeugender unter Beweis zu stellen. Jeder echte Fortschritt auf diesem Gebiet – das wurde besonders in den letzten Jahren deutlich – verbessert nicht nur das Leben der Bürger unseres Staates, sondern stärkt zugleich die Position des Sozialismus in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus.

Die Perspektive des Städtebaus und der Architektur ist in der DDR untrennbar mit der weiteren umfassenden Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft verbunden. Mit der volkswirtschaftlich effektivsten Verwirklichung der umfangreichen Bauaufgaben, die sich in Übereinstimmung mit der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft auf die Schwerpunkte der Strukturpolitik, besonders auf den Industriebau, den Bau von Wohnungen, Schulen, Kinder- und Versorgungseinrichtungen sowie auf die Erhaltung und Modernisierung der Bausubstanz konzentrieren, leisten wir als Städtebauer und Architekten einen wesentlichen Beitrag zur kulturvollen Gestaltung der Umwelt der sozialistischen Gesellschaft.

Die erfolgreiche Lösung aller dieser Aufgaben verlangt von jedem Architekten ein parteiliches Denken und Handeln, eine prinzipielle Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Auffassungen und der Praxis im kapitalistischen Städtebau. Sie erfordert schöpferische Ideen, die es uns ermöglichen, die Städte und das ganze Siedlungssystem schrittweise und mit höchster Effektivität nach sozialistischen Prinzipien zu gestalten.

Für den BdA ergibt sich daraus die Aufgabe, mit seiner gesamten Tätigkeit, in der die politisch-ideologische und fachliche Arbeit eine Einheit bilden muß, zur Entwicklung sozialistischer Architektenpersönlichkeiten beizutragen. Der Bundeskongreß stellt deshalb in Vorbereitung und Auswertung des VIII. Parteitages der SED allen Organen des Bundes folgende verpflichtende Aufgaben:

■ Die Entwicklung des parteilichen Denkens und Handelns der Architekten ist ständig und aktiv zu fördern. Alle Veranstaltungen des Bundes sollen den Architekten helfen, sich immer fundiertere Kenntnisse auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus anzueignen und sie befähigen, neue Erkenntnisse der Gesellschaftswissenschaft schöpferisch in der Praxis anzuwenden. Eine zunehmende Bedeutung gewinnt dabei auch das Studium der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen befreundeten sozialistischen Länder.

Gleichzeitig ist die kritische Auseinandersetzung mit bürgerlichen Architekturauffassungen, insbesondere von einer „Annäherung" der Architekturen, von der „Gleichheit der Probleme" zu verstärken.

■ Das gesellschaftliche Verantwortungsbewußtsein der Architekten als sozialistische Eigentümer ist durch die Arbeit des Bundes zu erhöhen.

Durch eine stärkere Orientierung auf den Kampf um effektivste Lösungen, durch die Darlegung neuer Erkenntnisse der politischen Ökonomie des Sozialismus und durch die offensive Auseinandersetzung mit Tendenzen der unsachgemäßen Verwendung von Mitteln muß das ökonomische Denken der Architekten weiterentwickelt werden.

Die Herausbildung einer höheren Qualität der Architektur erfordert auch ein immer intensiveres Studium der neuen Anforderungen an die Arbeits- und Lebensbedingungen der sozialistischen Gesellschaft, insbesondere der Arbeiterklasse.

■ Die schöpferische Initiative der Architekten ist durch die Arbeit des Bundes auf den Kampf um höchste Effektivität und künstlerische Meisterschaft zu lenken.

Dazu ist die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen gesellschaftlichen Auftraggebern und Nutzern, Architekten, Ingenieuren, Technologen, Gesellschaftswissenschaftlern und den Kollektiven der Bauausführung auf allen Ebenen zu fördern und der Meinungsstreit zur zielstrebigen Lösung neuer Probleme breiter zu entwickeln.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die sozialistische Persönlichkeitsentwicklung vor allem im Prozeß der Arbeit erfolgt, beauftragt der Bundeskongreß den Bundesvorstand und die Bezirksgruppenvorstände, vor allem die Arbeit in den Betriebsgruppen zu verstärken und deren Arbeit auf die Ziele des sozialistischen Wettbewerbes und den Kampf um die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes in den Baukombinaten zu konzentrieren.

II. Höchste gesellschaftliche Effektivität und künstlerische Meisterschaft – Maßstab der schöpferischen Arbeit

Höchste gesellschaftliche Effektivität und künstlerische Meisterschaft im Städtebau und in der Architektur zu erreichen, das ist der entscheidende Maßstab des architektonischen Schaffens in den 70er Jahren. Auf der Grundlage des ökonomischen Systems des Sozialismus und in Verbindung mit der schrittweisen Verwirklichung des Einheitssystems Bau gilt es, auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur solche Leistungen zu vollbringen, die gerade durch die untrennbare Einheit von künstlerischer Qualität und ökonomischer Effektivität auf den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozeß stimulierend wirken und die Herausbildung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen bewußt fördern. Das erfordert eine Konzentration auf die sozialistische Rationalisierung, ein echtes Ringen um die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und einen entschiedenen Kampf gegen jede Mittelmäßigkeit, gegen Konservatismus gegenüber dem Neuen und gegen die unrationelle Verwendung volkswirtschaftlicher Mittel. Mehr denn je heißt Architekt sein, vor allem das Neue zu suchen und durchzusetzen, immer nach der effektivsten Lösung zu streben und ideenreich zu gestalten. Bei der Planung neuer Industrie- und Wohngebiete, bei der weiteren Umgestaltung von Stadtzentren, bei der Rekonstruktion der vorhandenen Bausubstanz, bei der Gestaltung unserer Städte und Siedlungssysteme gilt es, die vom Mi-

nisterrat beschlossenen Grundsätze für die Erhöhung der Ökonomie der Grundfonds konsequent zu verwirklichen. Dazu ist es erforderlich, auf allen Gebieten des Städtebaus und der Architektur neue System- und Problemlösungen auszuarbeiten, die es ermöglichen, die Vorteile der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Interesse der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen wirksam auszunutzen, alle Investitionsvorhaben mit höchstem ökonomischem Effekt und hohem Gebrauchswert zu realisieren und die sozialistische Rationalisierung der Bauprozesse zu beschleunigen.
Solche neuen Lösungen müssen vor allem gerichtet sein auf

■ die Schaffung der günstigsten Bedingungen für die effektivste Gestaltung des Reproduktionsprozesses in den Territorien, insbesondere durch die bewußte Ausnutzung aller Vorteile der Konzentration, Kooperation und Kombination;

■ die Erhöhung der Grundfondsökonomie durch die Senkung des spezifischen Investitionsaufwandes, der Bau-, Erhaltungs- und Nutzungskosten sowie durch die rationelle Nutzung der Bausubstanz;

■ die Ökonomie der Stadt durch rationelle Integration der Funktionen, die Verbesserung der Stadtstruktur sowie durch optimale Formen der Bebauung und Erschließung und die Anwendung neuer Rohbau- und Ausbausysteme im Rahmen des Einheitssystems Bau, die eine differenzierte Gestaltung und flexible Nutzung zulassen.
Damit entstehen zugleich neue Möglichkeiten in der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung, Möglichkeiten, die ganz bewußt für die Herausbildung der Wesensmerkmale einer sozialistischen Baukunst in der DDR genutzt werden müssen. Unsere neuen Ensembles sollen sich durch Ideenreichtum und Phantasie, Harmonie und lebendige Vielfalt auszeichnen und durch die Synthese von Architektur und bildender Kunst dem neuen Leben der sozialistischen Gesellschaft Ausdruck verleihen.

■ Der Bundeskongreß legt allen leitenden Organen des Bundes die Verpflichtung auf, die Entwicklung des Neuen in Städtebau und Architektur mit ihrer Tätigkeit wirkungsvoll zu fördern und im Sinne des Wettbewerbsaufrufes zum VIII. Parteitag der SED alle Architekten und Städtebauer auf die aktive Beteiligung am sozialistischen Wettbewerb an ihrem Arbeitsplatz zu orientieren.

■ Der Bundeskongreß billigt und unterstützt die im „Arbeitsmaterial zur Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik" enthaltene Grundlinie. Er wertet das Material als einen wertvollen Beitrag für die Weiterführung der schöpferischen Aussprache und des Meinungsstreits im BdA über das Architekturschaffen in unserer Zeit. Das Präsidium wird beauftragt, das Material in Auswertung des VI. Bundeskongresses bis zum VIII. Parteitag der SED gemeinsam mit der Deutschen Bauakademie zu überarbeiten und allen Mitgliedern des BdA sowie der demokratischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

■ Die Bezirksgruppen werden aufgefordert, die begonnene Arbeit an Architekturanalysen zu einer ständigen Aufgabe zu machen und die ideologische Auseinandersetzung mit bürgerlichen Architekturauffassungen zu verstärken.

■ Dem Bundesvorstand wird empfohlen, Vorschläge auszuarbeiten, wie alljährlich für richtungweisende Leistungen in Städtebau und Architektur sowie für die wertvollsten Arbeiten auf dem Gebiet der Architekturtheorie und der Architekturkritik öffentliche Anerkennungen ausgesprochen werden könnten.

■ Der Bundeskongreß mißt in diesem Zusammenhang der Ausarbeitung einer praxisorientierten, marxistisch-leninistischen Architekturtheorie im Rahmen der sozialistischen Großforschung wachsende Bedeutung zu. Er verpflichtet den Bundesvorstand und die Zentralen Fachgruppen, diese Arbeit durch Expertengruppen von Architekten aus Wissenschaft und Praxis sowie durch die Bildung von gesellschaftlichen Forschungskollektiven für die Bearbeitung von Teilproblemen aktiv zu unterstützen.

III. Die Entwicklung einer effektiven Arbeitsweise der Architekten mit Hilfe der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit

Die Lösung der komplizierten und umfangreichen Bauaufgaben, die Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen und die Entwicklung des Bauwesens im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordern einen tiefgreifenden Wandel im Arbeitsprozeß der Architekten.

Der Architekt wird einerseits ein immer engerer Partner des gesellschaftlichen Auftraggebers. Als sachkundiger Berater sollte er deshalb in den Gremien des Auftraggebers, z. B. in den ständigen Kommissionen der Volksvertretungen, in gesellschaftlichen Räten, Architekturbeiräten usw. aktiv mitwirken. Bei der konkreten Vorbereitung von Investitionen erhält er eine wachsende Verantwortung für die effektivste Lösung im gesamtgesellschaftlichen Interesse, insbesondere für die komplexe Umweltgestaltung und die künstlerische Qualität. Andererseits verändert sich das Tätigkeitsfeld des Architekten mit der zunehmenden Integration von Forschung, Projektierung, Technologie und Bauausführung. Der Architekt wird dabei in hohem Maße mitverantwortlich für die schrittweise Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus, des Einheitssystems Bau und die umfassende Anwendung der Wissenschaftsorganisation in den Baukombinaten. Bei der Entwicklung von Systemlösungen sowie in der Phase der konkreten Investitionsvorbereitung haben die Architekten einen wichtigen Beitrag zur effektiven Baudurchführung mit hoher Materialökonomie, günstigen Bau-, Nutzungs- und Erhaltungskosten und kürzester Bauzeit zu leisten.

■ Den Betriebsgruppen des BdA wird die Aufgabe gestellt, in enger Zusammenarbeit mit den Betriebsgewerkschaftsleitungen und den Betriebsgruppen der KDT die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in den Kombinaten zu fördern, die künstlerischen Fähigkeiten und das ökonomische Denken der Architekten weiter zu entwickeln und alle Maßnahmen in den Kombinaten zu unterstützen, die die Bedingungen für eine schöpferische Arbeit und den qualifikationsgerechten Einsatz der Architekten verbessern. Die Betriebsgruppen sollten darüber hinaus den Erfahrungsaustausch und die Verteidigung von Projekten unter aktiver Teilnahme von Neuerern der Produktion und Nutzern fördern.

■ Der Bundeskongreß verpflichtet die Bezirksgruppen und Fachgruppen sowie die Betriebsgruppen in den Bauämtern und den Büros für Städtebau, durch die Mitarbeit an der Generalbebauungsplanung und der Verkehrsplanung, an Studien und Variantenuntersuchungen, durch Teilnahme an städtebaulichen Wettbewerben sowie durch die Unterstützung des Wettbewerbs „Schöner unsere Städte und Gemeinden" einen aktiven Beitrag zu leisten, damit die künftigen Bauaufgaben mit höchster Effektivität erfüllt werden.

■ Der Bundeskongreß sieht in der sozialistischen Rationalisierung der Projektierungsprozesse und der Vorbereitung eines Systems der automatisierten Projektierung entscheidende Schritte zur Befreiung der Architekten von Routinearbeit und zur Erhöhung ihrer schöpferischen Potenz im architektonischen Schaffen.
Er beauftragte deshalb den Bundesvorstand und die Zentrale Kommission „Projektierung", die Entwicklung der Projektierung sowie die Rationalisierung und schrittweise Automatisierung von Projektierungsprozessen mit der Aktivität aller Organe zu unterstützen. Gleichzeitig appelliert er an die Investitionsauftraggeber und an die Leiter der Baukombinate, durch sorgfältige Planung und Bilanzierung der Investitionen den verlorenen Projektierungsaufwand entscheidend zu senken und bessere Voraussetzungen für die schöpferische Erarbeitung optimaler Lösungen zu schaffen.

■ Eine große Bedeutung mißt der Bundeskongreß einer entscheidenden Verbesserung der Information und des Erfahrungsaustausches über neue Erkenntnisse aus der DDR und den sozialistischen Ländern bei. Er erwartet, daß die staatlichen Organe des Bauwesens die Information verbessern, um allen Architekten eine Orientierung auf die besten Lösungen und Methoden zu geben. Ebenso sollte ein regelmäßiger zielgerichteter Erfahrungsaustausch organisiert werden.

IV. Die Aus- und Weiterbildung der Architekten

Die sozialistische Architektenpersönlichkeit der 70er Jahre wird von dem Bestreben geprägt sein, immer zu lernen, sich immer mehr Wissen auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus und neue fachliche Kenntnisse anzueignen und in der praktischen Arbeit schöpferisch anzuwenden. Die ständige Weiterbildung wird damit zu einer erstrangigen Aufgabe des BdA. Im Rahmen der Gesamtkonzeption für das System Aus- und Weiterbildung im Bauwesen wird der BdA Weiterbildungsmaßnahmen anderer Institutionen unterstützen und in zunehmendem Maße eigene Weiterbildungsmaßnahmen durchführen.

■ Der Bundeskongreß beauftragt die leitenden Organe des Bundes, neben vielfältigen zentralen Fachtagungen, Kolloquien und Informationsveranstaltungen der Betriebsgruppen, die der Weiterbildung dienen, in allen Bezirksgruppen systematische Weiterbildungsseminare mit einem langfristig von Kombinaten, Betrieben und Institutionen delegierten Teilnehmerkreis durchzuführen.

■ Die Zentrale Kommission „Aus- und Weiterbildung" wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Weiterbildungsinstitut für Architekten und Städtebauer dafür einen Rahmenplan auszuarbeiten. Inhaltliche Schwerpunkte der Weiterbildungsmaßnahmen sind

Grundprobleme der weiteren umfassenden Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, insbesondere der sozialistischen Lebensweise;

Probleme des ökonomischen Systems des Sozialismus, der Grundfondseffektivität und der Ökonomie der Stadt;

Probleme der sozialistischen Umgestaltung der Städte und Siedlungssysteme, einschließlich der rationellen Nutzung und Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz ;

die Erhöhung der architektonischen Qualität und die Synthese von Architektur und bildender Kunst;

die Entwicklung neuer Bauweisen im Rahmen des Einheitssystems Bau;

die komplexe Rationalisierung und die Anwendung der EDV in der städtebaulichen Planung und in der Projektierung.

■ Die Fachzeitschrift „deutsche architektur" ist so zu entwickeln, daß sie die Weiterbildung durch die Veröffentlichung von Studienmaterialien und umfassenden Informationen zu den Schwerpunktthemen aktiv unterstützt.

■ Durch die Aktivierung der Arbeit der Studentengruppen des BdA an den drei Architekturhochschulen, die Mitwirkung in den gesellschaftlichen Räten und die Arbeit der Zentralen Kommission für Aus- und Weiterbildung unterstützt der BdA die mit der 3. Hochschulreform eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung und Erweiterung der Ausbildung von Architekten und Städtebauern.

V. Die internationale Arbeit des BdA

Auf der Grundlage der Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern wird der BdA eine immer engere Zusammenarbeit mit den Architektenverbänden befreundeter sozialistischer Staaten, insbesondere mit dem Architektenverband der UdSSR entwickeln. Diese Zusammenarbeit muß sich künftig auf der Grundlage langfristiger Vereinbarungen zwischen dem BdA und den Architektenverbänden der befreundeten sozialistischen Länder weiter vertiefen. Die bewährten internationalen Fachexkursionen sollten mit der Durchführung von Fachtagungen, die dem Erfahrungsaustausch und der Klärung gemeinsam interessierender Probleme dienen, verbunden werden.
Der BdA wird die Tätigkeit des Internationalen Architektenverbandes durch die aktive Mitarbeit in den verschiedenen Organen der UIA fördern und bemüht sein, in der gesamten internationalen Arbeit das Ansehen unseres sozialistischen Vaterlandes zu erhöhen. Ein Höhepunkt der internationalen Arbeit des BdA wird die Tagung des Exekutivrates der UIA im Juli 1971 in der Hauptstadt der DDR sein.

■ Der Bundeskongreß beauftragt den Bundesvorstand und die Zentrale Kommission für internationale Arbeit, ein Programm für die Erhöhung der Wirksamkeit und eine bessere Auswertung der internationalen Zusammenarbeit insbesondere mit den befreundeten sozialistischen Architektenverbänden auszuarbeiten.

VI. Die Führungstätigkeit in den Organen des BdA

Die großen Aufgaben, die in den nächsten Jahren vor uns stehen, erfordern eine Verbesserung der Führungstätigkeit in allen Organen des BdA, deren Erfolg nicht an der Anzahl von Veranstaltungen, sondern an der gesellschaftlichen Wirksamkeit des Bundes zu messen ist. Die Arbeit der neu gewählten Vorstände muß sich stärker auf die Hauptaufgaben konzentrieren und die aktive Einbeziehung aller Architekten in die Arbeit des Bundes zum Ziel haben.

Charakteristisch für die neue Arbeitsweise der Organe des BdA muß die Einheit von politisch-ideologischer und fachbezogener Arbeit, die Überwindung des Ressortdenkens und der Übergang zu neuen Formen interdisziplinärer Arbeit sein.

■ Der Bundeskongreß stellt dazu dem Bundesvorstand die Aufgabe, die gesellschaftliche Arbeit der Zentralen Fachgruppe stärker zu koordinieren und die Zusammenarbeit von Städtebauern, Architekten des Industrie-, Landwirtschafts-, Wohn- und Gesellschaftsbaus, Innenarchitekten und Landschaftsarchitekten bei der systemorientierten Lösung neuer Probleme zu vertiefen;

Fachtagungen und Kolloquien mit interdisziplinärem Charakter, unter Mitwirkung von Soziologen, Ökonomen, Psychologen, Hygienikern, Verkehrsplanern, bildenden Künstlern usw. durchzuführen und neben den ständigen Zentralen und örtlichen Fachgruppen zeitweilige interdisziplinäre Arbeitsgruppen zu bilden, die an der komplexen Bearbeitung neuer Probleme mitwirken.

■ Der Bundeskongreß verpflichtet alle Organe des Bundes, die beratende Mitwirkung ihrer Mitglieder in interdisziplinären Arbeitsgruppen anderer gesellschaftlicher Organisationen, in den Beiräten für Architektur und bildender Kunst, in den Aktivs der ständigen Kommissionen der Volksvertretungen und in Arbeitsgruppen zentraler Organe zu fördern.

■ Zur Erhöhung der Wirksamkeit des Bundes ist die Zusammenarbeit des BdA mit den staatlichen Organen, mit der IG Bau-Holz, dem Verband Bildender Künstler der DDR, dem Fachverband Bauwesen der KDT und den Architekturhochschulen zu vertiefen.

■ Bei der Lösung der neuen Aufgaben des BdA gewinnt die Öffentlichkeitsarbeit zunehmende Bedeutung. Alle Vorstände sollten gemeinsam mit den Pressekommissionen eine planmäßige und vielfältige Öffentlichkeitsarbeit entwickeln, um breite Kreise der Bevölkerung für die Probleme des Städtebaus und der Architektur zu interessieren und sie über die Tätigkeit des Bundes zu informieren. Dabei gewinnt auch die Entwicklung der Zeitschrift „deutsche architektur" eine höhere Bedeutung. Durch aktive Mitwirkung aller Organe, durch die Gewinnung von Bezirkskorrespondenten und die Mitarbeit im Redaktionsbeirat wird der Bund dazu beitragen, die Zeitschrift lebendiger und problemreicher zu gestalten.

■ Zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in den Bezirks- und Betriebsgruppen sind vielseitige Formen der Verbandsarbeit von Ideenkonferenzen und Wochenendexkursionen bis zu Klubgesprächen und anderen Formen der Geselligkeit zu entwickeln.

So, durch eine interessante, lebendige Arbeit, in der die Initiative aller Mitglieder zur Wirkung kommt, wird der Bund seinen großen gesellschaftlichen Aufgaben gerecht werden.

Die Delegierten des 6. Bundeskongresses des BdA wenden sich an alle Architekten unserer Republik mit dem Aufruf, an ihrem Arbeitsplatz den sozialistischen Wettbewerb mit beispielhaften Arbeitsergebnissen zu unterstützen und die Volksaussprache in Vorbereitung des VIII. Parteitages durch Vorschläge, Gedanken und schöpferische Ideen zu bereichern.



1 Blick in ein Wohngebietszentrum, das mit Hilfe der hier vorgestellten Funktionslösungen konzipiert wurde

Neue Funktionslösungen für gesellschaftliche Bauten

Themenkollektivleiter: Oberingenieur Fritz Menz
Mitarbeiter: Architekt Helmut Doberstein
Dr.-Ing. Veneta Kupenkowa
Dipl.-Ing. Erhard Schmidt
Architekt Jakob Jordan
Deutsche Bauakademie
Institut für Städtebau und Architektur
Abteilung Gesellschaftliche Bauten

Oberingenieur Architekt Werner Prendel
Deutsche Bauakademie
Institut für Städtebau und Architektur

Mit der umfassenden Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR sind bereits Bedingungen herangereift, die die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen als einen einheitlichen, sich wechselseitig durchdringenden Prozeß notwendig machen. Dieser Prozeß wirkt sich unter anderem auch entscheidend auf die Dynamik der Programme und Funktionen, auf die städtebauliche Struktur, die Ökonomie und auf die städtebaulich-architektonische Gestaltung der gesellschaftlichen Einrichtungen aus.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Gestaltung sozialistischer Wohnformen zu. Ein wichtiges Element für die Umgestaltung unserer Städte ist der Wohnbereich. Die Qualität des Wohnens beeinflußt die Arbeitsproduktivität und die allseitige Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit. Hauptsächlich im Wohngebiet reproduzieren die Menschen ihre Arbeitskraft. Mit der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise entstehen jedoch auch qualitativ neue Anforderungen an das Wohnen. All diese Anforderungen betreffen nicht nur die Wohnung oder das Wohngebäude, sondern das „Wohnen" im erweiterten Sinne, also auch die gesellschaftlichen Einrichtungen.

Die Gestaltung des Wohnmilieus einschließlich des Handels, der Volksbildung, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Einrichtungen zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens, des Sports und der Erholung wirkt also neben der Gestaltung der Arbeitsumwelt als entscheidender Faktor des Städtebaues. Es ist deshalb auch nicht mehr möglich, eine neue Qualität sozialistischer Wohnbedingungen durch Einzelmaßnahmen oder Einzelaktionen zu erreichen, sondern nur durch Komplexlösungen. Eine gemeinsame verbindende Zielstellung muß alle die Komponenten erfassen, die Einfluß auf diese Entwicklung in der Wohnung, im Wohngebäude, im Wohngebiet und in den gesellschaftlichen Einrichtungen haben.

Für die qualitative und quantitative Entwicklung des Teilkomplexes, „Gesellschaftliche Einrichtungen", der als solches ein Element im Komplex Wohnen wäre, lassen sich folgende prinzipielle Forderungen ableiten:

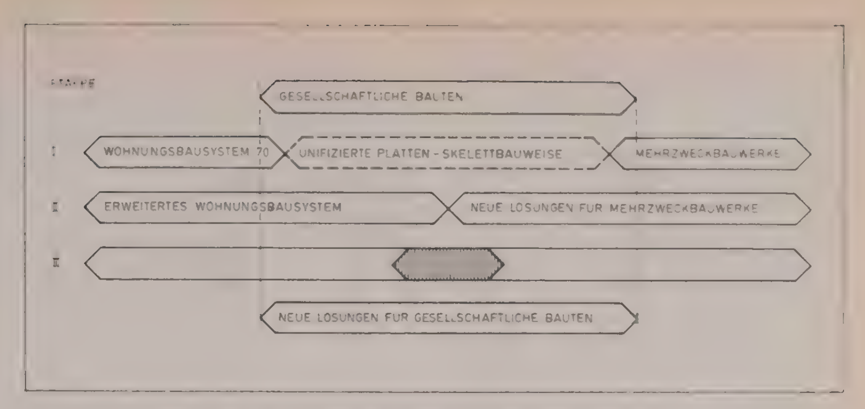
- ausreichende und moderne Einrichtungen für die Erziehung und Betreuung unserer Kinder und Jugendlichen
- rationelle Methoden der Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen und universellen Bedarfs
- neue Formen der Versorgung der Bevölkerung mit haus- und kommunalwirtschaftlichen Dienstleistungen und Reparaturen
- qualitative und quantitative Weiterentwicklung der gastronomischen Betreuung einschließlich der Schulspeisung und der Versorgung am Arbeitsplatz
- Voraussetzungen für die Qualifizierung und Weiterbildung der Werktätigen
- Voraussetzungen für die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens
- Entwicklung gesundheitsfördernder Verhaltensweisen der Menschen durch Gesundheitserziehung, Körperkultur, Sport und aktive Erholung
- umfassende Systeme der medizinischen Betreuung und der sozialen Fürsorge.

Mit dem auf der 24. Sitzung des Staatsrates der DDR gefaßten Beschluß zur Planung und Leitung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung in den Bezirken, Kreisen, Städten und Ge-

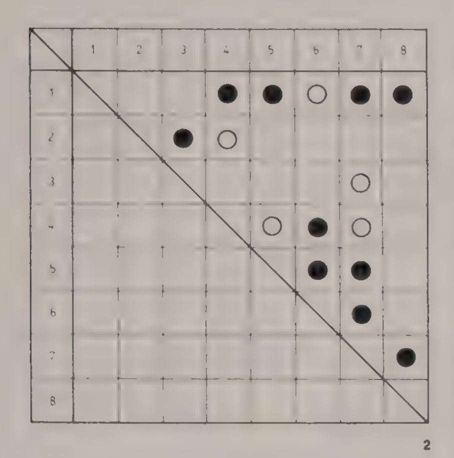
2 Matrix der Funktionskopplungen

● notwendige Kopplung
○ mögliche Kopplung

Legende:
1 Erziehung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen
2 Versorgung mit Waren des täglichen und periodischen Bedarfs
3 Dienstleistungen und Reparaturen
4 Gastronomische Betreuung
5 Qualifizierung und Weiterbildung
6 Geistig und kulturelles Leben
7 Körperkultur, Sport und Erholung
8 Medizinische Betreuung, Sozialfürsorge



4 Etappen der Überlagerung des Wohnungsbausystems mit Mehrzweckbauwerken (schraffiert: Bereich für optimale Variabilität und Flexibilität)

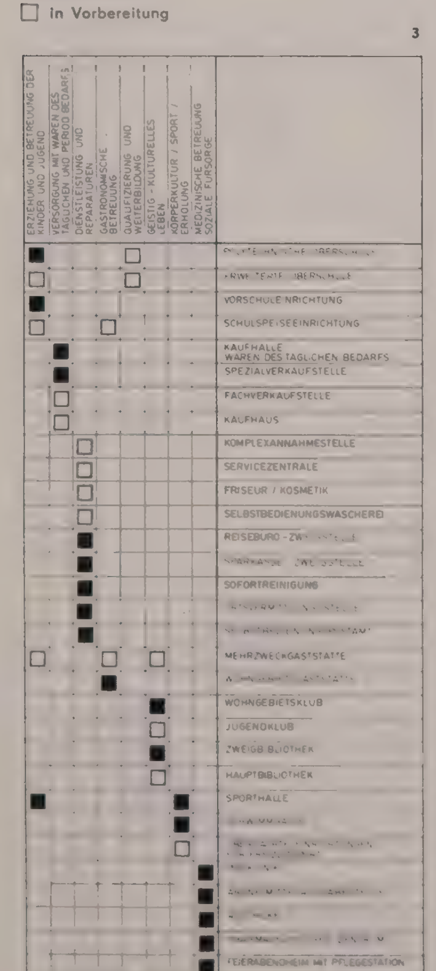


2

3 Entwicklung von Funktionslösungen für gesellschaftliche Bauten

■ vorhanden
□ in Vorbereitung

3



meinden wurden die staatlichen gesetzlichen Voraussetzungen für die Lösung dieser Aufgaben geschaffen.

Bisher fehlte für die gesellschaftlichen Bauten eine einheitliche ordnende Konzeption der Planung und Leitung der Bauprozesse und ihrer Vorbereitung auf der Grundlage katalogisierter Normative, Gebrauchswertforderungen sowie Teil- und Finalerzeugnisse. Diese Tatsache hat zur Folge Unsicherheiten und Informationsverluste in der Phase der Vorbereitung der Investitionen, eine hohe Belastung der Vorfertigung durch ein viel zu umfangreiches Elementesortiment, eine Zersplitterung der Kapazitäten, einen diskontinuierlichen Einsatz von Arbeitskräften und Maschinen.
Gleichzeitig ist eine uneinheitliche Entwicklung in den Bezirken mit sehr voneinander abweichenden Leistungskennziffern der Baukombinate bei der Ausführung der Objekte mit unökonomischen Bauzeiten und zum Teil ungerechtfertigt hohen Investitionsaufwendungen festzustellen. Der große qualitative Unterschied in den Angeboten der Bezirke birgt außerdem noch die Gefahr unzureichender Gebrauchswertparameter der Einrichtungen in sich. Darüber hinaus haben zweigspezifische Interessen der Investitionsträger und der Nutzer einerseits und das Prinzip der zweigspezifischen Projektierung mit starren Projekten andererseits eine systematische komplexe ökonomische Durchdringung und Wirksamkeit im Bereich der gesellschaftlichen Bauten erschwert und dadurch nicht in allen Fällen zur Sicherung des höchsten Nutzeffektes der Investitionen sowie zur Gewährleistung eines optimalen Gebrauchswertes beigetragen.

Isoliert errichtete bauliche Einheiten zum Beispiel stehen in Widerspruch zu einer systemgerechten Entwicklung und wirken dem Entstehen städtischen Lebens entgegen. Es ist falsch, noch weiterhin autonome bauliche Einheiten innerhalb einer Stadt oder eines Teiles der Stadt schaffen zu wollen.

Während es in der Regel so ist, daß die betriebstechnologisch-funktionelle Lösung beherrscht wird, haben die beiden anderen, den Gebrauchswert einer Einrichtung noch bestimmende Kriterien nur in geringem Maße Beachtung gefunden. Es handelt sich um den Gebrauchswert einer gesellschaftlichen Einrichtung aus der Sicht des Benutzers, das heißt des Bürgers, und um den Gebrauchswert des Objektes hinsichtlich Herstellung, Nutzung und Kosten. In Auswertung des 14. Plenums des Zentralkomitees der SED kommt es aber nicht nur darauf an, das Erzeugnis „Gesellschaftsbau" voll in den Reproduktionsprozeß der Baukombinate zu integrieren, sondern durch komplexe sozialistische Rationalisierung unter Ausschöpfung aller Reserven die Bauleistungen bei gleichzeitiger Erfüllung der steigenden qualitativen Anforderungen im Bereich der gesellschaftlichen Bauten entscheidend zu erhöhen. Dieses Ziel kann nur durch eine in das Einheitssystem Bau eingeordnete effektive, auf der Basis einheitlicher Parameter organisierte Serienproduktion im Rahmen des leichten und ökonomischen Bauens mit Komplexlösungen für gesellschaftliche Bauten erreicht werden. Als Bindeglied zwischen Forschung und Produktion hat hier die Projektierung den bestimmenden Einfluß, um den wissenschaftlich-technischen Höchststand der Erzeugnisse zu verwirklichen und die komplexe sozialistische Rationalisierung in den Baukombinaten durchzusetzen.

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeit konzentriert sich in den nächsten Jahren auf dieses Gesellschaftsbaukonzept. Zwischen- oder Teilergebnisse werden kontinuierlich auf notwendige oder herangereifte Entscheidungen in der Investitionsvorbereitung und Bauproduktion, wie beispielsweise Veränderung der Produktionsbasis, Einfluß nehmen müssen. Es ist zwingend notwendig, eine volle Wirksamkeit der Systemlösungen für gesellschaftliche Bauten ab 1975 76 zu erreichen, da zu diesem Zeitpunkt mit einem Qualitätsumschlag auf Grund der Gesamtentwicklung zu rechnen ist und nach allerdings unvollständigen Analysen in diesen Jahren die Vorfertigungsanlagen und Maschinenkomplexe zum Teil ausgetauscht werden müssen.

Dabei wird eingeschätzt, daß sich in den kommenden Jahren in Verbindung mit einer stärkeren Konzentration auf den Wohnungsbau der Gesellschaftsbau zunächst hauptsächlich auf polytechnische Oberschulen, Vorschuleinrichtungen, Kaufhallen für Waren des täglichen Bedarfs, Komplexannahmestellen und auf Einrichtungen des Gesundheitswesens für die ambulante medizinische Versorgung konzentriert. Diese Bauten werden im wesentlichen mit Rücksicht auf die Produktionsvoraussetzungen in den Kombinaten nach bereits vorhandenen Projektunterlagen ausgeführt. Allerdings müssen diese Projekte funktionell und bautechnisch rationalisiert sowie an die für diesen Zeitraum gültigen staatlichen Normative angepaßt werden, wie es für die Schulbaureihe Erfurt bereits erfolgt ist. Die dafür in Frage kommenden Projekte werden durch die Erzeugnisgruppe „Gesellschaftliche Bauten" ausgewählt und katalogisiert. Gleichzeitig wird der in der Erzeugnisgruppe organisierte Leistungsvergleich, in den Schulen, Vorschuleinrichtungen und Kaufhallen einbezogen sind, mit

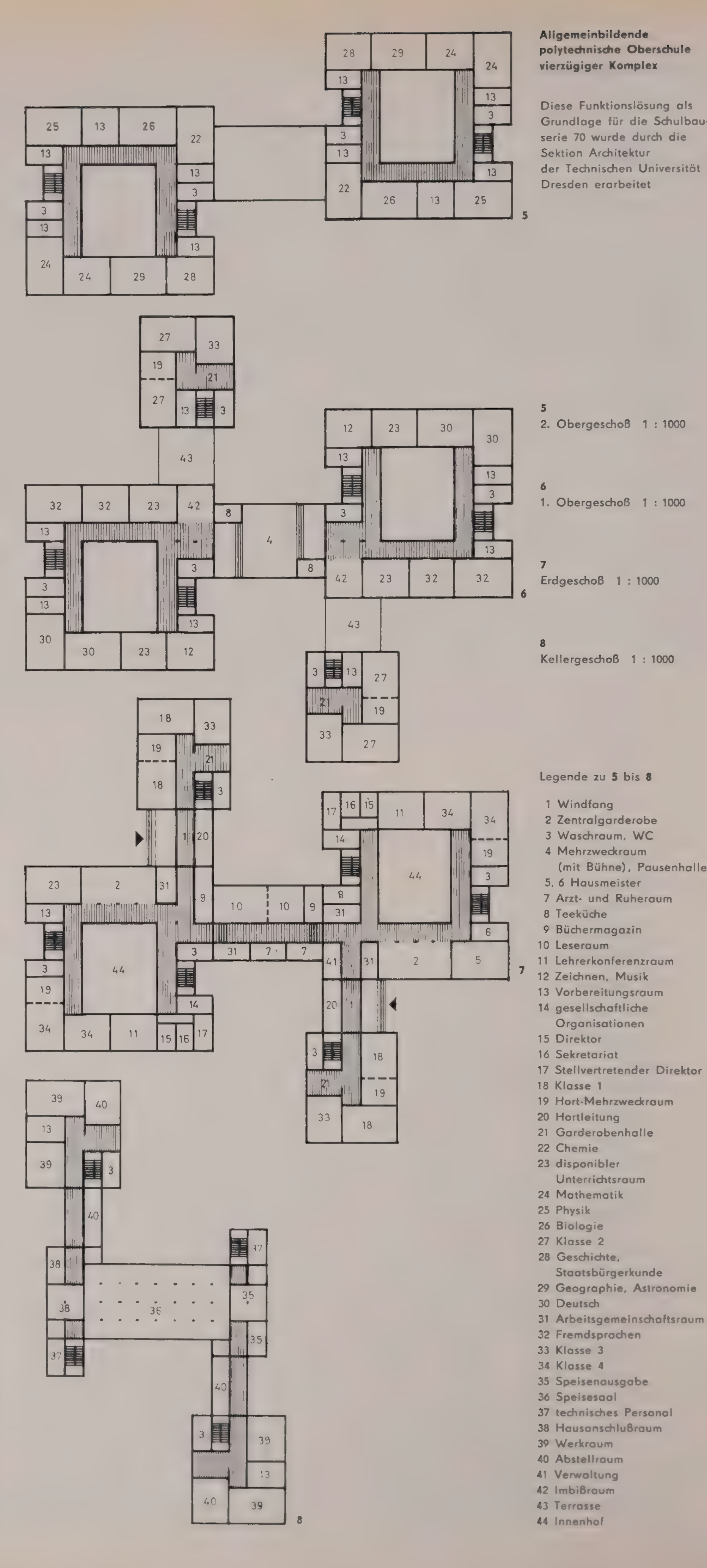
dazu beitragen, die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen auf breiter Basis voranzutreiben. Dieser Leistungsvergleich umfaßt nicht nur Kosten und Aufwand, sondern damit im Zusammenhang auch den erreichten Gebrauchswert.

Daß daneben auf der anderen Seite durch die Fachplanträger oder durch die örtlichen Organe vor Neubau- oder Rekonstruktionsentscheidungen vor einer externen Erweiterung der Netze von gesellschaftlichen Einrichtungen die in den vorhandenen baulichen Grundfonds enthaltenen Reserven erst ausgeschöpft und voll wirksam gemacht werden, ist eine weitere Forderung des 14. Plenums des ZK der SED zur Grundfondswirtschaft und ihrer zunehmenden Bedeutung für die Steigerung der Leistungsfähigkeit der materiell-technischen Territorialstruktur. Diese Maßnahmen müssen nicht immer mit Investitionen verbunden sein. Sie tragen aber mit dazu bei, die Effektivität der gesellschaftlichen Einrichtungen insgesamt zu erhöhen.

Im Auftrag der Erzeugnisgruppe „Gesellschaftliche Bauten" wurde 1970 als Vorlauf und Ausgangsbasis eines einheitlichen Wirkens in den Baukombinaten von der Deutschen Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur, Abteilung gesellschaftliche Bauten, in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit den Planträgern, ihren Instituten und mit den Hochschulen eine komplexe Studie zur Entwicklung der Funktionslösungen für die gesellschaftlichen Einrichtungen der Wohngebiete ausgearbeitet.

Diese Funktionslösungen wurden auf der Grundlage der Anwendung einer unifizierten Platten-Skelett-Bauweise entwickelt. Parallel dazu wurde der erste Informationskatalog für die Elemente der unifizierten Platten-Skelett-Bauweise zusammengestellt. Zielfunktion für beide im Forschungskomplex „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" verankerten Aufgaben war die maximale Fertigung der Elemente auf den Produktionseinrichtungen des Wohnungsbaues bzw. die Integration in das Wohnungsbausystem 70. Die entscheidenden Kriterien für die geforderte Variabilität und Flexibilität der gesellschaftlichen Einrichtungen sind jedoch die Deckenspannweite von 7200 mm, die größeren Geschoßhöhen und differenziertere Forderungen des Ausbaues und der technischen Gebäudeausrüstung, die sich aus der Spezifik der betriebstechnologischen Bedingungen ableiten.

Mit einer weiteren konsequenten Industrialisierung der Bauprozesse innerhalb des Einheitssystems Bau wäre also die Entwicklung neuer ein- und mehrgeschossiger Mehrzweckbauwerke mit dem Massenwohnungsbau so abzustimmen und eventuell zu überlappen, daß sich Sonderentwicklungen für die Masse der gesellschaftlichen Bauten erübrigen und gleichzeitig optimale Bedingungen hinsichtlich Variabilität und Flexibilität erreicht werden. Das heißt, daß es nicht darauf ankam, für die gesellschaftlichen Bauten ein eigenes Konstruktionssystem zu entwickeln, sondern entsprechend den Gebäudestrukturen der verschiedenen Einrichtungen eine sinnvolle und im volkswirtschaftlichen Interesse liegende Zuordnung zu Konstruktionssystemen zu finden, die im Rahmen des Einheitssystems Bau eine vorrangige Entwicklung erfahren. Großflächige Strukturen, wie hallenartige Bauten, werden dem Metalleichtbau und die kleinzelligen Strukturen, wie Vorschuleinrichtungen, werden dem Wohnungsbau zugeordnet. Außerdem bedingt die funktionelle Verflechtung der Wohnung mit den gesellschaftlichen Einrichtungen und der



Allgemeinbildende polytechnische Oberschule vierzügiger Komplex

Diese Funktionslösung als Grundlage für die Schulbauserie 70 wurde durch die Sektion Architektur der Technischen Universität Dresden erarbeitet

5
2. Obergeschoß 1 : 1000

6
1. Obergeschoß 1 : 1000

7
Erdgeschoß 1 : 1000

8
Kellergeschoß 1 : 1000

Legende zu **5** bis **8**

1 Windfang
2 Zentralgarderobe
3 Waschraum, WC
4 Mehrzweckraum (mit Bühne), Pausenhalle
5, 6 Hausmeister
7 Arzt- und Ruheraum
8 Teeküche
9 Büchermagazin
10 Leseraum
11 Lehrerkonferenzraum
12 Zeichnen, Musik
13 Vorbereitungsraum
14 gesellschaftliche Organisationen
15 Direktor
16 Sekretariat
17 Stellvertretender Direktor
18 Klasse 1
19 Hort-Mehrzweckraum
20 Hortleitung
21 Garderobenhalle
22 Chemie
23 disponibler Unterrichtsraum
24 Mathematik
25 Physik
26 Biologie
27 Klasse 2
28 Geschichte, Staatsbürgerkunde
29 Geographie, Astronomie
30 Deutsch
31 Arbeitsgemeinschaftsraum
32 Fremdsprachen
33 Klasse 3
34 Klasse 4
35 Speisenausgabe
36 Speisesaal
37 technisches Personal
38 Hausanschlußraum
39 Werkraum
40 Abstellraum
41 Verwaltung
42 Imbißraum
43 Terrasse
44 Innenhof

9

10

Städtebauliche Lösungen für Ober- und Unterstufe mit integriertem oder getrenntem zentralem Funktionsbereich von polytechnischen Oberschulen

Diese Funktionslösung der Schulbauserie 70 wurde vom VEB(B) Wohnungsbaukombinat Erfurt, Spezialprojektant für Schulen, erarbeitet.

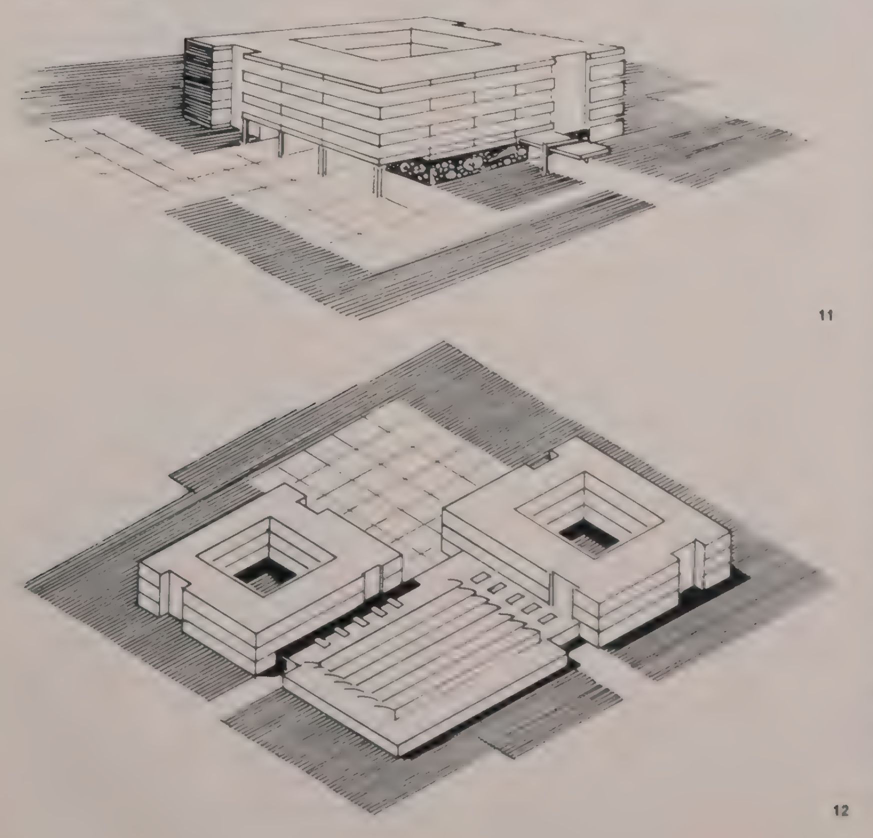
Entwurf: Architekt H. Barth

9 Übersichtsschema

10
Ansicht einer 2 × zweizügigen Oberschule 1 : 400 (Ober- und Unterstufe, getrennter zentraler Funktionsbereich)

11 Perspektive einer zweizügigen Oberschule mit integriertem zentralem Funktionsbereich

12 Perspektive zu Abbildung 10

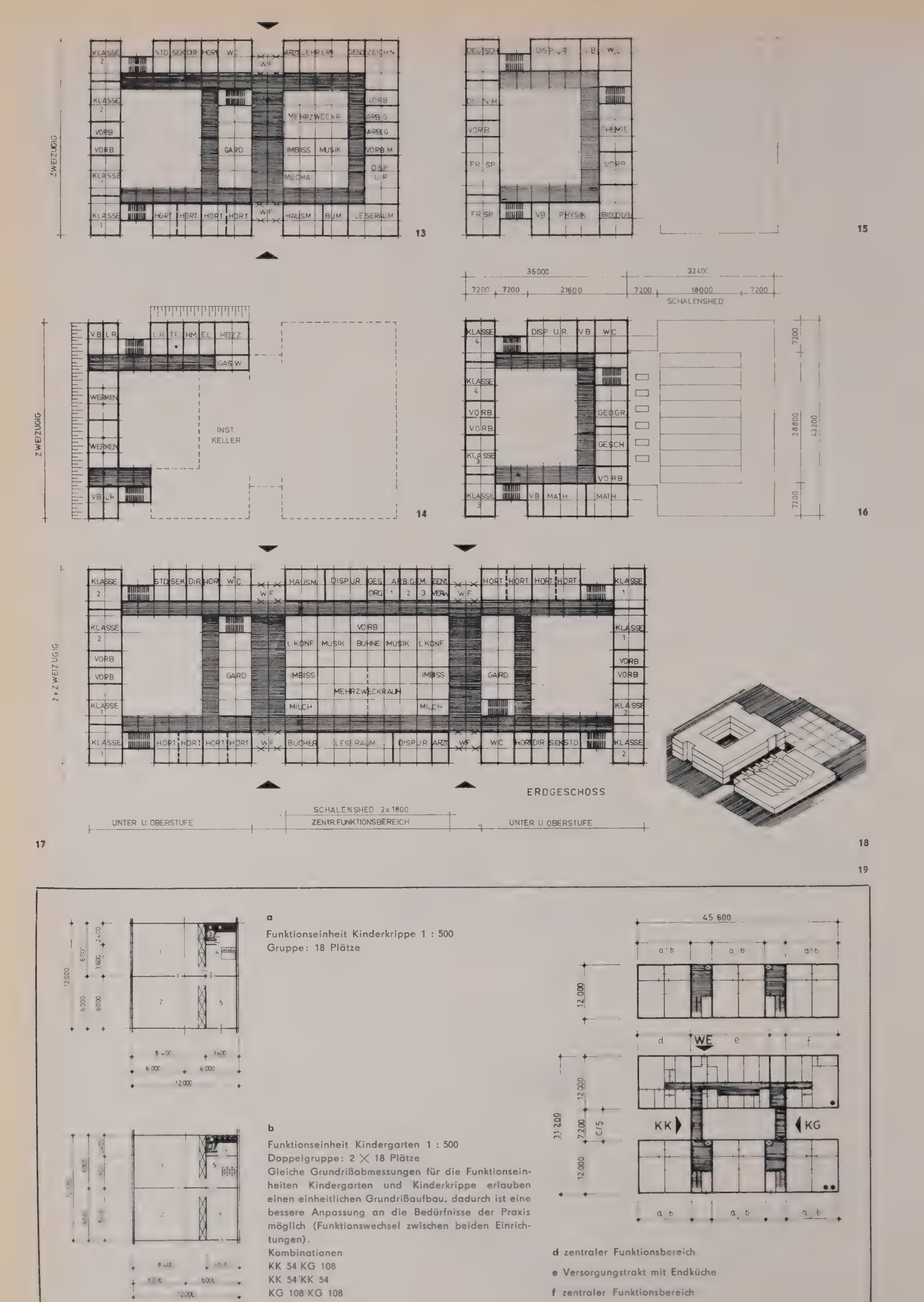


11

12

gesellschaftlichen Einrichtungen untereinander bauliche Strukturen, die eine direkte räumliche Kombination und Funktionsüberlagerung zulassen. Damit mußten automatisch starre, einmalig vorgedachte, unveränderbare Gebäudelösungen aufgegeben und die Ausarbeitung kombinationsfähiger Funktionseinheiten oder sogenannter Funktionsbausteine unter Verwendung ausgewählter Vorzugsparameter in Angriff genommen werden.

Der erreichte Grad der Vereinheitlichung kann noch nicht befriedigen, da noch nicht alle in Frage kommenden Funktionen aufgrund nicht ausreichender technologischer Vorarbeiten in die Untersuchungen einbezogen werden konnten und andererseits die ausbautechnischen Fragen und die Probleme der technischen Gebäudeausrüstung nicht abschließend behandelt werden konnten. Dies trifft besonders für die gastronomischen Einrichtungen, für die Einrichtungen der Dienstleistungen und für die Einrichtungen des Gesundheitswesens im ambulanten Bereich zu. Es muß betont werden, daß mit dieser Arbeit erstmalig wieder nach der Typenserie 66 eine sozialistische Gemeinschaftsarbeit organisiert wurde, in die nicht nur die Forschung und Entwicklung mit den Planträgern und Hochschulen, sondern auch die Wohnungs- oder Gesellschaftsbaukombinate unmittelbar einbezogen waren. So fand auch die Verteidigung der Funktionslösungen im November 1970 vor den in der Erzeugnisgruppe



a

Funktionseinheit Kinderkrippe 1 : 500
Gruppe: 18 Plätze

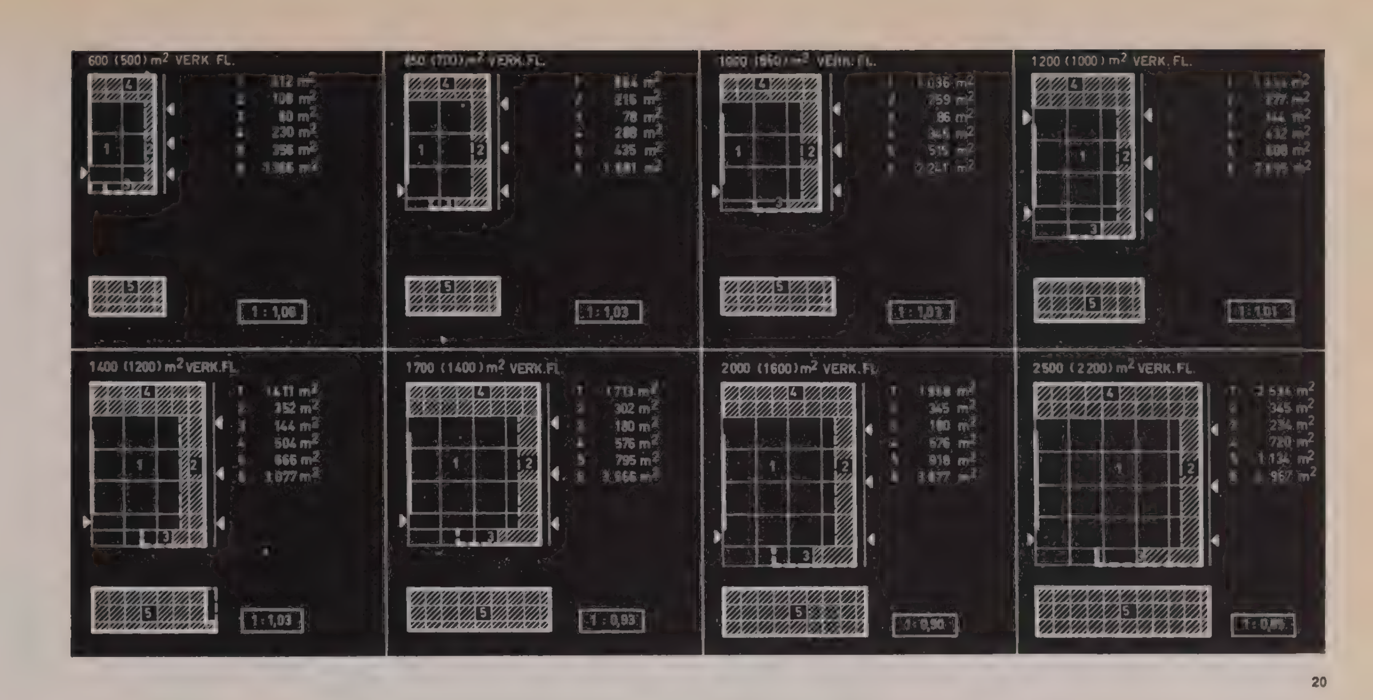
b

Funktionseinheit Kindergarten 1 : 500
Doppelgruppe: 2 × 18 Plätze
Gleiche Grundrißabmessungen für die Funktionseinheiten Kindergarten und Kinderkrippe erlauben einen einheitlichen Grundrißaufbau, dadurch ist eine bessere Anpassung an die Bedürfnisse der Praxis möglich (Funktionswechsel zwischen beiden Einrichtungen).
Kombinationen
KK 54 KG 108
KK 54 KK 54
KG 108 KG 108

d zentraler Funktionsbereich

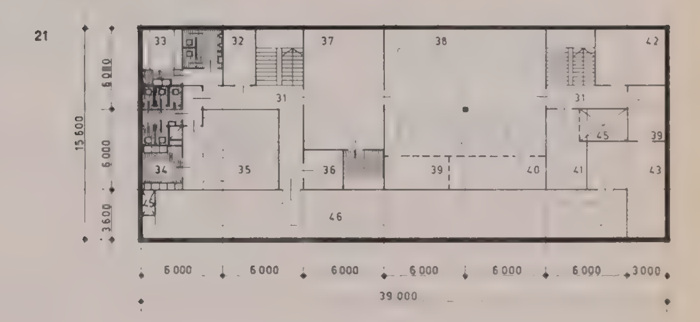
e Versorgungstrakt mit Endküche

f zentraler Funktionsbereich

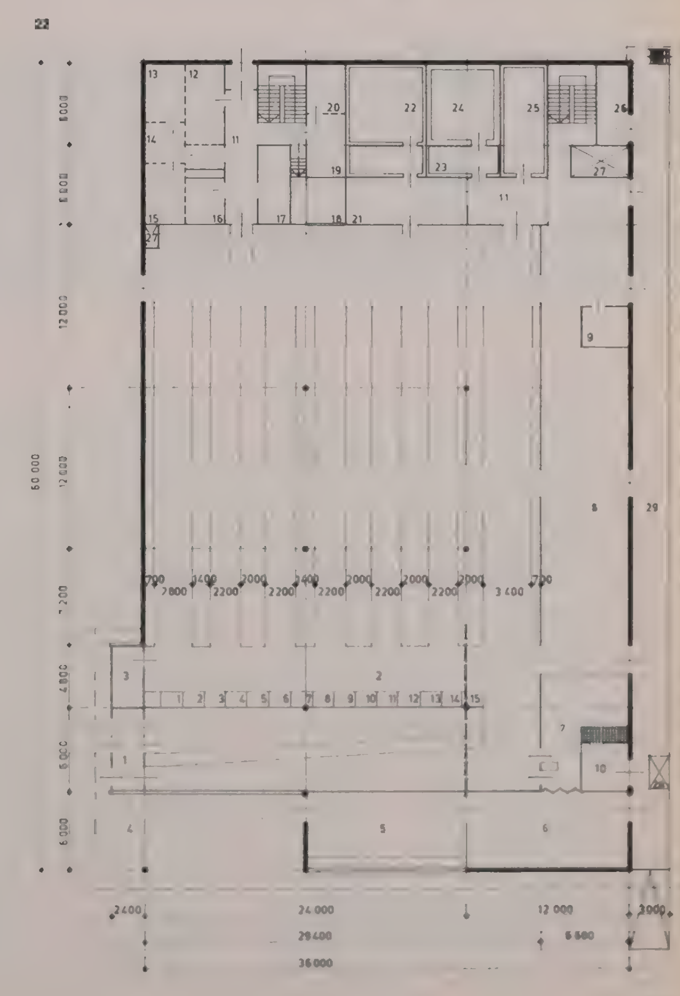


20

21



22



Zweizügige polytechnische Oberschule mit getrenntem zentralem Funktionsbereich

13 Erdgeschoß 1 : 1000

14 Kellergeschoß 1 : 1000

15 2. Obergeschoß 1 : 1000

16 1. Obergeschoß 1 : 1000

17 2 × zweizügige polytechnische Oberschule. Erdgeschoß 1 : 1000 (Kellergeschoß, 1. und 2. Obergeschoß wie Abb. 14, 16, 15)

18 Isometrie einer zweizügigen Oberschule mit getrenntem zentralem Funktionsbereich

19 Vorschuleinrichtungen

20 Übersichtsschema für Großraumkaufhallen

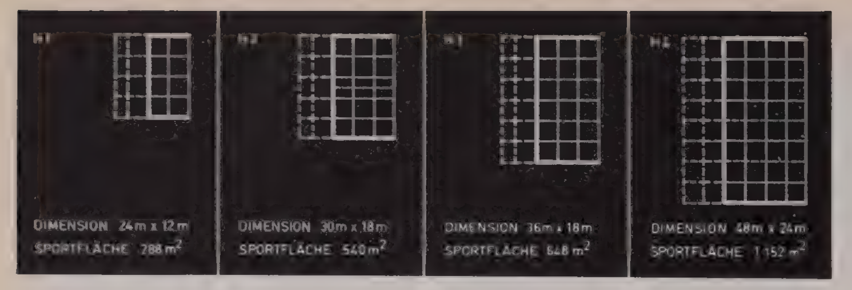
Großraumkaufhalle 12000 (1000) m² VRFL

21 Kellergeschoß 1 : 500

22 Erdgeschoß 1 : 500

Legende zu **21** und **22**

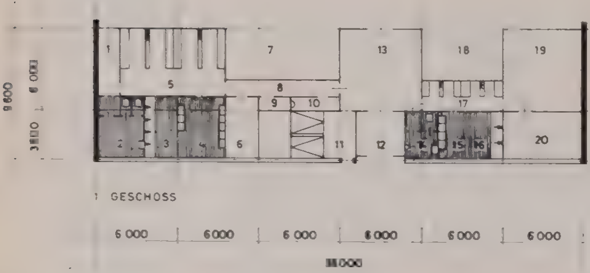
1 Windfang
2 Verkaufsraum
3 Kundendienst
4 Obst und Gemüse Frischmarkt, Kinderwagen
5 Sonderverkauf
6 Lager Sonderverkauf
7 Flaschenrücknahme
8 Lager Warenannahme
9 Lagerleiter
10 Müll, Abfälle
11 Verkehrsfläche
12 Technischer Raum
13 Direktor
14 Sekretariat
15 Betriebswirtschaft
16 Hauptkasse
17 Eigenbedarf
18 Dispatcher
19 Gruppenleiter
20 Verkaufsvorbereitung
21 Fleischvorbereitung
22 bis 25 Kühlblock
32 bis 35 Wasch- und WC-Anlagen
36 Reinigungsgeräte
37 Aufenthaltsraum
38 Klimaanlage
39 Lagerraum
40 Rückkühleinrichtung



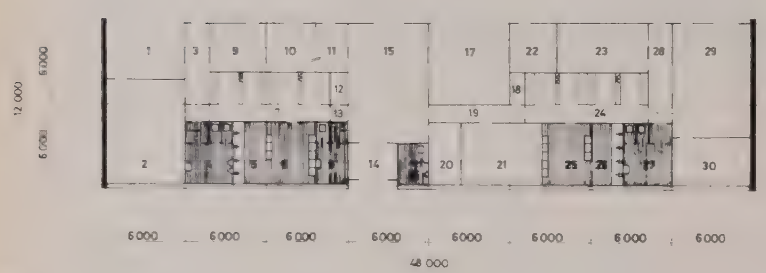
23



24



25



26

23 Übersichtsskizze Sporteinrichtungen (Halleneinheiten)

24 Komplettierungseinheit für 60 Erwachsene
80 Schüler (zweigeschossig)
Erdgeschoß 1 : 500
1 technischer Raum
2 bis 5 Umkleideanlagen Frauen
(15 Erwachsene oder 20 Schüler)
7 Schaltraum
8 Geräteraum
13 bis 16 Umkleiden Männer
(15 Erwachsene oder 20 Schüler)
17 Hallenwart
18, 19 Geräteraum
20 Konditionierungsraum
Im Obergeschoß befinden sich Umkleideanlagen mit der gleichen Kapazität, Räume für Trainer, Lehrer usw.

25 Komplettierungseinheit für 90 Erwachsene
120 Schüler
Erdgeschoß 1 : 500
1 Schleuse
2 bis 5 Umkleideanlagen Frauen
(30 Erwachsene oder 40 Schüler)
6, 7 Geräteraum
14 bis 17 Umkleideanlagen Männer
(15 Erwachsene oder 20 Schüler)
18 Geräteraum
19 technischer Raum
20 Schaltraum
Im Obergeschoß befinden sich Umkleideanlagen für Männer und Frauen, Räume für Trainer, Lehrer usw.

26 Komplettierungseinheit für 60 Erwachsene
80 Schüler
Erdgeschoß 1 : 500
1 Geräteraum
2 Konditionierungsraum
3 Schleuse
4 bis 7 Umkleideanlagen Männer
(30 Erwachsene oder 40 Schüler)
9 bis 11 pädagogisches Personal
17 Geräteraum
20 Hallenwart
21 Erste Hilfe
23 Boilerraum
24 bis 27 Umkleideanlagen Frauen
(30 Erwachsene oder 40 Schüler)
28 Schleuse
29 Heizungs- und Lüftungsanlage
30 Schaltraum

27 Lageplan eines Wohngebietszentrums 1 : 1250

28 Schnitt durch ein Wohngebietszentrum 1 : 500

„Gesellschaftliche Einrichtungen" zusammengefaßten Vertretern der Wohnungsbaukombinate statt. Auf dieser Verteidigung wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß dieser erste Schritt auf einem gemeinsamen Weg, der einen Qualitätsumschlag ab etwa 1975 annimmt, bereits heute Anleitung zum Handeln und Grundlage für die weiteren Schritte ist. Anleitung zum Handeln hinsichtlich der im Vorlauf arbeitenden städtebaulichen Projektierung, hinsichtlich der bereits erwähnten Rationalisierung der vorhandenen Projektlösungen und hinsichtlich langfristig vorzubereitender Produktionsumstellungen oder Produktionsprofilierungen.

Für welche Funktionen abgestimmte Lösungen vorliegen, ist aus einer Übersicht (Abb. 2) ersichtlich.

Der Anteil der „Bauten für gesellschaftliche Zwecke" (bezogen auf die Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur der DDR) an der Gesamtbauproduktion betrug im Durchschnitt 1967 13,8 Prozent, 1968 15,8 Prozent und wird 1975 etwa 20,0 Prozent betragen.

Der Wohnungsbau verhält sich zu den gesellschaftlichen Bauten des Wohngebietes (bisher „Komplexer Wohnungsbau" abgerechnet) wie 1 : 0,25 bis 1 : 0,30. Dieser Anteil von umgerechnet rund 30 Prozent der Gesamtbauproduktion im Gesellschaftsbau war, da eine entsprechende Bedarfshäufigkeit vorlag, in den letzten Jahren Gegenstand der Industrialisierungsmaßnahmen in den Wohnungsbaukombinaten. Durch die Zentrumsbauten, die in Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR in der Regel durch die Bau- und Montagekombinate ausgeführt wurden, erhöhte sich dieser Anteil, so daß der absolut erreichte Industrialisierungsgrad bei den gesellschaftlichen Bauten höher liegt.

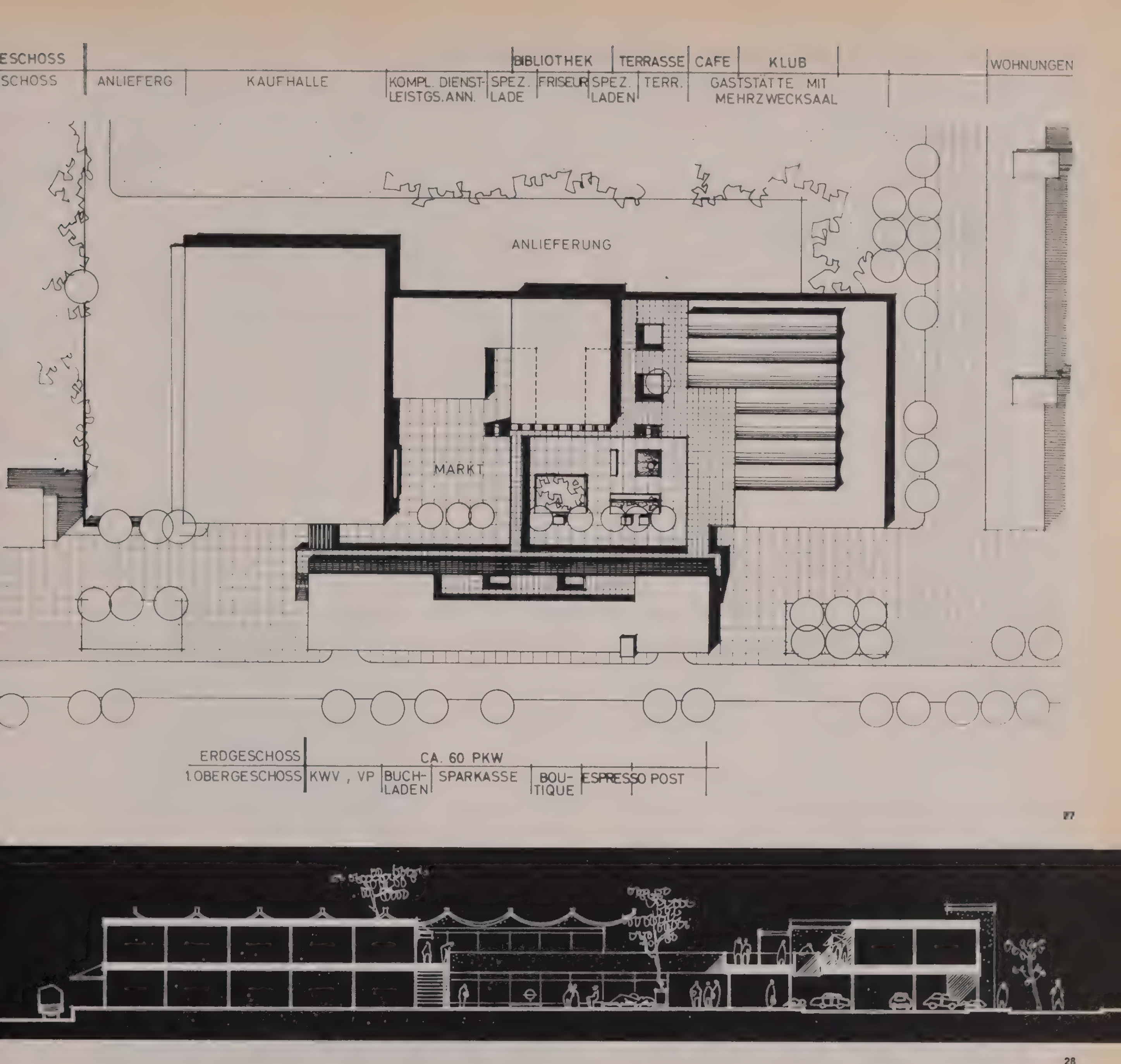
Der Schwerpunkt lag und liegt aber unbestreitbar auch in den kommenden Jahren bei den Gebäudekategorien, die den Charakter von Massenbauten haben, wie

polytechnische Oberschulen mit 26,1 Prozent,
Vorschuleinrichtungen mit 18,8 Prozent,
Kaufhallen mit 11,0 Prozent,
Einrichtungen des ambulanten Gesundheitswesens mit 10,4 Prozent und
Turnhallen mit 10,2 Prozent

von Bauvolumen der gesellschaftlichen Bauten, die dem Wohnen unmittelbar zuzuordnen wären.

Die zunehmende Größe zusammenhängender Wohngebiete und die mit der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte verbundenen neuen Anforderungen an die gesellschaftlichen Bauten lassen aber erkennen, daß der Anteil der gesellschaftlichen Bauten am Wohnungsbau absolut und relativ ansteigt, da weitere Funktionen in die Programme aufgenommen werden müssen, die bisher außerhalb der Betrachtung lagen oder nur einen geringen Anteil ausmachten und vernachlässigt wurden. Es geht also nicht nur um einen höheren Bedarf an gesellschaftlichen Bauten, sondern auch um eine neue Qualität dieser Einrichtungen.

Neben einer relativ langlebigen baulichen Grundstruktur (Makrostruktur) sind Aus-



27

28

stattungssysteme (Mikrostrukturen) notwendig, die einem stärkeren physischen und moralischen Verschleiß unterworfen sind und dadurch die Gebäudestruktur für künftige Anforderungen elastisch halten, d. h. eine bauliche Grundstruktur, die die städtebaulich-gestalterischen Absichten durch klar erfaßbare Gebäudekombinationen unterstützt, kombinationsfähig und ergänzbar bleibt und damit in drei Dimensionen wachsen kann.

Damit wird klar, daß der Schwerpunkt für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen Bauten nicht bei der Erfindung eines eigenen Konstruktionssystems oder einer entsprechenden Bauweise oder aber bei der Perfektionierung einzelner Gebäudekategorien liegen kann, sondern bei einer notwendigen und sinnfälligen Fortsetzung des im Bauwesen beschrittenen Weges, die von den Erfahrungen entwickelter und in der Praxis erprobter Einzelentwicklungen ausgeht und ein einheitliches Ganzes anstrebt. Das setzt neben einer modularen Ordnung und einheitlicher bautechnologischer Prinzipien im Rahmen des Einheitssystems Bau voraus, ein ästhetisches Ordnungsprinzip aufzubauen. Ein Ordnungsprinzip, das die Produktion von standardisierten, austauschbaren Bauelementen und Bauteilen in hohen Losgrößen „nicht in einer monotonen Addition gleichartiger Bauteile oder in einer chaotischen Formenvielfalt" enden läßt, „sondern als übergeordnetes Prinzip durch bewußte Beherrschung ästhetischer und kompositorischer Gesetzmäßigkeiten eine interessante und vielfältige Gestaltung ermöglicht, die über das Einzelgebäude hinaus, eine im Ensemble und in der Stadtgestalt erlebbare Ordnung und Absicht einschließt. In diesem Prinzip muß die sich aus funktionellen Erfordernissen ergebende Variabilität der einzelnen städtischen Funktionen zu verwirklichen sein." (4)

Dieses nur über eine längere Etappe zu erreichende Ziel erfordert, daß alle Beteiligten ein hohes Maß an Einsicht in diese objektiven Prozesse haben und die schrittweise Realisierung der in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit erzielten Ergebnisse in disziplinierter Form erfolgt. Die Lösung dieser Aufgabe ist nur vorstellbar, wenn sie auf der Grundlage einer einheitlichen strategischen Konzeption unter Einbeziehung aller Beteiligten mit Hilfe der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaften koordiniert und unter einer einheitlichen straffen Leitung erfolgt. Nur so können für die gesellschaftlichen Bauten der wissenschaftlich-technische Höchststand erreicht und mitbestimmt und Pionier- und Spitzenleistungen erzielt werden.

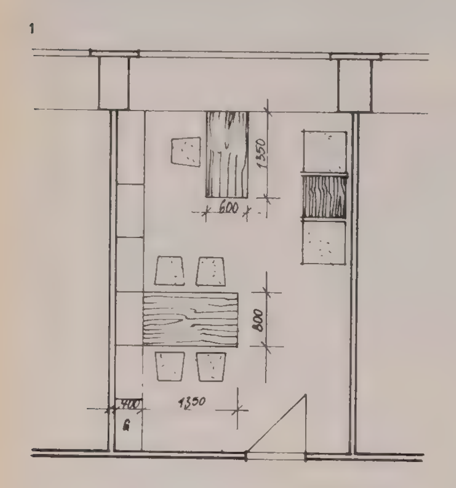
Literatur

(1) Konzeption für die Fachtagung der Zentralen Fachgruppe „Wohn- und Gesellschaftsbau" des BDA zum Thema „Die Anforderungen an Architekten und Städtebau in Wechselwirkung zur Bauproduktion und Projektierung"

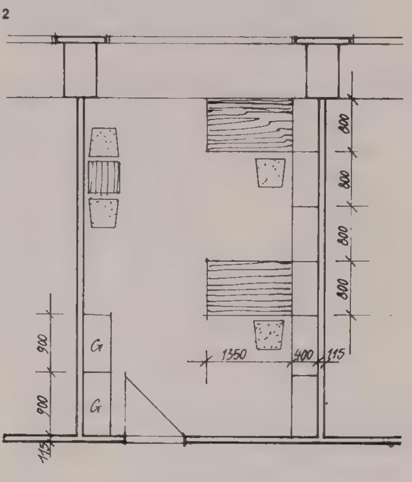
Studie zu Raumeinheiten für Universitätsbauten

Dr.-Ing. Rudolf Lasch, Hauptarchitekt
Dipl.-Ing. Ernst Gahler, Fachgruppenleiter
Entwurf
VEB Industriebaukombinat Rostock
Betriebsteil Forschung, Projektierung, Technologie, Rostock

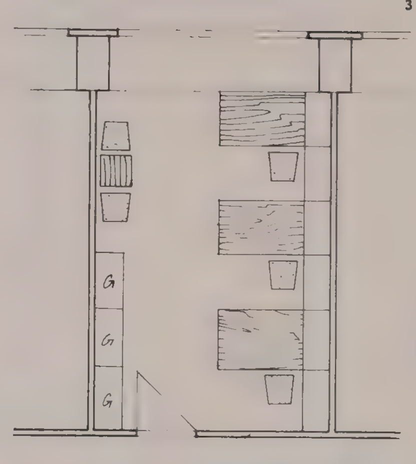
1



2



3



Arbeitsräume der Sektionen

1 Arbeitsraum für Dozenten (1 Büroarbeitsplatz) 1 : 100

2 Arbeitsraum für Wissenschaftler (2 Büroarbeitsplätze) 1 : 100

3 Arbeitsraum für wissenschaftliche Mitarbeiter (3 Büroarbeitsplätze) 1 : 100

4 Perspektive eines Arbeitsraumes für Dozenten

5 Raum für sonstiges Fachpersonal (4 Büroarbeitsplätze) Variante mit 8 Arbeitsplätzen 1 : 100

6 Perspektive

Konferenz- und Besprechungsräume

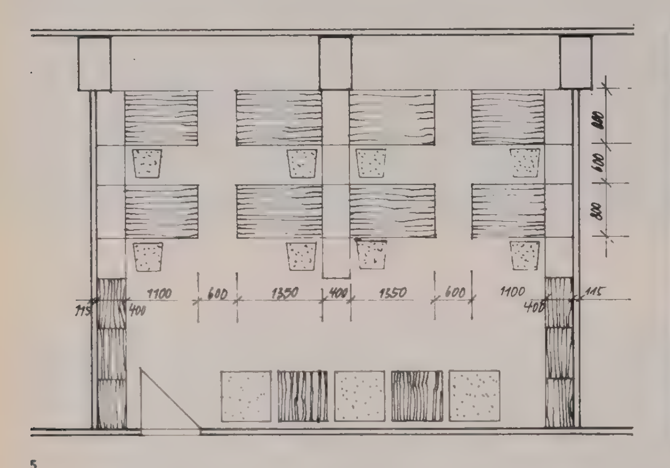
7 Besprechungs- und Seminarraum (8 Seminarplätze) 1 : 100

8 Variante Besprechungs- und Seminarraum (8 Seminarplätze) 1 : 100

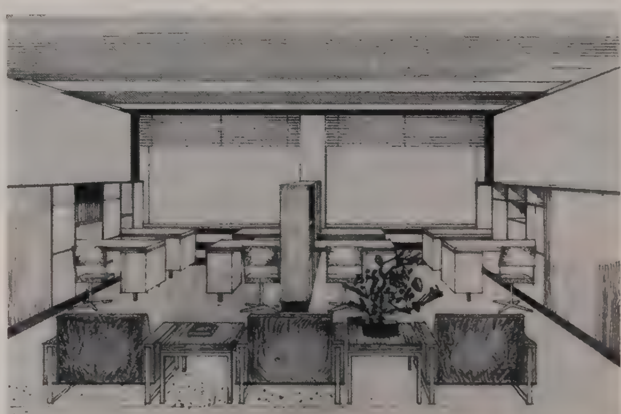
9 Perspektive



4

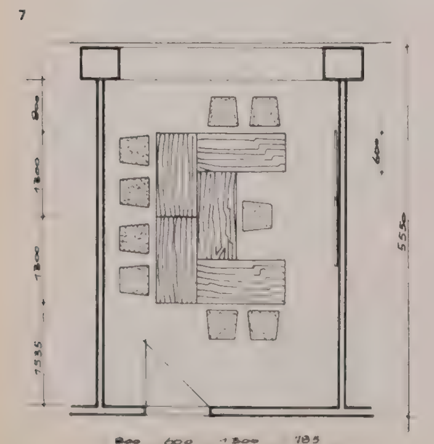


5

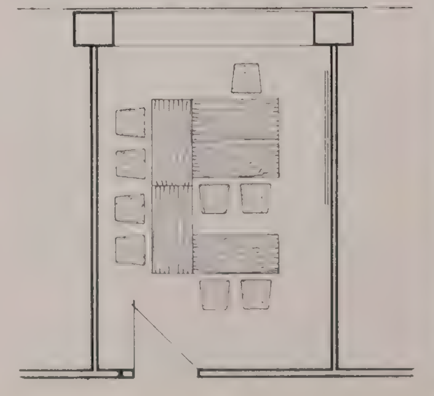


6

7



8



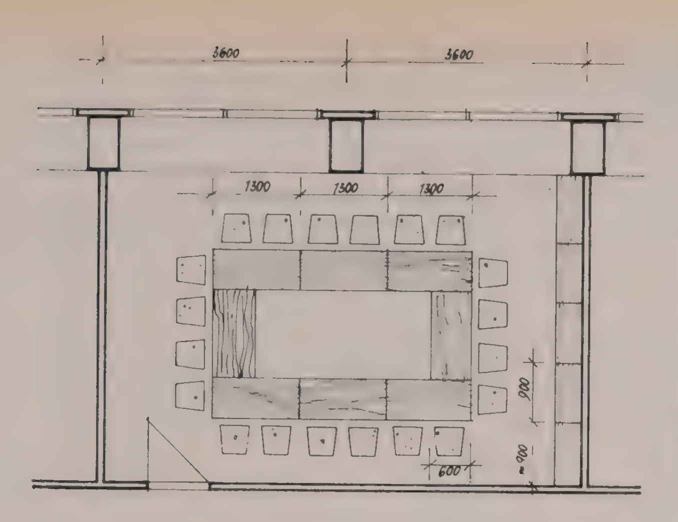
9

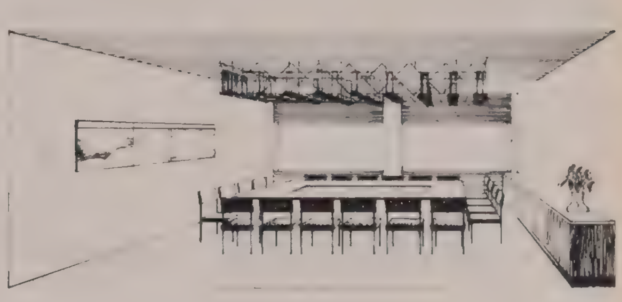




10 Besprechungsraum (20 Sitzplätze) 1 : 100

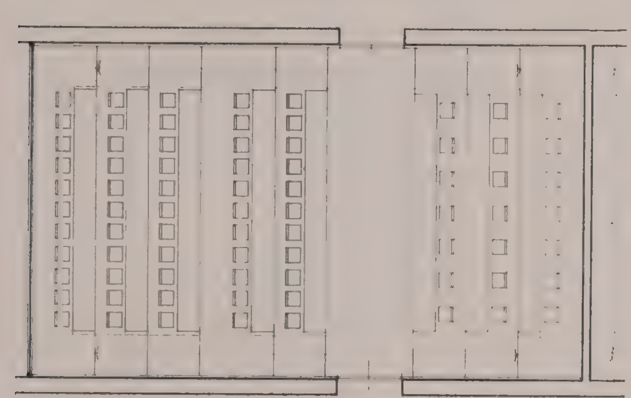
11 Perspektive

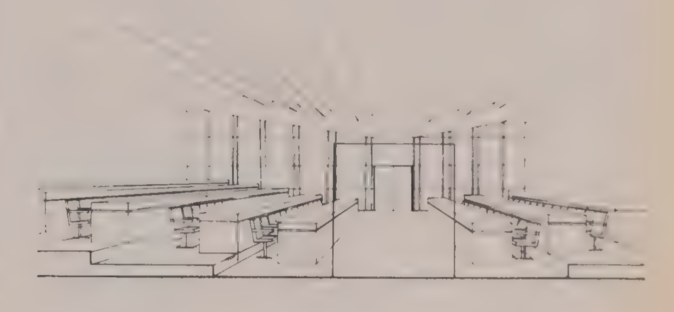




12 Konferenzraum (75 Sitzplätze) 1 : 200

13 Perspektive

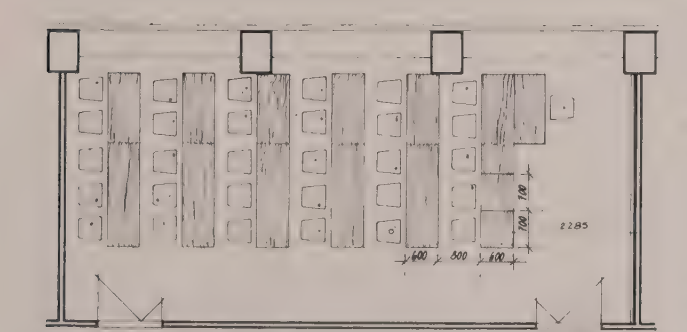




Seminar- und Unterrichtseinheiten

14 Seminarraum (30 Sitzplätze)

15 Perspektive





Mit dem bestehenden Gebäudekomplex der Universität Rostock am historischen Universitätsplatz und einem Neubau sollen sich im Stadtzentrum die

- Gesellschaftswissenschaften
- Wirtschaftswissenschaften und
- die nicht experimentell arbeitenden Naturwissenschaften entwickeln, während in der etwa 2,5 km entfernten Südstadt die
- experimentell arbeitenden Naturwissenschaften
- Landwirtschaftswissenschaften und
- die medizinischen Wissenschaften

funktionsspezifische Neubauten erhalten.

Diese beiden Zentren der Ausbildung, Erziehung und Forschung fügen sich harmonisch in die städtebauliche Komposition der Stadt ein und fördern gleichzeitig die Verflechtung der Universität mit der Stadt.

Bei der Neuplanung der Universität wurden für den Innenstadtbereich Raumeinheiten entwickelt, von denen hier einige der wesentlichsten für Lehr- und Forschungszwecke vorgestellt werden sollen, da sie – als Funktionseinheiten betrachtet – Anregungen für ähnliche Planungen geben können.

Die in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen
dem VEB Industriebaukombinat Rostock (Architekten Dr. Lasch, Gahler, Langwasser, Hamanke)
dem VEB Innenprojekt Rostock (Architekten Schaarschmidt, Zillich) und
dem Sonderbaustab der Universität Rostock (Architekten Reichstein, Kirsten)
entwickelten Raumeinheiten wurden in einem „Raumbuch" erfaßt, das eine klare Übersicht gewährleistet.

Die Konsultationen während der Bearbeitung mit dem VEB Bürotechnik Berlin zu einigen speziellen Fragen (Büroarbeitsplätze) führten zur Ausarbeitung von Varianten.

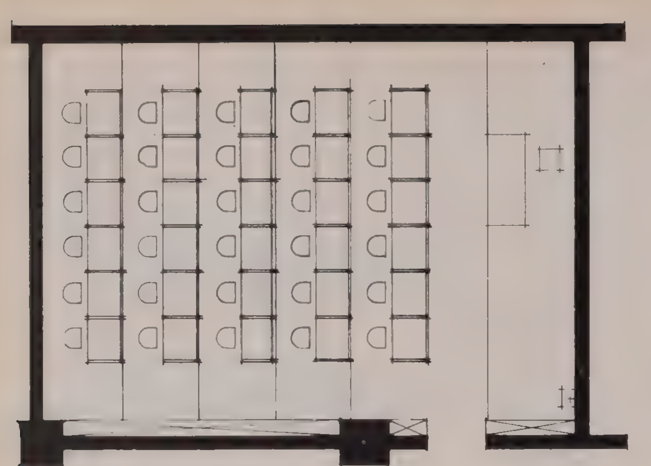
Nach Ermittlung des Flächenbedarfes war es notwendig, die Raumeinheiten und -gruppen nach dem Gesichtspunkt der Stapelbarkeit, Variabilität und Nichtstapelbarkeit unter Berücksichtigung von funktionellen Zusammenhängen zu ordnen. Stapelbare und variable Einrichtungen der Forschung und Lehre können im Geschoßbau angeordnet werden. Nichtstapelbare Einrichtungen und technische Versorgungseinrichtungen müssen in einem Flachbereich untergebracht werden.

Spezielle Raumeinheiten, die zwar zum Gesamtsystem gehören (wie die Bibliothek, das Informationszentrum, die technischen Funktionsräume des AVZ, Spezialunterrichtsräume, die Mensa, Räume für Haustechnik) werden im Rahmen dieses Beitrages nicht berücksichtigt. Für die Einrichtung und Ausstattung der dargestellten Räume fanden folgende, für den gegenwärtigen Hochschulbau typische Kriterien Beachtung:

- größte Flexibilität in der Funktion
- variable Nutzungsmöglichkeit im gewählten Achssystem
- Verwendung flexibler Wände und Decken
- Flexibilität hinsichtlich der maximalen Ausrüstung mit audio-visueller Technik

Vorgestellt werden im einzelnen Funktionsgruppen unter den besonderen Bedingungen einer kompakten, hochkonzentrierten Anlage für rund 3700 Studenten und etwa 1000 Arbeitskräfte, die wegen optimaler Geländenutzung, einer intensiven Verflechtung der expandierten Disziplinen und der Einsparung an Zeit, Weglängen, Personal und Installation kompakt gestaltet wurde. Es sind zu unterscheiden:

- Wissenschaftliche Arbeitsräume für die Sektionen
  Mathematik
  Informatik
  Sozialistische Betriebswirtschaft
  Sozialistische Wirtschaftsführung
  Sprach- und Literaturwissenschaften
  Marxismus-Leninismus
  Industrie-Institut
- Besprechungs- und Konferenzräume aus dem Bereich des Konferenzzentrums



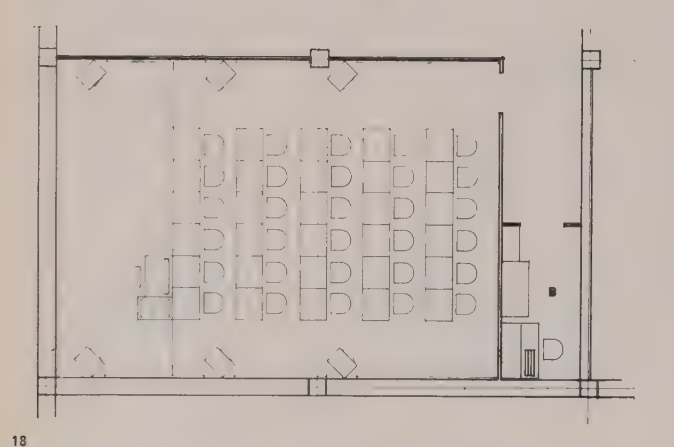
16



17

16 Sprachlabor (30 Übungsplätze) 1 : 150

17 Perspektive eines Sprachlabors mit 15 Übungsplätzen



18

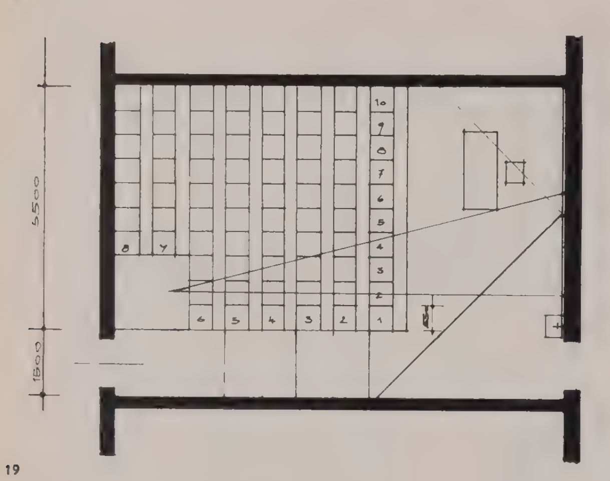
18 Kabinett (30 Übungsplätze) 1 : 150

Ausrüstung:
Regiepult
Industrie-Fernsehgerät
DIA-Projektor
Schreibprojektor
Magnetdispotafel
Projektionsfläche
Wandtafel
5 Fernsehmonitore

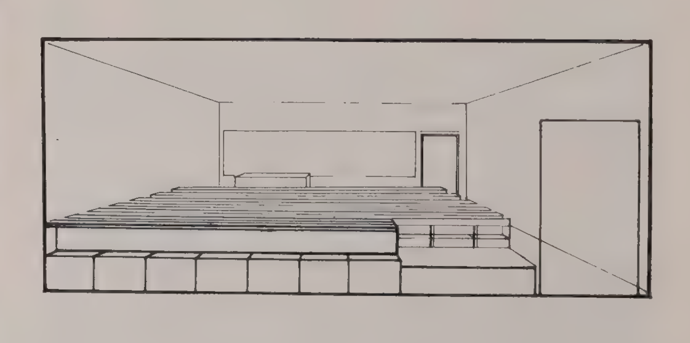
Ausrüstung Raum B:
Datennahübertragung
Fernschreiber
Vervielfältigung

19 Hörsaal (75 Hörerplätze) 1 : 150

20 Perspektive



19



20

■ Seminare, Spezialunterrichtsräume und Hörsäle

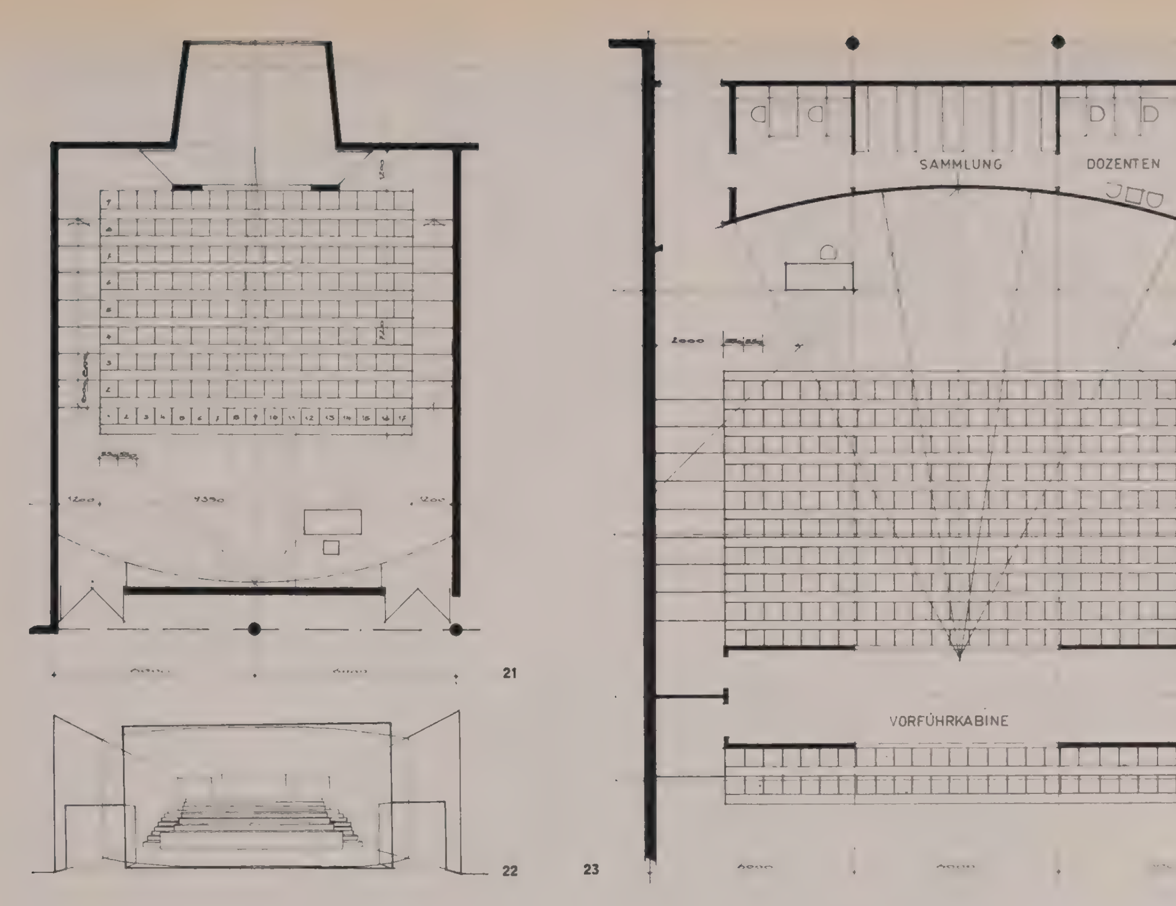
Die bildhafte Darstellung der einzelnen Raumeinheiten trug wesentlich zur besseren Verständigung mit dem Auftraggeber bei. Sämtlichen Einheiten wurde ein Modul von 600 mm zugrunde gelegt.
Das Achsmaß der wissenschaftlichen Arbeitsräume, Besprechungs- und Seminarräume beträgt 3,6 m oder ein Mehrfaches davon.
Auf diese Weise ist eine günstige Möblierung im Sinne einer Mehrzwecknutzung möglich.
Es wird erwogen, jeweils zwei oder mehr Arbeitsräume zusammenzufassen und hierbei auf Zwischenwände zu verzichten.
Untersuchungen in dieser Richtung werden von der Universität Rostock über einen längeren Zeitraum angestellt.
Für Forschungsstudenten und Diplomanden wurden generell Großräume vorgesehen (5 m²/Arbeitsplatz).

Ausgehend von der kleinsten Seminareinheit mit 15 Plätzen wurden die Seminar- und Hörsaalgrößen als ein Vielfaches von 15 bestimmt. Die Spezialunterrichtsräume sind ebenfalls so gestaffelt

Sprachlabor:	15 Übungsplätze
	30 Übungsplätze
Seminare:	15 Seminarplätze
	30 Seminarplätze
Hörsäle:	75 Hörerplätze
	150 Hörerplätze
	240 Hörerplätze
	450 Hörerplätze

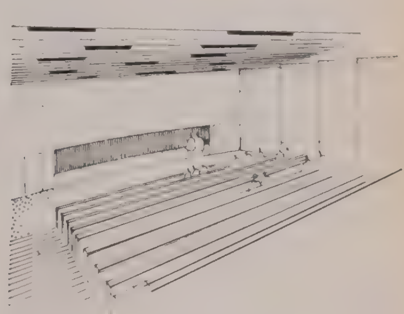
Dem Auftraggeber wurden fensterlose Hörsäle für theoretische Vorlesungen mit steigendem Gestühl angeboten. Diese Art bietet bessere Möglichkeiten zur Vermeidung von Lärm und visueller Ablenkung von außen, größere Freiheit bei der Grundrißgestaltung und bessere Wärmeisolierung. Eine Klimatisierung dieser Hörsäle ist notwendig. Während des Kollegs kommen audiovisuelle Lehr- und Lernmittel wie Fernsehen, Dia- und Kassettenprojektion und Filme zum Einsatz.
Nachstehende Übersicht gibt Auskunft über die erreichten Kennziffern der Raumeinheiten in Gegenüberstellung zu den Richtzahlen der Gutachterstelle des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen Dresden:

Nutzungsart	erreichte Kennziffer m²/Platz	Kennziffer laut Richtlinie m²/Platz
Arbeitsraum für Wissenschaftler	9,5	10,0
Arbeitsraum für wissenschaftliche Mitarbeiter	6,5	8,0
Forschungsstudenten	5,0	5,0
Praktikaräume	3,3	3,0···3,5
Seminare	2,0	2,0···2,5
Hörsäle	1,0	0,9···1,0



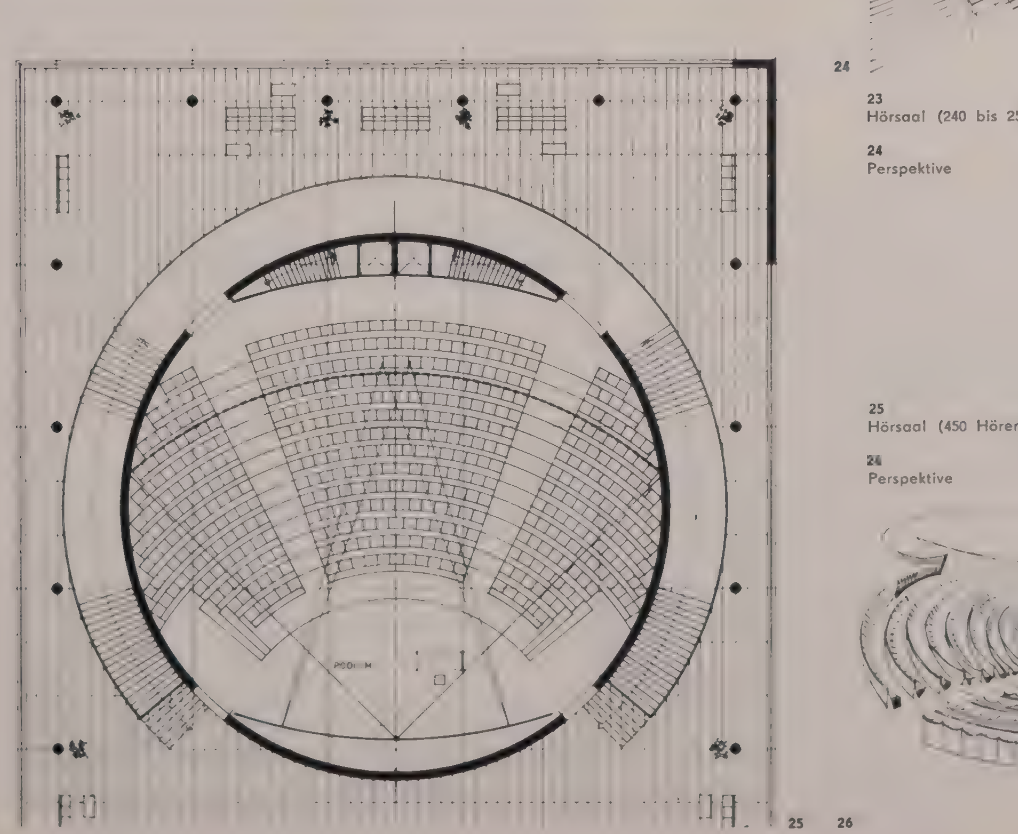
21 Hörsaal (150 Hörerplätze) 1 : 200

22 Perspektive



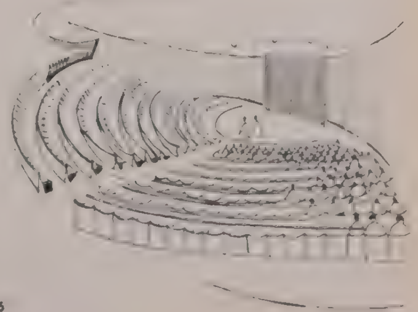
23
Hörsaal (240 bis 250 Hörerplätze) 1 : 200

24
Perspektive



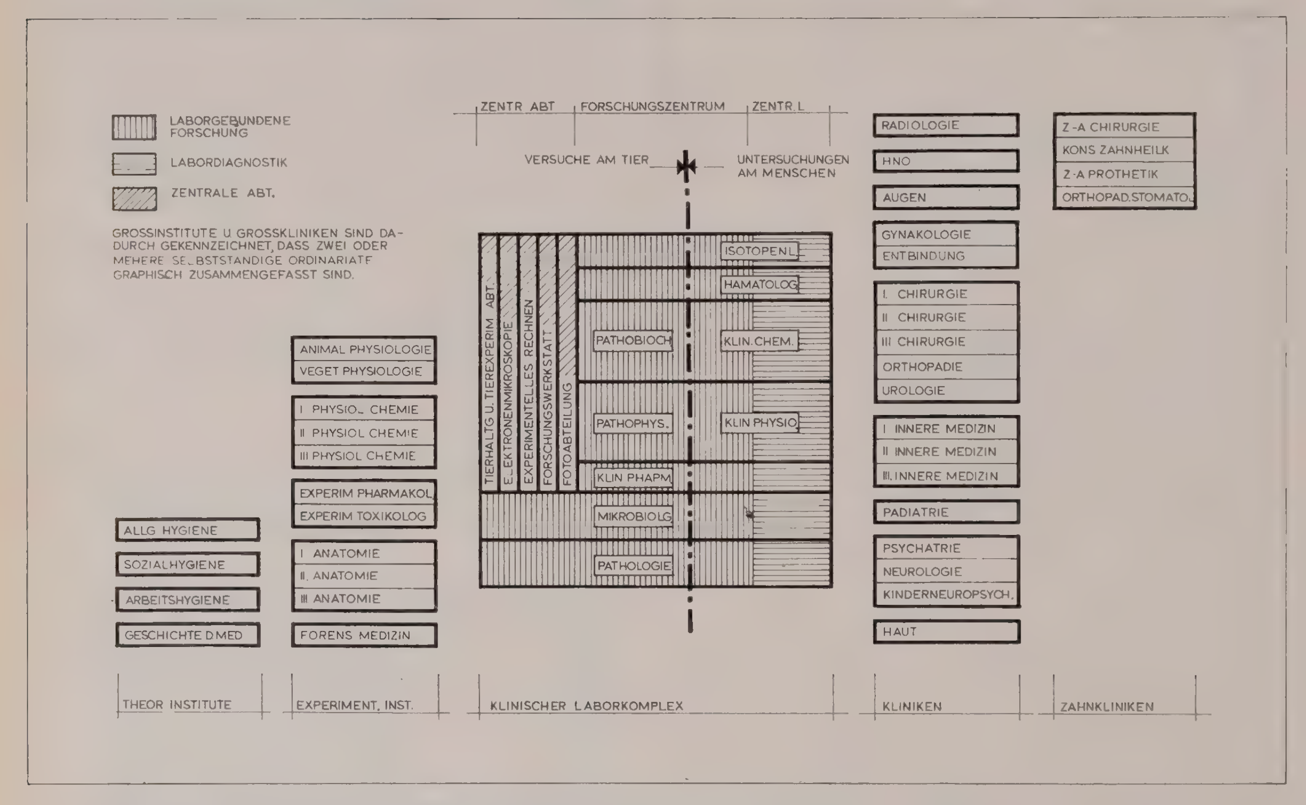
25
Hörsaal (450 Hörerplätze) 1 : 300

26
Perspektive



Zur räumlichen Struktur des klinischen Labor- und Forschungsbereiches bei der Planung medizinischer Hochschulkomplexe

Dr.-Ing. Kurt Eberlein, Weimar



1 Strukturschema für eine medizinische Hochschuleinrichtung aus der Sicht des klinischen Laborkomplexes

Verfolgt man heute aufmerksam das internationale Plangeschehen im medizinischen Hochschulbau, so zeichnet sich ein Bild baulicher Vielfalt ab. Die unterschiedlichen äußeren Erscheinungsformen repräsentieren eine breite Skala von Versuchen, die den neuesten Forderungen ihr funktionell-gestalterisches Gepräge verleihen. Sie verdeutlichen gleichermaßen die sehr stark in Bewegung gekommenen Prozesse bezüglich der Struktur und funktionellen Verflechtung eines medizinischen Hochschulkomplexes. Nicht zuletzt sind es die Belange der rasch fortschreitenden Wissenschaftsentwicklung und ihrer Organisationsformen, die zu neuen Qualitäten in der baulichen Konzeption führen.

Eindeutig ist die Entwicklung gekennzeichnet durch eine zunehmende Verflechtung der praktisch-klinischen mit der theoretisch-experimentellen Medizin, aber auch die Verbindung zu bestimmten natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen wird zur zwingenden Notwendigkeit. Hinzu kommen die Reformbestrebungen im Studium unter Wahrung der Einheit von Lehre und Forschung. Von gleicher Wichtigkeit ist die Forderung, die moderne Technik unter vertretbaren ökonomischen Bedingungen schnell nutzbar zu machen und einen rationellen Arbeitskräfteeinsatz zu gewährleisten.

Mit der Abbildung 1 wird unter Berücksichtigung allgemeiner Entwicklungsbestrebungen und unter Einbeziehung der speziellen Forderungen der 3. Hochschulreform in enger Zusammenarbeit mit erfahrenen Medizinern der Friedrich-Schiller-Universität in Jena ein Vorschlag zur Struktur einer medizinischen Hochschuleinrichtung unterbreitet. Es stellt dabei die laborgebundene Forschung den Ausgangspunkt und in Verbindung mit den entsprechenden Routinebereichen das Kernstück der Gesamtanlage dar. In dem mittig ausgewiesenen „klinischen Laborkomplex" sind konsequent alle Laboratorien und Institute zusammengefaßt, die einerseits für den laufenden Klinikbetrieb diagnostizieren und zum anderen alle Gebiete der klinischen Forschung beinhalten. Grundsätzlich bleibt räumlich-funktionell eine klare Trennung zwischen tierexperimentellen Arbeiten und Forschungsuntersuchungen am Patienten.

Ingesamt wird in diesem Strukturvorschlag der klinische Laborkomplex zum Bindeglied der theoretisch-experimentellen und der praktisch-klinischen Medizin.

Mit zunehmender Spezialisierung und Verselbständigung in Zentralbereichen verbindet sich auf das engste die Forderung, durch gute funktionelle und räumliche Beziehungen einer Zersplitterung entgegenzuwirken. Sowohl die Zuordnung der einzelnen Fachbereiche als auch die Einbindung in die Gesamtanlage müssen grundsätzlich geklärt werden. Diese Forderungen haben auf die Konzeption eines medizinischen Hochschulkomplexes insgesamt entscheidende Auswirkungen.

Ausgehend von diesen Überlegungen werden im folgenden Lösungen entwickelt, an denen in einer vergleichenden Gegenüberstellung wesentliche Planungsprinzipien dargestellt werden können. Auf der Grundlage des vorgegebenen Strukturmodelles läßt sich die Suche nach Extremwerten auf drei typische Varianten reduzieren. Es liegt der Gedanke zugrunde, die Fülle der Möglichkeiten speziell aus der Sicht des klinischen Laborkomplexes zu einer jeweils charakteristischen Gesamtkonzeption zu vereinen.

■ Flächenlösung

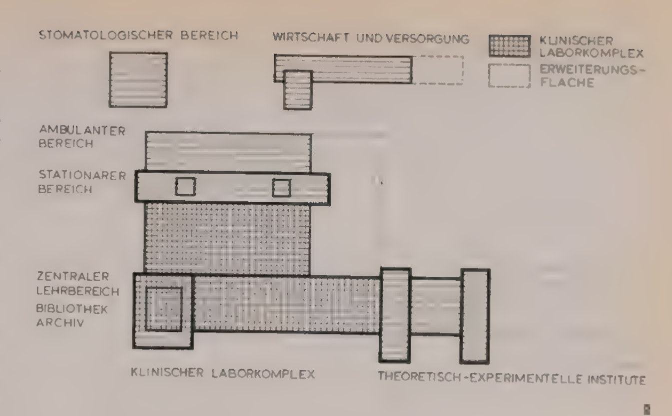
Als Flächenlösung wird die kompakte Breitfußanlage in den Abbildungen 2 und 3 bezeichnet. In einer geschlossenen Anordnung ist der klinische Laborkomplex im 1. und 2. Geschoß untergebracht. Dabei wird eine Vollklimatisierung unumgänglich. Der klinische Laborkomplex als Ganzes nimmt innerhalb der Gesamtkonzeption die ihm gemäße zentrale Lage ein. Einerseits schließt die aufgesetzte Bettenhausscheibe über zwei Verkehrsknoten an, an die außerdem noch die seitlich vorgelagerten Fachambulanzen einbinden. Diagonal entgegengesetzt sind die theoretischen und experimentellen Institute in zwei Geschoßbauten untergebracht.

Die Abbildung 4 zeigt zu dieser Konzeption die Raumgruppierung und Erschließung des klinischen Laborkomplexes. In seiner Mitte liegen im 1. Geschoß der klinisch-physiologische und im 2. Geschoß der klinisch-chemische Laborbereich direkt übereinander. Seitlich ist die Nuklearmedizin mit Diagnostik und Forschung ausgewiesen. In gleicher Weise wie die darüberliegende medizinische Mikrobiologie bedarf sie eines besonderen Schleusensystems und wurde bewußt an die Außenseite verlegt. Auf der den Kliniken abgewandten Randlage ist das Institut für Pathologie über drei Geschosse angeordnet, wobei der Bereich Obduktion und Leichenwesen mit Leichenan- und -abtransport im Untergeschoß vorgesehen ist. Entsprechend der Grundhaltung dieses Vorschlages wurde auch die Tierhaltung mit tierexperimenteller Abteilung in den Kompaktbau einbezogen. Es sind damit zweifellos funktionelle Vorteile gegeben, die andererseits aber ein gut funktionierendes Schleusensystem erfordern, um lärm- und geruchsmäßig den übrigen Betriebsablauf abzuschirmen.

Auf der Grundlage der Raumgruppierung ist eine gegenläufige Erschließung möglich, und damit werden grundsätzlich Verkehrsüberschneidungen vermieden. Der Patientenverkehr (mit dem dicken Vollstrich gekennzeichnet) erfolgt von der Hauptverkehrsachse aus unterhalb der Bettenscheibe. Diagonal entgegengesetzt verlaufen die Einflußlinien vom Tierstall. Dabei sind mit dem unterbrochenen Vollstrich die Versuchstiere und mit dem unterbrochenen Hohlstrich das tierexperimentelle Untersuchungsmaterial dargestellt.

Die schwarzen Kreise verkörpern die Verkehrsbeziehungen der Wissenschaftler. Die mit den quadratisch offenen Kästchen charakterisierten Studenten werden über einen separaten Zugang in die Kursräume geführt.

Diese Lösung zeichnet sich besonders dadurch aus, daß auf zwei Etagen übereinander alle Laborbereiche unmittelbar benachbart angeordnet sind. Bei voller Selbständigkeit der einzelnen Fachdisziplinen ist eine ideale Voraussetzung für die erforderliche Zusammenarbeit gegeben. Außerdem ist von der Raumgruppierung her eine weitgehende Flexibilität möglich. Es können Räume in die Zuständigkeit benachbarter Arbeitsgebiete überwechseln, ohne den Funktionsfluß zu stören.



2

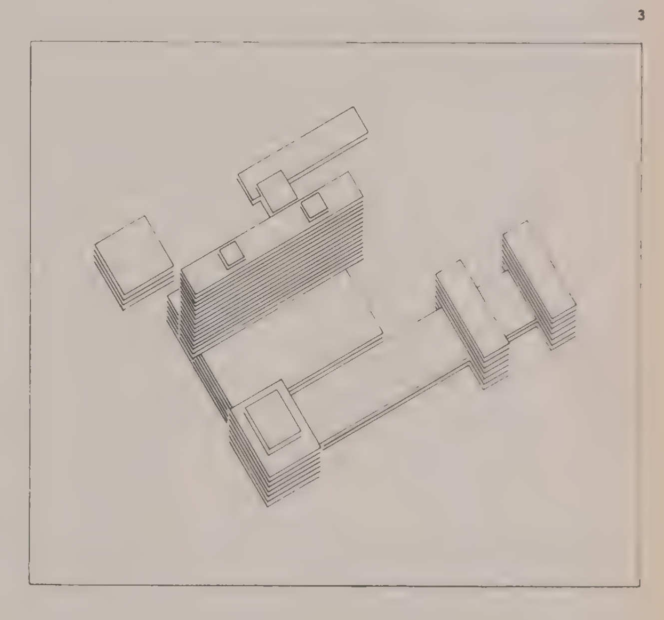
Flächenlösung

2 Übersichtsplan 1 : 5000

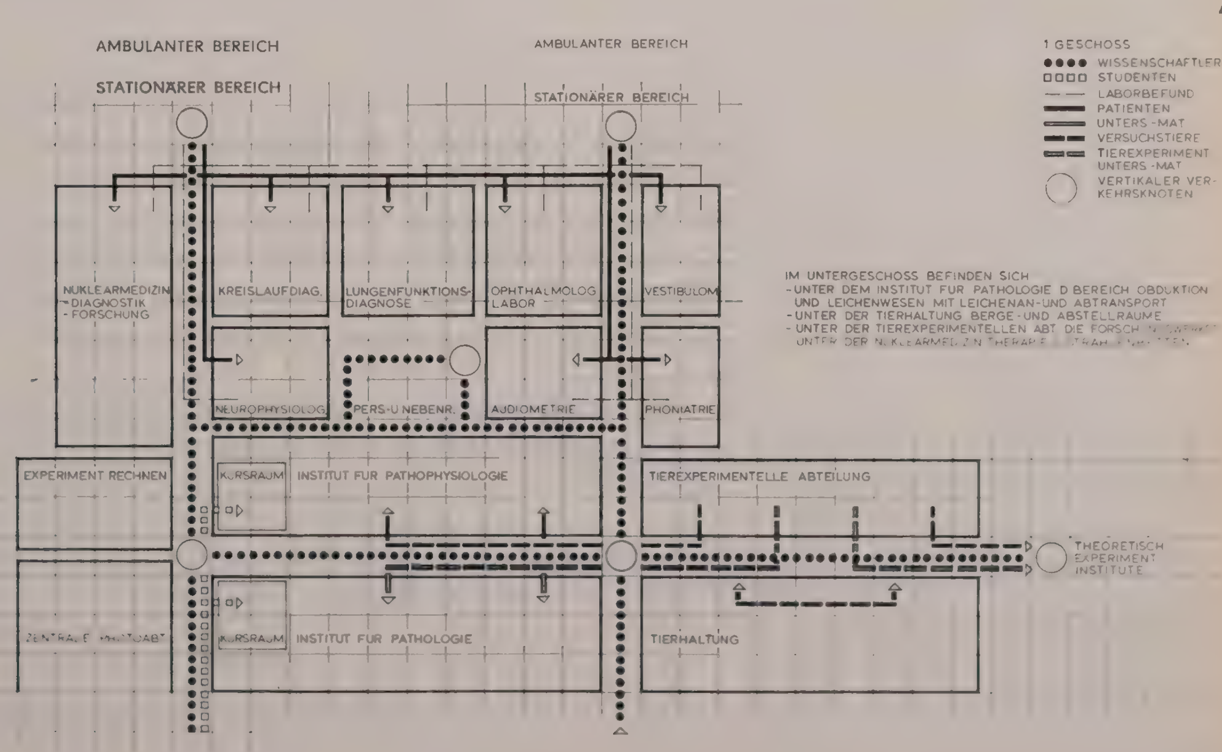
3 Isometrie

4 Raumgruppierung und Erschließung des klinischen Laborkomplexes 1 : 1250

3



4



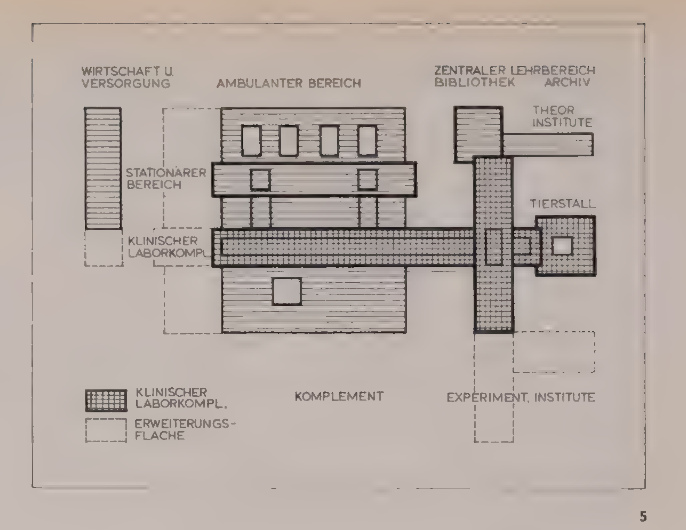
■ **Bandlösung**

In den Abbildungen 5 und 6 wird die Bandlösung dargestellt. Es ist hierbei der klinische Laborkomplex konsequent in einer dreibündigen Anlage untergebracht. Er schließt mit den Routineabteilungen parallel zum Bettenhaus an und ist mit ihm über zwei Zwischentrakte verbunden. Am Ende des Laborlängstraktes sind quer dazu die experimentellen Institute in einem sechsgeschossigen Baukörper ausgewiesen.

Bei der näheren Erläuterung dieser Konzeption will ich mich hier nur auf einen Grundriß beschränken (Abb. 7). Das 3. Geschoß weist den klinisch-chemischen Laborbereich aus mit Hämatologie und klinischer Pharmakologie. Deckungsgleich darüber ist im 4. Geschoß der klinisch-physiologische Bereich untergebracht. Beide Etagen sind jeweils so gegliedert, daß die klinischen Abteilungen einseitig an die Zubringerachse des stationären und ambulanten Bereiches angrenzen. Die entgegengesetzt verlaufende horizontale Verkehrsleiste verbindet wiederum diese Abteilungen mit dem Institut für Pathobiochemie bzw. im 4. Geschoß darüber mit dem Institut für Pathophysiologie. Sie leiten jeweils über zu den artverwandten Instituten in dem quer dazu angeordneten theoretisch-experimentellen Bereich, wie dem Institut für physiologische Chemie oder dem Institut für Physiologie.

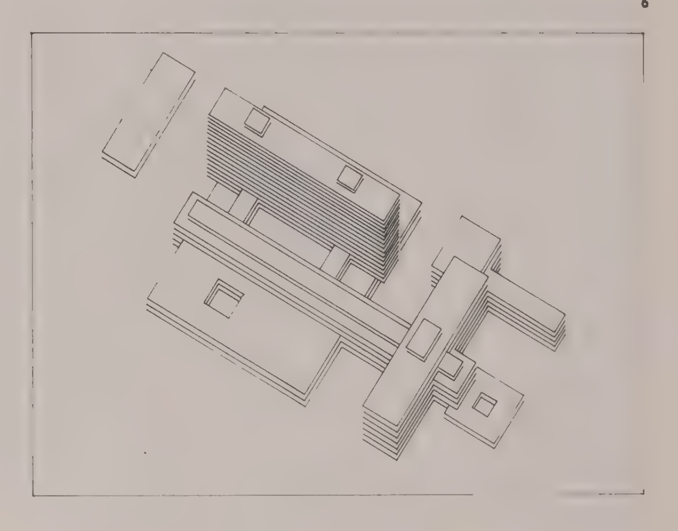
In dem sehr kurzen vierten Kreuzarm sind diesen Institutsgruppen die tierexperimentellen Räumlichkeiten unmittelbar zugeordnet. Diese tierexperimentelle Abteilung wiederum ist viergeschossig gestapelt und über einen internen vertikalen Verkehrsknoten mit der darunter als Flachbau einbindenden Tierhaltung gekoppelt. Die eingeschossigen Stallungen werden durch einen Innenhof allseitig natürlich belichtet und belüftet. Durch den Institutsbau sind sie zum stationären und ambulanten Bereich hin in bezug auf Geruchs- und Lärmbelästigung sowie gegen eine unerwünschte Einsichtnahme absolut abgeschirmt.

Im Gegensatz zur Variante 1 ist die Bandlösung durchgängig als zweiflurige Anlage in mehreren Geschossen übereinander ausgelegt. Bezüglich der Baukörpertiefe stellt sie eine untere Grenze dar, da die Einfluranlage für Laboratorien dieser Größenordnung nicht mehr vertretbar ist. Der Verkehr ist in gleicher Weise horizontal wie vertikal orientiert und in seinen Entfernungen noch relativ kurz. Insgesamt kann bei dieser Anlagenform im klinischen Laborkomplex weitgehend auf Klimatisierung verzichtet werden.



5

6



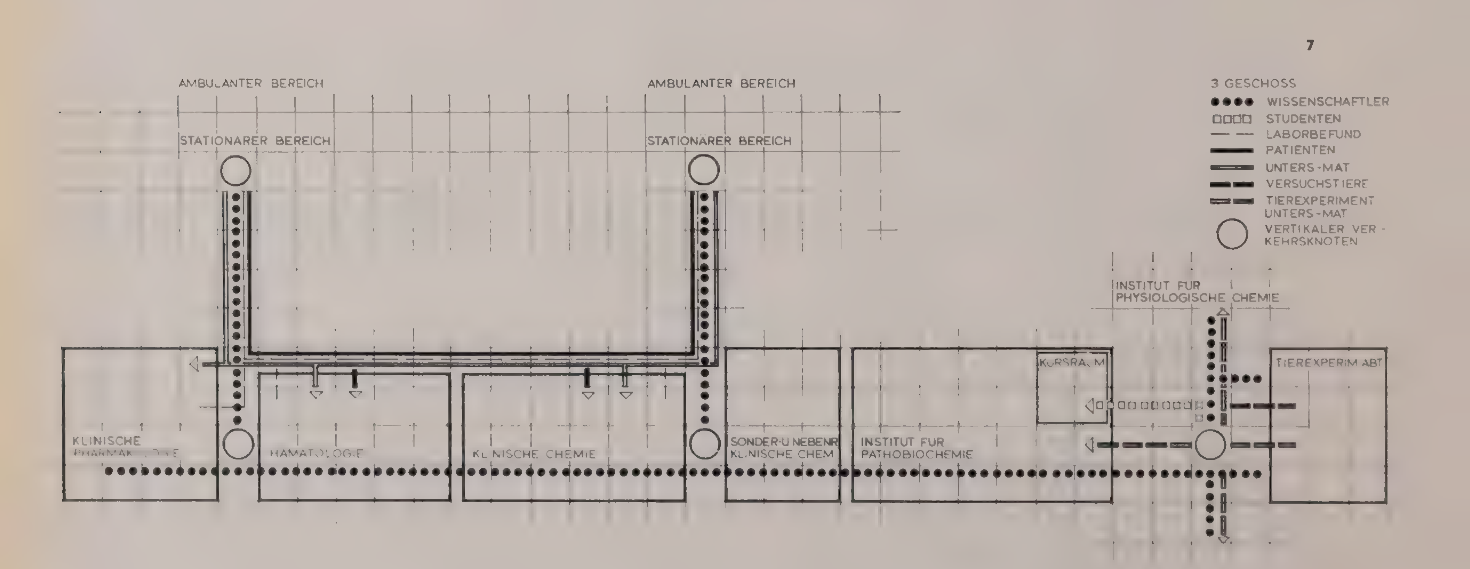
Bandlösung

5 Übersichtsplan 1 : 5000

6 Isometrie

7 Raumgruppierung und Erschließung des klinischen Laborkomplexes 1 : 1250

7



■ Punktlösung

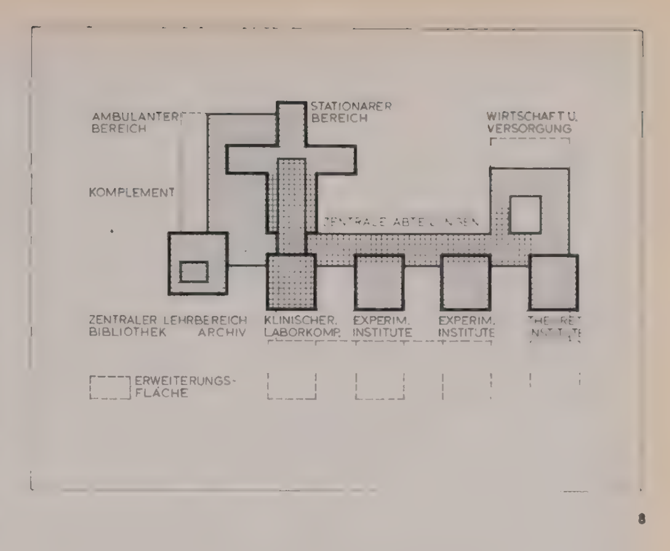
Als Punktlösung wird in den Abbildungen 8 und 9 eine Variante vorgestellt, in der der klinische Laborkomplex einheitlich auf einem quadratischen Grundrißtyp aufgebaut, gestapelt und an nur einem vertikalen Verkehrsknoten unmittelbar angeschlossen ist. Die horizontalen Verbindungswege innerhalb des klinischen Laborkomplexes bleiben auf ein Mindestmaß beschränkt. Bei diesem Erschließungsprinzip wird es möglich, alle Laborabteilungen den entsprechenden Kliniken jeweils auf einer Ebene zuzuordnen.

In der Abbildung 10 wird am Beispiel des klinisch-physiologischen Laborbereiches veranschaulicht, wie die klinischen Abteilungen, über mehrere Geschosse verteilt, den entsprechenden Kliniken direkt zugeordnet sind. So liegen beispielsweise Kreislauf- und Lungenfunktionsdiagnostik auf der Etage für Innere Medizin. Die neurophysiologische Abteilung besitzt durch die horizontale Verbindung mit der Nervenklinik und das ophthalmologische Labor mit der Augenklinik engen räumlichen Kontakt. Auch werden die Abteilungen für Audiometrie, Vestibulometrie und Phoniatrie mit der HNO-Klinik unmittelbar verbunden.

Das Institut für Pathophysiologie als theoretisch-experimentelles Gegenstück zu diesen Abteilungen liegt in dem rückwärtigen Institutsgeschoßtyp. In solchen viergeschossigen Standards wiederum sind alle experimentellen und theoretischen Institute an einem Verbindungsflachbau aufgereiht. Im belüftungstechnisch gut geeigneten Dachgeschoß dieses Verbindungstraktes ist die gesamte tierexperimentelle Abteilung ausgewiesen.

Insgesamt liegen bei dieser Konzeption kurze vertikale Verkehrsbeziehungen und eine gute Zuordnung der einzelnen Laborabteilungen zu den entsprechenden Kliniken vor. Die innere Flexibilität ist begrenzt. Im Erweiterungsfall kann der Institutsgeschoßtyp beliebig oft angegliedert und zu den verschiedensten Formen einer Pavillonanlage ergänzt werden.

Zusammenfassend ist zu den drei Lösungen zu sagen, daß sie ausgehend von dem vorgegebenen Strukturmodell und unter Einhaltung allgemeingültiger Forderungen bewußt extreme Möglichkeiten aufzeigen. Sie stellen gewissermaßen die Grundformen speziell zum klinischen Laborkomplex dar. Selbstverständlich gibt es dazu noch eine Vielzahl von Zwischenlösungen und Überkreuzkombinationen. Es darf nur daran erinnert werden, daß die kompakte Breitfußanlage durch Innenhöfe in den verschiedensten Formen aufgelockert werden kann, daß die Bandlösung sich gleichfalls zu einem U- oder H-Typ verwenden läßt und daß bei der Punktlösung auch die Doppelkreuz- oder Y-Grundrißform Anwendung finden könnte. Insbesondere sollte verdeutlicht werden, inwieweit sich moderne Gesichtspunkte und Forderungen bezüglich einer weitgehenden Spezialisierung und entsprechenden Herausbildung von Zentralbereichen baulich umsetzen lassen und inwieweit gerade die Belange der Forschung in Verbindung mit der laborgebundenen Routine und Ausbildung die Konzeption eines medizinischen Hochschulkomplexes in seiner Gesamtstruktur entscheidend bestimmen können.



8

9



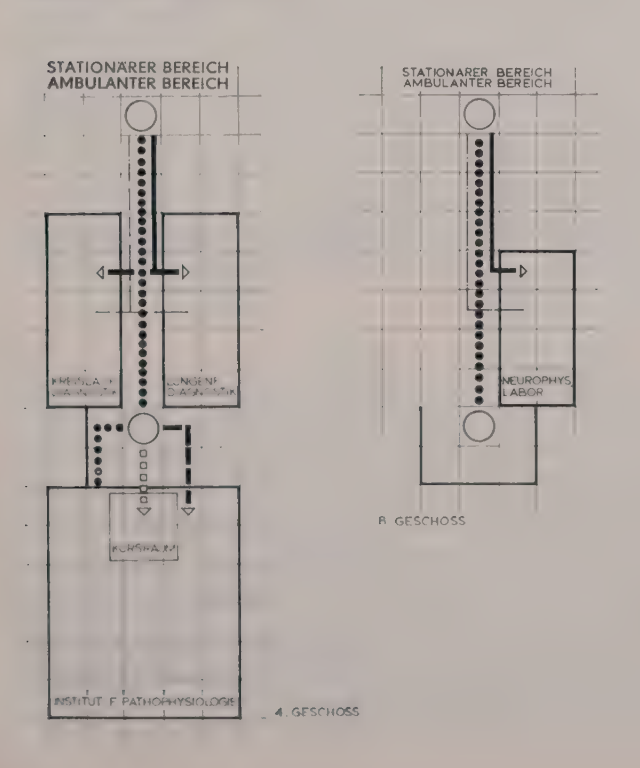
Punktlösung

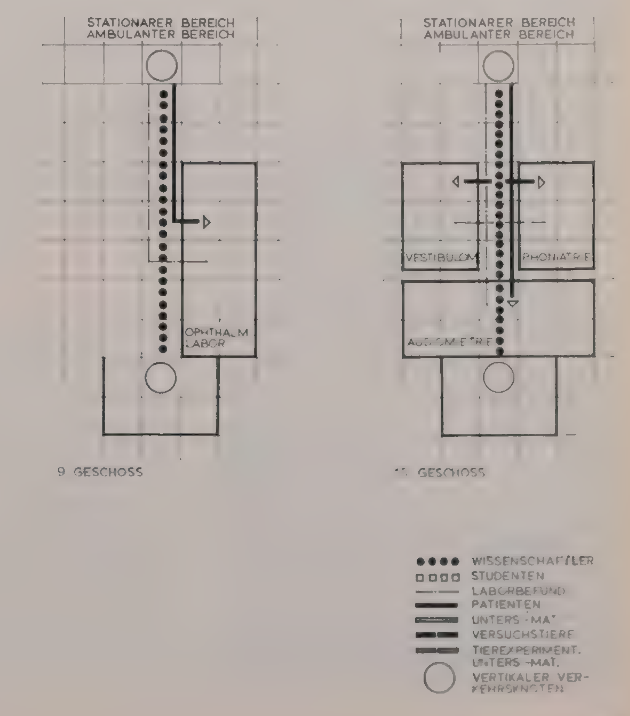
8 Übersichtsplan 1 : 5000 (klinischer Laborkomplex: kreuzschraffiert)

9 Isometrie

10 Raumgruppierung und Erschließung des klinischen Laborkomplexes 1 : 1250

10





Hochschulbau in der Ungarischen Volksrepublik

Dr.-Ing. Rudolf Lasch
Dipl.-Ing. Ernst Gahler
VEB Industriebaukombinat Rostock

Im November vergangenen Jahres hatte eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Universität Rostock und des VEB Industriebaukombinat Gelegenheit, die Ungarische Volksrepublik zu besuchen. Die Studienreise diente einem Erfahrungsaustausch speziell mit dem Thema „Hochschulbauten". Das Programm, das gemeinsam mit Herrn Prof. Gadaros und Herrn Dr. Müller von der TU Budapest erarbeitet wurde, war vornehmlich zugeschnitten auf die spezifischen Belange des geplanten Hauses der Wissenschaften in Rostock und die damit verbundene Problematik (komplexe Unterrichtseinheiten, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit unter dem Aspekt unvorhergesehener Änderungen der Struktur, kompakte Bebauung, Anwendung der Audiotechnik im Unterricht usw.).

Das Programm sah im einzelnen vor:

- Besichtigung der Neubauten der TU Budapest und der Medizinischen Akademie
- Vorstellung der Neuplanung der Technischen Hochschule von Györ durch Herrn Chefarchitekt Hofer sowie der Bibliothek Miskolc durch Herrn Dipl.-Ing. Tolnay vom Projektierungsbüro Közti Budapest
- Vorstellung des Projektes der Medizinischen Hochschule Debrecen durch Herrn Direktor Marton vom Staatlichen Projektierungsunternehmen Debrecen
- Besichtigung der Chemischen Institute sowie der Agrarwissenschaftlichen Hochschule Debrecen
- Besichtigung der Technischen Universität für Schwerindustrie Miskolc.

Eine Stadtrundfahrt in Budapest und die Besichtigung von Neubauten (vorwiegend Gleitbauten) in den bereits genannten Städten bildete den Abschluß der Studienreise.
Abschließend kann festgestellt werden, daß insbesondere die Neubauten der Technischen Universitäten Miskolc (Bibliothek) und Debrecen (Chem. Institute), aber auch die Neuplanung der Technischen Hochschule von Györ wesentliche Anregungen für die Planung von neuen Hochschulbauten geben können.
Weiterhin liefert die neue ungarische Architektur bemerkenswerte Beispiele im Wohn-, Gesellschafts- und Industriebau. Den ungarischen Fachkollegen gebührt Dank für die herzliche Aufnahme.



1

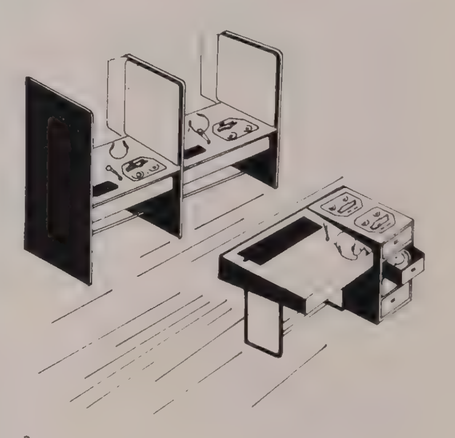
Budapest

Die Technische Universität liegt am Ufer der Donau, nur wenige hundert Meter vom Stadtkern entfernt.
Der Hochschulkomplex mit gegenwärtig 11 000 Studenten wird von zwei Hauptverkehrsstraßen sowie der relativ verkehrsarmen Uferstraße Müegytem rakpart begrenzt. Demzufolge sind Erweiterungen nur in geringem Umfang möglich.
Sowohl der um die Jahrhundertwende entstandene ältere Komplex als auch die nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Neubauten sind stark miteinander verzahnt, wodurch sich eine hohe Konzentration und kürzeste Wegentfernungen ergeben.

2

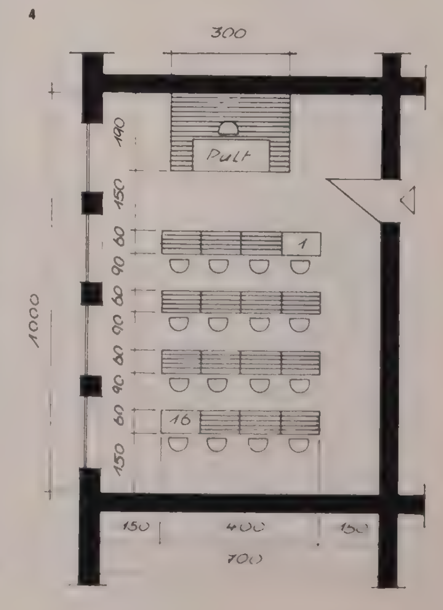


Die in den letzten Jahrzehnten entstandenen Neubauten sind überzeugend gestaltet, insbesondere die durch Flachbauten verbundenen Hochhausscheiben der Fakultät für Elektrotechnik (V_1 und V_2), mehrere Versuchshallen, ein Reaktor, Studentenwohnheime sowie diverse soziale und technische Versorgungseinrichtungen. Das Ensemble der Fakultät für Elektrotechnik besteht im Wesentlichen aus einer achtgeschossigen Scheibe, einem zwölfgeschossigen Punkthaus mit einem daran angrenzenden Hörsaalgebäude.
Die Arbeitsräume der Lehrstühle und die Seminarräume mit 22 bis 32 Plätzen befinden sich in den Hochkörpern. Die Eingangs- und Treppenhallen sind repräsentativ gestaltet. Die Wände sind mit Naturstein oder Holz verkleidet und die Fußböden mit Naturstein ausgelegt.
Durch die zwar aufwendigen aber sehr pflegeleichten und widerstandsfähigen Baustoffe erscheinen die stark frequentierten Hallen sauber und gepflegt.
Eine Pausenversorgung ist in jedem größeren Gebäude vorhanden. Das Hörsaalgebäude hat eine eigenwillige Form. Die Dachkonstruktion bildet ein Stahlbetonfaltwerk. Der Bau beinhaltet zwei größere Hörsäle mit je 221 Plätzen und einem kleineren Hörsaal. In jedem Hörsaal sind mehrere Fernsehmonitore installiert. Somit ist es möglich, Aufnahmen aus dem Labor, dem Rechenzentrum, dem Reaktor und den Maschinenhallen über eine Schalt- und Studiozentrale direkt in die Hörsäle zu übertragen.
Generell ist zu bemerken, daß die Ausrüstung der Hochschulen mit audiovisueller Technik im Entstehen begriffen ist.



3

4



1 Institutsgebäude der Medizinischen Akademie Budapest

Fakultät für Elektrotechnik Budapest

2 Gebäudeensemble

3|4 Sprachlabor für 16 Personen nach „Elektroimpex Budapest"

Györ

Die landschaftlich sehr schöne Lage an der Donau wird städtebaulich für ein interessantes Ensemble für 1800 Studenten genutzt. Es umfaßt die Baugruppen

- Unterrichtszentrum (Hochkörper)
- Internate (Kollegien-Gebäude)
- Mehrzweck- und Sporthalle und
- Mensa.

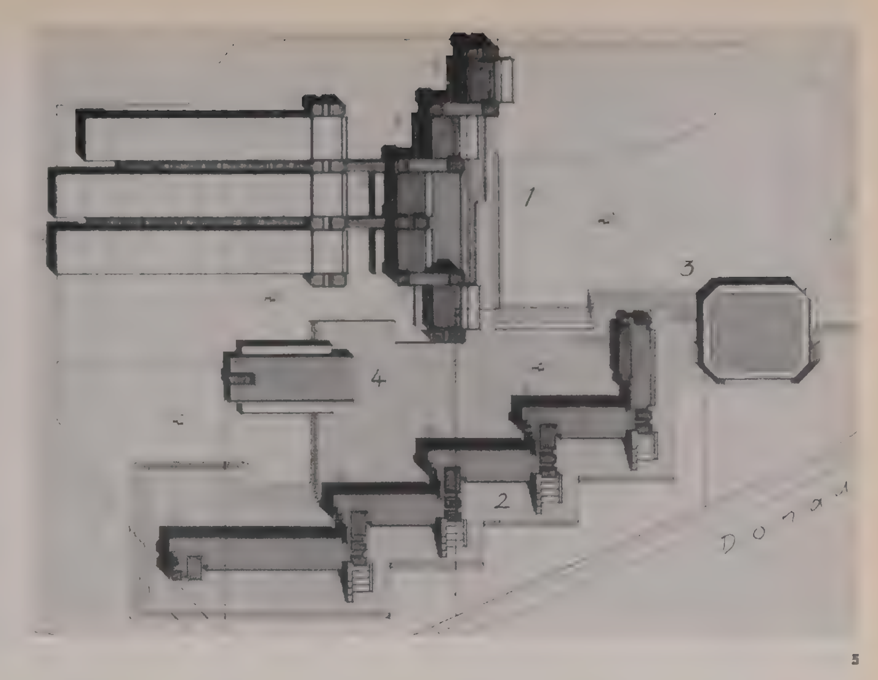
In dem Institutsneubau, bestehend aus fünf architektonisch gleichen, aber versetzten Abschnitten von je 18,0 m Breite befinden sich im Erdgeschoß acht zweigeschossige Hörsäle mit insgesamt 920 Hörerplätzen, im ersten und zweiten Obergeschoß die Seminare und Zeichensäle und im dritten bis siebenten Obergeschoß die Institute.

Entsprechend den funktionellen Bedürfnissen wurde die Raumtiefe variiert.

Die Abschnitte von 18,0 m Länge wurden durch 6,0 m breite Treppenhaussektionen mit WC-Anlagen, Aufzügen und Pausenflächen architektonisch gegliedert.

Das Kollegiengebäude (Raumeinheiten für zwei und drei Studenten) ist mit fünf siebengeschossigen Baukörpern an der Donau gestaffelt.

Die sechs Obergeschosse kragen aus und weisen an den Gelenkpunkten die Festpunktkerne aus. Die Kulturräume in den Geschossen wurden terrassenförmig ausgebildet und wirken dadurch besonders reizvoll. Dieser Effekt verleiht dem Ensemble eine besondere Note und korrespondiert in der Form mit dem Unterrichtszentrum.



5

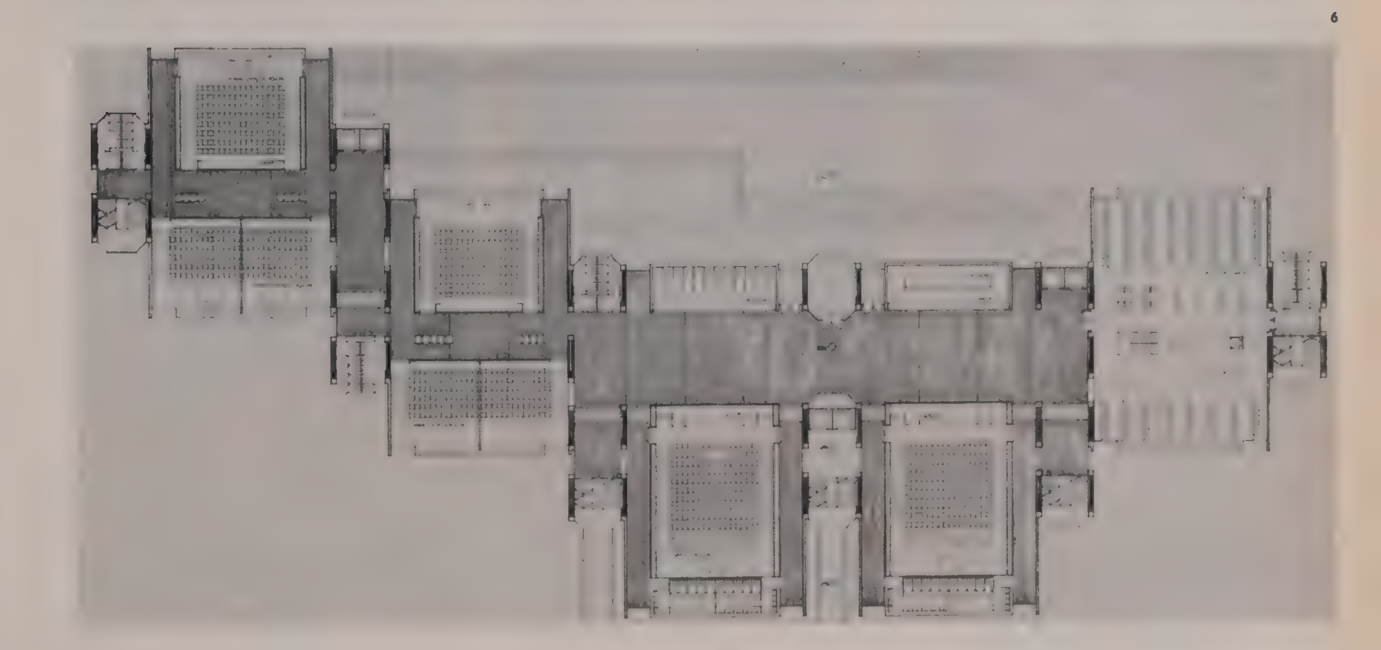
Verkehrshochschule Györ

5 Lageplan
1 Unterrichtszentrum
2 Internate
3 Mehrzweckhalle
4 Mensa

6 Hörsaalgeschoß

7 Südfassaden

6



7





8

Debrecen

Das Projekt der Medizinischen Hochschule ist eine kompakte Anlage mit einem dreigeschossigen Breitfuß und funktionsbedingten Erweiterungen, wie ein achtgeschossiges Labor-Hochhaus für Institute und Forschungslabors und ein zweigeschossiger Hörsaal mit 300 Plätzen.

Der Breitfuß ist in monolithischer Bauweise vorgesehen, die Hochkörper werden in Fertigteilbauweise ausgeführt.

Diese Elemente werden individuell entwikkelt, da in der Volksrepublik Ungarn zur Zeit nur ein geringes Sortiment getypter Fertigteile zur Verfügung steht.

Die chemischen Institute der Universität Debrecen nehmen ein besonderes Areal ein, wobei unter Berücksichtigung der strukturellen und funktionellen Anforderungen die Möglichkeit einer etappenweisen Realisierung gesichert wurde.

Das bereits übergebene und in Nutzung befindliche Gebäudeensemble für 1400 Studenten besteht aus zwei parallel angeordneten Baukörpern (sieben- und achtgeschossig) für die Institute der organischen, analytischen und anorganischen Chemie.

Diese markante Gebäudegruppe wird über eine zweigeschossige repräsentative Eingangs- und Pausenhalle erschlossen.

Das Bauensemble mit atriumförmiger Grundrißanlage beinhaltet im Erdgeschoß neben Institutsfunktionen die Hörsäle, zwei mit jeweils 100 Hörerplätzen und einen mit 300 Hörerplätzen und den erforderlichen Nebenanlagen.

In den Obergeschossen liegen die Seminarräume und Lehrstühle. Auf Grund der besonderen Spezifik weisen beide Hauptgebäude einen hohen Installationsgrad auf. Flexible untergehängte Decken nehmen die horizontal geführten Leitungen auf.

Die Stahlbetonelemente wurden auf der Baustelle vorgefertigt. An den Südfronten sind in den Vorhangfassaden starre Kunststofflamellen angebracht und bieten einen wirksamen Sonnenschutz.

Für die Innengestaltung des Baukomplexes wurde in großem Umfang Naturstein, Marmor, Gips und Glas eingesetzt.

Für die ausgezeichnete architektonische Leistung wurde dem Architektenkollektiv der Architekturpreis der Volksrepublik Ungarn verliehen.

Die Agrarwissenschaftliche Hochschule in Debrecen mit 1000 Studenten und 18 Lehrstühlen bildet ein abgeschlossenes Bauensemble mit den Hauptbaukörpern Lehrgebäude, Großer Hörsaal mit 225 Hörplätzen, Kollegiengebäude für 600 Wohnplätze, Mensa mit Mehrzwecksaal, Aula mit 600 Plätzen mit hohem repräsentativem Ausbaugrad, Wohngebäude für Lehrkräfte, Bibliothek mit etwa 40 000 Bänden und technischen Gebäudeanlagen. Beeindrukkend war hier die Verwirklichung der Synthese von Architektur und bildender Kunst, wobei besonders die Komposition mit den fünf Pferden von Kiss István ein hohes künstlerisches Niveau zeigt.



9

Chemische Institute Debrecen

8 Blick auf die Fassade

9 Eingangshalle

10 Hörsaal mit 300 Hörerplätzen

11 Plastik vor der Agrarwissenschaftlichen Hochschule in Debrecen

10



11





12

Miskolc

Die Technische Universität für Schwermaschinenbau Miskolc mit weitgehender Spezialisierung erhielt ihren Standort westlich der Stadt.

Das abseits vom Verkehrslärm liegende aber günstig angebundene Territorium (85 ha) gestattet entsprechend strukturellen und funktionellen Erfordernissen der Hochschule eine Erweiterung. Die Technische Universität mit den Fakultäten Bergbau, Hüttenwesen und Maschinenbau hat 42 Lehrstühle und bietet 2300 Studenten, in der Prognose 4500 Studenten Studienmöglichkeiten, von denen etwa 40 Prozent in Kollegiengebäuden wohnen werden.

Die Universität verfügt mit dem Auditorium von 500 Hörplätzen über 16 Hörsäle und 70 Seminarräume mit jeweils 30 bis 40 Studienplätzen. Die Kapazitäten sind nur zu 50 Prozent ausgelastet und werden demzufolge auch als häuslicher Arbeitsplatz benutzt.

Neben dem sehr gut gestalteten fünfgeschossigen Institutshauptgebäude mit repräsentativer, mehrgeschossiger Eingangs- und Treppenhalle bildet die neuerrichtete zweigeschossige Zentralbibliothek mit frei stehendem sechsgeschossigem Bücherspeicher (max. 650 000 Bestände) das Kernstück der Anlage.

Die klassische dreigegliederte Bibliothek mit großen Freihandbeständen und frei unterteilbarem Obergeschoß (etwa 2500 m^2 Bruttofläche) beinhaltet Katalog, Freihandbestand (40 000 Bände), Leihstelle, Fachlesesäle, Zeitschriftenlesesaal und Forscherleseräume (481 Leseplätze und 14 Zeichentische). Rauchen ist gestattet. Die Überwachung der Leser erfolgt über ein industrielles Fernsehsystem. Im Erdgeschoß sind Garderoben, Gedächtnisbibliothek, Universitätsbuchhandlung, Buchbinderei, Büros und technische Räume untergebracht. Konstruktiv wurde das Gebäude in monolithischer Stahlbetonskelettbauweise mit dem Raster 6,0 m × 6,0 m im Erdgeschoß und 12,0 m × 12,0 m im Obergeschoß errichtet. Die Dachkonstruktion besteht aus einem räumlichen Tragwerk aus Stahl. Die Ausbildung der Fassade erfolgte im Erdgeschoß mit Ziegelmauerwerk und weißer Kunststeinverblendung, im ersten Obergeschoß mit einer Vorhangfassade und Brüstungsfeldern aus schwarzem Polyester.

Hervorzuheben ist noch eine zweigeschossige Mensa und ein vierzehngeschossiges Kollegiengebäude.



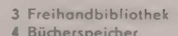
13



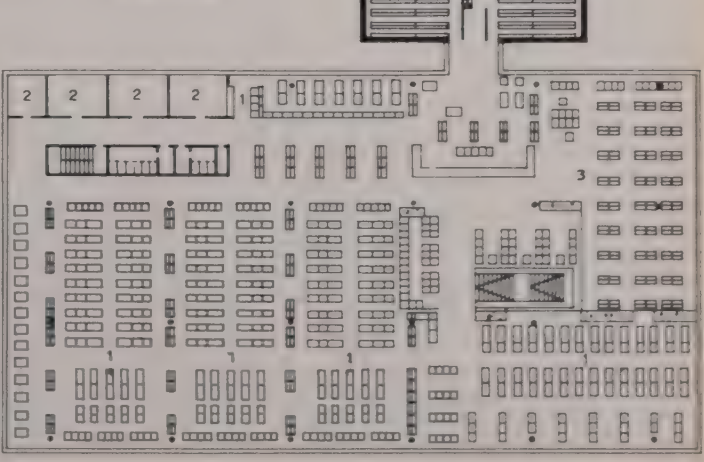
14

Zentralbibliothek der Technischen Universität für Schwermaschinenbau Miskolc

12 Gesamtansicht
13 Aufgang zum 1. Obergeschoß
14 Blick in die Freihandbibliothek
15 1. Obergeschoß



1 Lesesaal
2 Wissenschaftliche Abt.
3 Freihandbibliothek
4 Bücherspeicher



15

Hochschulbau in der Volksrepublik Polen

Neben Studien des Verfassers faßt dieser Beitrag über den Hochschulbau in der Volksrepublik Polen die Referate führender polnischer Hochschulplaner zusammen, die auf der internationalen Tagung „Stand und Tendenzen des Hochschulbaues" vom 17. bis 19. Juni 1970 in Dresden vorgetragen wurden.

Dr.-Ing. habil. Peter Korneli
Technische Universität Dresden
Institut für Hoch- und Fachschulbau

Nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte sich das Hochschulwesen in Polen in bisher nicht gekanntem Tempo. 1938 gab es in Polen 32 Hochschulen, während ihre gegenwärtige Anzahl mehr als 100 beträgt. Die Bilanzierung der Hochschulkader zur Erfüllung der aktuellen Aufgaben geht von einem Defizit von etwa 48 000 Arbeitskräften mit Hochschulbildung im Jahre 1970 und 38 000 im Jahre 1975 aus (3). Dieser Bedarf kann nicht mehr allein durch die Erweiterung bestehender Universitäten und Hochschulen abgedeckt werden, er macht die Gründung und den Bau neuer Hochschulen notwendig.

Die Volksrepublik Polen kann sich daher heute neben den alten traditionsreichen Universitäten wie der Jagelonischen Universität in Krakow zahlreicher neuer Hochschulen rühmen.

Standort und städtebauliche Grundsätze

Neben den historischen Hochschulorten waren für die Standortentscheidung die zunehmenden Anforderungen der einzelnen Regionen Polens an ein bestimmtes Profil der Hochschulabsolventen ausschlaggebend. Diese Anforderungen wurden zur Grundlage von Hochschulgründungen in den Hauptstädten der Regionen, den Wojewodschaftsstädten.

Die Standortbestimmung der neuen Hochschule in der Stadt wird als immanenter Bestandteil der vorgesehenen Entwicklung der Stadt betrachtet. Neben den topografischen und klimatischen Bedingungen wird dem Schutz vor störenden Immissionen, der reibungslosen Verkehrsanbindung und der Erweiterungsfähigkeit des geplanten oder vorhandenen Komplexes besonderer Wert beigemessen. Die angestrebte territoriale Konzentration aller Ausbildungseinrichtungen einer Stadt auf einen oder mehrere Schwerpunkte ist in den Stadtstrukturplänen deutlich zu erkennen. Als besonders konsequentes Beispiel soll hier nur der Hochschulkomplex in Opole (Abb. 1) genannt werden. Dort wurde der perspektivische Entwicklungsstandort für eine Hochschulkonzentration (Ingenieurhochschule, Landwirtschaftshochschule und Hochschule für Ökonomie) am Stadtrand mit Entwicklungstendenz nach außen angesiedelt, zugleich aber durch einen Sozial- und Wohnkomplex für alle Hochschulen ein sogenanntes „Zwischenhochschul-Sozial-Wohnzentrum" mit der bereits seit langem unmittelbar im Stadtzentrum liegenden Pädagogischen Hochschule verbunden. Eine ähnliche Tendenz weist der Hochschulentwicklungsplan für Koszalin (Abb. 2) auf.

Wie auch in anderen Ländern, so bringt auch in Polen bei der Planung von Hochschulkomplexen innerhalb der Stadtstruktur die Freihaltung geeigneten Entwicklungsgeländes über einen Zeitraum von 20 und mehr Jahren große Schwierigkeiten mit sich. Trotzdem ist es das Ziel aller Planungen, eine Integration der Hochschule in den Stadtorganismus zu erreichen, in der Absicht, die akademischen Bildungseinrichtungen als stadtbildenden Faktor mit seinen mannigfaltigen Einflüssen und Beziehungen zu allen soziologischen Ebenen der Stadt voll wirksam werden zu lassen. Eine Universitätsentwicklung neben der Stadt in Form eines „Campus", in dem alle notwendigen Funktionen deutlich gruppiert von den Ausbildungseinrichtungen über die Verwaltung und Repräsentation, die sozialen und Versorgungseinrichtungen bis zu den Wohnkomplexen für Studenten und Assistenten in einem selbständigen „Städtchen" vereinigt sind, zeigt nur die Planung für die Nikolaus-Kopernikus-Universität in Torun.

Entsprechend den internationalen Werten werden bei allen Planungen als notwendige Geländefläche je Direktstudent („stationäre Studenten") 100 bis 150 m² Gelände zugrunde gelegt.

Beispiele für die Planung von Hochschulkomplexen

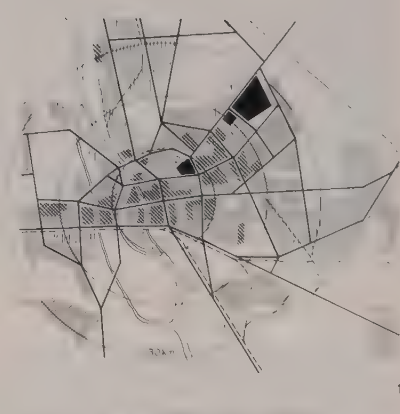
■ Lublin

Im Studienjahr 1968/69 studierten in der 200 000 Einwohner zählenden Stadt etwa 18 000 Direkt- und Abendstudenten. 1980 soll diese Zahl bis auf 28 000 anwachsen, während sich die Einwohnerzahl bis zu diesem Zeitpunkt auf 300 000 erhöhen wird. Diese Entwicklung bedeutet, daß in zehn Jahren jeder elfte Bürger der Stadt ein Student sein wird. Der Entwicklungsplan der Stadt bis 1980 sieht drei territoriale Schwerpunkte für Hochschulstandorte vor.

Die im Jahre 1945 gegründete Marie-Curie-Skłodowska-Universität nimmt gemeinsam mit der Landwirtschaftshochschule und Teilen der Katholischen Universität (gegründet 1919) den Hauptstandort ein, der von 41 ha bis auf 74 ha im Jahre 1980 erweitert werden soll (3). Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Medizinische Akademie. Der dritte Schwerpunkt für die Ingenieurhochschule erscheint so angelegt, daß ein späteres Zusammenwachsen mit dem Haupstandort, der Marie-Curie-Skłodowska-Universität möglich erscheint.

Der Hauptkomplex mit der Marie-Curie-Skłodowska-Universität stellt ein Beispiel für den Bau einer neuen, schon in Volkspolen entstandenen Hochschule dar. Deutlich zeichnet sich hier die Gruppierung in einen Unterrichtsbereich und einen Sozial- und Wohnkomplex ab. Das räumliche System der ganzen städtebaulichen Anlage mit dem zentralen Forum, an dem das Rektorat, die Hauptbibliothek und eine Reihe der wichtigsten Lehr- und Forschungsgebäude entstehen, läßt sich klar ablesen.

Die Marie-Curie-Skłodowska-Universität in Lublin zählt zur Zeit 4000 Direktstudenten und über 3500 Externe. Diese Zahlen sollen im Jahre 1980 auf 6700 direkte und über 4000 externe Studenten anwachsen (1). Auf einem Gelände von gegenwärtig etwa 41 ha befinden sich die Fakultäten für Rechtswissenschaften, Humanistik, Ökonomie, Biologie und Erdkunde sowie die naturwissenschaftlichen Fakultäten für Mathematik, Physik und Chemie. Die Universität bildet gleichsam einen einheitlichen Hochschulkomplex zusammen mit der Höheren Landwirtschaftsschule, die gegenwärtig mehr als 3700 Direktstudenten und Externe zählt und die sich auf 5500 Studenten im Jahre 1980 erweitern soll.



1



2

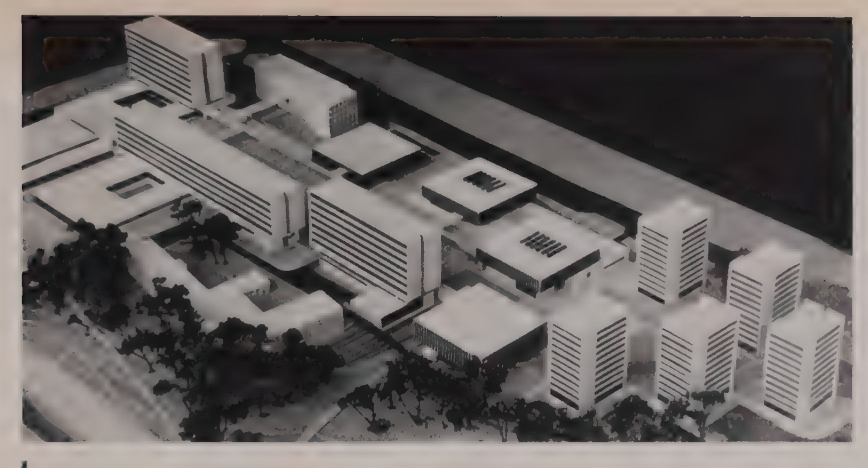
1 Opole
Entwicklungsplan mit Hochschulstandorten
1 Höhere Ingenieur- und Landwirtschaftsschule und Ökonomische Hochschule
2 Pädagogische Hochschule
3 Sozial- und Wohnzentrum

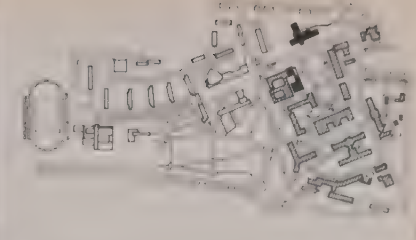
2 Koszalin
Entwicklungsplan für Hochschulstandorte
1 Höhere Ingenieurschule
2 Wohn- und Sozialeinheiten der Hochschule

3 Lublin
Entwicklungsplan mit Hochschulstandorten
1 Marie-Curie-Skłodowska-Universität und Höhere Landwirtschaftsschule
2 Medizinische Akademie
3 Höhere Ingenieurschule
4 Katholische Universität

3







4 Modell der Ingenieurhochschule Lublin

5 Lageplan der Marie-Curie-Sklodowska-Universität
1 Rektorat
2 Bibliothek
3 Humanistik und Ökonomie
4 Chemie
5 Physik
6 Agrotechnik
7 Biologie
8 Zootechnik
9 Agrarkultur
10 Wohn- und Sozialeinrichtungen

Das Beispiel einer verhältnismäßig kleinen Hochschule, die auf einem neuen Standort in der Innenstadt Lublins entstand, stellt die Lubliner Ingenieurhochschule dar. Das kleine Gelände zwang die Architekten zu einer sehr konzentrierten und verhältnismäßig hohen Bebauung.

Der Entwurf, dessen Verfasser die Architekten J. Androsiuk, S. Fijałkowski, T. Nowakowski und R. Nowakowska sind, sieht auf einem Gelände von etwa 13 ha die Verteilung von drei Unterrichtsobjekten mit einem umbauten Raum von 120 000 m³ vor, ein Verwaltungs- und Sozialzentrum sowie Studentenwohnheime für 1200 Bewohner.

■ Gdańsk

Als Beispiel für eine Universitätsplanung, die als Ergebnis eines großen Architekturwettbewerbes entstand, soll die Planung für die neue Universität in Gdańsk dienen.

Diese Universität (Verfasser des Entwurfs Witold Benedek und Stanislaw Niewiadomski) nimmt ein Gelände von 40 ha ein und ist für 5000 Direktstudenten und ebenso viele Externe im Jahre 1980 vorgesehen. Der gesamte umbaute Raum der Unterrichtsobjekte beträgt etwa 300 000 m³. Die Wohnheimsiedlungen neben dem Ausbildungsbereich sollen 3000 Studenten Wohnraum bieten. Der Entwurf strebte vor allem danach, die räumliche Bebauung an den vorhergesehenen Erweiterungsausbau anzupassen. Diese Möglichkeiten einer Erweiterung wurden für jede Fakultät sowie für die zentralen Hochschulobjekte geschaffen (1).

■ Poznań

Der Entwurf für die Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań, der ähnlich wie für Gdańsk das Ergebnis eines allgemeinen polnischen Architekturwettbewerbes darstellt (das Architektenteam leitet Slawomir Czajkowski), umfaßt ein Gelände von rund 60 ha und ist im Jahre 1980 für eine Zahl von 7500 Studenten und etwa 6000 Externe bestimmt (1). Die alte Universität in Poznań, die bisher in verschiedenen Gebäuden in der Innenstadt untergebracht war, wird allmählich auf ein neues Gelände verlegt, das sich am östlichen Rande der Stadt befindet und der Hochschule ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten in der Zukunft bietet.

■ Warschau

Eine vollständig neue, konzentriert erbaute Hochschule ist die zentrale Hochschule für Landwirtschaft und Gartenbau in Warschau. Der Entwurf ist gleichfalls das Ergebnis eines Wettbewerbes (Architekten: Stanislaw Ploski, Marian Sulikowski und Roman Szymborski).

Diese Einrichtung zieht ebenfalls etappenweise aus den bestehenden Räumen in der Innenstadt in ein neues Gelände, das etwa 100 ha im Süden der Stadt einnimmt. Sie ist für 5000 direkte und ebenso viele externe Studenten bestimmt und soll 10 Fakultäten, einen allgemeinen Verwaltungs- und Sozialkomplex sowie eine Studentensiedlung für rund 3500 Einwohner umfassen (1).

■ Toruń

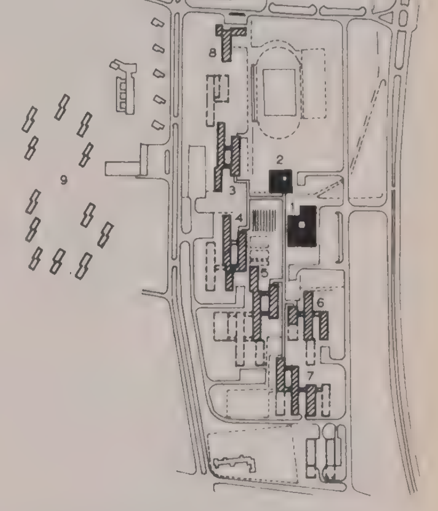
Das Beispiel einer Hochschulplanung, die auf konsequente städtebauliche Studien gestützt ist und zu einem ausführlichen, zur Zeit bereits in der Ausführung begriffenen architektonischen Entwurf führte, ist die Nikolaus-Kopernikus-Universität in Toruń.

Diese Universität gehört zu den jüngsten polnischen Universitäten. Sie wurde im November 1945 in einer kleinen Stadt gegründet, in der es vorher keine Hochschule gab, und die damals 70 000 Einwohner zählte, jedoch über ausgeprägt individuellen architektonischen Ausdruck und reiche kulturelle Tradition verfügt.

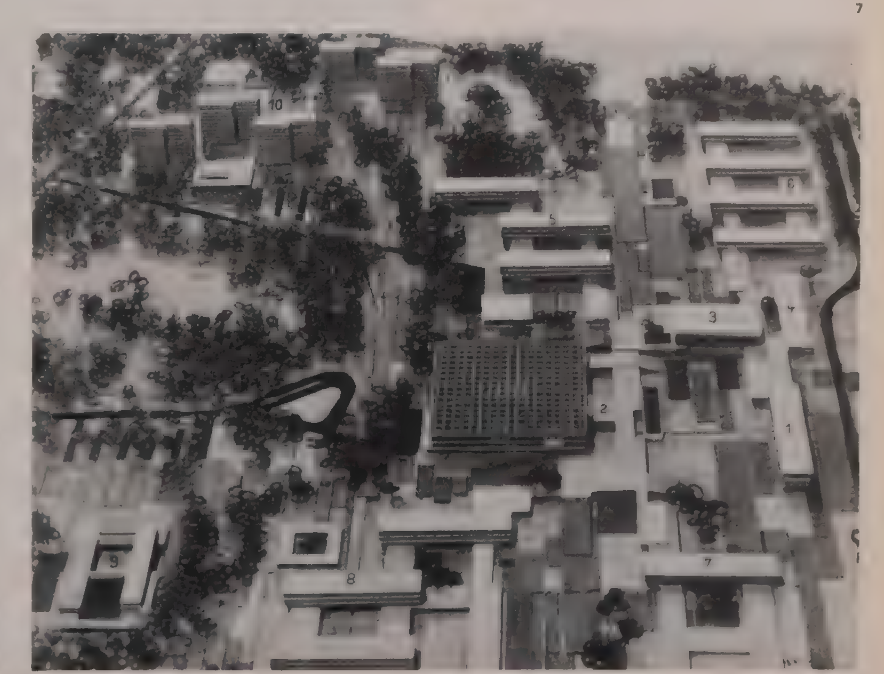
Die Universität wurde in verschiedenen bestehenden Gebäuden untergebracht, die in der Innenstadt verstreut waren.

Schon 1964 erreichte die Anzahl der Direktstudenten 3000 neben 2000 externen Studenten. Die Zahl der Direktstudenten soll sich bis zum Jahr 1980 auf 6500 erhöhen. Die Verfasser des Entwurfs sind: Ryszard Karołwicz, Witold Benedek, Zenon Buczkowski, Andrzej Jaworski, Józef Ucki, Bogdan Popławski, Marek Różański und Wincenty Szober unter Mitarbeit einer Gruppe von Spezialisten verschiedener Branchen.

Das Neubaugelände der Nikolaj-Kopernikus-Universität umfaßt rund 80 ha. Der ge-



6 Gdańsk. Lageplan der Universität
1 Rektorat und Aula
2 Bibliothek
3 Abteilung für humanistische Wissenschaften
4 Mathematik und Physik
5 Chemie
6 Biologie
7 Technik
8 Sport
9 Wohnkomplex



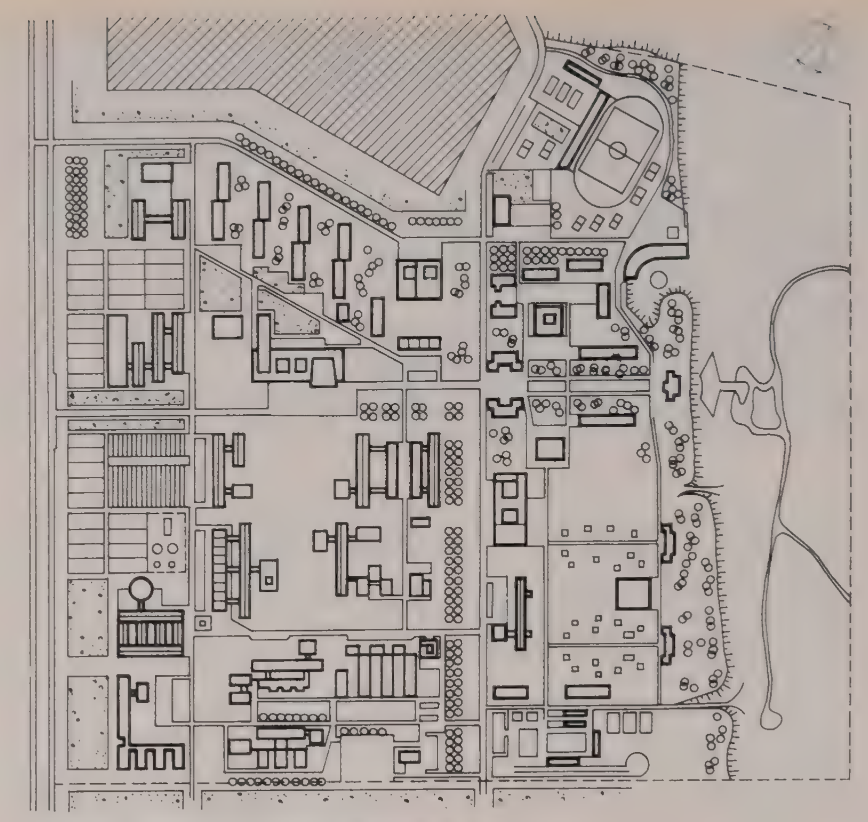
7 Poznań. Modell
1 Rektorat
2 Bibliothek
3 Aula
4 Fremdsprachen
5 Chemie
6 Philosophie
7 Rechtswissenschaften
8 Physik
9 Druckerei
10 Wohn- und Sozialzone

samte umbaute Raum der Unterrichtsbauten, der Verwaltungs-, Sozial- und Wohnbauten soll im Jahre 1985 ungefähr 800 000 m³ erreichen. Die gewählte Konzeption sieht den Bau einer Universität, in Form eines geschlossenen Komplexes deutlich untergliedert in einen Ausbildungsbereich und einen Bereich für Versorgung und Wohnen vor. An der Schnittlinie dieser beiden Funktionsbereiche liegt das Forum mit der Hauptbibliothek, dem Rektorat und der Aula.

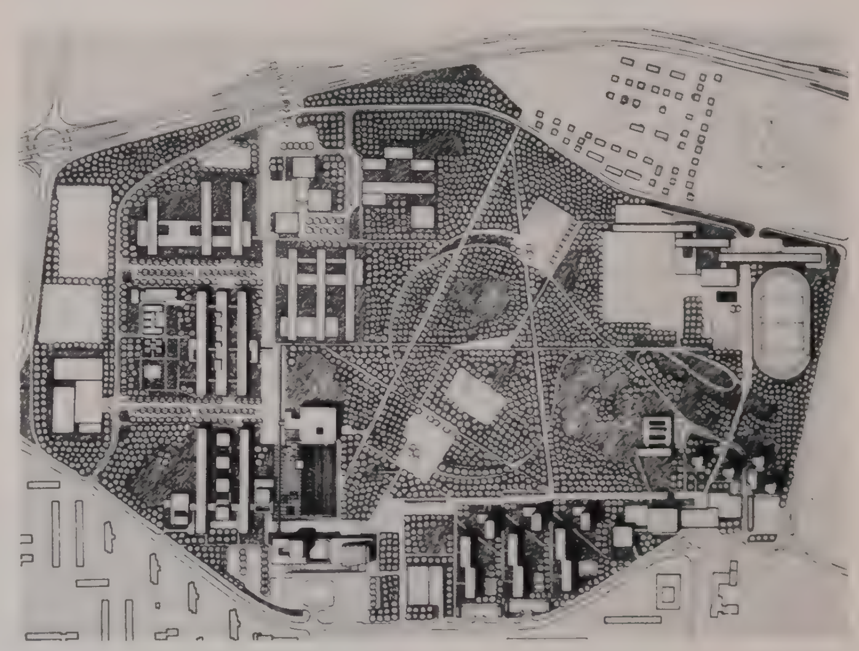
Längs der zum Forum führenden Nord-Süd-Achse wurden die Lehr- und Forschungsgebäude untergebracht, während an der vom Forum nach Osten führenden Achse die Wohnheime liegen. Am Ostabschluß dieser Achse entsteht ein zweites Zentrum, das Kleine Forum, um das sich Studentenclubs, Mensen, Sporthallen, ein Gesundheitszentrum sowie der Wohnkomplex für die jüngeren wissenschaftlichen Mitarbeiter gruppieren.

Das System der beiden miteinander gekoppelten Entwicklungsachsen läßt nach Ansicht der Planer eine elastische Gestaltung der inneren Struktur des Komplexes zu. Jeder Bereich kann sich längs der vorgesehenen Achse weiterentwickeln, dabei kann jede Abteilung oder jedes Institut senkrecht zur Hauptachse erweitert werden. Bis zum Jahre 1973 sollen die Bibliothek, die Aula, das Rektorat zusammen mit den Lektoraten für Fremdsprachen, das Chemieinstitut, die Abteilung für Biologie und Erdkunde, eine große Mensa (2200 Mittagessen), fünf Studentenheime, zwei Hotels für junge Wissenschaftler, zwei Turnhallen und das Gesundheitszentrum fertiggestellt werden.

Die gewählten Beispiele zeigten alle Planungen und Realisierungen von Hochschulen, die nach dem zweiten Weltkrieg in der Volksrepublik Polen vorgenommen wurden. Sie weisen eine Fülle von architektonischen Auffassungen und Konzeptionen auf. Während die zuerst entstandenen Neubaukomplexe deutlich das Nacheinander des Vergrößerungsprozesses widerspiegeln, wie die Marie-Curie-Skłodowska-Universität in Lublin, sind in den letzten Jahren Komplexe geplant worden, die eine Realisierung aller Funktionsbereiche nach einem Entwurf vorsehen und auch erwarten lassen, wie die Universität Gdańsk und die Nikolaus-Kopernikus-Universität in Toruń. Neben den Neugründungen erfolgten in den letzten 25 Jahren umfangreiche Erweiterungen bestehender alter Universitäten, von denen hier nur der naturwissenschaftliche Komplex der Jagelonischen Universität in Krakow erwähnt werden soll.



8 Warschau. Lageplan der Zentralen Landwirtschaftsschule



9 Torun. Lageplan der Nikolaus-Kopernikus-Universität

Zur Gebäudestruktur und Architektur

Der größte Teil aller in den letzten Jahren errichteten Hochschulbauten in Polen sind Lehr- und Forschungsgebäude für naturwissenschaftliche Disziplinen sowie Gebäude für Versorgung und studentisches Wohnen. Die Entwicklung der spezifischen Gebäudestruktur und der Architektur für Hochschulen soll deshalb an einigen Beispielen aus naturwissenschaftlichen Komplexen sowie an der Wohnheimentwicklung aufgezeigt werden.

Im letzten Jahrzehnt wurden mehrere naturwissenschaftliche Komplexe, darunter hauptsächlich Gebäude für chemische und biologische Fächer fertiggestellt bzw. begonnen (2), so das biologische Kollegium der Universität Krakow (1960–1966), die Fakultät für Biologie der Universität Lodz (1966–1968), die Fakultät für Biologie und Geografie in Toruń (begonnen 1969), die Abteilung für Chemie der Marie-Curie-Skłodowska-Universität in Lublin (begonnen 1966), das Institut für anorganische Chemie der Universität Wrocław (1966 bis 1970), die Gruppe der Chemieinstitute in Toruń (begonnen 1969), die chemische Fakultät in Gdańsk (sollte 1970 begonnen werden), sowie weitere ähnliche Vorhaben für die Technischen Hochschulen in Kraków, Warschau und Szczecin.

Die Programme für diese Einrichtungen wurden zwar in Abhängigkeit von Studentenzahlen und aktuellen Studienplänen, jedoch für jedes Gebäude individuell festgelegt. Daraus erklären sich Unterschiede im Programm, die auf die Größe, aber auch auf die funktionelle Lösung der Gebäude Einfluß haben (2). In letzter Zeit sind deshalb Bestrebungen im Gange, mit Hilfe einheitlicher Programmierungsmethoden eine konsequentere Auslastung durch effektivere Konzentration der Investitionen zu erreichen (2).
Die Funktionslösungen weisen alle „zweihüftige" Anlagen mit Mittelgang, mit einheitlicher oder differenzierter Trakttiefe auf. Der Mehrzahl aller Gebäude liegt ein Grundmodul von 1500 mm und ein Konstruktionsraster von 6000 mm × 6000 mm zugrunde.
Die tragende Konstruktion ist in allen Fällen vorgefertigt, entweder aus Elementen, die für das Objekt speziell hergestellt wurden, wie in Lublin, oder unter Verwendung typisierter Katalogelemente, wie in Toruń, Gdańsk und Wrocław. Längsriegelsysteme werden ebenso angewendet wie Querriegelsysteme. Großen Einfluß auf die Wahl der Konstruktionssysteme haben die technischen Möglichkeiten der Bauindustrie in der jeweiligen Region.
Bei den Installationslösungen treten ebenfalls verschiedene Systeme auf. Am häufigsten wird eine vertikale Versorgung in Schächten im Bereich der Konstruktionsachse im Abstand von 6,0 m angewandt.

Auch Mischsysteme mit vertikaler und horizontaler Installationsführung werden verwendet.
Eine gewisse Ausnahme unter all diesen Planungen stellen die Entwürfe für die theoretischen Institute der Medizinischen Akademie in Warschau dar. In ihnen wird das Bemühen um eine konsequente Flexibilität in Form einer Universalität der Raumbzw. Flächenqualitäten als Voraussetzung für die Austauschbarkeit der Raumbereiche deutlich sichtbar. Ein System potentieller Installationspunkte, über die gesamte Angebotsfläche verteilt, schafft die Voraussetzung dafür. Daß solche Planungsprinzipien vorläufig nicht in breiterem Rahmen angewendet werden, wie auch die Tatsache, daß Tiefkörperlösungen mit zwangsläufig hohem Installationsaufwand vermieden werden, ist sicher nicht zuletzt auf ökonomische Bedenken zurückzuführen.
Ein besonderes Problem bildet auch in Polen die Unterbringung der Studenten. Wohnheime stehen deshalb bei allen Gründungs- und Erweiterungsvorhaben mit an erster Stelle. Dabei hat sich eine Art Standardlösung durchgesetzt, die vom Lehrstuhl für Wohnungsbau an der Technischen Hochschule Kraków unter Leitung von Prof. T. Mańkowski entwickelt wurde. Die Studenten wohnen in Wohngruppen zu 10 Personen (zwei Dreibett- und zwei Zweibettzimmer) mit vorgeschalteter Sanitärzelle.
Dieser Grundrißtyp wird nicht nur bei allen polnischen Wohnheimprojekten angewandt, er wurde auch auf Grund seiner ausgezeichneten Funktionslösung Vorbild für Wohnheimgrundrisse in der ČSSR und der DDR (Leipzig, Straße 18. Oktober, Cottbus, Zwickau u. a.).

Beispiele zur Gebäudestruktur von Lehr- und Forschungsgebäuden

■ Gebäude für die Abteilung Biologie an der Jagelonischen Universität in Kraków

Projektanten: Z. Olszakowski, J. Michnacki, A. Dorazil

Die Gebäudegruppe besteht aus einem siebengeschossigen Block für die biologischen Institute und einem viergeschossigen Bau für die Geologie, die durch einen flachen Museumstrakt miteinander verbunden sind. Im Erdgeschoß sind die Räume mit großem Personenverkehr, wie Hörsäle und Seminarräume angeordnet. Die Lehrstühle mit ihren Laboratorien sind auf die oberen Geschosse verteilt.
Die Installation wird vertikal am Mittelgang geführt. Der umbaute Raum beträgt 41 500 m³ und umfaßt 317 Arbeitsplätze für Studenten und 121 Arbeitsplätze für Wissenschaftler und Angestellte.

■ Fakultät für Biologie und Erdkunde der Nikolaus-Kopernikus-Universität Torun

Projektanten: B. Popławski, E. Jakubicz

Zwischen den beiden dreigeschossigen streifenförmigen Baukörpern für die Institute mit Laboratorien sind die Hörsäle, Seminar- und Praktikaräume in einem Flachbau angeordnet, der mit den Instituten verbunden ist. Die Grundrisse der Institutsflügel weisen eine gegliederte Funktionsstruktur mit Schreibarbeitszone (Tiefe = 4800 mm) und Labor- und Praktikumszone (Tiefe = 6000 mm) auf.
Die Installation wird längs des Mittelganges vertikal geführt. Der umbaute Raum beträgt 94 623 m³, die Nutzfläche 24 558 m² mit 1019 Arbeitsplätzen für Studenten und 301 Arbeitsplätzen für Wissenschaftler und Angestellte.

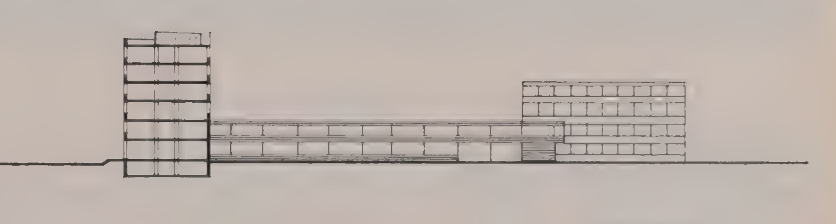
■ Fakultät für anorganische Chemie, Wroclaw

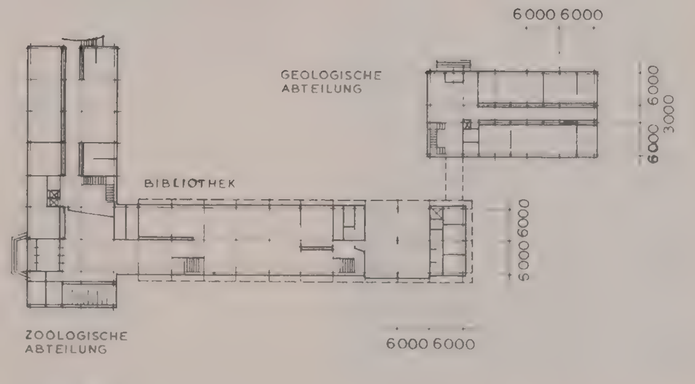
Projektant: M. und K. Barscy

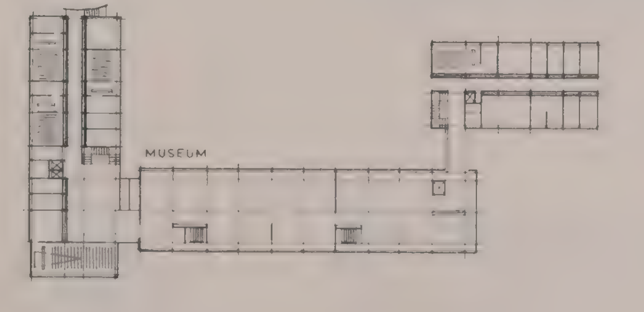
Die chemische Fakultät ist Bestandteil eines Komplexes, der für den Gesamtbereich Mathematik, Physik, Chemie bestimmt ist. Die zehngeschossige Hochhausscheibe bildet eine Art „Bauwerkseinheit“, die wiederholt werden soll. Dazwischen wird ein langgestreckter Flachbau für die Unterrichts-



10







11

12



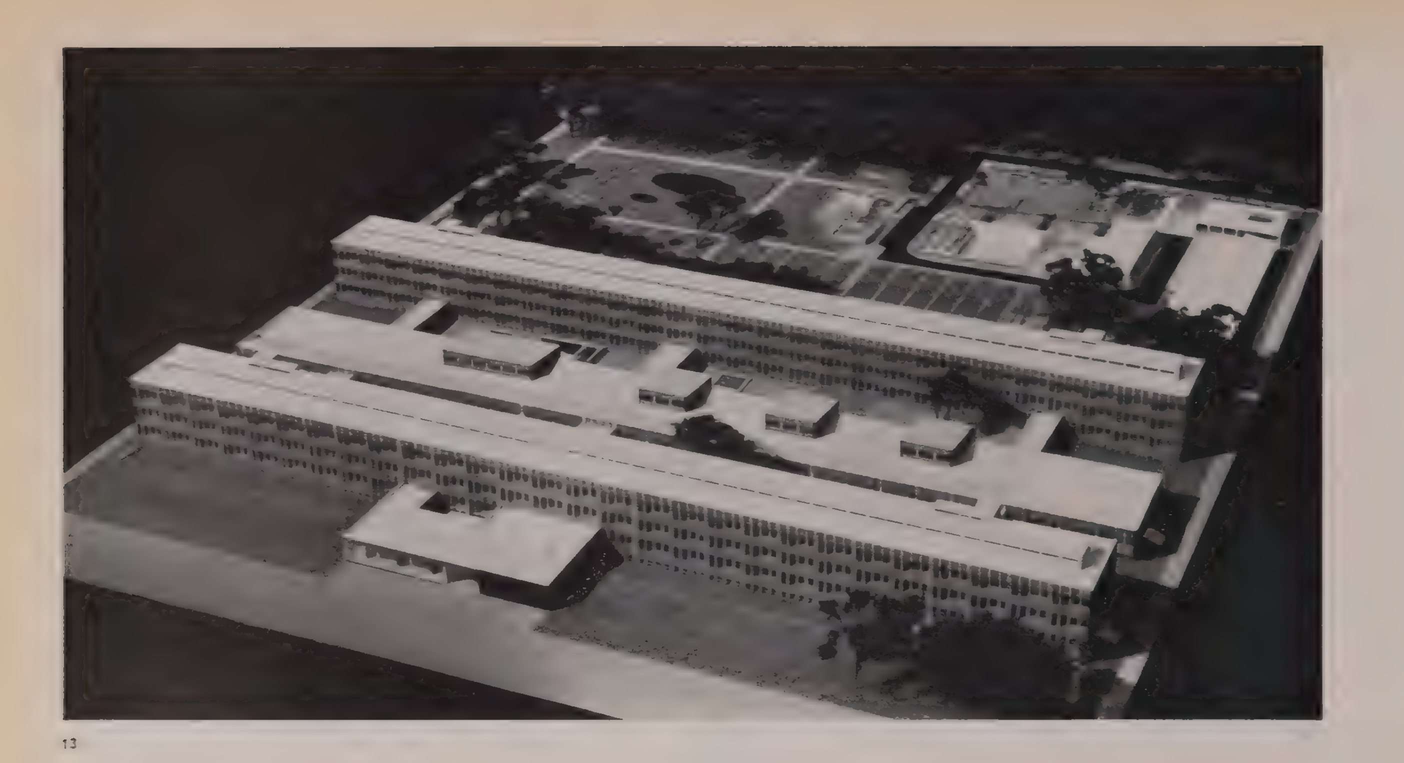
Krakow. Abteilung Biologie

10 Ansicht

11 Schnitt und Grundriß 1 : 1250

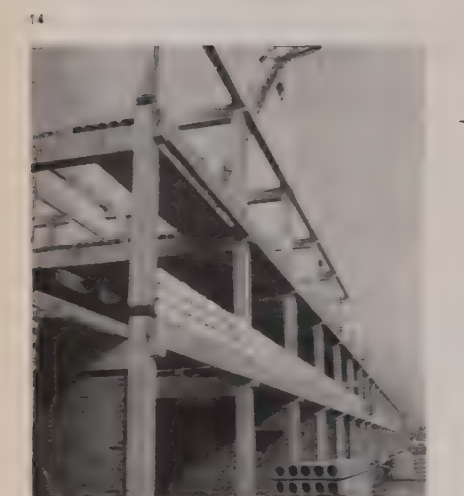
12 Krakow. Lageplan des naturwissenschaftlichen Komplexes der Jagelonischen Universität

1 Biologie
2 Chemie
3 Physik und Mathematik
4 Agrarhochschule
5 Philologische Fakultät
6 Studentenwohnheim
7 Universitätsbibliothek



13

14



Torun. Abteilung Biologie

13 Modell

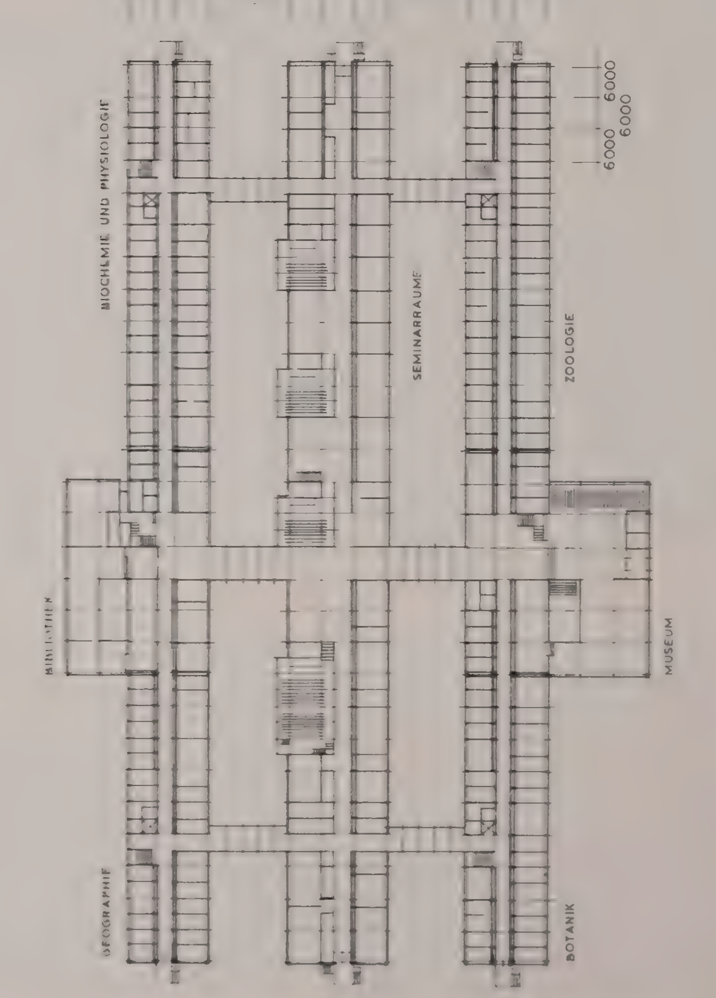
14 Rohbaukonstruktion

15 Detail 1:300

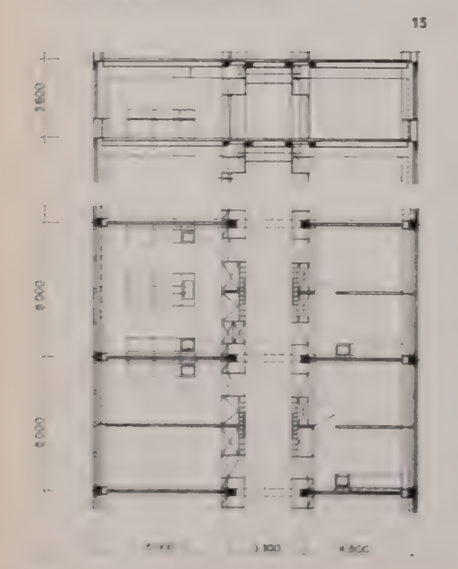
16 Grundriß und Schnitt 1:1250

16





15



17

18

19

AUDITORIUM

CHEMISCHES INSTITUT

CHEMISCH-PHYSIKALISCHES INSTITUT

STUDENTENLABORATORIUM

20

17 Wroclaw. Lageplan des naturwissenschaftlichen Komplexes der Universität

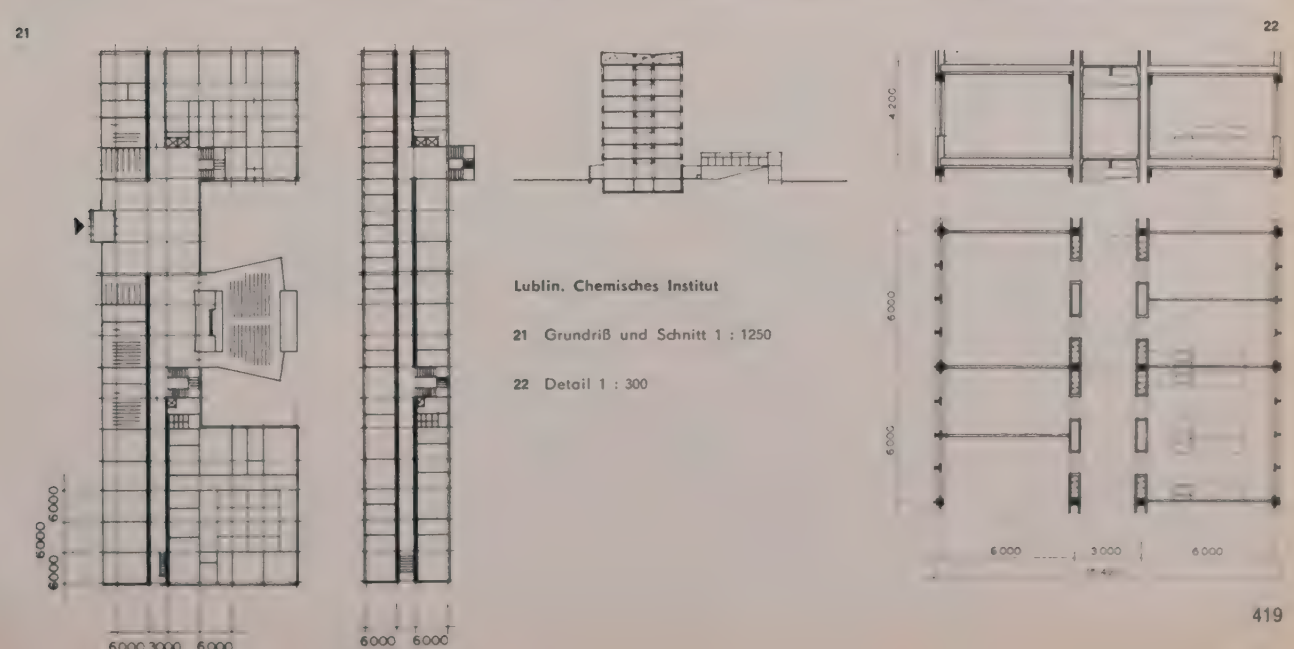
1 Bibliothek
2 Chemie
3 Geographie
4 Mathematik
5 Physik
6 Radiochemie

Wroclaw. Institut für anorganische Chemie

18 Ansicht (Anfang 1970)

19 Detail 1 : 300

20 Grundriß und Ansicht 1 : 1250



Lublin. Chemisches Institut

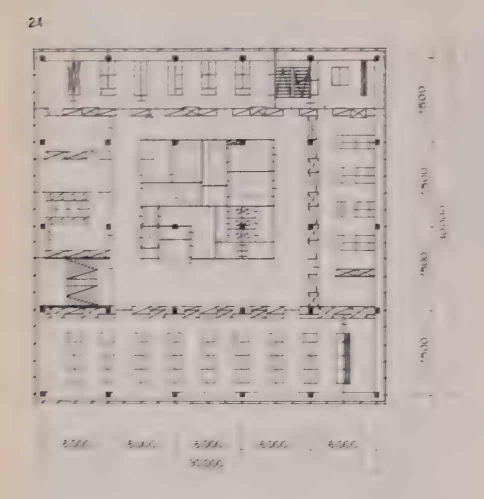
21 Grundriß und Schnitt 1 : 1250

22 Detail 1 : 300

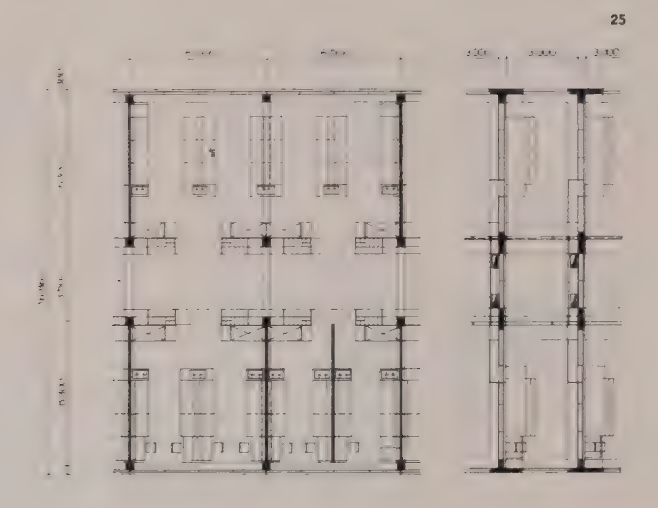


23

24



25



Medizinische Akademie in Warschau

23 Modell. Im Vordergrund die Hauptbibliothek

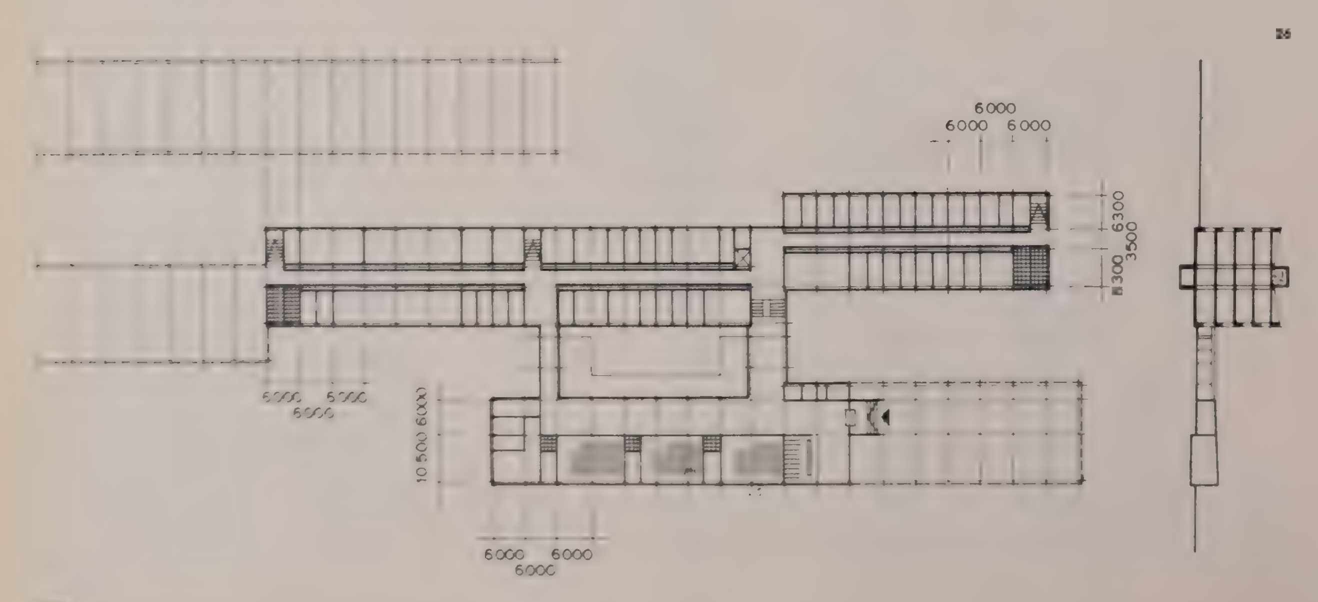
24 Hauptbibliothek. 1. Obergeschoß 1 : 600

Gdańsk. Chemisches Institut

26 Grundriß und Schnitt 1 : 1250

25 Detail 1 : 3[illegible]

26

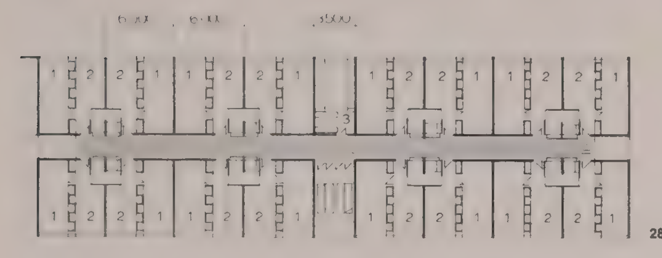




27



29



28

Krakow. Studentenwohnheimkomplex

27 Modell

28 Wohngruppen für zehn Studenten
1 Dreibettzimmer
2 Zweibettzimmer
3 Teeküche

29 Blick in einen Wohnraum

und Praktikumsräume errichtet. Die vertikal geführte Installation wird in den Geschoßdecken horizontal verteilt.
Der umbaute Raum beträgt einschließlich Laboratorien 37 298 m³, die Nutzfläche 7438 m² mit 1112 Studentenarbeitsplätzen.

■ Fakultät für Chemie der Marie-Curie-Skłodowska-Universität in Lublin

Projektanten: Z. Bujak, J. Tomaszek

Das siebengeschossige Gebäude liegt im Mittelpunkt des Universitätsviertels. Im Erdgeschoß befinden sich die Bibliothek, ein großer Hörsaal (350 Pl.) sowie Seminarräume, Praktikalaboratorien und eine Halle. Die Installation wird an den Korridorwänden hochgeführt.

Der umbaute Raum beträgt 49 850 m³, die Nutzfläche 11 770 m² mit 1000 Studentenarbeitsplätzen und 146 Arbeitsplätzen für Wissenschaftler und Angestellte.

■ Laborgebäude für die theoretischen Institute der Medizinischen Akademie Warschau

Entwurf: St. Roszczyk

Die Tiefkörperbauten enthalten „Angebotsflächen" mit weitgehender Nutzungsneutralität für chemische und biologische Versuche. Ein Modularsystem markiert das über die gesamte Geschoßfläche gespannte Netz der potentiellen Medienanschlüsse. Die Institutsbaukörper sind in einer Reihe parallel zu den klinischen und poliklinischen Einrichtungen gruppiert.

■ Fakultät für Chemie der Universität Gdańsk

Projektanten: W. Benedek, S. Niewiadomski, Z. Pawlowski

Die Chemiegebäude sind durch Verbindungselemente mit den Mathematik- und Physikgebäuden zu einer zusammenhängenden Fakultät gekoppelt. Der Instituts- und Abteilungsbereich setzt sich aus drei- bzw. viergeschossigen Gebäudesegmenten von 48 m Länge zusammen. Diese Segmentlänge wird durch die Fluchtweglänge und den Abstand der Treppenhäuser bestimmt. Die Eingangshallen und die großen Auditorien liegen im parallel angeordneten Flachbereich. Die Installation verläuft vertikal in 600 mm breiten Schächten entlang dem Mittelgang und wird in den Geschoßdecken horizontal verteilt.

■ Studentenwohnheimkomplex Kraków

Projektierung: Leitung, T. Mańkowski

Der Studentenwohnheimkomplex Osiedle Studenckie in Kraków umfaßt insgesamt 10 000 Wohnheimplätze. 4000 Studenten wohnen in einem in den fünfziger Jahren gebauten Komplex. Der in den letzten Jahren gebaute und jetzt vollendete zweite Abschnitt für 6000 Studenten besteht aus zehn fünfgeschossigen Gebäuden sowie zwei sechszehngeschossigen Hochhäusern.

Die Studenten sind in Wohngruppen für 10 Personen untergebracht. Jede Wohngruppe besitzt ihre eigene Sanitärzelle mit zwei Waschbecken, Dusche und WC. Die Räume für die kulturelle und gesellschaftliche Betätigung der Studenten befinden sich in den Erdgeschossen der Hochhäuser bzw. in den Flachbauten zwischen den fünfgeschossigen Scheiben. Der Komplex enthält zwei Mensen und ein Klubgebäude, eine Schwimmhalle und Sportplätze.

Die Beispiele lassen trotz verschiedener architektonischer Auffassungen eine gewisse Einheitlichkeit der Gebäudestruktur für Lehr- und Forschungsgebäude naturwissenschaftlicher Disziplinen erkennen. Die gezeigte Ausnahme innerhalb dieser einheitlichen Entwicklung, die Entwürfe für die theoretischen Institute der Warschauer Medizinischen Akademie können als Ausgangspunkt zu neuen Wegen im Institutsbau in Polen gewertet werden. Die Grenzen solcher „neuen Wege" werden aber wahrscheinlich auch in der Volksrepublik Polen durch die ökonomischen Möglichkeiten gesetzt.

Dieser Bericht über den Hochschulbau in der Volksrepublik Polen muß unvollständig bleiben. Die großen Leistungen auf dem Gebiet des Bibliotheksbaues, die Mensabauten, die medizinischen Hochschuleinrichtungen und vieles andere können hier nicht vorgestellt werden.

Der Bericht will versuchen, einen Eindruck von der enormen Entwicklung auf dem Gebiet des Hochschulbaues in der Volksrepublik Polen zu vermitteln und über einige wichtige Ergebnisse zu informieren.

Literatur:

(1) Karlowicz, Ryszard
Städtebaulich-architektonische Probleme der Hochschulen in Polen
Ungedrucktes Manuskript, Vortrag zur Tagung „Stand und Entwicklungstendenzen im Hochschulbau" 17. bis 19. Juni 1970, Dresden

(2) Poplawski, Bogdan
Einige Entwurfsprobleme bei Laborgebäuden für naturwissenschaftliche Fakultäten in Polen
Ungedrucktes Manuskript, Vortrag zur Tagung „Stand und Entwicklungstendenzen im Hochschulbau" 17. bis 19. Juni 1970, Dresden

(3) Znojkiewicz, Andrzej
Probleme bei der Bestimmung von Hochschulstandorten in der Stadt
Einige Beispiele für die Bestimmung von Hochschulstandorten in Städten mittlerer Größe in Polen
Ungedrucktes Manuskript, Vortrag zur Tagung „Stand und Entwicklungstendenzen im Hochschulbau" 17. bis 19. Juni 1970, Dresden

(4) Mankowski, Tomasz, Tyszkowski, Herzy
Entwicklung im Studentenwohnheimbau in der Volksrepublik Polen
Ungedrucktes Manuskript, Vortrag zur Tagung „Stand und Entwicklungstendenzen im Hochschulbau" 17. bis 19. Juni 1970, Dresden

(5) Szober, Wincenty
Probleme des Entwurfs von Studentenmensen in Polen
Ungedrucktes Manuskript, Vortrag zur Tagung „Stand und Entwicklungstendenzen im Hochschulbau" 17. bis 19. Juni 1970, Dresden

(6) Korneli, Peter
Reisebericht über eine Studienreise der Arbeitsgruppe Wohnheimbauten beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen in die Volksrepublik Polen, 1969
Institut für Hoch- und Fachschulbau an der TU Dresden, Informationsstelle.



1

Neue Universitätsbauten in England

René Elvin, Watford

Mit dem hier veröffentlichten Beitrag möchten wir unsere Leser mit einigen Problemen des Hochschulbaus in Großbritannien bekannt machen. In England hat der Hochschulbau bereits eine lange Tradition und dementsprechend auch umfangreiche Erfahrungen, die eine kritische Auswertung vom Gesichtspunkt bautechnischer und funktioneller Aspekte wert sind. Wir möchten gerade die Notwendigkeit einer kritischen Betrachtung betonen, weil die hier vom Autor hervorgehobenen Vorteile einiger neuer Bauten nicht das Blickfeld für die ernsten Probleme einengen sollten, die es im Hochschulwesen Großbritanniens gibt. So wird die oft positiv bewertete Anlage neuer englischer Hochschulen außerhalb der Städte, isoliert von den Zentren der Produktion und des Lebens, von vielen Studenten scharf kritisiert. Die breite Protestbewegung unter den englischen Studenten richtet sich nicht zuletzt gegen die unzureichenden Studienbedingungen. Offensichtlich hat man in England zwar sehr komfortable und exklusive Hochschulbauten errichtet, die aber noch immer nur begrenzten Schichten zugänglich sind. Die Anzahl der Studierenden an Hochschulen und Universitäten bezogen auf 10 000 Einwohner ist zum Beispiel in England mit rund 44 erheblich niedriger als in der DDR mit fast 72. Dennoch scheint die Ausbildungskapazität an den englischen Hochschulen noch zu hoch zu sein, denn nach Untersuchungen des britischen Labourabgeordneten Dr. Hughes werden in diesem Jahr einige tausend Absolventen keine Arbeit finden. Von der Universität Bradford wird der Rückgang der zur Verfügung stehenden Arbeitsstellen für Absolventen auf 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr geschätzt. Besonders hart sind davon Absolventen der natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten betroffen. Sie werden, wie die Zeitung „Daily Mail" berichtet „entweder stempeln oder ins Ausland gehen müssen." Für viele Studenten seien die Diplome deshalb „nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind." Hinter den zum Teil sehr schönen Fassaden der neuen Universitäten in England gibt es ernste Probleme. Red.

In Großbritannien sind die Universitäten wahrscheinlich wesentlich stärker angewachsen als irgendein anderer Sektor der Volksbildung. Im Vereinigten Königreich gibt es heute 44 Universitäten verglichen mit insgesamt 17 im Jahre 1945. Die Anzahl der Studenten hat sich vervierfacht und erreicht heutzutage etwa 220 000. Die jährlichen Ausgaben aus dem Staatshaushalt sind dafür erheblich angestiegen.

Diese Expansion erfolgte zunächst über die Erweiterung bereits bestehender Universitäten. Solche Erweiterungsmaßnahmen erwiesen sich aber bald als unzureichend und als ungeeignetes Mittel, der ständig wachsenden Nachfrage nach Studienplätzen gerecht zu werden. Es mußten neue Universitäten gebaut werden. Zuerst kam die Stadt Keele, in der im Jahre 1949 die Universität von North Staffordshire gegründet wurde. Es folgten die Universität Sussex in Brighton, gegründet im Jahre 1958 und Aufnahme der ersten Studenten im Jahre 1961, die Universität East Anglia in Norwich sowie die Universität York, beide im Jahre 1960 gegründet und für die ersten Studenten im Jahre 1963 eröffnet. Weiter folgten die Universitäten Essex in Colchester und Lancaster (1961, 1964), Kent in Canterbury und Warwick in Coventry (1961, 1965). In Schottland wurde im Jahre 1965 die Stirling-Universität gegründet, die im Jahre 1967 die ersten Studenten aufnahm. In Nordirland folgte die Universität Ulster in Coleraine, gegründet im Jahre 1965, an der die ersten Studenten im Jahre 1968 immatrikuliert wurden.

Darüber hinaus erhielten neun der zehn früheren Technischen Hochschulen in England und Wales den Universitätsstatus. Es sind dies nunmehr die Universitäten von Surrey in Guildford, Aston in Birmingham, Bath, Brunel in Uxbridge, Heriot-Watt in Edinburgh, Loughborough, Stadt London und Salford. Alle diese Hochschulinstitutionen erhielten mit Ausnahme der Universität von Salford ihren Universitätsstatus offiziell im Jahre 1966. Im Falle von Salford erfolgte die Erhöhung zur Universität im Jahre 1967. In diesem Zusammenhang wäre auch erwähnenswert, daß 1971 eine sogenannte „Offene Universität" den Betrieb aufnehmen soll. Diese Universität bietet Studienlehrgänge über Fernsehen, Rundfunk, Korrespondenz (Fernstudium) sowie kurze Internatslehrgänge und ist berechtigt, akademische Grade zu erteilen. Sie wird ihre eigenen Fakultätsbüros sowie eine Bibliothek in der neuen Stadt Milton Keynes haben.

Diese Entwicklungen haben eine rege Bautätigkeit ausgelöst. In immer breiteren Kreisen erheben sich bereits Stimmen, die sich gegen die übergroße Rolle der Architekten bei der Schaffung der neuen Universitäten aussprechen. Diese aktive Mitwirkung der Architekten bei der Planung war aber wahrscheinlich unvermeidlich, da man bei diesen Projekten praktisch beim Nullpunkt beginnen mußte. Es gab keine Erfahrungen, auf die man sich hätte stützen können, und die einzige Anleitung bestand aus den Wünschen und Ratschlägen der Universitätsrektoren und der akademischen Planungsgremien.

Die Ergebnisse waren insgesamt doch recht bemerkenswert, besonders wenn man daran denkt, daß die Anzahl der immatrikulierten Studenten wesentlich stärker und schneller angewachsen ist, als dies zunächst vorauszusehen war. Die Planungen mußten daher wiederholt modifiziert und schließlich so flexibel gestaltet werden, daß weitere Vergrößerungsfaktoren ohne weiteres berücksichtigt werden konnten.

Stadt und Alma mater

Auf Grund der Baugrundbereitstellung für die neuen Universitätsprojekte konnten die Universitäten vorwiegend an Standorten an der Peripherie ihrer jeweiligen Städte errichtet werden. Diese Standorte erinnern zuweilen an große ländliche Klubs. Die Universität von Sussex erhielt zum Beispiel etwa 100 ha Parkgelände, während die Universität East Anglia etwa 130 ha Gelände zur Verfügung hat, die Universität Warwick über 200 ha landwirtschaftliches Ge-

biet, die Universität Stirling ungefähr 140 ha, die von einem Universitätsgut genutzt werden, und die Universität Coleraine ebenfalls etwa 140 ha. Diese Standorte schaffen zwar eine ruhige Atmosphäre zum studieren. Dennoch gibt es ernste Einwände dagegen, weil die Universitäten doch vom Leben und dem Verkehr in der Stadt abgelegen sind und deshalb eine gewisse Isolierung unvermeidlich bleibt. Diese Abgeschlossenheit widerspricht jedoch dem berühmten Leitsatz von Seneca „Non scholae, sed vitae discimus". Im allgemeinen werden diese kritischen Stimmen bis zu einem bestimmten Maße anerkannt, wenngleich der chronische Platzmangel und die hohen Bodenpreise in den Stadtzentren selbst jede andere Lokalisierung innerhalb der städtischen Gebiete praktisch unmöglich gemacht hat. Die Entfernungen bieten keine besonderen Schwierigkeiten, da meist öffentliche Verkehrsmittel vorhanden sind. Ein wesentlich schwierigeres Problem stellt die Aufgabe dar, zwischen der Stadt und der Alma mater eine mehr oder weniger regelmäßige zweiseitige Kommunikation zu gewährleisten.

Planungskonzeptionen: Universität Sussex

Die verschiedenen verantwortlichen Architekten haben sich bisher für vier klar voneinander abgegrenzte Lageplankonzeptionen entschieden. Diese Konzeptionen lassen sich kurz als Bereiche, Knotenpunktverbindungen, lineare Pläne sowie Gitter- oder Netzwerke definieren.

Bei dem Bereich handelt es sich historisch um die ursprüngliche Konzeption, auf deren Grundlage die Hochschulgebäude der alten Universitäten von Oxford und Cambridge gebaut worden waren. Es ist dies eine Konzeption, die geradezu zu einem akademischen Standort erhoben worden ist. Sie fand zum Beispiel bei der Hochschule für Rechtswissenschaften in London Verwendung und entsprach ganz und gar der dort vorherrschenden Lebensweise. In ihrer Anpassung an die Erfordernisse der neuen Universitäten zielt diese Konzeption darauf ab, durch besondere Anordnung der Gebäudegruppen mit Außenringstraßen verkehrsfreie Zonen zu schaffen. Die Universität selbst stellt eine Ansammlung mehrerer derartiger Bereiche dar. Diese Methodik wurde von Sir Basil Spence, Bonnington und Collins, für die Universität Sussex angewandt. Das Projekt wurde von Sir Basil in humorvoller Weise als eine Art „Froschlaich" beschrieben, der sich nach allen Seiten in die Lücken zwischen den Bäumen hineinschiebt. Die Achtung der Projektanten für die waldreiche Umgebung ist gerade bei diesem Beispiel bemerkenswert. Die meisten Pavillons bleiben mehr oder weniger hinter den Bäumen versteckt. Sie sind alle in bescheidenen Größenordnungen gehalten. Die einzige Ausnahme bildet ein großer Kantinenblock mit einigen Geschäften im Erdgeschoß. Daraus ergibt sich ferner der Vorteil einer nicht zu unterschätzenden Flexibilität, so daß die notwendigen Erweiterungen des gesamten Universitätsbereiches künftig ohne große Schwierigkeiten vorgenommen werden können. Die Universität hat bereits heute die ursprünglich geplante Größenordnung von 3000 Studenten überschritten und wird wahrscheinlich auch über das nunmehr mit 6000 Studenten festgelegte Ziel hinauswachsen.

Im Hinblick auf den allgemeinen Lageplan ähnelt Sussex, eine der ersten neuen Universitäten, mehr als die später errichteten Hochschulen den traditionell klosterartigen Anordnungen der alten Hochschulen. Ihr architektonisches Hauptmotiv, an dem ohne weiteres die Federführung von Sir Basil Spence erkennbar wird (der übrigens gleichzeitig auch die neue Kathedrale von Coventry projektiert hat), ist das Bogengewölbe im Falmer House, dem ersten Gebäude, wenn man den Universitätsbereich betritt. Es ist als ein viereckiges Torhaus ausgeführt und leitet den Besucher in den großen Hof. Gleichzeitig ist dieser Bereich das Zentrum des Gemeinschaftslebens. Der Eingang führt durch einen 12 m hohen Bogengang in den gepflasterten Innenhof. Der Hof ist von einem Graben umgeben, hinter dem das Gebäude an drei Seiten auf Kreuzgängen emporwächst.

Der Südflügel enthält die Wohnräume für die Mitarbeiter, die Essenräume für das Personal, den Gemeinschaftsraum für die Lehrkräfte und die Wohnung des Hausmeisters. Künftigen Erweiterungsmöglichkeiten ist durch Freiräume in den oberen Geschossen der Süd- und Ostflügel Rechnung getragen. Gegenwärtig dienen diese freien Räume als Terrassen. Sie können jedoch jederzeit umbaut und so zu geschlossenen Räumen umgestaltet werden. Die Konstruktion der Hauptbalken aus Fertigbeton umfaßt Gebäudespannweiten von etwa 13 m und trägt die Gebäudekonstruktionen aus Rastern von etwa 3,33 m, 5 m und 6,66 m. Die ebenfalls auf der Baustelle vorgefertigten Stützen sind miteinander verschweißt.

Ein besonders interessantes Gebäude im Universitätsbereich von Sussex ist das Klubhaus .Es handelt sich hier um ein zweigeschossiges Gebäude mit einem Durchmesser von etwa 27 m. Das Gebäude ist von einem Bassin umgeben, an dem durch Zurückversetzung des Erdgeschosses ein Gehweg geschaffen wurde. Die vorstehenden Ziegelsäulen unterteilen diese Fläche in „ruhige" Räume, die im Erdgeschoß für Studienübungen und Verwaltungszwecke verwendet werden.

Im oberen Teil des Gebäudes befindet sich eine interkonfessionelle Kapelle. Diese Kapelle ist mit starken zylindrischen Fertigbetonblöcken umbaut. Die Verbindung wird durch Butzenscheiben hergestellt, die direkt in die Blöcke eingelassen sind. Die Wand ruht auf dem Randträger des ersten Geschosses, das wiederum von einer Mittelstütze sowie von den vorspringenden Ziegelbetonsäulen getragen wird, die in das Wasserbecken hineinragen. Die Innenflächen des Wasserbeckens sind mit einer schwarzen Zementschlämme behandelt, was die Lichtreflexion des Wassers stark erhöht.

Interessant ist auch die Bibliothek, gelegen an einem Abhang, der in kluger Weise zur Schaffung eines Erdgeschosses für die technischen Räume genutzt wurde. Die beiden Hauptgeschosse werden innen als offene Flächen mit variierender Innenausstattung behandelt. Hier befinden sich Bücherregale, Sockel, Lesetische und kleine Studienkabinette für insgesamt etwa 750 Leser und 250 000 Bücher. Diese verschiedenen Flächen sind über einen zentralen Zirkulationsbereich so miteinander verbunden, daß die Leser über den Hauptkontrollpunkt mit den Katalogen und Karteien leicht an die Bücher herankommen. Die beiden Innenhöfe dienen bei gutem Wetter ebenfalls als zusätzliche Leseräume.

Knotenpunktverbindungen: Universität York

Die Konzeption der Knotenpunktverbindungen läßt sich am besten am Beispiel der Universität York darstellen. Der Entwurf stammt von Robert Matthew, Johnson-Marshall und Partner. Hier wurde die ursprüngliche Landschaftsgestaltung nicht nur berücksichtigt, sondern durch die Schaffung eines künstlichen Sees durch Aufstauen eines bereits existierenden Stromes wesentlich verbessert. Dieser See dient als Blickpunkt für das gesamte Projekt und gibt dem ganzen Gelände eine Art Landschaftsatmosphäre. Gleichzeitig dient der See auch der Bodenentwässerung. Die verschiedenen Gebäudekomplexe bzw. Gebäudeknoten sind gut voneinander abgegrenzt und gleichzeitig aber durch ein Netz überdachter Wege miteinander verbunden. Die Räume zwischen den verschiedenen Gebäuden bleiben praktisch dominierend und betonen somit den nichtindustriellen, beinahe passagenartigen Charakter der Anlage.

Die Universität ist für 3000 Studenten ausgelegt, wird jedoch zweifellos weiter anwachsen. Diese weiteren Wachstumsmöglichkeiten sind bereits bei der Zonenplanung berücksichtigt worden. Während die gegenwärtige Anlage etwa 90 ha umfaßt, wurden weitere 350 ha für künftige Universitätszwecke bereitgestellt.

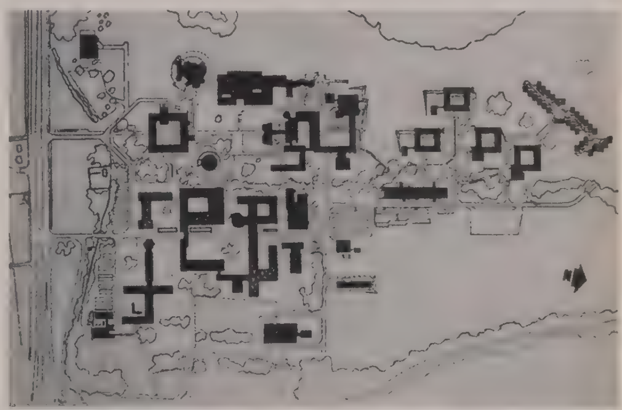
Nach der Konzeption der Architekten handelt es sich bei der Universität um eine Gesellschaft von Menschen, die im Interesse des Lernens und der Wissensausbreitung auf höchstem Niveau zusammen leben und arbeiten. Dies verlangt gute Kommunikationsmöglichkeiten, die Möglichkeit eines weiteren Anwachsens ohne das Risiko der Auflösung oder Verzettelung und schließlich absolute Klarheit der Gesamtanordnung, so daß jede einzelne Person bzw. Personengruppe ihre jeweilige spezifische Stellung im Ganzen jederzeit genau definieren kann.

Zur Erreichung dieser Anforderungen wurde die Universität York als eine Gruppe von mehreren Hochschulgebäuden geplant.

Die einzelnen Komplexe sind jeweils für etwa 300 Studenten sowie ungefähr 100 Absolventen und Hochschullehrer aufgelegt, so daß insgesamt etwa 400 Personen auf ein Gebäude kommen. Die einzelnen Hochschulkomplexe umfassen jeweils einen Gemeinschaftskern, den Speisesaal, die Bibliothek sowie Klubräume, darüber hinaus Räume für Lehre und Forschung für die gesamte Universität sowie für die einzelnen Abteilungen und schließlich die Wohnräume für die weiblichen und männlichen Studenten und Mitarbeiter.



2



3

Universität Sussex

1 Eingang zum Zentrum

2 Institut für Chemie

3 Lageplan



4



5



6



7

8



Darüber hinaus enthalten die einzelnen Gebäude noch Sonderräume für ihre jeweiligen Verwendungszwecke, so zum Beispiel Laboratorien, Sprachkabinette, Musikräume und Sporträume sowie die Hauptbibliothek, das Rechenzentrum und das Auditorium Maximum. Die Hochschulen und Spezialgebäude sind in der bereits dargestellten Weise über ein System überdachter Gehwege miteinander verbunden. Diese Wege führen durch sämtliche Hauptgebäude und bieten somit maximale Möglichkeiten für willkürliche und zufällige Kontakte zu jeder beliebigen Zeit.

Die meisten Gebäude sind nach dem CLASP-System ausgeführt. CLASP ist eine Abkürzung für Consortium of Local Authorities Special Programme (Konsortium für das Sonderprogramm der Kommunalbehörden). Es handelt sich hierbei um ein spezielles Bauprogramm für Schulen und Universitäten auf der Grundlage von leichten Stahlskelettbauten mit Fertigbetonverkleidung und schallschuckenden Trennwänden. Dieses Programm bietet eine große Flexibilität bei der Planung und läßt sich ohne weiteres modifizieren und erweitern, wenn sich die Anforderungen an den Universitätsbau im Laufe der Zeit verändern. Es ermöglicht darüber hinaus den Fortgang der Bauarbeiten bei sämtlichen Witterungsbedingungen und damit eine wesentliche Verkürzung der Bauzeiten.

Die Bauarbeiten beginnen nach diesem Programm an einem Ende der Baustelle und werden nach Baustufen durchgeführt, wobei am Ende einer jeden Baustufe eine bestimmte Fläche vollständig fertiggestellt ist. Für die jeweils fertiggestellten Baustufen ist auch bereits die Landschaftsgestaltung komplett durchgeführt, so daß der Universitätsbetrieb dort sofort aufgenommen werden kann und in keiner Weise von den Bauarbeiten der benachbarten Baustufe irgendwie in Mitleidenschaft gezogen wird.

Fünf Hochschulgebäude, drei Laboratorien, die Bibliothek und die große zentrale Halle bzw. das Auditorium Maximum, das Rechenzentrum, das Sprachenkabinett, die Konzerthalle, das Sportzentrum und das zentrale Kesselhaus sind bereits jetzt fertiggestellt. Darüber hinaus sind die Arbeiten zur weiteren Erschließung der Baustelle sowie zur Fertigstellung der Mitarbeiterwohnungen in vollem Gange. Die Gesamtkosten belaufen sich bis jetzt auf 7 000 000 Pfund Sterling für die Gebäude und Baustellenarbeiten sowie 3 000 000 Pfund Sterling für die technische Gebäudeausrüstung und Inneneinrichtung. Diese recht beträchtlichen Kosten wären zweifellos noch höher gewesen, wenn man nicht durchweg nach dem CLASP-System gebaut hätte. Nur in einigen Ausnahmefällen, bei denen besondere konstruktive Erfordernisse zu berücksichtigen waren, konnte das CLASP-System nicht zum Einsatz gelangen und man mußte nach traditionellen Methoden vorgehen, so zum Beispiel bei der Errichtung der Bibliothek und des Auditorium Maximums. Die Befürchtungen, die anfänglich weit verbreitet waren, als man bekannt gab, daß die Universität York als Typenbau errichtet werden soll, konnten durch das Geschick, die Vorstellungskraft und das Einfühlungsvermögen der Architekten beim Einsatz der verschiedenen Bauelemente zur Schaffung dieses Ensembles restlos zertreut werden.

Technische Universität Bath

Dieselben Architekten (Robert Matthew, Johnson-Marshall und Partner) waren auch für die Errichtung der Technischen Universität Bath verantwortlich. Die Universität wurde auf einem 90 ha großen Baugelände errichtet. Der Standort liegt auf einem Hügel, 200 m ü. d. M., etwa 2 km vom Stadtzentrum entfernt. Das wichtigste Element des Lageplanes ist ein breiter Gehweg, genannt Parade, der von den Verwaltungsgebäuden, Gesellschaftsbauten, der Bibliothek, den Lehrräumen und Laboratorien flankiert wird. Die Parade öffnet sich dann weiter zu den einzelnen Universitätsinstituten, die jeweils entsprechend ihrem Charakter immer mehr von einer bestimmten Gruppe von Studenten und Lehrern benutzt werden. Diese einzelnen Institute sind in gut durchdachter Weise projektiert worden und demonstrieren die akademische Struktur der Universität.

Dennoch beherrschen sie nicht die gesamte architektonische Anlage, die ein schönes Beispiel der linearen Planung darstellt.

Entlang der Straße erstrecken sich zu beiden Seiten Restaurants, Cafés und Imbißstände. Sie schaffen Anziehungspunkte und gewissermaßen Zentren der Aktivität und sind jeweils der gesellschaftliche Blickpunkt entsprechend den benachbarten Lehrgebäuden.

Die Wohnräume für die Studenten, die im Jahre 1972 die Gesamtzahl von 3000 und bis 1980 wahrscheinlich 5000 erreichen sollen, liegen zwischen den Lehrgebäuden und den Gesellschaftsbauten. Teilweise befinden sie sich in großen Häuserblöcken entlang der Parade und zum anderen Teil in einer weniger konzentrierten Form außerhalb des Zentrums. Die wohnungsmäßige Unterbringung erfolgt in gelockerten Gruppen von Einzelzimmern und Wohnungen ,wobei keine der Wohnstätten mehr als zwei bis drei Minuten Fußweg von den Gemeinschaftseinrichtungen an der Parade entfernt liegt.

East Anglia

Der Bauplan für die Universität East Anglia bei Norwich, erarbeitet von Denys Lasdun und Partner, ist der erste kompaktere Universitätsplan. Dennoch versucht man die dichtere Bebauung zu erreichen, ohne dabei die ländliche Konzeption aufzugeben. Das Projekt umfaßt einige städtische Bauten, so zum Beispiel langdurchlaufende Terrassen und niedrige Mauern, die jedoch an die Konturen des Baugeländes angepaßt sind. Dieses Baugelände erstreckt sich auf einer Fläche von etwa 80 ha an einem nach Süden gerichteten Abhang, zuzüglich etwa 45 ha für Spielfelder, und erhebt sich bis zu einer Höhe von etwa 20 m über den Yare-Fluß. Es liegt nur etwa 1,5 km vom Stadtzentrum von Norwich entfernt. Ein grundlegender Gesichtspunkt des Projektes basiert auf der Konzeption, daß die Universität eine konzentrierte Einheit bilden muß, in der der Einzelne sich mit dem Ganzen identifizieren kann. Sämtliche Tätigkeitsbereiche sind deshalb so angeordnet, daß sie zu Fuß innerhalb von fünf Minuten bequem erreichbar sind. Die Verbindung dieser verschiedenen Bereiche erfolgt durch kontinuierliche Fußwege. Wegen des Gefälles werden diese Fußwege an bestimmten Punkten zu überhöhten Gehwegen über den darunterliegenden Straßen und Parkplätzen. Einige Gebäude können so über die Obergeschosse erreicht werden. Der Plan ist hier in geschickter Weise den Konturen des Baugeländes angepaßt und läßt sich im wesentlichen in drei Einzelbereiche unterteilen, einem Bereich am Fuße des Gefälles mit den Wohnstätten der Studenten, einem zentralen Bereich für die Gesellschaftseinrichtungen und einem oberen Bereich für die Lehrgebäude.

Das Projekt wurde ursprünglich im Jahre 1962 ausgearbeitet, dann aber nach eingehenden Diskussionen mit dem akademischen Mitarbeiterstab zweimal abgeändert. Der dritte und endgültige Plan wurde im Jahre 1968 fertiggestellt und ist für ein Wachstum der Universität mit einer Gesamtzahl von 3000 Studenten aufgelegt. Dieses Niveau soll im Zeitraum von 10 Jahren erreicht werden. Der erste Plan war für die doppelte Anzahl vorgesehen und berücksichtigte darüber hinaus noch ein weiteres Wachstum. Die ursprünglich in einem Universitätsgebäude zentralisierten Gesellschaftsbereiche wurden nun so umgruppiert, daß ein gesondertes Restaurant, ein Gemeinschaftsraum für die jüngeren Semester, eine Schwimmhalle, Turnhallen, Geschäfte und Banken geschaffen wurden. Die Mittellängswand des Bereiches für Lehre und Forschung ist am Haupteingang unterbrochen, um gleichzeitig Platz für das zentrale Verwaltungsgebäude (Senat) und gleichzeitig einen geeigneten Platz für eine Konzerthalle zu schaffen, die zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam mit der Stadt Norwich errichtet werden soll.

Die erste Baustufe wurde bis zum Dezember 1968 fertiggestellt. Sie schafft den Kern des Universitätsgeländes um eine Grasfläche herum, von der aus der gesamte Komplex sich entwickelt. Sie bietet gleichzeitig einen räumlichen Übergang von der offenen Landschaft von Norfolk zu den mehr geschlossenen Räumen der Universität. Diese nichtunterbrochene Kontinuität der Räume für Lehre, Forschung und Wohnstätten stellt nicht so sehr eine Ansammlung voneinander getrennter Gebäude dar, sondern eigentlich mehr einen städtischen Landschaftskomplex.

Die räumlichen Anforderungen wurden durch Schaffung grundlegender Kategorien kleiner, mittlerer und größerer Räume erfüllt, die auf den einzelnen Ebenen eng miteinander verbunden sind. Die Gesamtanordnung schafft zwei äußere Linien von 15 m breiten Gebäuden mit kleinen und mittleren Räumen. Sie liegen jeweils 33 m voneinander entfernt und sind durch Gruppen größerer Räume nach den folgenden Kriterien miteinander verbunden:

- maximale Umfangsabmessungen für natürliche Beleuchtung und Belüftung der Räume;
- jede Schule hat ihren separaten Eingang sowie einen Kern von Gemeinschaftsräumen, in denen die Mitarbeiter und Studenten jederzeit zusammenkommen können;
- die Laboratorien und Vorlesungssäle sind für die einzelnen Abteilungen in allen Geschossen zugänglich;
- die einzelnen Institute sind stufenweise hintereinander angeordnet und bilden somit einen geschlossenen Kreis mit optimalen Verbindungen zu anderen Instituten auf allen Geschoßebenen.

Die Gebäude bestehen aus vier großen Grundelementen, die in Norwich vorgefertigt und an Ort und Stelle montiert wurden. Durchweg wird ein Modul von 2 ft 7 1/2 in. verwendet, das ein Bauraster von 21 ft (etwa 6 m) schafft. Für künftige Veränderungen der von den Instituten gestellten Anforderungen sind die Positionen der Korridore sowie der Mittelstützen und der einzelnen Felder entsprechend eingerichtet.

Die gleichen Bauverfahren kamen auch bei der Errichtung der Wohnräume für die Studenten zum Einsatz. Die einzelnen Wohn-Selbststudienräume sind jeweils in Zwölfergruppen unterteilt. Jede Zwölfergruppe hat ihren eigenen Frühstücksraum, Abstellraum, Brausebäder, Badezimmer und Toiletteneinrichtungen und bildet somit einen gesonderten Wohnbereich. Die technischen Installationskerne liegen an der Nordseite, während sämtliche Wohnräume und Frühstücksräume nach Süden, Osten und Westen ausgerichtet sind. Die Räume erstrecken sich terrassenförmig über das Baugelände und sind jeweils von Etage zu Etage zurückversetzt. Hier befinden sich auch die Spielzimmer, Lagerräume sowie andere Nebenräume für die Studenten. Das rasche Anwachsen der Immatrikulationszahlen verlangte den Einsatz von Schnellbausystemen, und es wurde ein Zellenbauverfahren gewählt, das zahlreiche Wiederholungen gestattet und außerdem für die Vorfertigung großer Bauelemente geeignet ist. Die Wände und Fußböden wurden in einzelnen Betonplatten bis zu einem Gewicht von maximal 4 t auf der Baustelle gegossen. Die Wärme- und Warmwasserversorgung der einzelnen Räume erfolgt über ein Umlaufsystem als Heizanlage, die von einem zentralen Kesselhaus mit Hochtemperaturverfahren gespeist werden. Die Leitungen verlaufen unter den Gehwegen der einzelnen zurückversetzten Geschosse. Zur Innenausstattung gehören Einbaugarderoben, eingebaute Bücherregale, Waschbecken, Einbaubetten, Anbautische und Klapptische, die jeweils alle an einer Seite des Raumes angebracht sind. Die Betonfußböden wurden unmittelbar mit durchlaufenden Wiltonteppichen mit entsprechender Verstärkung belegt.

Die zentralen Kesselanlagen, die Stromumformerstationen, die Telefonzentrale, die Werkstätten und Lagerräume sind in einem Flachbau an einem Ende des Abhangs untergebracht. Auf dem Dach dieses Flachbaus ist eine Parkfläche für Kraftfahrzeuge vorgesehen.

Die Bibliothek wurde in zwei Baustufen errichtet und bietet Platz für etwa eine halbe Million Bücher und gleichzeitig 1000 Leser. Daneben sind gleich angrenzend einige offene Räume vorgesehen, die bei Bedarf ebenfalls zu Bibliotheksräumen ausgebaut werden können. Das Gebäude umfaßt sechs Stockwerke. Das Vorlesungsgebäude hat einen Hauptsaal für 500 Personen, der gleichzeitig für musikalische Veranstaltungen eingesetzt werden kann, darüber hinaus einen Saal mit 250 Sitzplätzen sowie zwei weitere Säle mit jeweils 150 Sitzplätzen.

Charles-Wilson-Gebäude in der Universität Leicester / Sportzentrum Liverpool

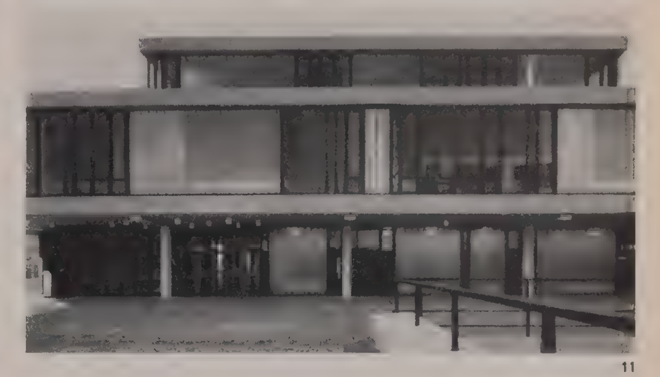
Das Büro Denys Lasdun und Partner war außerdem verantwortlich für den neuen Gesellschaftsbau „Charles Wilson" in der Universität Leicester. Dieser 10geschossige Stahlbetonbau dient mehreren Zwecken. Seine Hauptfunktion ist die einer Kantine für täglich 3000 Mahlzeiten für die akademischen Mitarbeiter und Studenten. Darüber hinaus gibt es dort Gemeinschaftsräume, Cafés, einen großen Prüfungssaal sowie eine Turnhalle und schließlich eine Anzahl von Nebenräumen. Das Hauptrestaurant und der Gemeinschaftsraum umfaßt mehrere Flächen, die sich vom ersten bis zum fünften Stockwerk erstrecken. Mit Ausnahme des vierten Stockwerks sind alle Flächen einander sehr ähnlich gestaltet. Im vierten Stock befindet sich ein allgemeines Restaurant mit Bedienung sowie eine Anzahl kleinerer Räume für Empfänge und Kommissionssitzungen. Darüber setzt sich die



9



10



11

Universität York

4 Lageplan
5 Zentraler Platz
6 Chemische Laboratorien
7 Internate
8 Zentralhalle

Universität Bath

9 Lageplan
10 Fakultät für Ingenieurwesen und Chemie
11 Zentrum einer Internatsgebäudegruppe

Konstruktion des Mittelkerns der einzelnen Geschosse in einem kleinen Turm fort. In den siebenten, achten und neunten Stockwerken dieses Turmes befindet sich jeweils ein einzelner Gemeinschaftsraum, während das zehnte Stockwerk einen Raum für Ausstellungen, Musikveranstaltungen und ähnliche Funktionen enthält.

Das Sportzentrum von Liverpool ist ein weiteres interessantes Universitätsgebäude, das von Denys Lasdun und Partner projektiert worden ist. Es ist Teil der Fakultät für Körperkultur und Sport und bietet gleichzeitig Erholungsmöglichkeiten für die Studenten. Es umfaßt ein Schwimmbecken in den Abmessungen 35 × 12 m mit Sprungbrettern und Sprungturm sowie einer Zuschauertribüne, weiter eine Mehrzwecksporthalle für Korbball, Tennis, Netzball, Federball, Turnen und Klettern. Weiterhin befinden sich im Zentrum vier Schlagballflächen, Räume für Gewichtstraining, Fechten, Tanzen, Judo und Ringen, Mitarbeiterbüros, Umkleideräume und ein Imbißraum.

Der Kern des Gebäudes ist ein räumliches System von Stahlbetondecken und Stahlbetonwänden. Er ist zwei Stockwerke hoch und wird von Stahlbetonsäulen abgestützt. Dieser Kern gewährleistet die Standsicherheit, die für den gesamten großen umbauten Raum der Haupthalle und der Schwimmhalle erforderlich ist. Die Schwimmhalle wurde als gesonderte Hängekonstruktion mit durchlaufenden Dehnungsfugen im ersten Geschoß ausgeführt. Sie ist somit gegen die



12



13



14

Erschütterungen und Bewegungen in den anderen Teilen des Gebäudes abgesichert und von diesen Bewegungen isoliert. Dies wurde als notwendig erachtet, da solche Erschütterungen möglicherweise zu Rißbildungen im Schwimmbecken und damit zu Leckstellen führen könnten.

Universität Lancaster

Die Universität Lancaster ist das Werk mehrerer Architekten. Der Gesamtplan sowie einige der Hauptgebäude (Rechenzentrum und Forschungsgebäude, Bibliothek, Sportzentren, Lehrmittellabors) wurden von dem Büro Shepheard und Epstein projektiert. Ein Hochschulgebäude sowie einige Wohngebäude für Studenten wurden vom Büro Tom Mellor und Partner projektiert. Zwei weitere Architektenbüros sowie der Architekt der Grafschaft von Lancashire, Roger Booth, waren ebenfalls an den Arbeiten beteiligt. Gegenwärtig sind dort etwa 2500 Studenten immatrikuliert. Diese Zahl soll sich jedoch auf mindestens 6500 erhöhen. Die gesamte Planung wurde deshalb so ausgeführt, daß ein beträchtliches Wachstum ohne weiteres möglich ist. Gleichzeitig erfolgte jedoch die Projektierung so, daß die Universität bereits in der jetzigen Form eine vollständige und in sich geschlossene Einheit darstellt und daß diese Einheit auch bei allen weiteren Wachstumsstufen erhalten wird. Eine Erweiterung des Zentrums im Verhältnis zum gesamten Universitätsbereich ist ebenfalls möglich. Daraus ergibt sich eine lineare Planung. Das Zentrum besteht aus einer Fußgängeranlage mit Bogengängen. Diese Fußgängeranlage ist länger als das zu beiden Seiten bisher bebaute Gelände und führt an den verschiedenen Fakultäten für Sprach- und Naturwissenschaften, den Internaten, Läden und Restaurants sowie sämtlichen öffentlichen Einrichtungen vorbei. Diese Anlagen sind so angeordnet, daß jeweils ein höheres Gebäude einem niedrigeren gegenübersteht. Somit hat das Tageslicht selbst dort Zugang, wo zwischen den einzelnen Gebäuden nur enge Gehwege verlaufen. Die meisten Gebäude sind viergeschossig ausgeführt, so daß im allgemeinen keine Aufzüge benötigt werden. Eine Abhängigkeit von Aufzügen wäre auch schon deshalb ungünstig, weil bei gemeinsamen Stundenplänen im allgemeinen große Eile vorherrscht.
Gegenüber der Mittellängswand verlaufen die einzelnen Institute, jeweils für etwa 500 Studenten. Die Hälfte dieser Studentengruppen wohnt im Universitätsgelände, die andere Hälfte in der Stadt.
Die Fußwege öffnen sich an mehreren Punkten zu Plätzen, an deren Seiten jeweils überdachte Fußwege verlaufen. An den Fußwegen wurden Bäume gepflanzt. Sämtliche Flächen des Universitätsbereiches können somit auf überdachten Wegen erreicht werden.
Die Gebäude selbst sind außen endgültig aber innen flexibel gestaltet. Gebaut wurde mit Betonrahmen mit Mauerwerkverfüllung und Betonfußböden. Trotz dieser konventionellen Baumethoden ist die Universität außerordentlich schnell angewachsen. In den einzelnen Instituten sind gleichzeitig die Gemeinschaftsräume, die Speiseräume und Vorlesungssäle untergebracht, und zwar im allgemeinen im Erdgeschoß hinter Bogengängen. Die Räume für das Selbststudium sowie für Forschungsarbeiten und auch die Wohnräume befinden sich in den Obergeschossen, während die Wohnungen für die Mitarbeiter der Universität meist in Flachbauten auf den Dächern angeordnet sind.

Universität Surrey

Die Universität Surrey, früher die Technische Hochschule Battersea ist nach Guildford umgezogen, einem Hügelgelände unterhalb der neuen Kathedrale. Der von einer Projektantengemeinschaft ausgearbeitete Plan sieht insgesamt 5000 Studenten vor, gegenwärtig sind 2500 Studenten immatrikuliert. Er geht von drei Entwicklungsbereichen aus, einem Bereich auf den Hügeln mit den Wohnstätten für die Studenten, einem mittleren Bereich für die Gemeinschaftsgebäude und einem unteren Bereich für Lehre und Forschung. Die einzelnen Planungszonen sind jeweils durch einen gesonderten Gebäudetyp gekennzeichnet. Die Hauptkonstruktion für die akademischen Gebäude besteht aus großen offenen Grundrißflächen mit vier oder fünf Geschossen, so daß die einzelnen Bewegungen und Kontakte erleichtert werden. Im Erdgeschoß sind große erhöhte Flächen für Werkstätten und Laboratorien mit schweren Ausstattungsgegenständen vorgesehen. In zwei Obergeschossen befinden sich mittelgroße Flächen, während

Universität East Anglia

12 Lageplan

13 Lehr- und Forschungsgebäude

14 Fußgängerbrücke an der Bibliothek

Sportzentrum Universität Liverpool

15 Sportzentrum

16 Schwimmhalle im Sportzentrum

15



16



die Mehrzahl der kleinen Räume, die Tageslicht benötigen, im obersten Geschoß untergebracht sind. Die technischen Bereiche (Toiletten, Umkleide- und Waschräume usw.) sind in Türmen untergebracht, die die Haupteinheiten des Gebäudes verbinden.

Universität Bradford

Die Technische Universität Bradford ist aus einer bereits bestehenden Technischen Hochschule hervorgegangen. Diese Technische Hochschule befindet sich immer noch auf einer Fläche von etwa 15 ha neben dem neuen Komplex und ist ungefähr einen km vom Stadtzentrum entfernt. Die Planung erfolgte von derselben Entwurfsgemeinschaft, die auch für die Universität Surrey verantwortlich zeichnete. Sie geht von einer Gesamtzahl von 5000 Studenten aus, von denen 2500 im Universitätsbereich wohnen. Das Hauptelement ist ein Netz von Fußwegen, das sich allgemein von Nord nach Süd erstreckt und die verschiedenen Universitätsbereiche miteinander verbindet. Dieses Fußwegsystem verläuft über eine Brücke durch ein Tal. Auf dieser Brücke befindet sich die Bibliothek. Das Fußwegnetz führt somit zum Planungskern, dem Hauptgebäude mit den Senatsräumen und den wichtigsten Gemeinschaftsgebäuden, so zum Beispiel dem Wohnhaus für die Mitarbeiter und dem Gebäude der Studentenvereinigung. Die akademischen Gebäude sowie die Wohngebäude liegen zu beiden Seiten der Fußwege und bilden eine Vielfalt von Komplexen, die ebenerdig durch eine Allwetterstraße miteinander verbunden sind. Die meisten Gebäude haben vier Stockwerke. Sie liegen an den höheren Stellen des Baugeländes. Darüber hinaus wurden jedoch auch die Umrisse des Tales zur Schaffung von Wohnstätten und akademischen Gebäuden bis zu sechs Stockwerken genutzt. Diese Konturen gestatten außerdem die Anlage einer niedriggelegenen Zufahrtsstraße, die von Ost nach West durch das gesamte Gelände führt. Sie ermöglicht einen einfachen Zugang zu allen Gemeinschaftsgebäuden sowie zu den großen Parkflächen, Lagereinrichtungen und anderen Einrichtungen.
Die akademischen Gebäude sind in drei Kategorien gruppiert. Es sind dies zunächst die mehrgeschossigen Laboratorien mittlerer Größe, die Büroräume und kleinere Seminarräume, weiter Werkstätten und Laboratorien mit schweren Ausrüstungen und schließlich die großen Seminarräume und Vorlesungssäle.
Diese Gebäude sind so angeordnet, daß durch ihre Lage gleichzeitig Straßen und Innenhöfe geschaffen werden. Die Flächen können entweder längs der Fußwege oder im rechten Winkel zu den Fußwegen erweitert werden. Der erste Komplex wurde in einem durchlaufenden linearen Gebäude mit vertikalen technischen Ausrüstungen geschaffen. Die Installationen sind in Abständen von jeweils etwa 6,5 m zueinander untergebracht. Die Leitungen sind in den Decken verlegt. Die Laboratorien mit schweren Ausrüstungsgegenständen sowie die Werkstätten befinden sich auf erhöhten Flächen, und die Forschungsräume, bei denen eine besondere Gefahrenklasse zu berücksichtigen war, sind in Blöcken entlang der linearen Form angeordnet. Die dritte Kategorie wurde auf dem linearen Gebäude neben den vertikalen Zirkulationstürmen errichtet, die sich in regelmäßigen Abständen über das Gebäude erheben. Die großen erhöhten Flächen der Werkstätten und Laboratorien sind als Freiflächen gestaltet, so daß man das Dach gleichzeitig für natürliche Belüftung oder andere mechanische Einrichtungen nutzen kann. Die kleineren Räume haben im allgemeinen natürliche Beleuchtung durch Tageslicht und natürliche Belüftung. Für die größeren Räume sind Kunstlicht und künstliche Belüftung vorgesehen.
Uber das gesamte Gelände verteilen sich mehrere Restaurants mit eigenen Küchen. Sie werden von einem zentralen Depot beliefert, in dem die Nahrungsmittel gelagert und kochfertig zubereitet werden. Weitere Nachfolgeeinrichtungen sowie Verwaltungsgebäude erstrecken sich entlang des Fußgängernetzes. Darüber hinaus sind auch ein Erholungszentrum, eine Schwimmhalle sowie ein Sportplatz mit fester Fläche und ein Freilichttheater geplant. Die Sportflächen können am Tage gleichzeitig als Parkplätze dienen.

Universität Essex

Von Anfang an wurde davon ausgegangen, daß die Universität Essex in Colchester außerordentlich stark anwachsen wird. Der ursprüngliche Bauplan einer Arbeitsgemeinschaft ging von 6000 Studenten aus. Es wird jedoch damit gerech-



17



18



19



Universität Lancaster

17 Lageplan

18 Seminargebäude

19 Fußgängerbereich im Zentrum der Universität

Universität Surrey

20 Lageplan

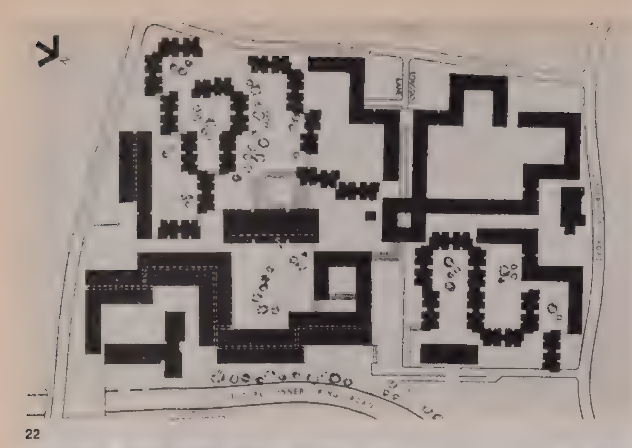
21 Gesamtansicht des 1. Bauabschnittes

20



21





22



23



24

Universität Bradford

22 Lageplan

23 Fakultät für Chemie

24 Chemisches Labor

net, daß die Gesamtzahl der Studenten bis zum Jahre 1980 oder noch früher auf 10 000 anwachsen wird. Deshalb wurde der gesamte Komplex als kleine Universitätsstadt mit konzentrierter Bebauungsform geplant. Bei dieser Konzentration wird ein großer Teil des Wivenhoe-Parks erhalten, der gleichzeitig das Baugelände für die erste Baustufe darstellt.

Die neue Universität wird im Tal dieses Parks errichtet. Ihre Umrisse erleichtern die Trennung des Fahrzeugverkehrs auf verschiedenen Ebenen und den Zugang mit Fahrzeugen zu den Gebäuden und darüber hinaus auch die Fußgängerbewegung. Das Flachland im östlichen Teil des Baugeländes wird für Sportflächen freigehalten.

Etwa 8 m über dem Tal führt eine zentrale Fußgängerstraße entlang. Sie hat die Form von fünf Quadraten, die später von Gebäuden umgeben und über breite Freitreppen erreichbar sein werden. Darunter verläuft eine Zubringerstraße zu den Erdgeschossen der Gebäude auf beiden Seiten. Oberhalb der Straße sind die Hauptversorgungsleitungen sowie die Kabel für die Gebäude an der Fußgängerstraße aufgehängt und leicht zugänglich.

Die wichtigsten Lehrgebäude sind in einer einheitlichen kontinuierlichen Konzeption untergebracht, die in Zickzackform das Tal hindurchführt. Diese Gebäude kreuzen die Wege an den Knotenpunkten der Quadrate. Spezialgebäude, unter anderem ein Großrestaurant und ein Vorlesungskomplex, liegen in der Nähe der Quadrate, und zwar zwischen den Ausläufern der Lehrgebäude.

Die Bibliothek nimmt eine dominierende Stellung an der Ecke des fünften Platzes ein sowie in der Nähe der neuen Seeuferpromenade. Die Nordseite des Sees ist für die Errichtung weiterer Gebäude freigehalten. Dort sollen Zentren für musikalische Veranstaltungen, für Theaterveranstaltungen sowie ein Fernsehzentrum und ein Klub mit einem Restaurant errichtet werden. Diese Bauten werden in der Nähe eines großen Parkplatzes errichtet, der in erster Linie für Besucher reserviert ist. Der erste zentrale Parkplatz wurde an der Südseite des Tales fertiggestellt.

Die Internatsstudenten sind in Wohnhochhäusern in der Nähe des Universitätszentrums untergebracht. Sämtliche anderen Gemeinschafts- und Erholungseinrichtungen, auch in Restaurants, sind in der Nähe der zentralen Hochstraße angeordnet und auf diese Weise mit den wichtigsten Lehrgebäuden koordiniert.

Bei der Unterbringung der Internatsstudenten experimentiert die Universität zur Zeit mit Wohngruppen von 13 bis 14 Räumen, einige davon als kombinierte Selbststudien-Wohnräume und andere als Selbststudienräume für Studenten, die außerhalb wohnen. Sämtliche Studenten, ganz gleich, ob sie im Universitätsgelände oder außerhalb leben, haben die gleichen Studien- und Gemeinschaftseinrichtungen zur Verfügung. Es gibt deshalb auch keine Institute oder Wohnhallen im traditionellen Sinne mit jeweils separaten Speisesälen bzw. Erholungseinrichtungen. Jede Wohngruppe hat ihre eigene Küche und ihren eigenen Speiseraum, wo die Studenten ihre Mahlzeiten selbst zubereiten und einnehmen können.

Im ersten Planungsstadium sind drei Universitätsgebäudetypen vorgesehen, und zwar erstens die Einrichtungen für Lehre, Forschung und gesellschaftliche Betätigung, zweitens Spezialgebäude und drittens die Wohnhochhäuser. Die wichtigsten akademischen Institute sind in einem einheitlichen Gebäude untergebracht, das von Fußgängerplätzen umgeben ist. Zwischen den einzelnen Instituten gibt es keine Abgrenzungen. Die einzelnen Institute können somit einander bereichsmäßig überschneiden oder ineinander hineinwachsen bzw. sich über das Zentrum des Tals zu weiteren Gebäuden hin erstrecken. Diese flexible Bauweise wurde absichtlich mit einer gewissen Anonymität gewählt und auch mit der Möglichkeit, eine weitere Erhöhung vorzunehmen, um von vornherein innere Umgruppierungen bzw. ein größeres Wachstum der Universität in der Zukunft zuzulassen.

Die als Fußgängerbereiche ausgelegten Plätze sind von Bogengängen umgeben und ermöglichen somit im gesamten Universitätszentrum eine allseitige Personenbewegung unter Dach. In diesen Bogengängen befinden sich Bars, Restaurants und Geschäfte.

Die Spezialgebäude sind endgültig für ihre jeweiligen feststehenden Funktionen ausgelegt. Sie umfassen die Bibliothek, den Vorlesungskomplex (projektiert von H. T. Cadbury-Brown und Partner) und ein Restaurant. Architektonisch sind sie unter Einsatz von Elementen der bildenden Kunst gestaltet und voneinander differenziert. Sie bilden somit einen Kontrast zu dem Hauptgebäude aus weißem Beton, das den Hintergrund darstellt.

Universität Warwick

Bei der Planung der Universität Warwick (Architekten Yorke, Rosenberg, Mardall u. a.) wurde davon ausgegangen, daß die Gesamtzahl der Studenten dieser Universität schließlich auf 15 000 oder sogar 20 000 anwachsen wird. Es sind drei voneinander getrennte Großzonen vorgesehen, eine Gruppe von Lehrgebäuden im Zentrum des gesamten Komplexes, eine Gruppe von Wohngebäuden für 1000 Studenten im Nordosten des Hauptgeländes und etwas weiter entfernt eine Gruppe für Lehre, gesellschaftliche Einrichtungen und Verwaltungsgebäude.

Zu den besonders hervorstechenden Bauten, die im ersten Baustadium errichtet wurden, gehören die Bibliothek und ein Wohnhaus. Es ist gleichzeitig für die Veranstaltung internationaler Konferenzen vorgesehen sowie für die Unterbringung prominenter akademischer Besucher.

Zur Wahrung einer gewissen Intimsphäre wurde es als notwendig erachtet, sämtliche Schlafräume im Erdgeschoß unterzubringen. Um alle erforderlichen Räume in den ersten zwei Stockwerken und ohne wesentliche Erweiterung der Grundfläche unterbringen zu können, wurden die oberen Stockwerke als Zwei-Personen-Ateliers projektiert. Die beiden Räume der Zwei-Zimmer-Wohnung liegen versetzt in zwei aufeinanderfolgenden Geschossen, wodurch eine optimale Raumnutzung möglich wird. Darüber hinaus ergibt sich die Möglichkeit einer großzügigeren Unterbringung von Einzelbesuchern oder verheirateten Studenten.

Die weiteren Wohngebäude befinden sich in viergeschossigen Häuserblöcken mit Selbststudien-Wohnräumen für insgesamt 442 Studenten. In diesen Blöcken befinden sich auch Wohnungen für akademische Mitarbeiter. Sie sind ebenfalls entsprechend der natürlichen Konturen des Baugeländes zweigeschossig versetzt. Der Komplex umfaßt auch die Wohnungen für die Mitarbeiter sowie einen Gemeinschaftsraum für 1200 Studenten.

Die Hauptbibliothek ist so angelegt, daß sie sowohl den gegenwärtigen als auch den künftigen Erfordernissen der Universität gerecht wird. In den ersten beiden Stadien werden die beiden Obergeschosse für Lehrzwecke genutzt. Sie können bei einem weiteren Anwachsen der Universität zu Bibliotheksräumen umgewandelt werden. Das Erdgeschoß umfaßt im wesentlichen die Arbeitsräume der Mitarbeiter, Lagerräume und Seminarräume. Die erste Etage umfaßt die wichtigsten Gemeinschaftsräume, die auf dieser Ebene von der Straße aus über eine Brücke erreichbar sind. Diese Straße trennt die Bibliothek von den wissenschaftlichen Gebäuden. Zum ersten Stockwerk gibt es einen Zugang über Treppen und Aufzüge für die oberen Geschosse der Bibliothek, die als Großflächen ausgelegt sind. Eine Ausnahme bilden natürlich die Flächen für die Treppenaufgänge, Aufzüge. Installationen usw.

Die Bücher werden in offenen Regalen an den Seiten der Leseräume untergebracht. Lediglich eine kleinere Anzahl von Spezialbüchern befindet sich unter Verschluß.

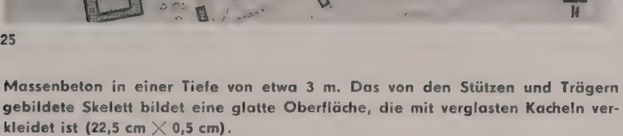
Das Skelett besteht aus Stahlbeton. Die Stützen in den Außenwänden sind mit Achsenabständen von jeweils 6,66 m angeordnet und tragen 1 m hohe Balken. Die Innenstützen sind ebenfalls Stahlbetonsäulen. Die Fußboden- und Dachplatten bestehen aus Fertigbetonteilen. Bei den Fundamenten handelt es sich um



25



26



Massenbeton in einer Tiefe von etwa 3 m. Das von den Stützen und Trägern gebildete Skelett bildet eine glatte Oberfläche, die mit verglasten Kacheln verkleidet ist (22,5 cm × 0,5 cm).

Universität Liverpool

Die gleichen Architekten projektierten auch das neue Gebäude für das Institut für Elektrotechnik und Elektronik an der Universität Liverpool, das in vieler Hinsicht eine bemerkenswerte Konstruktion darstellt. Dieses bereits vor einiger Zeit fertiggestellte Institutsprojekt gibt den Architekten ein sehr detailliertes räumliches Programm sowie hochentwickelte schematische Lagepläne für die Hauptflächen, die später nur noch geringfügig verändert zu werden brauchten. Die Tatsache, daß nur eine bestimmte Geldsumme für das Projekt zur Verfügung stand und daß das Institut anspruchsvolle Raumforderungen stellte, diktierte wesentliche Beschränkungen im Hinblick auf die Neben- und Zirkulationsflächen. Bei der Planung mußten vier gegeneinander abgegrenzte, aber doch zueinander in Beziehung stehende Tätigkeitsbereiche des Instituts berücksichtigt werden, nämlich die Unterbringung der Verwaltung und der Mitarbeiter, die Räume für die Lehre, die Räume für die Forschung sowie die technischen Räume.

Die ersten beiden Funktionen konnten in einem Block mit einem Eingangsfoyer, einer Versammlungshalle, Studienlaboratorien, einer Bibliothek, sowie Büroräumen für die Mitarbeiter und Verwaltungsangestellten untergebracht werden. Aus den spezifischen Anforderungen der Forschung ergaben sich einige besondere Erfordernisse. Es wurden Räume mit Höhen von 3,30 bis 10 m benötigt. In verschiedenen Laboratorien mußte mit starker Lärmentwicklung gerechnet werden. Andere Räume waren in der Nähe von Generatoren anzuordnen. Sämtliche Räume benötigten komplizierte und komplexe Formen der Stromversorgung. Diesen Erfordernissen wurde man durch die Konstruktion eines zweiten Blockes gerecht, der mit dem ersten Block zu ebener Erde und über eine Brücke auf der Höhe des zweiten Geschosses verbunden war. Es erfolgte eine Unterteilung in drei Einheiten, eine mit vier Geschossen, eine mit zwei Geschossen und eine im dritten Geschoß. Diese unterschiedlichen Raumhöhen ergaben sich in erster Linie durch die arbeitsmäßigen und funktionsmäßigen Beziehungen zwischen den höher gelegenen Laboratorien.

In der Nähe des elektronischen Gebäudes projektierte Yorke, Rosenberg, Mardall ein weiteres Gebäude zur Unterbringung der Computeranlage der Universität. In der Außenverkleidung der weißen Glaskeramikkacheln ähnelt es stark dem angrenzenden Gebäude. Dieser Werkstoff wird von den Architekten nicht nur wegen seines sauberen, attraktiven Aussehens bevorzugt, sondern auch wegen seiner Dauerhaftigkeit und leichten Wartung. Aus ökonomischen Gründen wurde für die Stahlbetonkonstruktion ein Raster mit kurzen Spannweiten gewählt. Die Feldabmessungen lagen bei etwa 5,30 m. Beim Grundriß der Büroräume und des technischen Raums im Erdgeschoß wirkten sich die Innenstützen nicht störend aus. In den Computerräumen wurde jedoch ohne Innenstützen gearbeitet. Es kamen vielmehr leichte Stahltragwerke für die Dachkonstruktion zum Einsatz, wobei ein Stahldachsystem eingebaut wurde. Die gesamte Grundfläche ist etwas größer als 8000 ft², wobei die Computerflächen ungefähr 3000 ft² einnehmen.

Die in diesem Beitrag enthaltenen Angaben umfassen natürlich nur einen Teil der neuen englischen Universitätsprojekte. Sie dürften jedoch einen recht repräsentativen Überblick vermitteln.



27



28

Universität Essex

25 Lageplan

26 Bibliothek, Lehrgebäude und Internate

Universität Warwick

27 Lageplan

28 Sozialgebäude

Universität Liverpool

29 Fakultät für Elektrotechnik und Elektronik

30 Verbindungsbrücken zwischen den Institutsbauten

29



30



Erlebte Umwelt

Beobachten wir nicht oft, wie sich das Leben über formal-ästhetische und perfektionistische Vorstellungen von der Architektur hinwegsetzt? Wir betonen deshalb mit Recht, daß im Mittelpunkt unserer Bestrebungen um eine sozialistische Architektur der Mensch steht. Folglich müssen wir uns intensiver mit der Frage auseinandersetzen, wie sich die Menschen ihre bauliche Umwelt — nicht nur als passiver Betrachter, sondern als praktischer Nutzer — aneignen.

Der folgende Beitrag, dem — wenn er das Interesse der Leser findet —, weitere folgen sollen, stellt einen Versuch dar, unsere Umwelt aus einer ungewohnten Optik kritisch zu betrachten und gleichzeitig Anregungen für künftige Konzeptionen zu geben. red.



Oben: An Schaukeln wurde nicht gedacht. Das vorhandene Spielgerät wird nur mittelbar genutzt, doch der Phantasie der Kinder ist eine Spielergänzung ermöglicht durch Mittel, die außerhalb der Spielplatzkonzeption lagen.

Unten: Eine Fläche zum Malen und Kreide lassen eine Spielwohnung entstehen: Der kleine Bruder sitzt brav im „Kinderzimmer". Die „Mutter" ist gerade dabei, die „Wohnung" einzurichten. Jede freie Fläche kann durch die Phantasie zum Spielplatz werden.





Kinderspiel und Kinderspielplatz (I)

Spielplatz und Spiel sind zwei entscheidende, die Persönlichkeit herausbildende Elemente für eine soziale Gruppe, die Kinder. Der Irrtum vieler herkömmlicher Vorstellungen besteht in der Annahme, daß da, wo ein Spielplatz ausgewiesen ist, auch automatisch ein vielfältiges schöpferisches Spiel möglich sei.

Die Fotografie kann auf eigenständige Weise Einsichten in die Prinzipien des Spiels und in dessen Abhängigkeit von den Spielmitteln gewinnen helfen.

Viele Vorschläge zur Gestaltung von Kinderspielgeräten und Kinderspielplätzen wurden bisher von der Deutschen Bauakademie in Zusammenarbeit mit Pädagogen und Medizinern gemacht. Die gebräuchlichen Ausstattungen sollen vor allem durch Kritzelwände, Spielnischen, Spielhäuschen, Fahrzeugveteranen, Material für improvisierte Spielgeräte und anderes ergänzt werden. Solche Spielgeräte sind bei Kindern sehr beliebt. Sie sind nach wie vor spielbildende Elemente und wirken somit bildend durch Spiel.

Die Fotos sollen aus der empirischen Beobachtung des Kinderspiels in Alt- und Neubaugebieten Anregungen für bessere Spielplatzkonzeptionen vermitteln. Entscheidend für die Entwurfshaltung der Gestalter sind die Einsichten, die Prinzipien des Spiels.

Es soll ein zweiter Beitrag zu diesem Thema folgen, in dem untersucht wird, wo auf neuen Kinderspielplätzen diese Erfahrungen berücksichtigt und die Spielabläufe in eine pädagogisch positive Richtung gelenkt wurden.

Rolf Xago Schröder, Peter Jentsch

Literatur:

(1) Kinderspielplatzgeräte, Typenkatalog, Berlin, Deutsche Bauinformation 1967, 84 Seiten

(2) Grundlagen für die Projektierung und Herstellung von Kinderspielgeräten, Bearbeiter: PGH der angewandten Künste „Kunst am Bau", Dresden 1965 (vervielfältigtes Manuskript)



Links: An der alten Fassade schufen Kinderhände eine lustige neue Stadt mit Wohnungen, Gärten, Blumen, Vögeln und Bäckerladen. Auch das neue Stadtzentrum findet mit einem gezeichneten Kaufhaus seine Widerspiegelung. Erfassung der Umwelt durch zeichnerische Darstellung ist häufig ein Bedürfnis, dem auf Spielplätzen selten Rechnung getragen wird.

Unten: Dieser Betonspielplatz bietet das wichtige, aber in diesem Falle einseitige Bewegungsspiel an. Das mit Material arbeitende Spiel fällt aus. Und für ein Bewegungsspiel sind hier Gefahrenquellen gegeben.





Links: Das schöpferische Spiel findet hier auf einer trennenden Wand statt, die zwischen Erwachsenenerholung und Kinderspielplatz steht. Abgetreppt und an den Seiten glatt würde die Wand noch mehr Spielmöglichkeiten anbieten (Klettern, Malen, Ballspielen).

Unten: Die Straße ist natürlich kein Platz für Autowracks, aber Fahrzeugveteranen lassen vielfältiges Spiel zu: Wohnung, Schiff, Flugzeug, Verhalten im Fahrzeug selbst und im Verkehr, aber auch Umgang mit Material und Erfassen vielfältiger Elemente. Gefährliche Gegenstände sollten entfernt werden.





Architektenporträt

Gerhard Guder



1

In den Sitzungen des Präsidiums unseres Architektenverbandes ist er so etwas wie das Salz in der Suppe. Wenn er anfängt, etwas unruhiger an seiner Brasil zu ziehen, dann kann man schon auf einen gepfefferten Diskussionsbeitrag warten. Gerhard Guder ist bekannt dafür, daß er kein Blatt vor den Mund nimmt.

Aber hinter seinen mit Witz gewürzten Argumenten, die meist ins Schwarze treffen, steht mehr als nur Worte: reiche Erfahrungen, anerkanntes Können, verbunden mit einer schöpferischen Unduldsamkeit und einem parteilich fundierten Standpunkt.

Der aus einer Arbeiterfamilie stammende heute 44jährige Chefarchitekt des Cottbuser Wohnungsbaukombinates kann von sich aus sagen, das Bauen von der Pike an gelernt zu haben. Lehre als Maurer, Studium, Arbeit als Bauleiter im Industriebau, Arbeit in einem Architekturbüro und 1947 wieder Studium mit Abschluß als Ingenieur-Architekt waren die ersten schwierigen Schritte auf diesem Weg.

Die demokratische Bodenreform stellte den jungen, zunächst freiberuflich arbeitenden Architekten gleich vor solche Aufgaben, die nicht im „Neufert" standen, wie die Umwandlung von alten Rittergütern in Neubauernhöfe. Dazu kamen der Umbau eines Dresdener Hotels und die Rekonstruktion von Betrieben der Konsumgenossenschaft.

Dann aber, unmittelbar nach der Gründung der DDR, begann der Wiederaufbau des zerstörten Zentrums von Dresden. Gerhard Guder, der schnell begriffen hatte, daß dies nur eine Aufgabe von großen Kollektiven sein konnte, wurde Mitarbeiter des volkseigenen Entwurfsbüros für Hochbau. Hier war er als Architekt, Kollektivleiter und später als stellvertretender Chefarchitekt maßgeblich am Aufbau Dresdens, unter anderem an der Projektierung der Westseite des Altmarktes und des Ringes, beteiligt. Als Autor gestaltete er das wiederaufgebaute „Italienische Dörfchen" am Elbufer und den Gaststättenkomplex „Gastronom" am Postplatz. Dazu kamen Projekte für Schulen, ein Kinderheim, der Innenausbau zahlreicher Läden und der Umbau des ehemaligen Lingner-Schlosses zum „Dresdener Klub".

1958 wurde Gerhard Guder dann Chefarchitekt im damaligen VEB Cottbusprojekt. Natürlich hat er hier in erster Linie anleitende Aufgaben. Aber er meint, ein Chefarchitekt darf kein „Manager" werden und sollte immer wieder auch selbst an einem Projekt arbeiten. Er ist übrigens gegen eine „Verspezialisierung" des Architektenberufs und meint, die Universalität der Fähigkeiten des Architekten vom Detail der Innenraumgestaltung bis zum Städtebau, von der künstlerischen Gestaltung bis zur Ökonomie müßte erhalten bleiben.

Dieser Ansicht ist er treu geblieben. Neben seiner Arbeit an generellen Problemen war er Autor vieler ausgezeichneter Projekte. Dazu gehören zum Beispiel 5-, 10- und 14geschossige Wohnungsbauten, die an vielen Standorten im Bezirk Cottbus gebaut wurden, Studien für das Zentrum von Hoyerswerda, sowie in eigener Verantwortung durchgeführte Projekte für das Forschungsinstitut von Prof. Dr. Manfred von Ardenne, für Kulturhäuser und ein Nachtkabarett, um nur die wichtigsten zu nennen.

Dazu kommen noch ein halbes Dutzend Wettbewerbserfolge. Seine hervorragende Arbeit fand mit der Verleihung des Kunstpreises des Rates des Bezirkes, des Carl-Blechen-Preises 1. Klasse und der Johannes-R.-Becher-Medaille in Silber mehrfache Anerkennung.

Die Krönung seines bisherigen Schaffens dürfte aber zweifellos seine schöpferische Leistung bei der Neugestaltung des auf so wundervolle Weise Altes und Neues verbindenden Stadtzentrums von Cottbus sein, eine Leistung, die weit über die Grenzen der Stadt hinaus Beachtung findet und verdient.

Gerade bei der Realisierung dieses umfangreichen städtebaulichen Vorhabens kamen drei charakteristische und für einen Architekten wichtige Eigenschaften Gerhard Guders zur Geltung: Seine Aktivität, Verantwortungsfreudigkeit und das Bestreben, sich immer der Öffentlichkeit zu stellen. Gerhard Guder wartet nicht auf Anstöße. Er entwickelt eigene Aktivität (schließlich wurde er nicht umsonst fünfmal als Aktivist ausgezeichnet) und nimmt dabei auch mal ein Risiko in Kauf.

Er sucht selbst eine enge Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Auftraggebern. Er tritt in Versammlungen vor den Bürgern der Stadt, die ihn schon zum zweiten Male als Abgeordneten wählten, auf. Er spricht vor Schülern. Er hat Kontakt zu den Künstlern und Geistesschaffenden der Stadt und ist Vorsitzender des Klubs der Intelligenz in Cottbus. Und schließlich ist er einer der aktivsten BdA-Mitglieder, seit Jahren schon Vorsitzender der Bezirksgruppe, Mitglied des Bundesvorstandes und des Präsidiums. Genosse und Architekt zu sein, politisch aktiv und fachlich schöpferisch zu wirken, ist für ihn eine Einheit ebenso wie er meint: „Architekt ist man nicht nur in der Arbeitszeit. Architekt ist man immer!"

In den letzten Monaten arbeitete er zusammen mit Kollegen an Vorschlägen für die Umgestaltung der Spremberger Straße in Cottbus in einen attraktiven Fußgängerbereich. Dabei sieht man nicht auf die Uhr. Für Mußestunden mit Schallplatten und einem guten Buch bleibt dann oft wenig Zeit.

Was er sich wünscht? Mehr Zeit für prognostische Arbeiten. Denn wenn man als Architekt die Forderungen des Tages richtig erfüllen will, muß man einfach weiter sehen und sich an neuen Denkhorizonten orientieren.



2

1 Punktwohnhaus in Cottbus (1967) von Gerhard Guder und Werner Fichte entworfen

2 Gerhard Guder erläutert das unter seiner Leitung entworfene Projekt für das Zentrum von Cottbus einer Delegation mit dem Mitglied des Staatsrates Prof. Rodenberg (1969).

3 Tee- und Tanzraum im „Dresdener Klub" (1954)

4 Blick auf das neu errichtete Stadtzentrum von Cottbus



3

4





Aus der Diskussion auf dem 6. Bundeskongreß

Zur Praxiswirksamkeit der Forschung im Städtebau

Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert,
Vizepräsident der Deutschen Bauakademie

Die Deutsche Bauakademie versucht ständig auf der Grundlage der weitreichenden Beschlüsse unserer Partei auf wichtige Fragen, die das Leben, die unsere sozialistische Entwicklung aufwirft, eine wissenschaftliche Antwort zu geben. Ein solches Herangehen hilft der Praxis und bringt die Wissenschaft voran. So konnten auf verschiedenen Gebieten des Bauwesens und des Städtebaues wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen gewonnen werden. Hierzu gehören die Entwicklung des Metalleichtbaues, die Prognosearbeit, die Konzipierung des Einheitssystems Bau und die Entwicklung neuer konstruktiver Systeme. Hierzu gehört aber auch eine Reihe von Arbeiten im Bereich des Städtebaues sowie des Wohn- und Gesellschaftsbaues. Unumstritten wurden auch in diesen Bereichen der Forschung in den vergangenen Jahren beachtliche Fortschritte erreicht. Die wachsenden Anforderungen, das Tempo unserer Entwicklung zwingen uns jedoch, das Erreichte immer wieder in Frage zu stellen und neu zu durchdenken.

Eine wesentliche Schlußfolgerung aus den letzten Jahren ist, daß der Erfolg unserer Arbeit davon abhängt, wie es uns gelingt, die bei der Gestaltung der Stadtzentren, bei der Ausarbeitung der Generalbebauungspläne, bei der Herausbildung von neuen Vorstellungen für die Wohnumwelt und bei vielen anderen Forschungsarbeiten entstandene kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Auftraggebern, mit den Städtebauern, Architekten und Ingenieuren aus den Büros und Kombinaten, mit den bildenden Künstlern, sowie mit den Fachleuten und Wissenschaftlern anderer Bereiche und Disziplinen zu vertiefen.

Von dieser Schlußfolgerung gingen wir auch bei der Vorbereitung des Großforschungsvorhabens zur sozialistischen Umgestaltung der Städte und beim Aufbau des im Januar gegründeten Forschungsverbandes „Städtebau", dem 14 Institutionen aus Forschung und Praxis angehören, aus. So haben hier neben Vertretern anderer wissenschaftlicher Institute und des Ministeriums für Bauwesen eine große Zahl von Kollegen aus der städtebaulichen Praxis am Forschungsprogramm mitgewirkt.

Für uns alle, die wir uns mit Fragen des Städtebaues befassen, hat die Prognose eine besondere Bedeutung und Faszination. Die Feststellung, daß uns unsere Bauwerke in der Regel überleben, ist heute nicht mehr besonders originell, aber immer noch zutreffend. In der Prognose suchen wir Leitbilder, wollen wir wissen, wie es weiter geht.

Allein durch die Nutzung der Möglichkeiten, die unsere Gesellschaft uns auch für die interdisziplinäre Zusammenarbeit gibt, war es im vergangenen Jahr möglich, kurzfristig eine erste Prognose für die Entwicklung des Städtebaus auszuarbeiten. Ausgehend von den Erkenntnissen anderer wichtiger Bereiche der Wissenschaft wurden die Konsequenzen für den Städtebau aus der gesellschaftspolitischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung abgeleitet. Vielfältige gesellschaftliche und individuelle Bedürfnisse, die sich mit der sozialistischen Lebensweise herausbilden, waren zu beachten. Ideenkonferenzen, die durch schriftliche und filmische Informationen vorbereitet wurden, Expertenbefragungen, statistische Erhebungen und andere Mittel halfen uns, neue Ideen, Vorstellungen und Varianten für mögliche Entwicklungen in gesellschaftlichen Bereichen und im Städtebau zu erkunden. Der Einbeziehung von Gesellschaftswissenschaftlern, von Ärzten und Pädagogen und dem Mitwirken von Experten der Kommunalwirtschaft, des Verkehrs, des Handels und des Sports, selbstverständlich aber auch dem Mitwirken vieler Architekten, vor allem in den entsprechenden Sektionen des Plenums der Akademie ist es dabei zu verdanken, daß die vorliegende Prognose die vielseitigen Fragen in ihrer Wechselbeziehung behandelt. Um die ersten Überlegungen aus der Prognose – vor allem auch im Hinblick ihrer Aktualität – jetzt durch systematische Forschungsarbeit zu vertiefen, haben die Präsidien der Deutschen Bauakademie und der Deutschen Akademie der Wissenschaften eine Problemdiskussion zwischen führenden Wissenschaftlern beider Akademien vereinbart.

Durch die Prognosearbeit sind die Wissenschaftler der verschiedenen Bereiche näher zueinander gerückt. Wir haben eine gemeinsame Sprache gefunden: Die Zusammenarbeit hat Freude gemacht. Auch dies ist nicht zu unterschätzen. So konnte die unproduktive Polemik „tut ihr erst was, dann können wir darauf aufbauen" abgebaut werden. Gleichzeitig erkannten die Wissenschaftler der anderen Bereiche die Notwendigkeit, ihrerseits die benötigten Grundlagen für den Städtebau zu erarbeiten.

Bei der Arbeit an der Prognose ist besonders hervorzuheben, daß wir sehr viele neue Erkenntnisse der guten langjährigen Zusammenarbeit mit der UdSSR verdanken, die auf diesem Gebiet einen großen Vorlauf hat.

Ähnlich wie an die Prognose sind wir auch an die Ausarbeitung des „Arbeitsmaterials zur Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur" herangegangen. Auch dieses Material ist eine Grundlage, auf der aufbauend intensiv geforscht werden muß, um die inhaltlichen Aussagen zu vertiefen, zu präzisieren und, wenn notwendig, auch zu korrigieren. In den Diskussionen, die wir als Autoren mit vielen Fachkollegen führten, hat sich gezeigt, daß das „Arbeitsmaterial" eine wichtige Hilfe für die Praxis ist. Gleichzeitig wurde sichtbar, wie zweckmäßig es für Forschung und Praxis ist, möglichst viele Kollegen in die weitere Bearbeitung der aufgeworfenen Probleme einzubeziehen. Deshalb begrüßen wir es, daß in den Materialien des Bundes zur Vorbereitung dieses Kongresses die Architekten aufgerufen wurden, aktiv mitzuarbeiten. Hier erwachsen auch unserer eigenen Betriebsgruppe des Bundes große Aufgaben. Auf Grund der Hinweise wird das Material nach dem BdA-Kongreß kurzfristig überarbeitet.

Schwerpunkt der Forschung und somit der Gemeinschaftsarbeit in der nächsten Zeit ist vor allem, die notwendigen Grundlagen für die Objektivierung der Stadtplanung und für die Verbesserung der Gestaltung der Arbeits- und Lebensumwelt zu schaffen. Hierzu gehören Überlegungen, wie wir bei effektivstem Einsatz der Investitionsmittel, bei voller Ausschöpfung der Möglichkeiten der fünfgeschossigen Bebauung, und bei Nutzung solcher Möglichkeiten wie Kombination, landschaftlichen Gegebenheiten, der Einbeziehung der bildenden Kunst, Wohngebiete gestalten, die den vielseitigen Anforderungen unserer Menschen entsprechen. Hierzu gehören auch Überlegungen, wie vorhandene Industriegebiete zur Steigerung der Leistung unserer Volkswirtschaft und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen rationalisiert werden können. Ein gutes Beispiel hierfür sind die unter reger Anteilnahme des Oberbürgermeisters von Berlin, Genossen Fechner, vom Institut für Industriebau ausgearbeiteten Varianten für die Umgestaltung von Berlin-Oberschöneweide.

Eine äußerst dringliche Aufgabe ist die Arbeit an den Generalbebauungsplänen. Vom Institut für Städtebau und Architektur wurden dazu vielfältige wissenschaftliche Grundlagen zur Verfügung gestellt. Alle diese Ergebnisse haben Eingang in die Praxis gefunden. Heute stehen wir jedoch vor neuen Aufgaben.

Es gilt, die Generalbebauungsplanung als integrierten Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen Planung und Prognose für die Bezirke und Städte weiterzuentwickeln. Lösungswege, die in Übereinstimmung mit der Entwicklung des Bauwesens und anderer Zweige der Volkswirtschaft stehen und sich durch hohe Effektivität und schnelle Praxiswirksamkeit auszeichnen, werden benötigt. Die Forschung hat hierfür Verfahren, Modelle und Methoden zu erarbeiten. Es geht um die Lösung der Probleme der Ökonomie der Stadt. Bislang haben wir auf diesem Gebiet eine Zersplitterung der Kräfte auf Einzelaufgaben zu verzeichnen. Es entstanden viele Modelle und Verfahren zur Lösung von Teilproblemen. Es konnten daher auch nur Teileffekte erzielt werden, weil die zur Anwendung kommenden Verfahren und Modelle voneinander isoliert erarbeitet wurden und von keiner einheitlichen Zielstellung ausgingen.

Mit dem Aufbau des Forschungsverbandes „Städtebau" haben wir auch auf dem Gebiet der Generalbebauungsplanung einen neuen Weg konzipiert. So ist die Ausarbeitung eines Modellsystems vorgesehen, dessen Teile sich wie Bausteine verbinden lassen. Dabei sind die territorialen Bedingungen zu berücksichtigen und die rationelle Ausnutzung der vorhandenen Grundfonds zu gewährleisten.

Den Aufbau des Modellsystems sehen wir stufenweise vor. So beabsichtigen wir – auf der Grundlage einer Gesamtkonzeption anfangs die vorhandenen bzw. in der Arbeit befindlichen Modelle zu verknüpfen und komplex im Rahmen des Forschungsprojektes zu erproben. Wir denken an solche Modelle, wie zur Ermittlung der günstigsten Erreichbarkeit von städtischen Flächen, zur Optimierung von Wohnungsbaustandorten, zur Optimierung des Konzentrationsprozesses im Siedlungssystem.

Modelle sind bekanntlich in hohem Maße von der Bereitstellung von Kennziffern und Daten abhängig. Deshalb sind Kennziffersysteme für städtebauliche Qualitäts- und Quantitätsparameter und Aufwandsparameter als Instrumentarium, mit dessen Hilfe wir für unsere Planungen eine größere Sicherheit bekommen, auszuarbeiten und die wissenschaftlichen Grundlagen für den Aufbau territorialer Datenbanken zu schaffen.

Wir alle wissen, wie schwierig es ist, die Probleme der Ökonomie der Stadt zu erfassen. Hierbei spielt auch eine Rolle, daß die Einheit von Nutzung, Errichtung und Erhaltung noch zu wenig berücksichtigt wird. Das gleiche gilt für die proportionale Entwicklung der Territorien bei der Volkswirtschaftsplanung nach Zweigen. Auch die internationalen Erfahrungen zeigen, daß man hier erst am Anfang steht und daß man an die Lösung dieser Aufgabe nur stufenweise herangehen kann und sich vor überbetontem Perfektionismus hüten muß. Von vornherein sollte auch klar sein, daß alle in Frage kommenden neuen Mittel und Möglichkeiten uns zwar wesentlich helfen, uns aber nicht davon befreien, ausgehend von der Gesamtheit der Probleme, Entscheidungen zu treffen, denn Städtebau ist und bleibt bei weitem nicht nur eine ökonomische Auf-

gabe, sondern auch eine höchst wirksame gesellschaftspolitische und künstlerische Tätigkeit.

Für die Inangriffnahme der dargelegten Aufgaben haben wir gute Mitstreiter in den Büros für Städtebau gefunden, insbesondere in Berlin, Halle, Karl-Marx-Stadt, Erfurt, Rostock, im ZOD und in den Hochschulen für Bauwesen.

Ein Grundprinzip unserer Akademie ist, die Aufgaben vorrangig zu bearbeiten, an deren Lösung die Praxis zuerst interessiert ist. Dies trifft nach dem 14. Plenum insbesondere für alle Fragen zu, die im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau stehen. Darum wurde im Rahmen der Bauakademie ein selbständiges Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau gebildet. Es hat unter Nutzung der Erkenntnisse der sozialistischen Wissenschaftsorganisation die in den Wohnungsbaukombinaten und in der Akademie vorhandenen wissenschaftlichen Kräfte auf die Lösung der wichtigsten Aufgaben zu konzentrieren. Hierzu gehören die Rationalisierung und Vervollkommnung der bestehenden Produktionsverfahren. Besondere Aufmerksamkeit wird den Ausbauverfahren sowie der Modernisierung und Instandhaltung der Bausubstanz gewidmet. Gleichzeitig hat dieses Institut die Aufgabe, den wissenschaftlichen Vorlauf für die schrittweise Einführung neuer Funktionslösungen im komplexen Wohnungsbau zu schaffen.

Auch im Bereich des Städtebaus ist die Forschung bestrebt, für den Wohnungsbau in Zusammenarbeit mit der Praxis Lösungen auszuarbeiten, bei denen mit möglichst geringem ökonomischem Aufwand ein Optimum an gesellschaftlicher Effektivität erreicht wird. Diesem Ziel dient unter anderem auch die unter unmittelbarer Teilnahme der Bezirksleitung, des Rates des Bezirkes und der Stadt durchgeführte Gemeinschaftsarbeit zur Gestaltung des Markersdorfer-Helbersdorfer Hanges in Karl-Marx-Stadt. (s. a. deutsche architektur, H. 5/1971, S. 260 und 261)

Wesentlich ist, daß nicht nur neue Gedanken für die Bebauung entwickelt wurden, sondern sich auch neue Methoden und Verhaltensweisen beim Herangehen und bei der Zusammenarbeit mit dem gesellschaftlichen Auftraggeber herausbildeten. So wurden in der ersten Phase der Zusammenarbeit keine Bebauungspläne, sondern Varianten für Grundsatzentscheidungen vorgelegt. Im Ergebnis dieser Überlegungen wurde ein Fragenkatalog erarbeitet, der den verantwortlichen Volksvertretern und Räten vor der eigentlichen Fixierung des städtebaulichen Entwurfs Entscheidungsmöglichkeiten schaffte, die für die gesamte räumliche Organisation des gesellschaftlichen Lebens von großer Bedeutung sind. Hierbei wurden Fragen aufgeworfen, in denen der gesellschaftliche Auftraggeber über große Erfahrungen und Sachkenntnis verfügt. Das betrifft die Kompaktheit der Schulen ebenso wie die der Handelseinrichtungen, die Mehrzwecknutzung verschiedener gesellschaftlicher Einrichtungen, die Verkehrslösungen, aber auch die Herausbildung von Wohn- und Interessengemeinschaften und ihre räumliche Stimulierung und ähnliche Probleme. Diese Methode vertieft die Zusammenarbeit zwischen gesellschaftlichem Auftraggeber und Architekten, sie stärkt auf der Grundlage sozialistischer Demokratie die Autorität jedes Partners im Kollektiv. Wir haben die in Karl-Marx-Stadt gesammelten Erfahrungen zusammengefaßt.

Wir messen dem Mitwirken an solchen oder ähnlichen Beispielen, wie in Karl-Marx-Stadt, in Berlin am Fennpfuhl, in Greifswald, in Schwedt und andererorts große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Architektur und der Vertiefung unserer wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeit zu. Gleichzeitig wird im Institut an der Weiterentwicklung einer Reihe von Grundsatzfragen zur Gestaltung der sozialistischen Wohnumwelt gearbeitet. Hierzu gehören die optimale Gestaltung der räumlichen und funktionellen Beziehungen zwischen Arbeits- und Wohnstätten, die Freiflächengestaltung für Spiel, Sport und Erholung, die Gewährleistung günstiger hygienischer Bedingungen, komplexe Funktionslösungen für gesellschaftliche Einrichtungen sowie selbstverständlich Untersuchungen zu Fragen der Wirtschaftlichkeit einzelner Bebauungsformen. Alle diese Arbeiten berücksichtigen sowohl die Bebauung neuer Gebiete als auch die Umgestaltung vorhandener.

Zur Entwicklung des Wohnungsbaus

Dr.-Ing. Kurt Lembcke,
Zentrale Fachgruppe Wohn- und Gesellschaftsbauten

Die zentrale Fachgruppe Wohn- und Gesellschaftsbauten des BdA verfolgt seit ihrer Fachtagung im November 1968 in Eisenhüttenstadt aufmerksam die Entwicklung des neuen „Wohnungsbausystems 70". An seiner Ausarbeitung haben Kollegen der Fachgruppe maßgeblich mitgewirkt. Die Arbeitsergebnisse standen in der Leitung der Zentralen Fachgruppe mehrmals zur Diskussion.

In Vorbereitung des Bundeskongresses wurden Stellungnahmen von den Bezirksgruppen des BdA und von Mitgliedern der Fachgruppe abgegeben, auf die sich dieser Diskussionsbeitrag stützt.

Welchen Standpunkt bezieht die Zentrale Fachgruppe zu den bisher erarbeiteten Vorbereitungsunterlagen des „Wohnungsbausystems 70"?

Wir sind einstimmig der Meinung, daß es durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Architekten der Wohnungsbaukombinate — darunter insbesondere des WBK Halle —, der Deutschen Bauakademie und anderer Institutionen mit den anderen Fachkräften von Projektierung und Technologie gelang, ein System für den Wohnungsbau zu konzipieren, das den Erfordernissen des Städtebaus und der Architektur in den siebziger Jahren entspricht und das die notwendige Grundlage zur Weiterentwicklung von Konstruktion, Technologie und Ökonomie im Großtafelbau gibt. Wesentliche Vorteile sind:

- die Abkehr von der starren Block- und Segmenttypisierung und der Aufbau eines Stufensystems der Standardisierung nach Bauelementen, Baugruppen, Gebäudeteilen und kompletten Bauwerken als die Grundvoraussetzung einer rationellen Projektierung, die einen lebendigen und abwechslungsreichen Städtebau ermöglicht,
- die Möglichkeit, unterschiedliche Wohnungsverteilerschlüssel und verschiedene Wohnungsgrößen zu realisieren, wobei auch künftige, erhöhte Wohnbedürfnisse schrittweise berücksichtigt werden können,
- die Verwendung verschiedenartiger Erschließungsarten wie Sektionsgrundrisse, Verteilerganghäuser, Mittelganghäuser und Vielspänner,
- die vielseitige städtebauliche Anpaßbarkeit durch konische Gebäudesegmente, Eck- und Giebellösungen und unterschiedliche Gebäudehöhen von fünf bis 15 Geschossen,
- die Schaffung von Voraussetzungen für variable Wohnungen und
- die Kombination des Wohnungsbaus mit den gesellschaftlichen Einrichtungen.

Auf konstruktivem und technologischem Gebiet zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Wohnungsbaukombinaten halten wir für vorteilhaft:

- die Fertigung aller Hauptelemente auf Grundformen, die maximale Elementebemessungen für Innen- und Außenwände und Deckenteile von 6 m × 3 m zulassen,
- die Erhöhung der Laststufe auf 6,3 Mp mit einem durchschnittlichen Elementegewicht von 4 bis 5 Mp,
- die vorzugsweise Anwendung des 6-m-Rasters in Gebäudelängs- und Querrichtung,
- die Reduzierung des Elementesortiments bei hoher Austauschbarkeit und vielseitiger Verwendung des Hauptsortiments für unterschiedliche Gebäudevarianten,
- die Anwendung einheitlicher konstruktiver Verbindungen sowohl beim mehr- und vielgeschossigen Wohnungsbau als auch beim Wohnhochhausbau bis zu 15 Geschossen, wobei die Erweiterung des Hochhausbaus bis zu 25 Geschossen bei Beibehaltung der äußeren Geometrie der Elemente ebenfalls möglich ist,
- die Anwendung einheitlicher Ausbaulösungen für Bäder, Küchennaßstrecken, Fußböden, Elektro- und Heizungsinstallationen trotz der Verschiedenartigkeit der Wohnungen.

Somit wird also ein weitgehend offenes System in der Gestaltung, in der Wohnfunktion und in der städtebaulichen Anpaßbarkeit bei Einhaltung eines geschlossenen Konstruktionssystems verwirklicht, wie es der Zielstellung des Einheitssystems Bau entspricht. Zusammenfassend ist festzustellen, daß wir die Konzeption des „WBS 70" eindeutig befürworten. Die weitere Vorbereitung der Produktion des „WBS 70" nach Fertigstellung der umfangreichen Aufgabenstellung müssen wir jedoch sehr kritisch beurteilen.

Leider ist zu vermerken, daß sich die positiven Leistungen, die die Architekten in Zusammenarbeit mit allen anderen Fachdisziplinen der Projektierung und Technologie mit der Konzipierung des neuen Wohnungsbausytems erreichten, bei der weiteren Vorbereitung der Produktion in den letzten Monaten nicht fortsetzten. Das liegt insbesondere daran, daß seit Vorliegen der Vorbereitungsunterlagen eine straffe zentrale Lenkung und Koordinierung der mitarbeitenden Wohnungsbaukombinate fehlte. Obwohl die Projektanten für die Standardisierung der Konstruktionen, Elemente, Roh-, und Ausbaudetails und für den gesamten Aufbau des Systems entsprechende Lösungen vorschlugen, gab es keine exakten Festlegungen zum Gesamtsystem.

Das Institut für Wohn- und Gesellschaftsbauten der Deutschen Bauakademie, in deren Händen nunmehr der gesamte Forschungskomplex liegt, muß künftig zusammen mit dem Ministerium für Bauwesen wesentlich wirksamer werden und entscheidungsfreudiger arbeiten, da sonst die einheitliche technische Politik im Wohnungsbau der DDR durch bezirkliche Einzellösungen behindert wird. Letzteres hätte außer der mangelnden Austauschbarkeit von Bauelementen und Projekten auch zur Folge, daß für die Zulieferindustrie des Wohnungsbaus, also auch für den Maschinenbau, keine einheitlichen Produktionsgrundlagen geschaffen und somit die Möglichkeiten sozialistischer Produktion nicht effektiv genutzt würden. Das Gegenteil muß aber mit der konsequenten Durchsetzung des Einheitssystems Bau im Zusammenhang mit der Einführung des „WBS 70" erreicht werden.

Kritische Bemerkungen müssen wir ebenfalls zur Anwendung des Systems automatisierter Projektierung bei der neuen Wohnungsbauentwicklung machen. Auf dem Gebiet haben wir einen beträchtlichen Zeitverlust in der Einführung zu verzeichnen, so daß nunmehr die Gefahr besteht, daß aus Zeit- und Kapazitätsgründen die starre und einen sinnvollen Städtebau behindernde Blockprojektierung auch wieder beim „WBS 70" angewandt wird. Außerdem bestehen in den Kombinaten unterschiedliche Auffassungen über die notwendige Systematisierung katalogmäßig und EDV-gerecht vorbereiteter Projektunterlagen. Auch hier fehlt die straffe zentrale Koordinierung.

Die Wohnungsbaukombinate der Bezirke Neubrandenburg, Schwerin, Potsdam und Magdeburg haben inzwischen begonnen, die Bearbeitung eines ersten Projektangebotes des fünfgeschossigen Wohnungsbaus einzuleiten. Dabei erwarten wir den Anschluß der anderen Wohnungsbaukombinate an diese Entwicklung unter Federführung des Instituts für Wohn- und Gesellschaftsbauten.

In den letzten Tagen konnte ich an Beratungen des Ministeriums für Bauwesen, des Instituts für Wohn- und Gesellschaftsbauten und des WBK Neubrandenburg teilnehmen. Nach den Ergebnissen dieser Beratungen ist einzuschätzen, daß sich nunmehr eine positive Veränderung in der Führungstätigkeit zur Entwicklung des „WBS 70" abzuzeichnen beginnt.

Die Arbeit am „WBS 70" stellt auch Fragen, die im Gesamtbereich des Wohnungsbaus auf der Tagesordnung stehen und geklärt werden müssen. Als Zentrale Fachgruppe halten wir es für notwendig, diese Probleme hier ebenfalls anzusprechen und unsere Meinung darzulegen.

1. Die Kostensätze für die Varianten des „WBS 70" können noch nicht eindeutig nachgewiesen werden. Bei der jetzt üblichen Preisgestaltung im Maschinenbau und im Bauwesen halten wir es jedoch für unwahrscheinlich, durchschnittliche Kostensätze im Wohnungsbau unter 92 Prozent zu erreichen. Genauere Aussagen können nur die Selbstkostenkalkulationen für die ersten Anwendungsprojekte geben, bei denen auf alle Fälle fondsbezogene Preise zur Anwendung kommen sollten, um das Wertgesetz auch in der Wohnungsproduktion wirksam werden zu lassen.

2. Die Preise des Maschinenbaus und der Plattenwerksinvestitionen sind zu hoch, garantieren keine günstige Amortisation und stellen auch die Einführung des „WBS 70" vielfach in Frage, da die Kombinate durch Eigenerwirtschaftung diese Investitionen nur schwer aufbringen können.

3. Im Interesse der Energieeinsparung, die eine bedeutsame volkswirtschaftliche Aufgabe ist, macht sich ein optimaler Wärmeschutz der Außenwände erforderlich. Die staatlichen Normative lassen jedoch die dazu notwendigen Qualitäts- und Preiserhöhungen pro WE nicht zu, obwohl nachweisbar diese Mehraufwendungen sich innerhalb von fünf bis sieben Jahren wieder auszahlen würden. Gleiches gilt für ein entsprechendes Heizsystem mit Meß- und Regeleinrichtungen in den Wohnungen.

4. Die Einhaltung von durchschnittlich 56 m² pro WE, die Einhaltung des TGL-Entwurfs 9552 und des vorgegebenen durchschnittlichen Wohnungsverteilerschlüssels können bei gleichzeitiger Einhaltung der staatlichen Normative noch nicht garantiert werden.

5. Damit wird gleichzeitig die Frage unserer TGL-Standards aufgeworfen. Unsere Standards wirken zum Teil wie ein Dogma, das ein wirtschaftliches Bauen behindert. Eine Klärung über die sinnvolle Anwendung – insbesondere der TGL-Entwürfe – ist notwendig.

6. In der Planung und im Kennzahlensystem unseres Wohnungsbaus wird die Kennzahl WE überbewertet und die Kennzahl Einwohner als eigentliche Kapazitätseinheit zu wenig berücksichtigt. Letztlich geht es doch darum, für wieviel Menschen wir Wohnraum schaffen und nicht allein wieviel Wohnungen.

7. Hinsichtlich des Lärmschutzes werden an vielen Standorten Fenster mit erhöhten bauphysikalischen Anforderungen notwendig. Das erfordert höheren Investitionsaufwand. Diese Forderungen sind nur teilweise berechtigt, doch ungeklärt ist in allen Positionen, wer die Kosten trägt.

Zusätzlich zu diesen offenen Problemen gibt es in den Bezirken unterschiedliche Auffassungen zur weiteren Entwicklung des Wohnungsbaus.

Es werden insbesondere zwei Hauptfragen gestellt:

■ Wann können wir das „WBS 70" einführen?

■ Wie können wir die vorhandenen Vorfertigungsstätten, insbesondere die Plattenwerke des Typs P 2, für die Produktion des „WBS 70" nutzen?

Als zentrale Fachgruppe des BdA vertreten wir zu diesen Fragen folgende Auffassung:

■ Das „WBS 70" baut auf dem Vorzugsraster von 6 m auf. Formen für 6 m × 3 m Elemente sind daher die Hauptvoraussetzung zur sinnvollen Produktion dieses Wohnungsbausystems. Daher sollten alle neuen Plattenwerke oder alle neu auszurüstenden technologischen Linien in vorhandenen Werken mit derartigen Grundformsätzen ausgelegt werden.

■ Der Versuch, in vorhandenen P2-Plattenwerken ohne Veränderungen des Grundfondsbestandes das „Wohnungsbausystem 70" zu produzieren, ist nicht real. Daher sollte in den P 2-Plattenwerken eine Umstellung auf das „WBS 70" erst dann erfolgen, wenn die alten Kipp- und Batterieformen verschlissen sind und die Aggregatfließfertigung mit 6m mal 3 m-Formen eingerichtet werden kann. Typen des „WBS 70" auf die vorhandenen kleineren Formabmessungen zuzuschneiden, ist keinesfalls effektiv.

■ Das bedeutet, daß sich keiner den Illusionen hingeben darf, daß wir zu einem bestimmten Zeitpunkt schlagartig in allen Bezirken das „WBS 70" gleichzeitig einführen können. Während einige Bezirke in den Jahren 1972/73 mit der Produktion des WBS beginnen können, werden andere Bezirke, die erst in den letzten Jahren P2-Plattenbauwerke errichteten, ihre Produktion weiterführen müssen. Demnach muß also das Einheitssystem Bau neben dem „WBS 70" in bestimmtem Umfange auch die vorhandene Typenproduktion einbeziehen. Die schrittweise Vereinheitlichung der Hauptparameter, Ausrüstungen und konstruktiven Lösungen in Verbindung mit der Entwicklung der Katalogprojektierung muß auf der Grundlage einer Führungskonzeption erfolgen, die von den realen technischen und ökonomischen Bedingungen des Perspektivplans ausgeht.

■ Wenn wir die schrittweise Einführung des „WBS 70" eindeutig befürworten und als notwendigen Fortschritt im Großtafelbau ansehen, so müssen wir doch sagen, daß das „WBS 70" noch keine Endstufe der Entwicklung dieser Bauweise darstellt. Die Perspektive des Plattenbaus wird eine weitere Erhöhung der Laststufe über 6,5 Mp hinaus, eine noch größere Komplettierung und eine weitere Vergrößerung der Elementeabmessungen bis 7200 mm Länge beinhalten.

Die hier dargelegten Ausführungen sind das Ergebnis ernsthafter Auseinandersetzungen in der Zentralen Fachgruppe über die Entwicklung im Wohnungsbau.

Unser Arbeitsplan sieht vor, daß wir, ausgehend von den Darlegungen über die künftige Entwicklung des komplexen Wohnungsbaus im Arbeitsmaterial zur Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur in der DDR, zur weiteren Arbeit am „WBS 70" einen konstruktiven Beitrag leisten werden, der in folgenden Punkten zusammengefaßt werden kann:

1. Wir haben einen Vertrag über die Zusammenarbeit mit dem Institut für Wohn -und Gesellschaftsbauten der Deutschen Bauakademie abgeschlossen. Wir werden mit dieser Einrichtung einen engen Kontakt halten und uns an der weiteren Ausarbeitung des „WBS 70" beteiligen.

2. Die Fachgruppen Wohn- und Gesellschaftsbauten der Bezirke wurden von uns als Zentrale Fachgruppe bisher wenig angeleitet. Wir werden künftig unsere Arbeit vorrangig unter Einbeziehung dieser bezirklichen Fachgruppen organisieren. Dafür haben wir bereits konkrete Maßnahmen festgelegt.

Architektenpersönlichkeit und Qualifizierung

Prof. Dr.-Ing. habil. Stahr

Man kann einschätzen, daß sich unsere Bezirksgruppe in den vergangenen Jahren von einer Interessenvertretung der Architekten vornehmlich mit reiner Veranstaltungstätigkeit zu einer aktiven, politischen, gesellschaftlichen, fachlichen und ökonomischen Kraft bei der progressiven Förderung der vielschichtigen Prozesse auf dem Gebiet des Bauwesens entwickelt hat. Und das gilt nicht nur für die Bezirksgruppe, sondern vor allem für die Betriebsgruppen, die in den Kombinaten und anderen Einrichtungen sich immer besser als entscheidungsstimulierende und entwicklungsfördernde Partner der Leitungen, aber auch der Bauarbeiter zu profilieren beginnen. Wir können feststellen, daß die Arbeit unseres Fachverbandes immer besser in die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben integriert wird und den Charakter zufälliger Einzelmaßnahmen verliert. Eine wichtige Grundlage dieser Entwicklung bildet die in der Architektenschaft immer mehr verwurzelte und von unserer Bezirksgruppe ständig intensiv geförderte Einsicht nach der Herausbildung und Vervollkommnung sozialistischer Architektenpersönlichkeiten. Die Einheit von Wissenschaft und sozialistischer Ideologie, von hoher Bildung und klassenmäßiger Erziehung, von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit sind Grundprämissen unserer BdA-Arbeit. Nur wer als Architekt bereit und in der Lage ist, die von der Partei aufgeworfenen Probleme mit Begeisterung und Schöpferkraft, mit Wissenschaftlichkeit und sozialistischem Denkvermögen einer komplexen und effektiven Lösung zuzuführen, wird dem Anspruch gerecht, den die Gesellschaft an uns stellt. Nur wer ständig auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die Kraft der ganzen Persönlichkeit zu parteilichem Handeln und Entscheiden nutzt, wird als Architekt seinen Beitrag im Kollektiv der Bauschaffenden leisten, die räumliche Umwelt so zu gestalten, daß sie die Herausbildung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen fördert.

Eine solche Einstellung erreicht man nicht allein oder isoliert, sondern nur in der gemeinschaftlichen Auseinandersetzung und Arbeit. Aussprachen und Foren mit Gremien der Partei, der staatlichen Leitung im Bezirk und den Kombinaten werden von uns für diese Reifeprozesse ebenso genutzt wie der Architekturpreis des Bezirkes Erfurt, den der Bezirkstag auf Vorschlag des BdA gestiftet hat und nunmehr seit drei Jahren vergibt. Dieser Architekturpreis ist Ausdruck der Anerkennung, die die Volksvertretung und die staatliche Leitung unseres Bezirks der Entwicklung von Städtebau und Architektur beimessen. Gleichfalls ist unsere aktive Arbeit in den Beiräten und ständigen Kommissionen, unsere Zusammenarbeit mit der KDT, dem Verband Bildender Künstler der DDR oder dem Kulturbund bei dem Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden" im Rahmen von festen Vereinbarungen und Verträgen nicht nur eine fachliche Aufgabe zur Erhöhung der Qualität von Städtebau und Architektur, sondern zugleich ein Mittel zur weiteren Formung sozialistischer Architektenpersönlichkeiten.

In diesem Prozeß wird zugleich deutlich, daß wir bei der Erfüllung unserer Aufgaben in bezug auf Parteilichkeit, Wissenschaftlichkeit und Systematik erst am Anfang stehen und es ständiger intensiver Bemühungen bedarf, der neuen Etappe der siebziger Jahre gerecht zu werden. Das gilt in diesem Sinne auch für die analytische Arbeit und auch für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit.

Wir sind uns sicher darüber einig, daß nach wie vor – und heute vielleicht in erhöhtem Maße – die Förderung der Schöpferkraft des Architekten, der richtig gelenkten Schöpferkraft, ein Schwerpunkt unserer Bemühungen sein muß. Wir können mit Freude registrieren, daß ein großer Kreis von Architekten unseres Bezirks sich ständig mit Erfolg an Wettbewerben beteiligt. Allein bei städtebaulichen Wettbewerben wurden in den letzten Jahren elf Preise gewonnen, darunter erste Preise für Weimar, Eisenach, Mühlhausen, Bad Salzungen und den Markersdorfer-Helbersdorfer-Hang in Karl-Marx-Stadt sowie zwei erste Preise durch Kollektive der Betriebsgruppe Industriebau im Architekturwettbewerb 1969 und 1970.

In einer Reihe von Wochenendseminaren haben wir die kollektive Kraft des BdA genutzt, um solche Wettbewerbe auszuwerten und für die Räte der Städte entscheidungsreife Modellkonzeptionen zu entwickeln. Wir können nicht umhin, festzustellen, daß die augenblickliche Stagnation auf diesem Gebiet eine große Lücke auftut. Sicher bedürfen die Ausschreibungen von Wettbewerben gegenüber den bisherigen Gepflogenheiten Modifikationen. Aber es gibt heute viele Bereiche auf dem Gebiet des Städtebaus, des Wohn- und Gesellschaftsbaus, wo der kollektive schöpferische Leistungsvergleich notwendig wäre, und wir machen zum wiederholten Male darauf aufmerksam, auch auf dem Gebiet des Industriebaues zu Wettbewerben prinzipiellen Charakters zu kommen.

Nehmen wir unseren Bundeskongreß zum Anlaß, an die Auftraggeber in den verschiedenen Ebenen, besonders auch an unser Ministerium und an die Großforschungsverbände zu appellieren, uns Architekten – auch die BdA-Studenten – durch Wettbewerbe zu fordern, und zwar zu fordern im Sinne interdisziplinärer sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit Ingenieuren, Ökonomen oder bildenden Künstlern.

In unserer Bezirksgruppe vollzog sich wie überall durch die Stärkung der Betriebsgruppen ein großer Wandel. Die Kette Prognose, Perspektive, Erfüllung des Jahresplanes kann nur dann durch den BdA voll wirksam unterstützt werden, wenn die Betriebsgruppen mobilisierende und auch regulierende Kraft im Sinne echter sozialistischer Partnerschaft im Kombinat werden. Es zeigt sich, daß über Vereinbarungen mit den Kombinatsleitungen die Betriebsgruppenarbeit dann am erfolgreichsten ist, wenn sie anstehende Hauptprobleme aufgreift und am Beispiel aktueller Aufgaben der Kombinate einer Lösung zuführt.

Wir unterstützen daher die Bemühungen und Wettbewerbe um die Erfüllung der Zahrespläne, also um die Erhöhung der Gesamteffektivität der Projektierung und Bauausführung. Wir fordern aber in gleicher Weise den richtigen Kampf von Planern und Architekten, das Problem an der Wurzel zu packen in der Effektivität der territorialen Struktur, in der Ökonomie der Gesamtstadt, in der Schaffung integrierter und effektiver Funktionslösungen im Industrie-, Wohn- und Gesellschaftsbau. In diesem Sinne werten wir die Beschlüsse des 14. und 16. Plenums unserer Partei nicht als einmalige Aktion, sondern als Orientierung auf die Basis unserer Tätigkeit im Sinne der wissenschaftlichen Einheit von Funktionstüchtigkeit, architektonischer Schönheit und Ökonomie der Zeit, des Raumes und der unmittelbaren Investition.

Wir stehen mitten in diesem Prozeß und können besonders in letzter Zeit im WBK Erfurt erste gute Resultate aufzeigen, aber es sind noch große Anstrengungen erforderlich, um auf der Höhe der Zeit

und der Aufgaben zu sein. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dazu ist die systematische und kontinuierliche Weiterbildung.

Wir sind uns sicher einig in der Forderung nach einem einheitlichen Weiterbildungssystem. Wir sind uns aber auch der wichtigen Rolle bewußt, die der BdA neben dem Weiterbildungsinstitut, den Hochschulen und den Betriebsakademien zu übernehmen hat.

Die Bezirksgruppe Erfurt hat seit nunmehr vier Jahren eine systematische Weiterbildung ihrer Mitglieder und einer Reihe interessierter Gäste betrieben. Wir begannen mit Problemen der marxistischen Architekturtheorie, behandelten moderne Konstruktionen, insbesondere das leichte ökonomische Bauen und das Einheitssystem Bau, griffen die Aufgabenstellung der automatisierten Projektierung auf und sind zur Zeit inmitten einer Qualifizierungsreihe über Stand, Perspektive und Prognose von Städtebau und Architektur unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen von Arbeiten, Wohnen, Versorgen, Bilden und Erholen. Dieser Lehrgang wird von den Architekten als wesentlicher Beitrag bei der Schaffung der theoretischen Fundamente auf unterschiedlichen Disziplinen für die prognostische und tägliche Arbeit angesehen, besonders auch bei der permanenten Fortschreitung des Generalbebauungsplanes.

Die Teilnehmerzahl betrug am Beginn 25, sie stieg auf 80, und heute sind es 115. Die Einnahmen lagen 1968 bei 2000 Mark und heute erreichen wir 11 000 Mark. Vor Jahren waren wir noch auf eigene Kräfte allein angewiesen, heute erklären prominente Fachleute wie Prof. Dr. Steenbeck ihre Bereitschaft, unsere Weiterbildungsmaßnahmen zu unterstützen. Gab es am Anfang Schwierigkeiten bei der Delegierung, so gibt es heute einheitliche Auffassungen über Notwendigkeit und Wert der Weiterbildungsseminare des BdA auch für die Kombinate.

Jedoch auch hier bleiben wir nicht stehen. Wir sind beim jetzigen Seminar dazu übergegangen, die Referate durch Korreferate von Vertretern leitender Organe des Bezirks zu ergänzen, um damit allgemeine Problemkreise auch am Beispiel des Territoriums zu vertiefen. Wir haben weiter im Programm, von der passiven Teilnahme unserer Mitglieder zur aktiven Mitarbeit zu kommen. An die zentralen Weiterbildungsveranstaltungen schließen sich Auswertungsseminare der Betriebsgruppen an, die mit einem zusammenfassenden Bericht und Schlußfolgerungen für einzuleitende Maßnahmen im Kombinat abschließen.

In einem gemeinsamen mehrtägigen Abschlußseminar werden diese Berichte diskutiert, und es wird an einem praktischen städtebaulichen Beispiel in gemeinsamer schöpferischer Arbeit versucht, die gewonnenen theoretischen Erkenntnisse. In diesem Fall die Verflechtung von Arbeiten, Wohnen, Bilden und Erholen, in Modellkonzeptionen umzusetzen, die wiederum Anregungen für nachfolgende Planungen sein können.

Die gesamte Weiterbildung schließt ab – und das werten wir als Experiment – mit einem Qualifizierungsnachweis, in dem die Leistung jedes Teilnehmers durch eine Kommission eingeschätzt wird.

Die Gesamtheit aller Aktivitäten – und das ist nur allzu verständlich – wirkt sich gleichzeitig auf die Mitgliederzahl und auf die finanziellen Möglichkeiten des Bundes und der Bezirksgruppe aus. Im Jahre 1970 spiegelt sich der Erfolg unserer Arbeit in Erfurt durch 54 Neuaufnahmen wider, davon ein großer Teil von älteren Architekten, die bisher dem BDA ferngeblieben waren. Nicht von ungefähr konnten wir eine junge Architektin des Bezirks Erfurt auf der vorletzten Bundesvorstandssitzung als 3000. Mitglied in den BdA aufnehmen. Bereits in diesem Jahr kamen wieder zwölf Mitglieder hinzu, so daß wir von 1966 bis heute eine Steigerung von 68 Prozent erreichen konnten. Auch die Bildung einer BDA-Studentengruppe und ihre bisherige Arbeit werten wir als Erfolg im Beschreiten von Wegen zur Stärkung unseres Bundes. Größere Mitgliederzahlen und konsequente Weiterbildung schlagen sich gleichzeitig in den Einnahmen nieder. Sie haben uns in die Lage versetzt, jährlich Exkursionen in das befreundete sozialistische Ausland durchzuführen, und es ist kein Zufall, daß wir im letzten, dem Leninjahr, und in diesem Jahr die UdSSR als Reiseziel gewählt haben.

Zur Weiterbildung der Architekten

Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Bach

In der Architektenausbildung haben sich im Rahmen der 3. Hochschulreform im wesentlichen in den vergangenen zwei Jahren grundlegende Veränderungen vollzogen. Neue Ausbildungspläne, eine wesentlich intensive fachliche und politisch-ideologische Bildung und Erziehung und schließlich auch die vom BdA seit langem geforderte Steigerung der Ausbildungskapazitäten gewährleisten, daß der Baupraxis in den kommenden Jahren Kader zur Verfügung gestellt werden können, die auf die ständig wachsenden Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution besser vorbereitet sind.

Wir – und hier sei mir gestattet, im Namen der mit der Ausbildung des Architektennachwuchses betrauten Hochschullehrer zu sprechen – bemühen uns, junge Menschen zu erziehen, die mit hohem fachlichem Können ausgerüstet sind, parteilich denken und handeln, die vorwärtsdrängen, ungestüm, wißbegierig und auch kritisch sind.

Die Zentrale Kommission Aus- und Weiterbildung vermochte zu dieser Entwicklung an einigen entscheidenden Punkten Anstoß und Orientierung zu geben. Die bereits Anfang der 60er Jahre begonnene Auseinandersetzung mit dem Berufsbild des Architekten wurde nach dem V. Bundeskongreß fortgesetzt und fand einen vorläufigen Abschluß in der Bildungskonzeption, die 1968 durch das Präsidium des Bundesvorstandes des BdA bestätigt und Anfang 1969 veröffentlicht wurde.

Diese Konzeption hat zum Beispiel bei der Ausarbeitung der neuen Ausbildungsdokumente der Hochschulen eine nicht unbedeutende Rolle gespielt und zur Herausbildung bestimmter Formen der Weiterbildung beigetragen.

In der Folgezeit befaßte sich die Kommission mit der Durchführung der Weiterbildungsveranstaltungen. Aus internationalen Erfahrungsaustauschen konnten wertvolle Anregungen gewonnen werden.

Wie äußert sich die Entwicklung mit Beginn der 3. Hochschulreform in der Ausbildung des Architektennachwuchses?

Zu den Bedingungen für eine optimale Gestaltung des Studiums gehört aber vor allem eine weitere Präzisierung der Studienziele, das heißt, des Berufsprofils des Architekten. Es erhebt sich die Frage, die immer wieder gestellt wird: Welche Auswirkungen haben die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, das heißt, die planmäßige und bewußte Neugestaltung aller ihrer Erscheinungsformen und die damit verbundenen wissenschaftlich-technischen und kulturellen Umwälzungen auf den Beruf des Architekten? In welcher Richtung verschiebt sich das Profil seiner Tätigkeit in einer sozialistischen Gesellschaft?

Gestatten Sie mir, thesenhaft hier einige Aspekte anzuführen, die wir, das heißt die Zentrale Kommission Aus- und Weiterbildung, für so bedeutsam halten; daß sie in der Ausbildung und in der gesamten Arbeit der Architekten besondere Beachtung finden sollten.

■ Die Verwissenschaftlichung der Methoden

Wir meinen, daß die in erster Linie stark bildhafte, emotionale, das heißt künstlerisch geprägte Art des Architekten, Leitbilder schöpferisch zu entwickeln, durch eine wissenschaftliche Methodik erweitert werden muß, ohne daß dabei das künstlerisch-schöpferische Moment in seiner Bedeutung geschmälert werden darf, denn gerade darin liegen die Stärke und Besonderheit des Architektenberufs, die Zukunft bildhaft räumlich formulieren zu können

■ Die interdisziplinäre Kooperation

Das Streben des Architekten, alle Probleme der Umwelt sehr umfassend und synthetisierend zu betrachten, zwingt ihn zur Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaften. Durch eine bloße Summation vieler oft divergierender Standpunkte aber lassen sich die Probleme vor allem auf technologischem, soziologischem, biologischem, medizinischem und ökonomischen Gebiet nicht lösen. Das Problem liegt einmal in dem Fehlen einer einheitlichen Sprache, von einheitlichen, komplexen Wertbegriffen, die wir in der interdisziplinären Arbeit gemeinsam verwenden, und zweitens in der nach wie vor vorhandenen Unterschätzung der Vorbereitungsphase und der einseitigen, nur nach ökonomischen Gesichtspunkten betriebenen Rationalisierung des Planungsprozesses.

Die interdisziplinäre Kooperation muß auch institutionell verwirklicht werden durch Erweiterung der traditionellen fachlichen Strukturen in den Planungs- und Projektierungsbüros vor allem aber in der Forschung und Entwicklung.

■ Die zunehmende Bedeutung der Technologie

Technologie ist hier gemeint im weitesten Sinne Planung und Projektierung über die Vorfertigung bis zur Montage von weitgehend unifizierten offenen Bausystemen, wozu auch multifunktionale Grundstrukturen ebenso gehören wie ein standardisierter Ausbau.

Wir konnten in früheren Jahren mit Recht behaupten, daß unsere jungen Absolventen eine ausgezeichnete, wenn auch konventionelle technisch-konstruktive Bildung besaßen. Wir brauchen aber bei der Verwirklichung des Einheitssystems Bau und für die komplexe Gestaltung der Umwelt für unsere sozialistische Gesellschaft, was einzelne Kollektive hervorragend schon jetzt mit Erfolg praktizieren, nämlich eine neue Qualität des Zusammenarbeitens von Architekten, Ingenieuren, Organisationswissenschaftlern, Ökonomen und bildenden Künstlern. Wir brauchen das gegenseitige Akzeptieren aller übergeordneten Prinzipien und dazu gehört nicht nur, daß Architekten ökonomisch denken, sondern auch, daß Ingenieure und Ökonomen ästhetisch empfinden und urteilen lernen. Man kann deshalb auch nicht zum Beispiel unwidersprochen die von Dr. Jaenike im Heft 2/1971 der „deutschen architektur" gebrauchte Formulierung hinnehmen, daß „die Intuition im Regelprozeß nach wie vor eine bedeutende Rolle spielt und demzufolge in hohem Ansehen steht. Diese Art der Einstellung gehört bezeichnenderweise zum Statussymbol des Architekten." Es bleibt unklar, was Kollege Jaenicke mit „dieser Art der Einstellung" und „bezeichnenderweise" meint. Auf jeden Fall halte ich es für unzulässig, die Berufsspezifik der Architekten derart zu vereinfachen. Der Architekt bedient sich bei der Lösung seiner Aufgaben sowohl wissenschaftlicher als auch künstlerischer Methoden. Den künstlerischen Erkenntnisprozeß als eine Art unterentwickelten wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß zu qualifizieren, ist unzulässig.

Bedeuten die Spezialisierungen in der Berufsausbildung auch eine Spezialisierung in der Ausbildung? Wir haben in den vergangenen Jahren um dieses Problem sehr viel gestritten. In der Baupraxis der DDR hat durch die vor drei Jahren vollzogene Vereinigung von Projektierungsbetrieben und Baukombinaten ein seit langem angebahnter Spezialisierungsprozeß einen gewissen Höhepunkt erreicht. Die Tätigkeitsbereiche des Architekten in den Projektierungsbetrieben trennen sich relativ scharf nach Wohn- und Gesellschaftsbau, Industriebau und Landwirtschaftsbau, und diese wiederum sind scharf abgegrenzt von den Aufgaben der Planung und Gestaltung von Gebieten und Städten.

Gleichzeitig entwickeln sich neue integrierte Tätigkeitsbereiche in der Bauforschung und -entwicklung sowie in der System- und Prozeßorganisierung, für die ein rasch zunehmender und in absehbarer Zeit wohl kaum zu befriedigender Kaderbedarf entsteht.

Wir meinen, und wir sind uns darin mit den staatlichen Leitungen des Hochschulwesens einig, daß sich eine Spezialisierung hinsichtlich der Planung und Gestaltung territorialer Systeme, das heißt Gebietsplanung, Stadtplanung und Städtebau einerseits und hinsichtlich der Entwicklung und des Entwurfs von Bausystemen, Bauwerken und komplexen Anlagen, zunehmend herausbilden wird. Hinzu kommt die Spezialisierung der Garten- und Landschaftsarchitektur.

Klar ist auf jeden Fall, daß wir uns von einigen liebgewordenen Begriffen, wie dem von dem „Architekten als dem Dirigenten eines Orchesters", trennen müssen, daß wir noch tiefer begreifen müssen, daß Architektur eine gesellschaftliche Leistung ist, und daß darin der Gestaltungswille der ganzen Gesellschaft zum Ausdruck kommt, umgesetzt durch das fachliche Können des Architekten und begründet auf die Fähigkeit aller Bauschaffenden, Spitzenleistungen zu vollbringen. Unter diesen Aspekten müssen wir das Tätigkeitsprofil des Architekten in der Gesellschaft neu abstecken und dementsprechend unser Ausbildungsziel präzisieren.

Jährlich bewerben sich drei bis viermal mehr junge Menschen um die Zulassung zum Architekturstudium, als Studienplätze vorhanden sind. Die Grundsätze der Berufslenkung und Studienwahl verbieten in diesem Falle eine aufklärende Studienwerbung. Wir müssen aber feststellen, daß, abgesehen von einer vielfach völlig unzureichenden kunsterzieherischen Vorbildung, die meisten der jungen Menschen keinerlei Vorstellungen über den Beruf des Architek-

ten und die damit verbundenen Anforderungen haben und wir keine effektiven Möglichkeiten besitzen, eine echte Begabtenauswahl zu treffen, weil nach einer aktenmäßigen Vorauswahl nur ein Teil der Studienbewerber dann überhaupt zu einer viel zu kurzen Eignungsprüfung herangezogen wird. Wir müssen fordern, daß durch eine frühzeitige Aufklärung über die Spezifik des Architektenberufs und örtliche Entwicklung von Interessengemeinschaften Vorleistungen gefordert werden können und ein qualifiziertes Auswahlverfahren durchgeführt wird. Wir konnten feststellen, daß in der Sowjetunion gerade diesem Problem sehr große Aufmerksamkeit gewidmet wird und Auswahlverfahren auf außerordentlich hohem Niveau durchgeführt werden. Die Bezirksgruppen sollten hier künftighin ein sehr wichtiges Tätigkeitsfeld sehen.

Wir sind der Meinung, daß die Erziehung zu künstlerischer Meisterschaft generelles Ziel der Architektenausbildung sein muß, da noch soviel Mittelmäßiges gebaut und Unbrauchbares entworfen wird.

Die Entwicklung künstlerischer Meisterschaft auf dem Gebiet der Architektur ist mit einem persönlichen Reifeprozeß des jungen Menschen verbunden, den man nur sehr bedingt durch rationelle Methoden, wohl aber durch pädagogische Qualität beschleunigen kann. Unter diesen Gesichtspunkten sollte im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der nächsten etwa ab 1975 einzuführenden Generation von Ausbildungsplänen das Problem der Studiendauer noch einmal gründlich diskutiert werden. Die schon erwähnte Moskauer Konferenz hat dazu Empfehlungen gegeben, die wir zur Zeit nicht realisieren können. Aus den gleichen Gründen sollte auch jetzt schon eine Modifizierung des sogenannten Forschungsstudiums, das heißt der zusätzlichen Ausbildung für besonders begabte Studenten in Betracht gezogen werden.

Die Auffassungen der Vertreter aller sozialistischer Architekturverbände zu den Fragen der Ausbildung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Erhöhung der Wissenschaftlichkeit des Architekturschaffens äußert sich vor allem in der wachsenden Bedeutung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft. Die Verantwortung der Architekten für die räumliche Organisation der Gesellschaft und die Gestaltung der menschlichen Umwelt bedarf in erster Linie einer hochentwickelten ideologischen Position. Die Architektur als Darstellungsform der sozialistischen Gesellschaft besitzt eine gewaltige kultur- und bewußtseinsbildende Kraft. Das Bewußtsein dieser Verantwortung muß der Architekt vor allem als Kämpfer für die Entwicklung und Realisierung schöpferischer Ideen im Dienste der Gesellschaft tragen. Dazu muß auch der junge Architekt in erster Linie erzogen werden. Darin sehen auch wir die Richtschnur unserer Bildungsarbeit.

Mit den Fragen der Weiterbildung haben sich das Präsidium des Bundesvorstandes am 26. 6. 1970 und die Kommission Aus- und Weiterbildung am 17. und 18. 3. 1971 befaßt.

Die bisherige Weiterbildungsarbeit des Bundes war sehr erfolgreich. Sie entsprach den Bedingungen einer bestimmten Etappe. Jetzt sind neue Bedingungen gegeben. Der Beschluß der Volkskammer über die Grundsätze der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen vom 16. September 1970, die steigenden Anforderungen an wissenschaftlichem Inhalt und Umfang der Weiterbildung, die Gründung des Weiterbildungsinstituts für Städtebau und Architektur in Weimar und weitere Faktoren erfordern eine Neuformulierung der spezifischen Aufgaben des Bundes.

Die Weiterbildungsarbeit des Bundes könnte sich nach Meinung der Kommission künftig auf folgende Formen orientieren:

- Die erste Form sind die Vertragszyklen, die sich bisher bewährt haben, jedoch stärker als bisher auf territoriale, fachspezifische und architekturtheoretische Probleme Bezug nehmen sollten, wie überhaupt die Fachgruppenarbeit auch in den Bezirken und Betrieben größeres Gewicht erhalten muß.

Die zweite Form sollten Arbeitsgruppen oder Arbeitszirkel sein, die sich als ständige oder zeitweilige und vorzugsweise auch interdisziplinäre Interessengemeinschaften vor allem auf örtlicher oder betrieblicher Ebene bilden sollten, die vorwiegend produktiv an städtebaulichen oder architektonischen Problemlösungen arbeiten und damit ein praktisches Entwurfstraining verbinden, wie es schon in der Bildungskonzeption genannt wurde.

Die Arbeit der Fachgruppe muß nicht nur wie bisher vor allem auf zentraler, sondern auch mehr auf bezirklicher und betrieblicher Ebene entscheidend zur fachspezifischen Weiterbildung der Mitglieder beitragen. Darüber hinaus soll die Zentrale Fachgruppe des Bundes sich in sehr starkem Maße mit den Aufgaben der Hochschulen bei der Durchführung ihrer speziellen Weiterbildungsmaßnahmen befassen und sie dabei unterstützen.

Industriebau und Arbeitsumwelt

Architekt Ekkehard Böttcher
Zentrale Fachgruppe Industriebau

Die Probleme des Nutzeffektes der Investitionen, die Herstellung der Einheit der volkswirtschaftlichen Effektivität, der Gebrauchswert der gebauten räumlichen Arbeitsumwelt in der Wirkungskette von Nutzungseigenschaften, Werterhaltungsaufwand und Baukosten werden im Ministerratsbeschluß über die Reproduktion der Grundfonds als relevant herausgestellt.

Im wesentlichen lassen sich daraus Qualitätskriterien ableiten, die wir in unseren Entwurfslösungen erfüllen müssen, um den höchsten ökonomischen und gesellschaftlichen Gebrauchswert der Investitionen zu sichern.

In der Phase der Investitionsvorbereitung sind zur Ermittlung der volkswirtschaftlich effektivsten Lösung Studien und Varianten zur Investitionsvorentscheidung im engen Zusammenwirken mit den künftigen General- und Hauptauftragnehmern, insbesondere mit deren Projektanten auszuarbeiten. Bemerkenswert hierbei ist die vorgesehene Mitwirkung der Projektierung, die uns die seit langem geforderte und nur selten praktizierte fachliche Einflußnahme in den ersten Phasen der Investitionsvorbereitung sichert.

Sowohl bei der Festlegung des Makrostandortes als auch bei der Optimierung der Mikrostandortvarianten sind die Projektanten hinzuzuziehen. Das ist von besonderer Bedeutung, da sich der später nicht mehr zu korrigierende Standort von Produktionsbauten volkswirtschaftlich negativ auswirken kann. Konkrete Modelle für die Standortoptimierung fehlen aber noch. Entwicklungskonzeptionen für den Industriebau in den Städten müssen vorrangig ausgearbeitet werden, so, wie das zum Beispiel für Berlin-Lichtenberg-Nord-Ost geschehen ist.

In einer Problemstudie des Instituts für Industriebau der DBA über die Aufgaben der Industrieplanung im Prozeß der Investitionsvorbereitung und -durchführung sind die Optimierungskriterien der Grundlage der komplex-proportionalen Entwicklung von Industrie und Territorium, der Strukturveränderungen in den Produktionsbereichen und der Spezialisierung und Konzentration umrissen.

Es sind auch Wege aufgezeigt, wie im Rahmen der lang- und mittelfristigen Planung und der Investitionsvorbereitung industrieplanerische Studien ausgearbeitet werden können und die Lücke zwischen den in Generalbebauungsplänen ausgewiesenen Flächen für die Industrie als territoriale Grundlage und den zweigspezifischen Prämissen der späteren Nutzer durch den Einsatz qualifizierter Industrieplanungsgruppen des Bauwesens geschlossen werden könnte.

Ein weiteres Problem ist die Ausarbeitung von Varianten für die Investitionsvorentscheidung und die Grundsatzentscheidung. Diesem volkswirtschaftlichen Optimierungsprozeß sollen vom Bauwesen angebotene, katalogisierte Systemlösungen zugrunde gelegt werden. Solche Informationsangebote müssen aber auch den funktionellen, arbeitswissenschaftlichen und gestalterischen Anforderungen entsprechen. Hierzu sind sowohl in der Grundlagenforschung als auch in der Spezialisierung der bautechnischen Projektierung neue Impulse erforderlich.

Dazu dürften meines Erachtens bei der Entwicklung der Großbaukästen des MLK und BMK im Rahmen des Einheitssystems Bau nicht nur die konstruktiven, technologischen und materialtechnischen Kriterien, sondern auch die der funktionellen und gestalterischen Aspekte, die eben auch zur Optimierung im Sinne des höchsten Nutzeffektes gehören, zu berücksichtigen sein. Die Probleme der Optimierung von Entwurfslösungen sollten in der Grundlagenforschung vorrangig erarbeitet werden.

Zur Ausarbeitung katalogisierter Komplexlösungen sei mir noch eine Aussage zur Spezialisierung gestattet. Durch die Integration der bautechnischen Projektierung in die Kombinate sind zugunsten der territorialen Aufgaben wesentliche Teile der Spezialisierung vernachlässigt worden. Wenn wir aber mit geringstem Aufwand und höchstem Effekt Systemlösungen als Angebote erarbeiten wollen, die entsprechend der technisch-wissenschaftlichen Weiterentwicklung ständig zu aktualisieren sind, so sollten auch die Projektierungseinrichtungen nach dem Prinzip der Kooperation und Arbeitsteilung auf ihren Spezialgebieten wieder verstärkt wirksam werden.

In der Optimierung der Einheit der Kosten für die Errichtung und die Nutzung der Bauwerke spielt der Werterhaltungsaufwand eine bedeutende Rolle. Instandhaltungsgerechte und wartungsarme Lösungen werden im Beschluß gefordert. Das setzt voraus, daß wir exakte Kenntnisse über die geplante Nutzungsdauer der Investitionen haben müssen und uns bei unserer Entwurfsbearbeitung darüber Klarheit verschaffen müssen, wie der Aufwand für die Erstinvestitionen mit dem Nutzungsaufwand ökonomisch stimuliert wird.

Das ist eine Aufgabe, die in die Phase der Vorbereitung der Grundsatzentscheidungen fällt und bei der auf unseren Reißbrettern, oder besser auf den Tafeln der Fotoprojektierung über den Gebrauchswert der Investitionen entschieden wird. Wichtig erscheint mir aber festzustellen, daß die recht unterschiedliche Einordnung der Projektierungseinrichtungen darüber Aufschluß gibt, inwieweit die Projektanten ihre Aufgaben im gesellschaftlichen Sinne erfüllen können oder ob ihre Tätigkeit nur als Arbeitsvorbereitung zur Erfüllung der Warenproduktion eingeschätzt wird.

Gestatten Sie mir, daß ich nochmals auf das Problem der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie des Umweltschutzes als Gebrauchswertkriterien zurückkomme. Hierzu werden von bautechnischen Projektanten konkrete Ausarbeitungen zur Schutzgüte und über die Einhaltung der Forderungen des Landeskulturgesetzes verlangt.

Die Veränderung des Charakters der Arbeit in der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Entwicklung menschlicher Persönlichkeiten und kollektiver Beziehungen auf Grund unserer sozialistischen Produktionsverhältnisse und die daraus resultierende Stellung des Menschen machen es erforderlich, seine Arbeitsumwelt so zu gestalten, daß sie den wachsenden schöpferischen Tätigkeiten und den zunehmenden kulturellen Bedürfnissen optimal entsprechen. Das bedeutet aber, die prognostische gesellschaftliche Entwicklung so zu erfassen, daß wir in den Entwurfslösungen von heute den Entwicklungen von morgen gerecht werden können. Hierbei handelt sich es um ein zutiefst ideologisches Problem, das noch nicht ausreichend systematisiert und für das der gesellschaftswissenschaftliche Vorlauf zu sichern ist.

Gebrauchswertfaktoren der Schutzgüte, die sich aus arbeitshygienischen, ergonomischen und psychologischen Kriterien zusammensetzen sowie erhöhte Anforderungen an die Behaglichkeit, durch Beleuchtung, Farbe, Klima, Lärmschutz usw. als auch die Kriterien des Arbeits- und Unfallschutzes sowie des Brandschutzes sind schon konkreter erfaßbar. Sie als Qualitätskriterien meßbar zu machen, ist schon problematischer.

Uns fehlt nach wie vor eine wissenschaftlich koordinierte Zusammenarbeit in Schutzgütefragen mit anderen Bereichen der Volkswirtschaft. Die Ansätze einer überzweiglichen Regelung, die sich im Zentralinstitut für Arbeitsschutz im Jahre 1967 zeigten, fanden keine Fortsetzung. Die Auslegung der Arbeits- und Brandschutzanordnung 3/1 ist zu Fragen der Industrieinvestitionen uneinheitlich. Wir wissen aber, daß Bau, Ausrüstung und Ausstattung erst in ihrer Komplexität eine nutzungsfähige Einheit bilden, für die es nur eine Schutzgüte geben kann.

Auch möchte ich daran erinnern, daß die 1969 begonnene Überarbeitung der Grundsätze für Schutzgütekommissionen in bautechnischen Projektierungseinrichtungen im Bereich des Ministeriums für Bauwesen bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Ich meine, daß es für das Bauwesen schnellstens einer verbindlichen Regelung bedarf.

Zu den Fragen der Arbeits- und Lebensbedingungen noch einige Bemerkungen, diesmal unsere Baustellen betreffend. Auch hierzu werden im Ministerratsbeschluß konkrete Forderungen erhoben, die

Arbeitsumweltbedingungen wesentlich zu verbessern. In Verbindung mit einer radikalen Senkung des Aufwandes für Baustelleneinrichtungen ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, diese mehr als bisher in Verbindung mit den Gesamtinvestitionen zu planen und zu koordinieren.

Es muß erreicht werden, daß sowohl geeignete Bauten des Investitionsvorhabens für eine vorübergehende Nutzung als Baustelleneinrichtung vorgezogen werden, oder daß flexible Gebäude entwickelt werden, die nicht in spätere Auftragsgebernutzung übergehen. Die Baustelleneinrichtungen müssen funktionsgerecht gestaltet sein und optimale Arbeitsbedingungen ermöglichen.

Wenn wir gerade bei der Bauausführung sind, so möchte ich auf das wichtige Problem bau- und montagegerechter Projektlösungen überleiten. Wir hatten ja eingangs festgestellt, daß zu den Optimalitätskriterien auch die Senkung des Bauaufwandes gehört. Daher kommt dem bautechnologischen Projekt für die Sicherung der Effektivität der Kombinate entscheidende Bedeutung zu. Hier gilt es, die Zusammenarbeit zwischen der Bauausführung und der Projektierung systemgerecht zu gestalten.

Hocheffektive technologische Linien müssen, als Standorttechnologien festgelegt, der bautechnischen Projektierung vorgegeben werden, um eine rationelle Bauausführung zu sichern. Der im Projektierungsprozeß erarbeitete komplexe Netzplan kann nur dann real sein, wenn er auf bautechnologischen Projektlösungen aufbaut, die dann auch effektiv angewandt werden.

Ich glaube, daß ich damit die wichtigsten Kriterien zur Optimierung der Entwurfslösungen und zur Qualitätsbestimmung grob umrissen habe. Ich wollte das Interesse darauf richten, daß die optimale Einheit von Bau- und Montage- sowie Nutzungs- und Unterhaltungskosten bei der Projektierung von Produktionsbauten und Arbeitsstätten ganz besondere volkswirtschaftliche Bedeutung hat, weil sie unmittelbar auf die Steigerung des Nationaleinkommens einwirkt.

Die Effektivität der Produktion von Bauwerken liegt also nicht im einseitigen Betriebs- oder Kombinatsinteresse, sondern in den optimalen Gebrauchswerteigenschaften zum Nutzen der Gesellschaft.

Im Beschluß des Ministerrats wurden auch über die Verantwortung der Projektierung Aussagen getroffen, die das Bild über die Wertung unserer Arbeit runden. Es heißt dort, daß die Projektierungskapazitäten in die wirtschaftliche Rechnungsführung der Kombinate so einzubeziehen sind, daß ein Anreiz für Investitionslösungen mit optimalem Aufwands-Nutzensverhältnis geschaffen wird, daß die materielle Interessiertheit der Projektierungskollektive auf die Erreichung eines hohen volkswirtschaftlichen Nutzeffektes zu richten ist, und der mit der Realisierung eintretende volkswirtschaftliche Nutzen Grundlage für eine Nutzensbeteiligung darstellen soll. Damit ist eigentlich ausgedrückt, daß die derzeitig gültigen Preisanordnungen für Projektierungsleistungen nicht den erforderlichen Wertungskriterien der Qualität der Projekte entspricht. Ebenso wäre zu überdenken, ob die Erfüllung der Kennziffer „Warenproduktion" im bisher von der Projektierung anzuwendenden Sinne ihre vordergründige Wertigkeit gegenüber der gesellschaftlichen Verantwortung der Projektierung beibehalten darf.

Gestatten Sie mir bitte, daß ich als Fazit des Vorausgesagten meine Ausführungen mit Vorstellungen über die wichtigsten Aufgabenkomplexe des BdA auf dem Fachgebiet Industriebau abschließe: Die Aufgaben müssen im Perspektivzeitraum vorrangig auf die Mitarbeit bei der Lösung der aufgezeigten Probleme orientiert und durch eine zielgerichtete Gemeinschaftsarbeit innerhalb und außerhalb des Bundes gekennzeichnet sein.

Für die Kooperation und Wirkungsweise sind neue Wege zu beschreiten, die dem Systemcharakter der Weiterentwicklung gesellschaftlicher, technischer und ökonomischer Größen Rechnung tragen. Hierbei ist der Durchdringung der Systemzusammenhänge, ihrer Modellierung und Umsetzung auf den Industriebau besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Probleme der Produktions- und Arbeitsstätten sind sowohl innerhalb des BdA als auch nach außen stärker in den Mittelpunkt der Bundesarbeit zu rücken. Das sollte auch darin seinen Ausdruck finden, daß die Fachgruppe bei der Erarbeitung fachbezogener staatlicher Regelungen aktiv mitarbeitet und auch in ständigen beratenden Gremien, wie zum Beispiel im Wissenschaftlichen Rat des Ministeriums für Bauwesen, vertreten ist.

Wir sind auch der Meinung, daß Industriearchitekten stärker als bisher in den Leitungsorganen des Bundes mitarbeiten sollten. Zur Lösung der vor uns stehenden Aufgaben sind die internationalen Kooperationsverbindungen des Bundes mit den sozialistischen Ländern, insbesondere mit der Sowjetunion besser zu nutzen. Der internationale Einfluß der Sektion der DDR in der UIA auf dem Gebiet des Industriebaues ist durch aktive Mitarbeit in internationalen Gremien wirksam zu erhöhen.

Zur Rationalisierung des Wohnungsbaus

Architekt Erich Kaufmann,
Wohnungsbaukombinat Rostock

Bei der Vorbereitung der Investitionen in der ersten Phase städtebaulicher und architektonischer Konzeptionen hat sich auch in Rostock seit Jahren die kontinuierliche Arbeit der Arbeitsgruppe „Städtebau und Architektur" unter Leitung des 1. Sekretärs der Bezirksleitung der SED, Harry Tisch, bewährt.

Als Städtebauer und Architekten unseres Bezirks begrüßen wir sehr, daß der Rat des Bezirks die städtebaulichen Kennziffern für den komplexen Wohnungsbau, die in umfassender Gemeinschaftsarbeit entstanden, differenziert auf die Standorte entsprechend ihrer unterschiedlichen Bedeutung, als staatliche Orientierung für einen längeren Zeitraum in Form eines Beschlusses im Januar dieses Jahres vorgegeben hat. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage dieser Vorgaben durch ein koordiniertes Zusammenwirken aller Kräfte die Qualität der Arbeit auf dem Gebiet des Städtebaues und der Architektur zu erhöhen und als wissenschaftliche Entscheidungsgrundlagen für die Volksvertretungen und deren Räte vorzubereiten.

Dabei kann und darf man sich heute nicht allein darauf beschränken, räumliche Ordnungen und gestalterische Lösungen vorzuschlagen, ohne die Zusammenhänge der Einheit von Funktion, Ökonomie und Gestaltung in wissenschaftlich begründeten Varianten sichtbar zu machen und optimierte Vorschläge zu unterbreiten. Das in Vorbereitung des Kongresses herausgegebene Material war eine ausgezeichnete Grundlage für die Diskussion in unserer Bezirksgruppe.

Es gibt aber noch Probleme, zum Beispiel: Der gegenwärtig zu realisierende hohe Anteil an fünfgeschossigen Wohnbauten in unseren Neubaukomplexen erfordert eine besonders abwechslungsreiche, ansprechende städtebaulich-künstlerische und architektonische Gestaltung.

Es zeigt sich, daß eine langfristige Städtebau- und Architekturkonzeption vorliegen muß, um die Prozesse allseitig beherrschen zu können. Wenn eine solche Konzeption nicht vorliegt, so werden die Schwierigkeiten letztlich auf den Schultern der Bauarbeiter im Bauprozeß ausgetragen, und dieser Aufwand, der dann entsteht, ist im wesentlichen in den meisten Neubaukomplexen zu erkennen.

Diese Arbeit kann nicht allein Aufgabe der Architekten sein, sondern hier sehen wir die Notwendigkeit des Zusammenwirkens aller gesellschaftlichen Kräfte.

Darüber hinaus ergeben solche klaren Zielstellungen, daß bereits in der Vorbereitungsphase auch innerhalb der Kombinate die Voraussetzungen für langfristige Bauserien des Wohn- und Gesellschaftsbaues entwickelt werden können. Natürlich ist das nicht von heute auf morgen zu realisieren.

Hauptaufgabe ist hier, die sozialistische Rationalisierung mit der Zielstellung, bei geringstem Aufwand einen immer höheren Nutzen für die Gesellschaft zu erwirtschaften. In dieser Grundorientierung spiegelt sich die Kontinuität unserer Politik wider; denn die sozialistische Rationalisierung ist unserer Meinung nach nicht erst eine Forderung der 14. Tagung des ZK.

Es wurde betont, daß der Kongreß eine Arbeitstagung ist, und ich glaube, man sollte über das hinaus, was man selbst in den eigenen Betrieben und in den eigenen Wohngebieten an Erfahrungen gesammelt hat, auch einiges dazu sagen, was meiner Meinung nach hier auf dem Kongreß nicht ganz richtig ausgesprochen wurde, und zwar, daß es gefährlich ist, die Rationalisierung mit der Begründung zu vernachlässigen, daß wir auf noch fehlende Ergebnisse neuer Wohnungsbauserien warten. Ich meine hier ganz konkret die Ergebnisse und Widersprüche, die im Zusammenhang mit dem „WBS 70" genannt wurden. Nicht nur das Plattenwerk erfährt hier allein Veränderungen, die letzten Endes noch nicht ausgerechnet wurden, sondern auch die vor- und nachgelagerten Prozesse. Mit dem Umbau des Plattenwerkes werfen wir dann alle Kräne weg, die wir haben. Sind wir so reich, daß wir das alles finanzieren können? – Diese Frage, wer das bezahlt, müssen wir uns selber beantworten und nicht einer Romantik nachlaufen, die uns in die Irre führt. Ich glaube, daß mit den ökonomischen Ergebnissen von heute in unseren Kombinaten und nirgendwo anders entschieden wird, wann wir uns mehr Komfort leisten können, wann wir uns mehr Quadratmeter je WE leisten können. Wir haben auch in Rostock gerechnet. Wir müssen unter 92 Prozent kommen, damit wir unseren Reproduktionsprozeß effektiver gestalten können. Es ist auch gesagt worden, daß vorhandene Serien in das Einheitssystem Bau aufgenommen werden müssen. Wir müssen heute bauen, und wir müssen deshalb auch heute verlangen, daß auch auf zentraler Ebene eine echte Koordinierung erfolgt. Es geht nicht, daß nur die einzelnen Kombinate entsprechend ihren Möglichkeiten versuchen, das Höchste herauszuholen. Diese Entwicklung muß auch zentral gesteuert werden.

Wir meinen, daß die sozialistische Rationalisierung die Gesamtheit der Maßnahmen umfaßt, die darauf gerichtet sind, im wesentlichen mit den vorhandenen Arbeitskräften, Produktionsausrüstungen und Baustoffen den Reproduktionsprozeß intensiver zu gestalten. Entsprechend einer solchen Aufgabenstellung haben auch wir im Rostocker Kombinat zielstrebig in den 60er Jahren gearbeitet, und ich glaube, auch das kann man sagen, Erfolge erzielt. Das WBK Rostock stellte sich die Aufgabe, unter Berücksichtigung der erreichten Ergebnisse die fünfgeschossige Wohnungsbauserie weiter zu rationalisieren. Folgende Ziele liegen dieser Rationalisierungskonzeption zugrunde:

- rationelle Ausnutzung der Gesamtfläche,
- Verbesserung der Wohnqualität,
- günstigere städtebauliche Lösungen und
- Senkung des volkswirtschaftlichen Aufwandes.

Aus den bisher erkennbaren Ergebnissen unserer Arbeit läßt sich einschätzen, daß wir das Elementesortiment um etwa 20 Prozent werden verringern können und trotzdem in die Lage kommen, das erforderliche Wohnungssortiment für Ein- bis Fünfraumwohnungen erfüllen zu können. Dadurch entstehen ökonomische Effekte sowohl für das gesamte Kombinat als auch für die Volkswirtschaft ohne Schmälerung städtebaulicher und architektonischer Werte. Durch solch ein Angebot versuchen wir, optimal die Bedürfnisse der Werktätigen unter Berücksichtigung der ökonomischen Möglichkeiten zu erfüllen.

Die Hauptergebnisse dieser Rationalisierung werden bereits zum Bestandteil der städtebaulichen Planung für die neuen Wohngebiete im Raum Lütten-Klein. Das im Anschluß an Evershagen zu errichtende Wohngebiet Rostock-Lichtenhagen zum Beispiel wird bereits jetzt beim Büro für Stadtplanung Rostock in diesem Sinne städtebaulich vorbereitet. Die Rationalisierung fängt unserer Meinung nach bei der städtebaulichen Planung an und hört bei der Schlüsselübergabe auf. Bereits in dieser Phase erfolgt eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Kollektiv des Chefarchitekten der Stadt, Dr. Urbanski, und seinem Kollektiv.

Gewiß sind noch höhere Anstrengungen notwendig, um noch bessere Ergebnisse zu erzielen. Der Kongreß wird dafür sicher weitere Anregungen geben.

Architektur, Investitionen, Rentabilität

Architekt Gerhard Guder
WBK Cottbus

Wir sind alle sehr besorgt um die noch nicht befriedigende Vorbereitung und Durchführung der Investitionsvorhaben. Der derzeitige Zustand ist gekennzeichnet durch laufende Änderungen der Aufgabenstellungen im Rahmen der Investitionsvorbereitung.

Wenn unser Präsident in Vorbereitung auf unseren Kongreß im „ND" geschrieben hat: „Ein guter Architekt ist auch ein guter Ökonom", so ist das eine Feststellung, die zwar noch nicht Allgemeingut aller Architekten ist. Andererseits wird man oft daran gehindert, auch ein guter Ökonom zu sein. Wir haben noch zu viele Mängel und Hindernisse zu überwinden, um in einer wirklich schöpferischen Gemeinschaftsarbeit schneller zu einer effektiveren Erfüllung unserer Bauaufgaben zu kommen.

Schlechte Vorbereitung der Investitionen bedeutet Doppelarbeit, Um- und Neuprojektierung und letzten Endes Schwierigkeiten im Bauablauf. Auch das ist ein Verstoß gegen die Prinzipien des sozialistischen Sparsamkeitsprinzips.

Mit der Einführung des „Wohnungsbausystems 70" zum Beispiel werden wir im Bezirk Cottbus im Moment keine Sorgen haben, weil wir genau wissen, daß wir es vor 1975 nicht tun werden. Wir wissen aber, obwohl wir nicht risikofrei sind – wir sind sehr risikofreundlich, besonders unsere staatlichen Leitungen –, daß wir Baupläne zu bearbeiten haben, und können ohne Klarheit über die Kosten keiner Anwendung des „WBS 70" gegenübertreten.

Wir müssen wohl alle in Zukunft noch ein bißchen gründlicher und auch ein bißchen schneller denken und arbeiten. Die Forderungen der 14. Plenartagung des ZK der SED sind klar und eindeutig, und es gilt, einen kompromißlosen Kampf zu führen gegen jede Vergeudung von Investitionsmitteln, um Senkung der Kosten und des Materialverbrauchs. Jedoch ist es etwas sehr schwer zu verstehen, daß die staatlichen Normative für den komplexen Wohnungsbau so „wie Sand über die ganze Republik geschüttet" werden, als wenn es da keine zwingenden Gründe gäbe, kleine Unterschiede zu machen, wie sie schon allein die Topographie macht, und es ist wohl einfacher auf einer glatten Wiese zu bauen als im gebirgigen Gelände oder wie bei uns im Bezirk Cottbus, wo man bei jedem Spatenstich auf Grundwasser gerät. Schließlich tritt nun noch der Umstand ein, daß die guten Standorte mit einwandfreien Bodenverhältnissen und guten Erschließungsmöglichkeiten ohne großen Abriß so langsam aber sicher zur Neige gehen.

Tatsache ist, daß heute ein erheblicher Teil der Mittel in die schwerer werdende Erschließung geht und einige Wohnungsbaukombinate dann für die Gestaltung wenig übrig haben.

Die Tendenz einiger Baukombinate, durch eine einseitige Rationalisierung der Finalprodukte zu einer bereits überwundenen Primitivität zurückzugehen, ist sehr bedenklich. Die Auslegung des 14. Plenums des ZK auf eine einseitige Rentabilität ohne Berücksichtigung der architektonischen Qualität würde einen Rückschritt des bisher Erreichten bedeuten. Aber das 14. Plenum hat keine Forderung nach Primitivität gestellt. Sie ist auch nicht notwendig, wenn man ökonomisch und sparsam wirtschaftet und wenn man die richtigen Relationen des Einsatzes der Materialien und der finanziellen Mittel herstellt.

Es wurde die Forderung erhoben, auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur solche Leistungen zu vollbringen, die durch ihre Effektivität auf den gesamten gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß stimulierend wirken, die die Herausbildung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen bewußt fördern. Dies erfordert von uns Architekten eine höhere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft durch eine effektive Auslastung der Grundfonds, durch das ständige Einwirken auf die verschiedenen gesellschaftlichen Planträger, überspitzten Forderungen konsequent gegenüberzutreten und das sozialistische Sparsamkeitsprinzip voll durchzusetzen.

An einem Beispiel in Cottbus sieht das so aus: Das Textilkombinat Cottbus baut eine Kindergarten-Kinderkrippen-Kombination, die einen Wertumfang von 1,14 Millionen Mark darstellt auf einem von ihm erzwungenen Standort direkt vor den Toren des Kombinats. Die Mehrkosten des Einbaues eines fünf Meter tiefen Gründungspolsters betragen allein rund 800 000 Mark. All unsere Bemühungen, dieser Fehlentscheidung entgegenzutreten, haben nichts genützt. Von der staatlichen Bauaufsicht des Kombinats wurde der volkswirtschaftliche Nachweis gefordert und die Baugenehmigung zunächst nicht erteilt. Der gesellschaftliche Auftraggeber hat aber seine Auffassung durchgesetzt.

Wir sind der Meinung, daß die Festlegung und Durchsetzung unserer Strukturpolitik für die strukturbestimmenden Betriebe kein Freibrief ist, die Ökonomie und Effektivität zu verletzen. Sie vertreten die Auffassung, daß sie die Mittel erarbeiten und demzufolge auch so ausgeben können, wie sie wollen. Aber diese erwirtschafteten Mittel sind volkswirtschaftliche Mittel, und wir müssen alle darüber wachen, daß sie so ausgegeben werden, daß für unsere Volkswirtschaft höchste Effektivität erreicht wird.

Aber auch wir als Architekten haben noch viele Schwächen in unserer Arbeit. Wir haben die große Verpflichtung, all unsere Aufgaben ständig neu zu durchdenken, so daß nur Projekte entstehen, die eine Einheit von Ökonomie und Gestaltung vereinen. Wir haben erste Erfolge zu verzeichnen, wo es uns gelang, durch echte Variantenentwürfe, durch ständige Einflußnahme auf den Auftraggeber, allein zum Beispiel an einem Hörsaalgebäude des Bildungszentrums 400 000 Mark einsparen zu können. Aber auch in der Auseinandersetzung mit unserem schwierigsten Partner, dem Bereich Handel und Versorgung, sind erste Erfolge zur Einsparung von Investitionsaufwand zu verzeichnen.

Auf dem Gebiet unseres Haupterzeugnisses, des Wohnungsbaus, haben wir in den vergangenen Jahren weitere Fortschritte erzielt durch eine neue Qualität der architektonischen Gestaltung und durch die Überwindung der Monotonie und des Schematismus. Die komplexe Bearbeitung, die Neuentwicklung von Eck- und Zwischengliedern und die Differenzierung der Baumassen von fünf-, acht- und elfgeschossiger Bebauung führten zu neuen städtebaulichen Lösungen.

Wir haben aber auch erkannt, daß auf allzu großen Wechsel in den Materialien verzichtet werden kann, da es uns gelang, durch großzügige Bebauungsformen einen städtischen Charakter unserer Wohngebiete zu erzielen – nicht zuletzt durch die Neuentwicklung einer neuen Gebäudeform, des fünfgeschossigen Würfelbaues Cottbus. Dieses Gebäude weist eine Reihe von Vorzügen auf.

Die geringe Grundfläche läßt diesen Gebäudetyp auch auf geringe Bebauungsflächen anordnen. Das Gebäude kann nach jeder Himmelsrichtung orientiert werden. Der Ausstattungsgrad wurde reduziert. Für die Montage brauchen wir heute zehn Tage. Was aber entscheidend ist: Noch nie wurde von der Bevölkerung ein Wohnungstyp so wie dieser akzeptiert.

Es wäre doch nichts einfacher gewesen, alle Überlegungen und Anstrengungen zu unternehmen, dieses Gebäude so zu rationalisieren, daß es noch besser wird und die staatlichen Kennziffern erreicht werden. Wir aber streichen es ganz aus dem Angebot unseres Kombinats – zur Reduzierung unseres Elementesortiments. Durch Weglassen ist jedoch, ausgenommen bei Künstlern, noch nie etwas Gutes herausgekommen.

Große Begeisterung erfüllt uns Architekten für die Aufgaben, die für die weitere Entwicklung der Bezirksstadt Cottbus durch den Aufbau eines weiteren großen Kraftwerkes und damit verbunden für die Errichtung eines neuen Stadtteils für 30 000 Menschen stehen. Wenn wir aber aufmerksam und ungeduldig die Vorbereitung seitens der Plankommission zur Programmerarbeitung verfolgen, so sind wir uns über eine Grundfrage mit unserer Oberbürgermeisterin völlig einig, daß zur Bewältigung dieser Aufgabe die Führungsgröße nicht 10 000 Wohnungen sein können. Mit einer seelenlosen, schematischen Addition – soundsoviele Schulen, soundsoviele Kindergärten und -krippen und einige Kaufhallen – ist es nicht getan, und hier kann auch das Denken und die Vorstellung nicht aufhören. Ein Stadtteil mit 30 000 Menschen ist schon eine kleine Stadt für sich, und die Führungsgröße kann doch nur sein, eine sozialistische Stadt zu planen und zu bauen, die den Bedürfnissen des sozialistischen Menschen von 1975 entspricht. Denn zu einer sozialistischen Stadt gehört wesentlich mehr. Auch wenn wir nicht alles auf einmal verwirklichen können, so muß die Planung doch von der Ganzheit einer Stadt ausgehen.

Die Umsetzung der von unserer Partei gestellten Programms ist eine echte Gestaltungsaufgabe, und dazu gehört Phantasie und schöpferischer Erfindergeist. Das Morgen muß im Heute vorbereitet werden, und es gilt, die Aufgaben in engster Verbindung und Wechselwirkung mit der Weiterentwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus zu begreifen und zu lösen. Und hier müssen alle an der Vorbereitung von Investitionen Beteiligten ihre politisch-ideologische und fachliche Arbeit so gestalten, daß sie befähigt sind, bei der Erfüllung ihres gesellschaftlichen Auftrages von einem klaren Klassenstandpunkt aus tiefer in die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse einzudringen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beherrschen und eine künstlerische Meisterschaft zu entfalten.

Obwohl wir wissen, daß wir eine ganze Reihe beachtlicher Erfolge erzielt haben, müssen wir sicher Überlegungen anstellen, neue Wege zu gehen, um zu effektiveren Lösungen zu gelangen. Die bisherige Verfahrensweise der vergangenen Jahre war so, daß bei den Gesellschaftsbauten 1 bis 2 Prozent für die künstlerische Gestaltung geplant wurden. Nunmehr ist diese Summe auf 0,5 Prozent – sicher mit Recht – reduziert worden. Wir haben alle verstanden, diese Mittel bei Komplexaufgaben zusammenzuführen, und wir haben aber auch so gehandelt oder es zugelassen, daß sie auch immer voll verbraucht wurden. Bei sehr großen komplexen Aufgaben kommt es dann zu sehr hohen Summen, und ich glaube, nicht immer wird davon ausgegangen, eine Synthese so überzeugend zu gestalten, daß Wirkungsweise, Einsatz der Materialien im städtebaulichen Raum von einer wirklichen Notwendigkeit aus entschieden werden.

Ich meine, auch bei Werken der bildenden Kunst sollte immer vom Geld gesprochen werden, genauso hart und unerbittlich wie uns gegenüber. Auch hier gelten die Worte unseres Ministers Junker auf der Projektierungskonferenz in Markkleeberg: „Der Einsatz von edlem Material ist kein Ersatz für fehlenden Erfindergeist und gestalterisches Können."

Wir sollten meines Erachtens in Zukunft zu einem bildkünstlerischen Projekt kommen, genau wie wir andere Teilprojekte erarbeiten, zum Beispiel Innenprojekte, Außenanlagenprojekte.

Ein Projekt muß man verteidigen und begründen, und umgesetzt auf ein Projekt für die bildende Kunst bedeutet dies, daß die Notwendigkeit in allen Teilen begründet werden muß und es spürbar wird, daß die Integration Bauwerk/Kunst unerläßlich ist, sowohl vom politisch-ideologischen Inhalt als auch vom Material her.

Ich habe in der Vergangenheit noch nicht erlebt, daß, wenn für eine künstlerische Gestaltung 30 000 Mark zur Verfügung standen, ein Künstler einen Entwurf angeboten hat, der nur 20 000 Mark in Anspruch nahm. Andererseits kann aber auch bei einem künstlerischen Projekt der Nachweis geführt werden, daß die zur Verfügung stehende Summe überschritten werden muß, einfach aus dem politischen und gesellschaftlichen Erfordernis heraus.

Es gilt, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Architekten mit den bildenden Künstlern und dem gesellschaftlichen Auftraggeber weiter zu verbessern, neue Formen zu finden, und dies ist oft das Einfache, was so schwer zu machen ist.

Personenverkehr in Städten – ein Umweltproblem

Dr.-Ing. Ulrich Böhme, Dresden

Ein ganzes Heft der Zeitschrift „deutsche architektur" (Heft 7/1970) ist dem Themenkomplex „Stadt und Verkehr" gewidmet worden. Das hat nicht nur bei Verkehrsplanern größte Beachtung und Anerkennung gefunden, denn es war eine neue wertvolle Anregung dafür, Stadt und Verkehr endlich als System zu erkennen und zu planen.

Das Phänomen Verkehr wird für den effektiven Ablauf der Prozesse bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution immer bedeutsamer. Es gewinnt dadurch auch auf den Städtebau und darüber hinaus auf die gesamte sozialistische Umweltgestaltung zunehmenden Einfluß. Jährlich werden in der DDR Milliardenbeträge in Vorhaben investiert, deren Funktionstüchtigkeit, Wirtschaftlichkeit und Gebrauchsgüte immer mehr auch vom Verkehr mitbestimmt werden. Deshalb soll die Problematik des Stadtverkehrs nochmals aufgegriffen werden. Ausgehend vom Wissen um die kollektive Verantwortung aller an der Gestaltung der Stadt Beteiligten soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die auch in Fachkreisen weitverbreitete subjektive Meinungsbildung zu Stand und Entwicklung des Personenverkehrsaufkommens überwinden zu helfen. Ergebnisse verkehrssoziologischer Forschungen, die im Wissenschaftsgebiet Verkehrsplanung der TU Dresden erarbeitet wurden, dienen als Diskussionsgrundlage (1).

Die nachstehenden Überlegungen beziehen sich auf das werktägliche Verkehrsaufkommen der städtischen Wohnbevölkerung als dem Potential der künftigen Verkehrszunahme.

Der Werktagsverkehr ist von besonderer Bedeutung, da er im allgemeinen die Ausgangsbasis für die generelle Planung und Dimensionierung städtischer Verkehrsnetze und -anlagen ist. Denn das Personenverkehrsaufkommen variiert bei der gegenwärtigen Arbeitszeitregelung an den Tagen Montag bis Freitag, Sonnabend, Sonntag etwa in der Relation 1,00 : 0,75 : 0,50 (2), (3).

Umwelt – Lebensbereich der Menschen

Umwelt, das ist die Gesamtheit der für uns Menschen bedeutsamen Elemente der natürlichen als auch der gebauten Umgebung. Sie ist der Lebensbereich der Menschen. Anders ausgedrückt: Wo Menschen produzieren und ihre schöpferische Kraft reproduzieren, da ist Umwelt.

Eine spezielle Umweltform und zugleich der entwickeltste menschliche Lebensbereich ist die Stadt. Abbildung 1 zeigt, wie auch in der DDR die Stadtbevölkerung beständig gestiegen ist. Für das Jahr 2000 wird damit gerechnet, daß nicht weniger als vier Fünftel aller DDR-Bürger in Städten leben. Diese Entwicklung wird noch durch den bis dahin erreichten natürlichen Bevölkerungszuwachs überlagert.

Bei intensivem Ausbau vorhandener Städte führt das zu einer weiteren absoluten Vergrößerung der Stadtbevölkerung und damit des städtischen Personenverkehrs.

In der Stadt konzentrieren sich die verschiedensten Umwelteigenschaften und -funktionen. Das führt bei der vordringlich gewordenen Neugestaltung des Lebensbereiches Stadt zu besonders zahlreichen und schwierigen Problemen, auf die nachstehend aus der Sicht des Verkehrsplaners eingegangen wird.

Verkehr – Schlüssel zur Umwelt

Verkehr als Teil der materiellen Produktion ist kein Selbstzweck. Im Gegenteil, er ist eine notwendige Voraussetzung zur Erschließung, Nutzung und Gestaltung der Umwelt im allgemeinen und der Stadt im besonderen. Die einzelnen städtischen Funktionsbereiche müssen durch eine zweckmäßige Verkehrserschließung ausreichend ver- und entsorgt werden.

Damit ist der Verkehr ein wichtiges Teilsystem im Gesamtsystem der menschlichen Umwelt und ein wesentlicher Bestandteil der technischen Umweltorganisation.

Dieser klare Standpunkt ist wichtig, um zu erkennen, daß eine so viel zitierte Metapher wie „Verkehr ist, wo etwas verkehrt ist" nur mit Einschränkung zutrifft. Erst der moderne Verkehr ermöglichte die Flächenausdehnung der Städte und die unterschiedliche Flächennutzung innerhalb der Städte. Das Leben in der funktional so differenzierten Umweltform Stadt, die Produktion unter den Bedingungen der Spezialisierung und Kooperation und die komplizierten Verflechtungen zwischen Produktion, Handel und Verbraucher sind ohne Verkehr eben nicht möglich.

■ Bedürfnisse – Ursachen des Verkehrs?

Beim gegenwärtigen Stand der Motorisierungsentwicklung sind etwa 80 Prozent aller Kraftfahrzeugfahrten nach Ursache und Zweck reines Personenverkehrsaufkommen. Dazu kommen die Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrrädern. Will man zu einem besseren Verständnis dieses erheblichen Anteils des Gesamtverkehrsaufkommens beitragen, muß zunächst der Frage nachgegangen werden, wodurch das Personenverkehrsaufkommen determiniert ist.

Aufschlußreiche Einzelheiten über Bedeutung und Art der Verkehrsursachen wurden bei der Fahrtzweckforschung gewonnen (1) und sind wie folgt zu interpretieren:

Im wesentlichen bewirken zwei Ursachenkomplexe die Verkehrsteilnahme. Zum einen sind es die primär existierenden Lebensbedürfnisse und Lebensgewohnheiten der Menschen. Diese ihrem Charakter nach subjektiven Ursachen führen wegen ihrer Umweltbezogenheit zu der objektiven Realität Personenverkehrsaufkommen. Obwohl es nie zuvor einen verkehrsintensiveren Lebensstil gab als heute, ist noch kein Endzustand erreicht. Zum anderen ist es die räumliche Verteilung der baulichen Einrichtungen für die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Bilden, Erholen, die zu komplizierten und vielgestaltigen Kommunikationsbeziehungen in der Stadt führt.

Es sind also strukturelle Verschränkungen des einzelnen mit Gesellschaft und Umwelt, die im Personenverkehrsaufkommen Dauergeformtheiten des Sollens und Wollens hinterlassen. Immer dann, wenn die Ausübung bestimmter Funktionen und Aufgaben oder die Befriedigung materieller beziehungsweise ideeller Bedürfnisse nicht am jeweiligen Aufenthaltsort möglich sind, ergibt sich die Notwendigkeit zu Ortsveränderungen, entstehen Verkehrsbedürfnisse.

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß die Verkehrsbedürfnisse in Wirklichkeit Verkehrserfordernisse sind. Denn die Mensch-Umwelt-Polarität infolge der bestehenden städtischen Bebauungs- und Funktionsstruktur und das damit verbundene Raum-Zeit-System erzwingen geradezu Verkehrsteilnahme. Verkehrsteilnahme ist also kein Freizeitluxus, sondern Mittel zum Zweck und wird sogar als „notwendiges Übel" empfunden.

Echte Reisebedürfnisse liegen eigentlich nur bei Ausflugs- und Urlaubsfahrten vor. Deren Anteil am werktäglichen Personenverkehrsaufkommen ist mit weniger als 5 Prozent jedoch sehr gering.

Trotz seines unzutreffenden Begriffsinhaltes ist das Wort Verkehrsbedürfnis zu einem terminus technicus geworden. Da es nicht mehr zurückerfunden werden kann, werden künftig Anführungsstriche benutzt (Verkehrs„bedürfnisse"), um die tatsächlich vorliegende Zwangssituation anzudeuten.

Sieht man vorerst von der langfristigen allmählichen Zunahme des Personenverkehrsaufkommens ab, kann man das Verkehrs„bedürfnis", gemessen an seiner Realisierung, einen weitgehend konstanten Wirkungsfaktor nennen.

Die für den Werktagsverkehr relevanten Ursachen werden auch im Prognosezeitraum die gleichen bleiben. Deshalb darf es als unrichtig gelten, wenn eine große Zunahme der auf eine Person bezogenen täglichen Fahrtenzahl bei weiterer Entfaltung der sozialistischen Lebensweise vorausgesagt wird. Vielmehr gehen Dreiviertel der tatsächlichen Zunahme des Straßenverkehrs aus der Konvertierung von Fahrten mit Fahrrad und öffentlichen Verkehrsmitteln in Kraftfahrzeugfahrten hervor.

Das Postulat der von Werktag zu Werktag konstanten Verkehrs„bedürfnisse" gilt nicht nur für die statistische Durchschnittsperson

oder für den Durchschnittshaushalt, sondern auch für konkrete demographische oder soziologische Gruppierungen. Das schließt nicht aus, daß die Verkehrs„bedürfnisse" bei einzelnen Personen und Personengruppen zu einer sehr unterschiedlichen Verkehrsteilnahme hinsichtlich des spezifischen Verkehrsaufkommens, der Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel, der Fahrtweite und so weiter führen. Von besonderer Bedeutung für derartige Unterschiede sind sozialökonomische Differenzierungen, die ein Gefälle in den Bedarfs- und Verhaltensstrukturen verursachen. Wie es – soziologisch bedingt – verbrauchstypische Gruppen in der Bevölkerung gibt, so existieren auch verkehrstypische Gruppen (4), (5).

Situationsbedingte Freiheiten und Bindungen sind die individuellen Entscheidungskriterien, die die Realisierung der Verkehrs„bedürfnisse" steuern. Das macht die Verkehrsteilnahme als Schlüssel zur Umwelt zu einer verkehrssoziologischen Kategorie.

■ Verkehrsaufkommen – die „rollende Woge"

Der Begriff „Verkehrs„bedürfnis" ist für die Planungspraxis nur von geringem Interesse. Da Verkehrs„bedürfnisse" weder beobachtet noch registriert werden können, wird in Praxis und Forschung das meßbare Verkehrsaufkommen analysiert.

Verkehrsaufkommen ist das realisierte Verkehrs„bedürfnis" je Zeiteinheit, das in einem konkreten Territorium als eine Anzahl Fahrten mit öffentlichen und individuellen Verkehrsmitteln auftritt.

Die Ergebnisse umfangreicher verkehrssoziologischer Untersuchungen bestätigen, daß das Personenverkehrsaufkommen eine von Werktag zu Werktag außerordentlich beständige Erscheinung ist (1). Das resultiert – folgerichtig – aus den kontinuierlich wirkenden Bedürfnissen und Funktionsbeziehungen der Menschen im Produktions- und Reproduktionsprozeß. Wie die Einzelerscheinung Verkehrsteilnahme, ist die Massenerscheinung Verkehrsaufkommen eine von der vorfindbaren städtischen Umwelt abhängige, ja erzwungene Verhaltensform des menschlichen Lebens.

Das Personenverkehrsaufkommen verlagert sich zunehmend auf Kraftfahrzeuge. Für diese auf unsere Städte zukommende „rollende Woge" muß die Verkehrsplanung umfangreiches Zahlenmaterial erarbeiten. Einige der dabei benötigten Gesetzmäßigkeiten sollen anhand der Begriffe spezifisches Verkehrsaufkommen und Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel erläutert werden.

■ Spezifisches Verkehrsaufkommen – ein universeller Kennwert

Ein wichtiger physikalischer Kennwert ist die Wichte (früher: spezifisches Gewicht). Es gibt an, wieviel Pond auf die Bezugseinheit Kubikzentimeter eines beliebigen Stoffes entfallen. Ähnliche Kennwerte existieren für das Personenverkehrsaufkommen und werden sinngemäß spezifisches Verkehrsaufkommen genannt.

Definiert ist das spezifische Verkehrsaufkommen (V_S) als das durchschnittlich von einer Bezugseinheit realisierte Verkehrs„bedürfnis" je Tag (Fahrten/Bezugseinheit, Tag). Gebräuchliche Bezugseinheiten sind Person und Haushalt, aber auch beliebige Differenzierungen von diesen, zum Beispiel berufstätige Personen, personenkraftwagenbesitzende Haushalte oder im übertragenen Sinn Moped, Kräder und Personenkraftwagen.

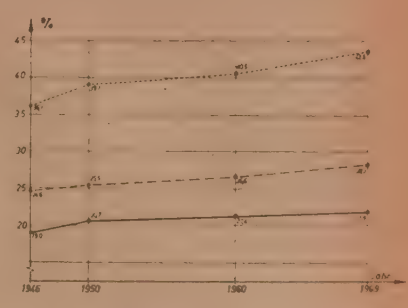
Die Kennwerte des spezifischen Verkehrsaufkommens sind allgemeingültige Bilanzierungs- und Berechnungsgrößen für die verkehrs- und stadtplanerische Praxis und gleichzeitig wertvolle Entscheidungshilfen bei Investitionsvorbereitungen und verkehrspolitischen Zielsetzungen. Als Berechnungsgrundlage für Analyse und Prognose des Personenverkehrs steht ein universeller Kennwertkatalog (als Auszug daraus Abbildung 2) mit demographischen, soziologischen und verkehrsstrukturellen Gesetzmäßigkeiten zur Verfügung (5).

■ Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel – facta und futura

Das spezifische Verkehrsaufkommen ist die Summe partieller spezifischer Verkehrsaufkommen, die auf einzelne am Personenverkehrsaufkommen beteiligte Verkehrsmittel entfallen. Die Begriffskombination Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel beschreibt nunmehr, mit welchen Verkehrsmitteln bestehende Verkehrswünsche realisiert werden. Dieser aktuelle Gegenstand verdient eine ausführliche Darlegung, da von ihm heute und in Zukunft alle verkehrsplanerischen und verkehrspolitischen Entscheidungen ausgehen, die auch den sozialistischen Städtebau nachhaltig beeinflussen.

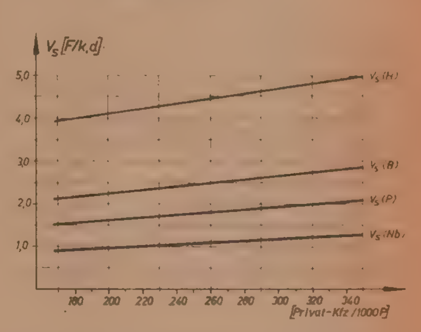
Bis vor kurzem gab es in der DDR zur Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel nur wenige fundierte Kenntnisse. Inzwischen konnte der Einfluß zahlreicher mikrostruktureller Gegebenheiten demographischer und soziologischer Natur nachgewiesen werden. Als markanteste Einflußfaktoren erwiesen sich jedoch Stadtgröße und Motorisierungskennziffer. Abbildung 3 enthält quantifizierte Zusammenhänge für gesamtstädtische Betrachtungen mit einem Ablesebeispiel. Je nach verkehrsstruktureller Situation eines Verkehrsbezirkes können diese Anteilsätze nach einer mathematischen Vorschrift weiter spezifiziert werden (5). Offenkundig ist, daß der auf öffentliche Verkehrsmittel entfallende Fahrtenanteil des Personenverkehrsaufkommens schon heute kleiner ist als er unserer Wunschvorstellung entspricht. Und mit zunehmender Motorisierung verändert sich die Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel weiter zugunsten individueller Verkehrsmittel. Zahlreiche Untersuchungsergebnisse unterstreichen diese höchst unerfreuliche Entwicklung.

Trotzdem werden Kritiker beispielsweise einwenden, daß doch die verschiedensten Varianten öffentlicher Verkehrsmittel in der Entwicklung seien und diese die Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel künftig beeinflussen (6). Dem ist entgegenzuhalten, daß dieses retardierende Moment zeitlich nicht vor Erreichen der Vollmotorisierung wirksam wird. Denn tatsächlich ist es

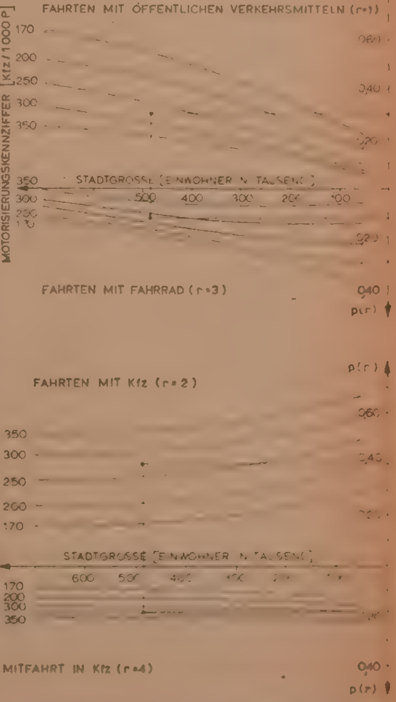


1 Prozentuale Anteile der DDR-Bevölkerung in Städten mit mehr als

········ 20 000 Einwohnern
– – – – 50 000 Einwohnern
——— 100 000 Einwohnern



2 Spezifisches Verkehrsaufkommen für die Bezugseinheiten Haushalt (H), Person (P) sowie berufstätige (B) und nichtberufstätige (Nb) Personen in Abhängigkeit von der Motorisierungskennziffer

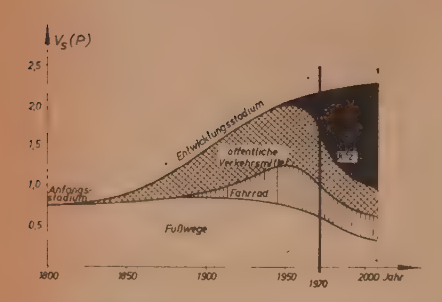


3 Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel in Abhängigkeit von Stadtgröße und Motorisierungskennziffer

Ablesebeispiel: Für eine Stadt von 480 000 Einwohnern ist bei einer Motorisierungskennziffer von 275 Kfz/1000 P folgende Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel zu erwarten:

p(r) für r = 1: 0,305
p(r) für r = 2: 0,415
p(r) für r = 3: 0,115
p(r) für r = 4: 0,165

$$\sum_{r=1}^{4} p(r) = 1{,}00$$



4 Entwicklungsschema der partiellen Vs-(P)-Werte für einzelne Verkehrsmittelkategorien (mit der vereinfachenden Annahme: Motorisierungsbeginn 1945)

so, daß in absehbarer Zeit vollkommenere oder nichtkonventionelle Systeme öffentlicher Verkehrsmittel unseren Städten nicht zur Verfügung stehen. Die Realisierung des Gedankens einer „individuellen Verkehrsbedienung durch öffentliche Verkehrsmittel" – die wohl einzige echte Alternative zur Personenkraftwagenbenutzung – ist noch sehr fern (7). Deshalb hat der Personenkraftwagen vorerst eine gesicherte Zukunft.

Das aber bedeutet, daß verkehrsverbessernde Maßnahmen noch Jahrzehnte in den Netzen des öffentlichen und individuellen Verkehrs erforderlich sind. Trotz der schon allein für Straßenverkehrsanlagen benötigten hohen Aufwendungen hat das Institut für Marktforschung Leipzig einen erheblichen volkswirtschaftlichen Nutzen der Vollmotorisierung errechnet, was freilich zu überprüfen wäre.

Umweltbeeinträchtigung – auch durch Verkehr

In die zweifellos vorhandenen qualitativen Fortschritte der Verkehrsentwicklung mischt sich Sorge, was nicht unerwähnt bleiben kann.

■ Benutzungsstruktur – Ursache des Dilemmas

Die vielbeklagten nachteiligen Folgen des Verkehrs sind nicht das Ergebnis einer außerordentlichen Zunahme des spezifischen Verkehrsaufkommens, sondern des Strukturwandels bei der Benutzung einzelner Verkehrsmittel (Abbildung 3 und 4).

Dieser Strukturwandel führte bereits dazu, daß sich der individuelle Verkehr von 1957 bis 1970 mehr als vervierfacht hat. Allerdings ist auch das nur Auswirkung und nicht Ursache, die vielmehr im rasch anwachsenden Lebensstandard und in den realen technischen Möglichkeiten zu suchen ist. Erst dadurch konnte es zu der unaufhaltsamen Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes kommen, die sich obendrein mehr und mehr auf Personenkraftwagen konzentriert.

Die Untersuchungen in (1) sowie des Institutes für Marktforschung haben erwiesen, daß der eigene Personenkraftwagen trotz hoher materieller Aufwendungen und – im Vergleich zu öffentlichen Verkehrsmitteln – vielfacher Unfallgefahr der Wunsch fast jeder Familie ist. Bei Verkehrserhebungen wird immer wieder deutlich, daß Personenkraftwagenhalter längst nicht mehr für, sondern mit ihrem Personenkraftwagen leben. Wie ein Fernsehgerät nicht zur Dekoration einer Zimmerecke, sondern zur Benutzung gekauft wird, ist auch der Personenkraftwagen kein Besitzluxus, sondern ebenfalls ein Gebrauchsgegenstand.

Verkehrssoziologische Untersuchungsergebnisse machen deutlich, daß die auf Individualisierung gerichteten Strukturverschiebungen bei der Verkehrsmittelbenutzung durch zunehmende Qualitätsansprüche an die Beförderungsleistungen im Personenverkehr stimuliert sind. Außerdem verliert der Kostenfaktor mit steigendem Lebensstandard an Bedeutung. Mehrausgaben bei Kraftfahrzeugbenutzung erscheinen gegenüber den erzielten Vorteilen mehr und mehr unwesentlich.

Zu diesen Vorteilen der Kraftfahrzeuge im Vergleich zu öffentlichen Verkehrsmitteln gehört es, daß Verkehrs„bedürfnisse" zu beliebigen städtischen Zielen und zu allen Fahrtzwecken jederzeit und mit erheblichem Zeitgewinn hochwertig realisierbar sind, unabhängig von Fahrplan und Haltestelle. Der Kraftfahrzeugverkehr muß deshalb als eine echte Bedürfnisäußerung der Bevölkerung anerkannt werden, da ihm hinsichtlich der Wahl des Verkehrsmittels im allgemeinen eine sehr reale Bewertung der Vor- und Nachteile zugrunde liegt.

■ Folgen des Verkehrs – nur eine Bilanz

Die uneingeschränkte Entwicklung des Individualverkehrs in seiner heutigen Form bleibt nicht ohne schwerwiegende Folgen für Umwelt und Gesellschaft.

▪ Die zunehmende Unfallwahrscheinlichkeit und -häufigkeit ist durch entsprechende Statistiken und täglich wiederkehrende Zeitungsberichte allgemein bekannt. Dabei sind Verkehrsplanung und Verkehrsorganisation, Straßenbau und Fahrzeugindustrie ebenso auf Unfallprophylaxe ausgerichtet wie die Verkehrserziehung. Eine weitgehende Überwindung der Unfallträchtigkeit des individuellen Verkehrs ist aber erst mit der verwirklichten Trennung der Verkehrsarten und automatisierten Fahrzeugführung (Geschwindigkeits-, Abstands- und Richtungskontrolle) zu erwarten.

Um trotz dieser betrüblichen Perspektive für eine sachliche Betrachtung offen zu bleiben, möge der Leser folgende Gegenüberstellung selbständig weiterverarbeiten: 1969 starben in der DDR 2047 Menschen an den Folgen von Verkehrsunfällen, 35 000 Menschen im arbeitsfähigen Alter an den Folgen der Rauchgewohnheit (8).

▪ Lärmemission und Luftverunreinigung liegen schon heute in ungezählten Straßen mit konzentrierter Wohnbebauung über den zulässigen Grenzwerten.

Allerdings sind weder verkehrsplanerische noch städtebauliche Maßnahmen geeignet, diesen nachteiligen Begleiterscheinungen des Kraftfahrzeugverkehrs erfolgreich zu begegnen. Deshalb müssen sie bereits am Entstehungsobjekt, also am Kraftfahrzeug selbst, gebannt werden, auch wenn das zu einer Verteuerung der Kraftfahrzeuge beziehungsweise Kraftstoffe führt. Zahlreiche realisierbare Lösungsvorschläge (z. B. Elektroauto) sind schon unterbreitet worden.

▪ Sehr nachteilig ist auch der erhebliche Flächenbedarf des fließenden und ruhenden Kraftfahrzeugverkehrs. Analog etwa zum Stoff-Zeit-Problem der Pädagogik könnte in der Verkehrsplanung von einem Verkehr-Fläche-Problem gesprochen werden. Eine Fahrspurbreite hat eben nur eine begrenzte Durchlaßfähigkeit von 800 bis 1000 Kraftfahrzeugen je Stunde. Zum anderen endet jede Benutzung individueller Verkehrsmittel mit einem Parkvorgang, wobei beispielsweise ein Personenkraftwagen rund 25 m² Stellfläche benötigt. Widersinnigerweise ist in mindestens 96 Prozent der möglichen Nutzungsdauer das Kraftfahrzeug ein „Stehzeug".

Verkehrswissenschaftler haben längst nachgewiesen, daß die Personenbeförderung mit individuellen Verkehrsmitteln um ein Vielfaches flächenaufwendiger ist als mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Aber der einzelne Verkehrsteilnehmer urteilt nach individuellen Vor- und Nachteilen und entscheidet daher nicht nur nach gesellschaftlichen Gesichtspunkten. Deshalb kann ein „Kampf" gegen den Kraftfahrzeugverkehr bestenfalls zu Teilerfolgen führen. Fast möchte man mit Goethe bekennen: „Die Geister, die ich rief, werd' ich nun nicht los!"

Die Schlußfolgerung daraus muß folgende sein: Wie es nicht angeht, die Herstellung eines wichtigen Produktes zu verbieten, nur weil sie sehr abwasserintensiv ist – es sind eben entsprechende Abwasserreinigungsmaßnahmen zu treffen – so müssen auch für den Kraftfahrzeugverkehr verstärkt Anstrengungen unternommen werden, um dessen unerwünschte Begleiterscheinungen gering zu halten.

■ Chaos – Zukunft des Verkehrs?

Nach allem bis hier Gesagten stellt sich unausweichlich die Frage, ob bei weiterer Zunahme des Individualverkehrs bis zu einem „Sättigungsverkehrsaufkommen" die Leistungsfähigkeit und Organisation städtischer Verkehrsanlagen in ihrer Gesamtheit ausreichend entwickelt werden können oder ob düstere Prognosen begründet sind.

Nach den Erfahrungen der heute schon hochmotorisierten Länder wird der häufig benutzte Begriff Verkehrschaos der tatsächlich zu erwartenden Situation nicht gerecht. Er ist durch einseitig journalistische Aufmachung der Verkehrsprobleme in den Sprachgebrauch gekommen. Anliegen einer besonderen Betrachtung müßte deshalb eine Definition dessen sein, wo Chaos im Verkehr beginnt, durch welche Symptome es gekennzeichnet ist und ab wann aktiv oder passiv am Verkehr Beteiligte diesen als „chaotisch" empfinden.

Die heute lebende Generation wird sich damit abfinden müssen, daß sie mit zunehmendem Motorisierungsgrad ihre Fahrzeuge immer weniger freizügig wird benutzen können. Die Verkehrssituation von heute im Leipziger Zentrum der Messe ist morgen in allen Stadtgebieten mit hohem verkehrsanziehendem und -erzeugendem Standard der „Normal"fall: Absinken der

Durchschnittsgeschwindigkeit auf weniger als 15 km/h (7), Passieren von Knotenpunkten teilweise erst beim zweiten Phasenumlauf, Einschränkung der freien Fahrtwegwahl, Schwierigkeiten beim Parken am eigentlichen Fahrtziel und so weiter.

Trotzdem berechtigt ein Resümee von Ergebnissen der internationalen Verkehrsforschung zu optimistischen Schlußfolgerungen hinsichtlich der Frage, ob Chaos die notwendige Folge des Verkehrs sein wird. Auch bei weiterer Zuspitzung des Verkehr-Fläche-Widerspruchs wird es nicht zu einem Verkehrschaos im Sinne des permanenten und totalen Zusammenbruches jeglichen Verkehrsablaufes kommen, von kurzzeitigen Störungen, etwa infolge eines Unfalles, abgesehen. In jeder Stadt wird sich aus der täglichen Erfahrung der Verkehrsteilnehmer ein Regelkreis bilden, der bewirkt, daß das Kraftfahrzeugverkehrsaufkommen im allgemeinen einen oberen Grenzwert nahe der Leistungsfähigkeitsgrenze ganzer Netzteile nicht übersteigt.

Obwohl ein solcher Zustand den Planern und den Menschen, für die geplant und gebaut wird, höchst unerwünscht ist, wird er nicht zu verhindern sein. Denn für sehr viele Verkehrsbeziehungen bleiben Reisezeitvorteile des individuellen gegenüber dem öffentlichen Verkehr bestehen. Ganz pauschal trifft das immer dann zu, wenn der öffentliche Verkehr in der Stadt

- nicht vom Individualverkehr getrennt ist
- eine geringe Bedienungshäufigkeit aufweist (Zugfolge > 10 Min.)
- mit seinen Bedienungspunkten mehr als 5 Minuten Fußweg vom tatsächlichen Ausgangs- oder Zielpunkt einer Ortsveränderung entfernt ist
- nur nach Umsteigen an das gewünschte Fahrtziel bringt.

Das öffentliche Verkehrsmittel wird also in absehbarer Zeit kein echtes Regulativ für die Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel sein. Erst das Erreichen der Leistungsgrenze größerer Straßennetzabschnitte wird ein begrenzendes Moment für das Kraftfahrzeugverkehrsaufkommen sein. Dabei ist gegenwärtig noch nicht abzusehen, ob dann wieder eine häufigere Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel zu erwarten ist. Wahrscheinlich ist, daß in diesem Stadium das spezifische Verkehrsaufkommen seinen Maximalwert erreicht (5).

■ Planung – Ordnung contra Chaos

Die provokatorische Frage nach der Zukunft des Verkehrs bleibt von größter Tragweite und kann in keiner Weise verniedlicht werden. Deshalb sind schon jetzt eine Reihe von Maßnahmen zielstrebig und planmäßig einzuleiten, um das drohende Chaos im Verkehr tatsächlich abzuwenden. Dabei ist keine Zeit zu verlieren! Der denkwürdige Satz in dem bekannten Buchanan-Report (9) zur Verkehrsentwicklung in Großbritannien sollte auch bei uns nicht übersehen werden:

„Wir übertreiben nicht, wenn wir sagen, daß die Größe des Problems und die Geschwindigkeit, mit der es auf uns zukommt, uns entsetzt hat."

Damit die Sorgen von dort nicht morgen unsere Sorgen sind, muß den Belangen des Verkehrs mehr Beachtung geschenkt werden, auch wenn ökonomische Nutzeffektberechnungen schwierig sind. Das Ziel muß ein städtebaulich integriertes Verkehrssystem sein, das die optimale Realisierung der Verkehrs„bedürfnisse" bei minimalen volkswirtschaftlichem Aufwand garantiert. Die strategische Konzeption zur Verwirklichung dieser Forderung muß eine interdisziplinäre Planung und Prognose sein. Welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus für die Planung des Personenverkehrs und der Stadt?

■ Verkehrsplanung – Beitrag zur Umweltgestaltung

Die Verkehrsplanung als wissenschaftliche Arbeitsmethode hat einen sehr hohen Stand erreicht. Sie ist in der Lage, prinzipielle sowie auch exemplarische Möglichkeiten zur Überwindung des Verkehr-Fläche-Widerspruches und zur sinnvollen Einordnung des Verkehrs in die städtische Umwelt aufzuzeigen.

Nach gründlicher Bestandsaufnahme und Sichtung aller erkennbaren Entwicklungstendenzen sind für die verkehrsplanerische Arbeit folgende Prämissen gegeben:

- Die Verkehrsplanung muß vom entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus in der DDR und dessen Prognose ausgehen.
- Im Verkehrswesen kann vorerst mit keiner weiteren „Revolution" gerechnet werden, wie sie einst durch Eisenbahn und Kraftfahrzeug ausgelöst wurde.
- Der Kraftfahrzeugbestand wird weiter steigen und eine Sättigung bei einem Kraftfahrzeug je Haushalt erreichen. Bezogen auf die durchschnittliche Haushaltsgröße in der DDR entspricht das einem Motorisierungsgrad von 2,5 Einwohnern je Kraftfahrzeug oder einer Motorisierungskennziffer von 400 Kraftfahrzeugen je 1000 Einwohner.
- Der heute noch hohe Anteil von Zweirad-Kraftfahrzeugen wird sich zugunsten des Personenkraftwagens stark verringern.
- Das spezifische Verkehrsaufkommen und die Fahrleistung je Person sowie der Fahrtenanteil mit Kraftfahrzeug und die Kraftfahrzeug-Einsatzkoeffizienten steigen.
- Der Flächenbedarf für einen Personen-Kilometer sowie für den ruhenden Verkehr werden weiter zunehmen.
- In absehbarer Zeit können die verkehrsintensiven Strukturdisproportionen unserer städtischen Umwelt nicht überwunden werden.

Im Ergebnis verkehrsplanerischer Untersuchungen sind meist Veränderungen oder Ergänzungen bestehender Verkehrsanlagen notwendig. Diese sind mit beträchtlichen Aufwendungen verbunden. Allein 1969 wurden im Verkehrswesen 2,8 Milliarden Mark investiert (10). Das sind 9,2 Prozent der Gesamtinvestitionen in der DDR, wovon ein erheblicher Anteil auf Städte entfällt. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe der Verkehrsingenieure, diesen Investitionen größtmögliche Effektivität zu sichern. Dazu sind kontinuierlich Voraussetzungen für sichere, leistungsfähige, funktionstüchtige und wirtschaftliche Verkehrsanlagen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang beschäftigen sich namhafte Verkehrsplaner mit der Perspektive des Stadtverkehrs (6), (11) und gelangen zwangsläufig zu der Kardinal-, frage, ob und wie eine maximale Individualisierung des Personenverkehrsaufkommens verhindert werden kann. Hier ist auch Saitz zu nennen, der folgende Alternativen erörtert:

- Uneingeschränkte Entwicklung des Individualverkehrs für unsere Städte abzulehnen
- Maximale Einschränkung des Individualverkehrs wegen der weit fortgeschrittenen Motorisierung nicht mehr praktikabel
- Proportionale Entwicklung des individuellen und öffentlichen Verkehrs durch begrenzte administrative Beschränkung der Kraftfahrzeugbenutzung.

Allein die zuletzt genannte Alternative kann als Modell für unseren zukünftigen Personenverkehr dienen. Es wird jedoch nur voll wirksam, wenn der öffentliche Verkehr unverzüglich im Sinne einer „werbenden Attraktivität" gefördert wird. Um dafür rasch vielseitige Lösungsvorschläge zu erhalten, wird dringend die Methode interdisziplinärer Ideenkonferenzen empfohlen (13).

Sicher ist, daß lediglich punktuelle Lösungen nicht mehr genügen. Vielmehr gilt es, durch Betrachtungen des Ganzen dem gesamten Verkehrssystem eine höhere Qualität zu verleihen. Die dazu notwendigen Entscheidungsprozesse im Sinne einer „konstruktiven" Verkehrsplanung (hinsichtlich Stadt- und Verkehrsstruktur, Gestaltung und Dimensionierung der Verkehrsnetze und -anlagen sowie Organisation des Verkehrsablaufes) sind aus umfassenden Verkehrsanalysen und -prognosen abzuleiten. Sie manifestieren sich in Generalverkehrsplänen. Bei laufender Fortschreibung und bedarfsgerechter Detaillierung für die bauliche Verwirklichung werden die Generalverkehrspläne zum Konzept für Ordnung contra Chaos im Verkehr.

Als wichtigste Forderungen der Verkehrsplanung sind zu nennen:

- Koordinierte Bearbeitung der Verkehrs-, Stadt- und Territorialplanung
- Funktionsüberlagerung in der Stadtstruktur
- Trennung der Verkehrsarten
- Ausbau verkehrsgerechter Netze und Knotenpunkte
- Beschränkung des fließenden und ruhenden Individualverkehrs in Stadtzentren
- Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebotes
- Rationelle Bewältigung des ruhenden Verkehrs.

Jede dieser Aufgaben ist für sich wichtig, so daß eine Wertung nicht möglich ist. Trotzdem können sie alle auf die Benut-

zungsstruktur der Verkehrsmittel zurückgeführt werden. Deshalb gewinnt der großzügige Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems eine herausragende Bedeutung.

Dabei hat sich die viel strapazierte Forderung nach mehr Attraktivität auf die Verringerung der Bruttoreisezeiten zu konzentrieren. Denn der Zeitaspekt ist das wichtigste Kriterium bei der Verkehrsmittelwahl. Vorschläge und Planungen, wie das erreicht werden soll, existieren in allen größeren Städten. Für deren Realisierung ist, gemessen an der Kraftfahrzeugbestandsentwicklung, noch sehr viel nachzuholen. Anderenfalls wird nicht zu verhindern sein, daß Fahrgäste öffentlicher Verkehrsmittel in völlig unerwünschter Größenordnung unwiederbringlich auf individuelle Verkehrsmittel „umsteigen".

Es wird deutlich geworden sein, daß die Verkehrsplanung eine Ingenieuraufgabe von größter gesellschaftlicher Bedeutung ist. Sie hilft verhindern, daß durch die Individualisierung des Verkehrs Vernunft Unsinn und Wohltat Plage werden.

■ Verkehrsstädtebau = Verkehr + Städtebau

Die Stadt wird ihren vielfältigen Funktionen immer mehr nur in dem Maße gerecht, wie ihr Verkehr funktioniert. Deshalb sind Stadt und Verkehr bei komplexen Rekonstruktions- und Erweiterungsmaßnahmen nach dem Gesetz der Ökonomie von Raum und Zeit bestmöglich aufeinander abzustimmen.

Dabei liegt neben der verkehrsplanerischen eine gewichtige stadtplanerische Aufgabe vor. Denn durch eine funktionelle und damit bauliche Neuordnung der Umweltform Stadt muß systematisch auf die Verringerung der Verkehrserfordernisse hingearbeitet werden.

In besonderem Maße betrifft das die Verkehrserfordernisse zwischen Wohnung und Arbeitsstelle. Noch vor zwei Jahrhunderten gab es praktisch keinen Berufsverkehr, da man „unter einem Dach" wohnte und arbeitete. Mit der bis heute fortschreitenden Arbeitsteilung kam es zur Trennung der Wohn- und Arbeitsbereiche und damit zum Berufsverkehr.

Bei rund 95 Prozent aller Arbeiter und Angestellten sind Wohn- und Arbeitsstätte nicht mehr identisch. Deshalb müssen gegenwärtig 60 Prozent der Berufstätigen ein Verkehrsmittel benutzen, um zeitökonomisch die Arbeitsstelle erreichen zu können. Das führt dazu, daß nicht weniger als 40 bis 50 Prozent des Personenverkehrs Fahrten zur Arbeitsstelle sind und von dort wieder zurück zur Wohnung. Da dieses erhebliche Berufsverkehrsaufkommen zeitlich und räumlich konzentriert auftritt, verursacht es größte Schwierigkeiten.

■ Zeitlich – da zum Beispiel auf die Frühspitzenstunde bis zu 12 Prozent des 24-Stunden-Verkehrs entfallen. Davon sind 85 Prozent bis 95 Prozent Fahrten zur Arbeitsstelle. Schon um wenige Minuten gestaffelte, noch mehr die gleitende Arbeitszeit (oder gar Arbeitswoche) können hier entscheidende Abhilfe schaffen

■ Räumlich – da ein großer Arbeitsplatzanteil auf den kleinen Flächenanteil des Stadtzentrums entfällt. Im Zentrumsbereich mit 1 km Radius liegen beispielsweise in Leipzig 20,2 Prozent, in Cottbus sogar 30,4 Prozent aller Arbeitsplätze. Dadurch und wegen der vielen anderen Funktionen wird das Stadtzentrum auch zum Verkehrszentrum und damit zum Zentrum der Verkehrsschwierigkeiten. Denn rund die Hälfte aller städtischen Personenfahrten haben Quelle beziehungsweise Ziel im Stadtzentrum oder durchfahren es.

Die Schlußfolgerung all dessen für unseren sozialistischen Städtebau sollte sein, keinesfalls die Trennung von Wohn- und Arbeitsbereichen fortzusetzen wie bisher (Tabelle 1). Die Standortwahl neuer Wohn- und Arbeitsstätten ist mehr denn je auch von den Ergebnissen entsprechender Verkehrsuntersuchungen abhängig zu machen, da die Schwelle zwischen Fußläufigkeit und Verkehrsmittelbenutzung bereits bei rund 1 km liegt. Der Weg zur Arbeit müßte nach ähnlichen Gesichtspunkten geplant werden wie der Weg zur Schule. „In dieser Hinsicht gedankenlose Lösungen übertragen die Probleme von einem Teilsystem (Städtebau) auf das andere (Verkehr)" (14).

Die Aufgabe besteht darin, einen hohen territorialen Kombinationseffekt zu schaffen. Unter anderem sollten dazu in Wohngebieten wenigstens so viel Arbeitsplätze angeboten werden, daß nicht mehr als 30 bis 40 Prozent der Berufstätigen auspendeln müssen (Mischstruktur). Geradezu prädestiniert sind dafür viele Bereiche außerhalb der unmittelbaren Produktion wie Forschung, Verwaltung und Handel, desgleichen jener große Teil der industriellen Produktion, von dem keinerlei Störungen des Wohnmilieus ausgehen. Das Argument, die fußläufige Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstätten bliebe wegen der Tätigkeit einzelner Familienmitglieder in verschiedenen Stadtgebieten ohne Erfolg, ist in zahlreichen Arbeiten widerlegt worden (15), (16), nicht zuletzt wegen der geringen durchschnittlichen Haushaltgröße in unseren Städten (kleiner als 2,4 Personen je Haushalt).

Tabelle 1: Anteil der berufstätigen Einwohner in neuen größeren Wohngebieten, die ihren Arbeitsplatz außerhalb des Wohngebietes haben (nach Angaben der zuständigen Büros)

Ort	Prozent aller Berufstätigen, die zur Arbeit mit Verkehrsmitteln auspendeln müssen[1])
Rostock Lütten Klein (1970)	80,5
Rostock Lütten Klein Süd und Nord (geplanter Endausbau)	66,0
Rostock-Evershagen (geplanter Endausbau)	59,1
Halle-Neustadt (1970)	49,4[2])
Halle-Neustadt (geplanter Endausbau)	62,5
Karl-Marx-Stadt, Planung für Wohngebiet Markersdorfer Hang (1980)	76,1

[1]) bereits unter der (in der Praxis nichtzutreffenden) Voraussetzung, daß alle Arbeitsplätze nur von den Bewohnern des jeweiligen Gebietes in Anspruch genommen werden.
[2]) Berufstätige (bzw. Arbeitsplätze) für den Aufbau von Halle-Neustadt sind mit enthalten.

Wie nachteilig die ungenügend fußläufige Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstätten ist, soll ein Zahlenexperiment zu Untersuchungen des Dresdner Berufsverkehrs (17) verdeutlichen: Täglich müssen dort 2,9 Millionen Personen-Kilometer zurückgelegt werden. Das entspricht mehr als 70 Äquatorumfahrten und einem „Zeitverlust" von 25 000 achtstündigen Werktagen.

Einem Planer darf das nicht gleichgültig sein.

Mit vorstehenden Ausführungen soll keineswegs das Gesamtproblem Stadt beziehungsweise Umweltgestaltung auf das Teilproblem Verkehr reduziert werden. Im Gegenteil! Unsere sozialistische Gesellschaftsordnung bietet die Voraussetzung dafür, daß Mensch, Produktion, Reproduktion und Verkehr als übergeordneter Kausalzusammenhang erkannt, geplant und bei der Umweltgestaltung nach dem Prinzip des größtmöglichen gesellschaftlichen Nutzens berücksichtigt werden (18).

Vor allem gilt es, „unnötigen" Verkehr zu vermeiden. Es geht darum, die stadtstrukturellen Umweltfunktionen so in einem Raum-Zeit-System zu gruppieren, daß durch größtmögliche Fußläufigkeit der potentiellen Verkehrserfordernisse der Fahrverkehr verringert wird.

Immer mehr Fachleute sind von der Notwendigkeit solcher stadtstrukturellen Veränderungen überzeugt. Das folgende Zitat steht für viele: „Alles spricht dafür, daß wir nach neuen, rationellen Stadtstrukturen forschen müssen und den Prozeß des stufenweisen Überganges von den bestehenden zu den künftigen Strukturen planmäßig steuern sollten" (19).

Eine andere städtebauliche Maßnahme zur Lösung der Verkehrsprobleme besteht darin, Haltestellenbereiche kompakt zu umbauen, um günstigere Voraussetzungen zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu schaffen (20).

Zusammenfassend kann gesagt werden:

■ Verkehrsstädtebau ist die Konzeption zur optimalen Berücksichtigung der Belange des Verkehrs im System Stadt. Dabei ist gleichgültig, ob es sich um künftig entstehende, neue oder um bestehende Städte handelt. In bestehenden Städten ist die Verwirklichung dieser Konzeption allerdings meist an die komplexe Stadtrekonstruktion gebunden. Die dabei zu verändernde Quantität ist in der Geschichte bisher einmalig. Der internationale Städtebau legt dafür ein beredtes Zeugnis ab.

■ Verkehrsstädtebau ist ein Bekenntnis für eine kulturvolle Umweltform Stadt und gleichzeitig die konsequente Absage an den häufig falsch praktizierten Planungsgrundsatz „Verkehr schafft Leben". Denn der massenhafte motorisierte Verkehr (sogar als ruhender Verkehr) zerstört städtische Erlebnisbereiche und Kommunikationszentren, wirkt trennend und nimmt keinerlei Anteil am Leben beiderseits der Straße

■ Verkehrsstädtebau hat demzufolge als Ergebnis nicht die Autostadt schlechthin.

„Unser Ziel ist nicht, „autogerechte", sondern menschengerechte Städte zu bauen" (21).

- Verkehrsstädtebau setzt – im Interesse der perspektivischen Umweltnutzer – Gemeinschaftsarbeit voraus. Neben Zusammenarbeit mit Fachleuten der verschiedensten Disziplinen müssen vor allem Verkehrs- und Stadtplaner zu einer fruchtbaren Partnerschaft finden, wie das gegenwärtig in Magdeburg angestrebt wird.

Verkehrsforschung – Weg zum Fortschritt

Aus der Sicht des hier behandelten Themas sei es erlaubt, Untersuchungen zum Personenverkehr in Städten hervorzuheben (1), (5). Mit diesen ist es gelungen, in der Planung dringend benötigte Zusammenhänge zwischen demographisch-soziologischen sowie verkehrsstrukturellen Faktoren und dem Personenverkehrsaufkommen zu quantifizieren.

Es entspricht den Forderungen des Zentralen Arbeitskreises „Basisstruktur der Verkehrsanlagen" beim Forschungsrat der DDR, daß diese Ergebnisse kontinuierlich zur Qualifizierung der Planungstätigkeit aufbereitet wurden und werden. Sie sind in einem Kennwertkatalog für Analyse und Prognose zusammengefaßt. Davon ausgehend wurde ein Verkehrserzeugungsmodell entwickelt, womit für beliebige stadt- und verkehrsbezirkstypische Gegebenheiten das Personenverkehrsaufkommen wirklichkeitsnah berechnet werden kann.

Damit sind die Voraussetzungen zur Planung des städtischen Personenverkehrs auch aus der Sicht der Umweltgestaltung zielstrebig weiterentwickelt worden:

- Somit kann bereits im Planungs- und Projektierungsstadium neuer Wohngebiete beziehungsweise Städte der später dort vorhandene Verkehr sehr genau vorausberechnet werden
- Für experimentelle Stadtschemata und Varianten der Flächennutzung ist es möglich geworden, das Verkehrsaufkommen zu simulieren, um zu optimalen Lösungen zu kommen
- Der verkehrspolitischen Entscheidungsfindung und der wissenschaftlich begründeten Investitionstätigkeit werden eine Vielzahl von Fakten und Tendenzen in die Hand gegeben
- Öffentlicher und individueller Verkehr wird im Zusammenhang betrachtet
- Prognoseberechnungen erlangen einen höheren Grad von Wahrscheinlichkeit
- Zusammenhänge zwischen Ursachen (Mensch-Umwelt-Polarität) und Wirkung (Verkehrs„bedürfnis") des Personenverkehrs wurden erkannt.

Das ist ein konkreter Beitrag der Verkehrsforschung zur Planung, Ordnung und gezielten Beeinflussung des Personenverkehrs in Städten und damit ein Beitrag zur sozialistischen Umweltgestaltung.

Die Umweltbezogenheit der Verkehrsprobleme stellt darüber hinaus zahlreiche weitere Forschungsaufgaben. Das erfordert interdisziplinäre Zusammenarbeit auch im Bereich der Forschung. Von dieser Erkenntnis ausgehend, wurde an der Technischen Universität Dresden der Problemkreis „Sozialistische Umweltgestaltung" als Hauptstrukturlinie für die Forschung proklamiert. Ein wichtiges Strukturelement ist darin die Verkehrsforschung. Auch durch die übergeordnete Wissenschaftsorganisation wird eine hohe Effektivität der system- und prozeßorientierten Verkehrsforschung angestrebt. Davon ausgehend wurde im Januar 1971 das „Zentrale Forschungsinstitut des Verkehrswesens der DDR" gegründet. Dieses gibt Richtung und Ziel an, wie durch planmäßig erbrachte Pionier- und Spitzenleistungen der Forschung dem Personenverkehr in den Städten – einem akuten Umweltproblem – zu einer höheren Qualität verholfen werden kann. Die Aufgabe der Verbesserung des Verkehrs stellte bereits der VII. Parteitag der SED. Dort wurde noch umfassender so formuliert: Das Verkehrswesen insgesamt ist zu einem starken Produktivitäts- und Wachstumsfaktor zu entwickeln.

Zusammenfassung

Das Verkehrsproblem in Städten ist eindeutig ein Problem des Personenverkehrs. Deshalb wurde letzterem hier besondere Bedeutung beigemessen. Verkehrssoziologische Untersuchungen erwiesen, daß wie nie zuvor der Verkehr Schlüssel zur Umwelt ist und zu den sichtbarsten Symptomen des Wandels unserer Lebenserfordernisse gehört. Folge des wachsenden Lebensstandards und der damit verbundenen Güteansprüche an die Personenverkehrsleistung (Zeitaufwand) ist die zunehmende Individualisierung des Verkehrs, die allerdings erhebliche Umweltbeeinträchtigungen verursacht.

Aus diesem Grund sollte der Prozeß Verkehrsursachen – Verkehrs„bedürfnisse" – Verkehrsaufkommen nicht länger selbstregelnd weiterexistieren wie bisher. Es gilt zu handeln. Voraussetzung dazu ist, daß der Verkehr als technisch-organisatorischer Bestandteil der Umwelt zum Gegenstand umfassender Forschung und Planung wird. Beispielsweise werden Ausbauplanungen für den öffentlichen und individuellen Verkehr ebenso benötigt wie wissenschaftlich begründete Vorgaben für eine „verkehrsgerechte" Stadtstruktur oder Begrenzung der horizontalen Stadtentwicklung. Denn die sozialistische Gesellschaft soll die Zukunft des Verkehrs nicht „erleiden" müssen.

Zahlreiche neue Forschungsergebnisse zum Personenverkehrsaufkommen können zur Lösung derartiger Aufgaben herangezogen werden. Unter anderem stehen systemwirksame Grundlagen für eine qualitativ neue Methodik zur Berechnung vielseitiger Verkehrsdaten bis hin zur Netzberechnung zur Verfügung.

Im Verkehr ist bereits eine Situation herangereift, wo notwendige Sofortmaßnahmen nur zum Nachteil für unsere Gesellschaft aufgeschoben werden können. Denn es wird ohnehin aus ökonomischen Gründen für lange Zeit eine Diskrepanz zwischen den sich schnell entwickelnden Erfordernissen des Verkehrs und deren nur schrittweiser Realisierung verbleiben.

Vielleicht kann dieser Beitrag mithelfen, Unerwünschtes rechtzeitig zu verhindern, Notwendiges zu beschleunigen und echte Probleme neu zu überdenken.

Literatur

(1) Forschungsbericht „Verkehrsanalyse auf der Grundlage demographisch-soziologischer Abhängigkeiten des spezifischen Verkehrsaufkommens", 1970, TU Dresden, Wissenschaftsgebiet Verkehrsplanung, Leiter: Prof. Dr.-Ing. habil. W. Christfreund

(2) Forschungsbericht „Mobilität (Ortsveränderungen) der Einwohner in Städten der DDR", Institut für Verkehrsforschung, Berlin 1970

(3) Drangmeister, K.: Kraftfahrzeug-Verkehrsaufkommen von Wohngebieten unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsspitzenzeiten, Dissertation, TH Hannover 1967

(4) Böhme, U.: Verkehrsaufkommen und Soziologie, Die Straße, 1970, Heft 2

(5) Böhme, U.: Grundlagen zur Berechnung des städtischen Personenverkehrs, Wissenschaft und Technik im Straßenwesen, 1971, Heft 13

(6) Wehner, B.: Zukünftige Verkehrsnetze für großstädtische Regionen, VDI-Berichte, 1970, Nr. 150

(7) Rabe, U.: Perspektive des städtischen Schnellverkehrs, deutsche architektur, 1970, Heft 7

(8) Sächsische Zeitung vom 18. Februar 1971

(9) Buchanan, C.: Verkehr in Städten, Vulkan-Verlag Essen 1964

(10) Leiser, K.: System- und prozeßorientierte Forschung – Mittel zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Verkehrswesen, Die Straße, 1971, Heft 1

(11) Glißmeyer, H.: Perspektiven und Grenzen des Straßenverkehrs, deutsche architektur, 1970, Heft 7

(12) Saitz, H.: Die autogerechte Stadt?, deutsche architektur, 1971, Heft 5

(13) Gilde, W., Starke, C. D.: Ideen muß man haben, Sonderheft der Zeitschrift „Urania", 1970

(14) Brenner, J.: Unveröffentlichter Vortrag „Stadtstrukturen" beim Intensivlehrgang „Sozialistische Umweltgestaltung" der TU Dresden, Januar 1971

(15) Vogler, P., Kühn, E.: Medizin und Städtebau, Verlag Urban & Schwarzenberg, München 1957, Bd. 2, S. 261 ff.

(16) Alexander, K., Rudnewa, N., Pleschkowa, R.: Untersuchung der Abhängigkeiten zwischen der Entfernung der Arbeitsplätze und der Zahl der Berufstätigen pro Familie, Moskau 1969

(17) Winkler, Niewand: Die Länge der Berufswege im Verkehrsgebiet Dresden, Deutsche Eisenbahntechnik, 1965, Heft 10

(18) Ikonnikow, A. W.: Entwicklungsperspektiven der sozialistischen Stadt, deutsche architektur, 1971, Heft 1

(19) Macetti, S.: Perspektiven der sozialistischen Architektur, deutsche architektur, 1970, Heft 8

(20) Scheleichowski: Der Einfluß des Verkehrs auf die Komposition des Stadtplanes, Giprogor, Leningrad 1956

(21) Krenz, G.: In: Städte und Stadtzentren in der DDR, Verlag für Bauwesen, Berlin 1969



Informationen

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Erich Müller, Magdeburg, 4. August 1896, zum 75. Geburtstag

Architekt Hermann Rey, Rodleben, 6. August 1901, zum 70. Geburtstag

Architekt Kurt-Karl Kitzler, Nauen, 8. August 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt Georg Maibaum, Dresden, 8. August 1901, zum 70. Geburtstag

Architekt Gerhard Straßburg, Berlin, 8. August 1896, zum 75. Geburtstag

Architekt Ingenieur Gustav Schmidt, Steinach, 9. August 1901, zum 70. Geburtstag

Architekt Ingenieur Gerda Reschke, Leipzig, 10. August 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Herbert Blei, Treuen, 17. August 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt Ingenieur Ewald Rottmann, Plauen, 19. August 1911, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Architekt Gerhard Heising, Halberstadt, 25. August 1921, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Karl Pust, Potsdam, 25. August 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Helmut Frister, Plauen, 27. August 1921, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Wolfgang Fraustadt, Halle, 28. August 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt William Müller, Zeitz 31. August 1906, zum 65. Geburtstag

und nachträglich
Architekt Berthold Schneider, Mölkau bei Leipzig, 21. Juni 1971, zum 60. Geburtstag

Weiterbildungsseminar der Bezirksgruppe Schwerin des BdA

Die umfangreichen Veränderungen, die ständige Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft haben ihre unmittelbare Auswirkung auch auf Städtebau und Architektur. Damit entwickeln sich auch die Aufgaben des Architekten ständig weiter. Er erhält immer größere Verantwortung bei der Gestaltung der Umwelt und bei der Leitung und Koordinierung bedeutender, volkswirtschaftlicher und kultureller Prozesse.

Die Zunahme der Verantwortung für die technische und künstlerische Bewältigung der wachsenden Bauaufgaben verlangen vom Architekten eine ständige Qualifizierung und Aneignung der neuesten Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus, der technischen und Organisationswissenschaften.

In Erkenntnis dieser Zusammenhänge führte die Bezirksgruppe Schwerin des BdA am Wochenende vom 5. bis 7. 3. 1971 das erste Weiterbildungsseminar für Architekten durch.

Auf dem Themenplan standen Vorträge über die Ergebnisse der 14. Plenartagung des ZK der SED unter besonderer Beachtung der bezirklichen Wirtschaftspolitik, über die Strukturpolitik im Norden der Republik. Ferner wurden Grundsätze zur komplexen Grundfondspolitik und ihrer Auswirkungen auf Forschung und Entwicklung in den Baukombinaten behandelt und daraus Verpflichtungen aus der Verantwortung der Architekten, Städteplaner und Projektanten abgeleitet.

Mehrere Filme über die Anwendung von Automatisierung und Organisationswissenschaften in der Bauvorbereitung bereicherten das Programm, und ein Diskussionsabend mit Mitgliedern des Verbandes Bildender Künstler über Architektur und bildende Kunst ergab interessante Einblicke in das Schaffen der Künstler und zeigte zugleich die Notwendigkeit einer engen Gemeinschaftsarbeit zwischen Architekten und bildenden Künstlern, um zu gültigen Ergebnissen in bezug auf eine Synthese von Architektur und bildender Kunst zu kommen.

Die Seminare sollen in regelmäßiger Folge fortgesetzt werden.

Heinrich Handorf

Standardisierung

Am 1. Juli 1972 wird der DDR-Standard TGL 20 805, Blatt 3, **Elektrische Leuchten,** Prüfung, in der Ausgabe Dezember 1969 verbindlich. Nach allgemeinen Festlegungen folgen solche zur Kontrolle der elektrischen Forderungen, konstruktiven Forderungen, allgemeinen mechanischen Forderungen, thermischen Forderungen, des Schutzes gegen Wasser, Staub, Feuchte und explosive Gase, der lichttechnischen Forderungen für Leuchten für Beleuchtungszwecke, der Aufschriften sowie zum Nachweis der Korrosionsbeständigkeit und der Funk-Entstörung.

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens TGL 10 723 **Vielgeschossige Gebäude und Hochhäuser,** Bautechnische und brandschutztechnische Forderungen, in der Ausgabe September 1970 verbindlich. Außer dieser und anderen allgemeinen Festlegungen sowie brandschutztechnischen Forderungen betreffen die bautechnischen Regelungen den Ausbau.

Ebenfalls am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard TGL 10 732, Blatt 2, **Verkaufsstätten,** Verkaufsraumflächen über 1000 m², Bautechnische und brandschutztechnische Forderungen, in der Ausgabe September 1970 verbindlich. Die einzelnen Festlegungen betreffen den Standort, die Art, Lage und Höhe der Räume, Feuerwiderstandsklassen und Brandabschnittsgrößen, Evakuierungswege und -ausgänge, Rauch- und Wärmeableitung und sonstige brandschutztechnische Forderungen sowie den Ausbau.

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 11 462 Blatt 3, **Baugrundmechanik;** Prüfungen an Lockergesteinsproben im Laboratorium, Bestimmung der Konsistenzgrenzen, in der Ausgabe August 1970 verbindlich. Die Einzelheiten betreffen Begriffe, Prüfeinrichtung, Grundsätze, Durchführung und Auswertung der Prüfung sowie Vorbereitung der Probe.

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens TGL 22 826 Blatt 2, **Kabelabdeckungen,** Kabelschutzhauben, Kabelabdeckplatten aus Beton, in der Ausgabe November 1970 verbindlich. Zunächst werden Begriffe des Untertitels geklärt. Es folgen Festlegungen zum Sortiment, zur Bezeichnung, Prüfung, Kennzeichnung, Lieferung, zum Transport und zur Lagerung sowie technische Forderungen.

Als Fachbereichstandard des Bauwesens wurde die TGL 22 903, **Bewegungsfugen in Bauwerken,** Anordnung, Ausbildung, in der Ausgabe April 1970 am 1. Januar 1971 verbindlich. Der Standard klärt Begriffe und enthält Festlegungen zur Anordnung der Dehnungsfugen, der Setzungsfugen, von Bewegungsfugen für sonstige Zwecke, zur Fugenausbildung, zu Fugenbreiten, zur Fugenfüllung und Fugenabdeckung. Für Talsperren, Straßen und Brücken der Verkehrswege ist der Standard nicht anzuwenden.

Am 1. Januar 1971 wurden auf dem Gebiet der technischen Keramik, in der Ausgabe April 1970 verbindlich: TGL 11 513 **Rohre und Formstücke mit Muffen aus keramischen Werkstoffen,** Übersicht; TGL 11 514, Muffen aus keramischen Werkstoffen, Konstruktionsmaße, TGL 11 515 Rohre mit Muffen aus keramischen Werkstoffen, TGL 11 516 Bogen mit Muffen aus keramischen Werkstoffen, TGL 11 517 Abzweige 90° mit Muffen aus keramischen Werkstoffen, TGL 11 518 Abzweige 70° mit Muffen aus keramischen Werkstoffen, TGL 11 519 Abzweige 45° mit Muffen aus keramischen Werkstoffen, TGL 11 521 Übergangsstücke mit Muffen aus keramischen Werkstoffen, TGL 11 522 Reinigungsrohre mit Muffen aus keramischen Werkstoffen, TGL 11 574 Geruchsverschlüsse mit Muffen aus keramischen Werkstoffen.

Am 1. Januar 1971 wurden die Fachbereichstandards TGL 40–120 **Labortechnik; Spülbecken** mit gleichhohen Wänden aus keramischen Werkstoffen, TGL 40–121 Spülbecken mit erhöhter Rückwand aus keramischen Werkstoffen und TGL 40–122 Spülbecken mit Trennwand aus keramischen Werkstoffen, in der Ausgabe Mai 1970 verbindlich.

Als Entwurf Mai 1970 wurde der DDR-Standard TGL 11 462 Blatt 8, **Baugrundmechanik;** Prüfungen an Lockergesteinsproben im Laboratorium, Bestimmung der lockersten und dichtesten Lagerung von Sanden, vorgelegt. Er enthält Begriffserklärungen, Einzelheiten zur Prüfeinrichtung, zu Grundsätzen der Prüfung, zur Vorbereitung der Proben, Durchführung der Prüfung und Auswertung. -er.

Rechtsnormen

Am 1. Januar 1971 trat das Gesetz über die **Aufhebung von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Finanzierung des Wohnungsbaues** vom 14. Dezember 1970 (GBl. I Nr. 24 S. 374) in Kraft. Danach wurden die Gesetze aus den Jahren 1958 und 1959 sowie die Durchführungsbestimmungen aus den Jahren 1958, 1960, 1962 und 1964 aufgehoben. Die Neuregelung erfolgt durch den Ministerrat.

An die Stelle der Investitionsgrundsätze von 1967 trat am 1. Januar 1971 der Beschluß über die **Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds** vom 16. Dezember 1970 – Auszug – (GBl. II Nr. 1 S. 1). Die wissenschaftliche Vorbereitung der Investitionen ist eine entscheidende Voraussetzung zur Erreichung einer hohen volkswirtschaftlichen Effektivität. Die Erarbeitung der Dokumentation zur Vorbereitung der Grundsatzentscheidung ist die wichtigste Phase der Vorbereitung eines Investitionsvorhabens. In dieser Phase ist völlige Klarheit über die Effektivität, die inhaltliche Lösung des Investitionsproblems, die notwendigen Maßnahmen zur Realisierung sowie die dafür erforderlichen Investitionsaufwendungen zu schaffen. Zur Pflicht der Auftragnehmer gehört, verbindliche Preisangebote abzugeben. Mit der Grundsatzentscheidung wird die Vorbereitung der Investitionen abgeschlossen. – In dem Beschluß wird ferner die Leitung und Organisation der Durchführung von Investitionen geregelt. Dazu gehören die Aufgaben der Investitionsauftraggeber und der Generalauftragnehmer, die die Lieferungen und Leistungen einschließlich der Projektierungs-, Koordinierungs- und Leitungsaufgaben auf der Grundlage von Investitionsleistungsverträgen übernehmen. Es ist die Pflicht der GAN, nutzungs- bzw. funktionsfähige Einheiten zu übergeben. Die Investitionstätigkeit ist planmäßig zu einem hocheffektiven Prozeß der industriellen Produktion funktionsfähiger Tätigkeit zu entwickeln. Die Projektierung ist voll in den Reproduktionsprozeß der General- und Hauptauftragnehmer-Kombinate und -Betriebe einzuordnen.

Es sind zu erarbeiten

- katalogisierte Systemlösungen
- effektivste Problemlösungen als Grundlage für das durch den Generalauftragnehmer abzugebende verbindliche Angebot einschließlich des verbindlichen Preisangebotes
- Ausführungsobjekte.

Auch ein Normativsystem für materielle und finanzielle Aufwendungen der Investitionen gehört hierzu. Die Verantwortung der örtlichen Staatsorgane bei der Durchsetzung der komplexen Planung und Leitung der Reproduktion der Grundfonds wirkt sich aus auf die

- Erarbeitung der Standortangebote
- Standortbestätigung
- Variantenuntersuchungen zum Mikrostandort
- Standortgenehmigung und
- einheitliche Grundfondsverwaltung.

Zu dem Ministerratsbeschluß gehören die Grundsätze für die Bildung, Planung, Bestätigung und Kontrolle der Preise für Industrieanlagen einschließlich der ökonomischen Regelungen für General- und Hauptauftragnehmer.

Die Verordnung über die **Durchführung der Kredit- und Zinspolitik** gegenüber Betrieben mit staatlicher Beteiligung vom 15. Dezember 1970 (GBl. II Nr. 98 S. 699) ist insoweit interessant, weil sie auch diese Betriebe als Investitionsauftragnehmer behandelt und ihre materielle Realisierung sichert.

Für den Industriebau und im Verkehrsbau ist die Vierte Durchführungsbestimmung zur **Energieverordnung** vom 29. Januar 1971 (GBl. II Nr. 25 S. 217) zu beachten, die am 26. Februar 1971 in Kraft trat.

Am gleichen Tage trat die Anordnung Nr. 1 zur **Änderung der** Arbeitsschutz- und Brandschutzanordnung 522/1 – **Kälteanlagen** – vom 15. Januar 1971 (GBl. II Nr. 24 S. 215) in Kraft.

Die Anordnung Nr. Pr. 54 über die **Kalkulation und die Ordnung der Bestätigung von Industriepreisen** für Erzeugnisse und Leistungen der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, der Produktionsgenossenschaften des Handwerks und der privaten Betriebe vom 15. Dezember 1970 (GBl. II Nr. 96 S. 672) trat am 1. Januar 1971 in Kraft. -er.

Kurzfassung		Содержание

KB 087.1 DK 72:061.231:061.3

. . .

Entschließung des 6. Bundeskongresses des BdA der DDR
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 7, S. 391 bis 393
Der 6. Bundeskongreß des Architektenverbandes der DDR nahm eine Entschließung an, in der die Aufgaben des Bundes in den kommenden Jahren festgelegt werden. Als wichtigste Aufgaben des Verbandes werden die Erhöhung des gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins der Architekten, das Streben nach höchster volkswirtschaftlicher Effektivität und künstlerischer Meisterschaft, die Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und die Weiterbildung der Architekten hervorgehoben.

391

УДК 72:061.231:061.3

. . .

Решение 6-го Съезда союза немецких архитекторов (БДА) в ГДР
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 7, стр. 391 до 393
6-й съезд БДА в ГДР принял решение, в котором установлены задачи союза в следующих годах. Повышение сознания общественной ответственности архитекторов, стремление к наибольшей экономической эффективности и художественному мастерству, способствование социалистической совместной работе и дальнейшая квалификация архитекторов подчеркиваются как важнейшие задачи, стоящие перед союзом.

KB 62-606.3 DK 711.4.001.1:725+727(430.2)

Prendel, W.
Neue Funktionslösungen für gesellschaftliche Bauten
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 7, S. 394 bis 401, 2 Grundrisse, 1 Schnitt, 1 Ansicht, 1 Lageplan, 4 Perspektiven, 3 Schemata
Neben der Einführung des Wohnungsbausystems 70 müssen auch neue Funktionslösungen für gesellschaftliche Bauten im Wohngebiet geschaffen werden, die optimal in das zu schaffende Wohnungsbausystem und in die Bauweisen für Mehrzweckbauwerke integriert werden können. Nur so kann rationell eine spürbare Effektivität im komplexen Wohnungsbau erreicht werden. Durch eine Annäherung und Überlagerung der Bauweisen und Konstruktionen können variable und flexible Komplexlösungen entwickelt werden. Die notwendigen und möglichen Funktionskopplungen der Bereiche Erziehung der Kinder und Jugendlichen, Handel und Versorgung, Bildung, Sport und Dienstleistungen sowie gastronomische Versorgung werden untersucht; der Entwicklungsstand von Teilkomplexen wird aufgezeigt. Anhand zahlreicher Übersichten und Entwurfslösungen für einige Bereiche wird eine Orientierung auf Probleme und Prozesse der weiteren Entwicklung gesellschaftlicher Bauten im Wohngebiet gegeben. Ein Schemaentwurf für ein Wohngebietszentrum zeigt mögliche Funktionsüberlagerungen.

394

УДК 711.4.001.1:725+727(430.2)

Prendel, W.
Новые функциональные решения для общественных зданий
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 7, стр. 394 до 401, 2 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе, 1 вид, 1 план расположения, 4 перспективы, 3 схемы
Кроме внедрения системы жилстроительства 70 следует также создать новые функциональные решения для общественных сооружений в жилом районе, которые могут оптимальным образом интегрироваться в создаемую систему жилстроительства и в режимы строительства универсальных сооружений. Только такое действие позволит рационально добиться заметной эффективности в комплексном жилищном строительстве. Приближение метод друг к другу и координация режимов строительства и конструкций могут открывать возможности развития гибких комплексных решений. Исследованы необходимые и возможные сцепления функций в областях воспитания детей и молодежи, торговли и снабжения, образования, спорта, бытового обслуживания и гастрономического обеспечения. Показано состояние развития парциальных комплексов. Дается ориентировка на проблемы и процессы дальнейшего развития общественных сооружений в жилом районе на основе большого числа обзоров и проектных решений для некоторых областей. Схема-проект для центра одного жилого района показывает возможные наложения функций.

KB 622.4/.53 DK 727.3:61

Eberlein, K.
Zur räumlichen Struktur des klinischen Labor- und Forschungskomplexes bei der Planung medizinischer Hochschulbereiche
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 7, S. 406 bis 409, 1 Schema, 3 Pläne, 3 Isometrien, 3 Grundrisse
Der Verfasser reduziert bewußt die möglichen Zuordnungen der medizinischen Bereiche des Laborkomplexes auf drei wesentliche und typische Funktions- und Gestaltungsformen: Flächenlösung, Bandlösung, Punktlösung. Entscheidende Gebrauchswertaspekte, Probleme bei der Raumgruppierung und Erschließung des Labor- und Forschungskomplexes und die Auftretenden Personen- und Warenflüsse bei der räumlichen Zuordnung der Bereiche werden für jede einzelne Lösung kritisch diskutiert und eingeschätzt.
Das Abbildungsmaterial verdeutlich und unterstreicht die Absichten des Autors.

406

УДК 727.3:61

Eberlein, K.
О пространственной структуре комплекса клинической лабораторной и исследовательской работ при планировании медицинских секций вузов
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 7, стр. 406 до 409, 1 схема, 3 плана, 3 изометрии, 3 гориз. проекции
Нарочно артор ограничивает число возможных причислений медицинских секций лабораторного комплекса на три существенных и типичных формы функции и оформления: Плоскостное, ленточное и точечное решения. Критически обсуждены и оценены для каждого отдельного решения решительные аспекты употребительного значения, проблемы пространственной группировки и открытия лабораторного и исследовательского комплекса как и возникающие при пространственной группировке областей движения людей и товаров. Иллюстрации поясняют и подчеркивают намерения автора.

KB 622.4 DK 727.3(439)

Lasch, R.; Gahler, E.
Hochschulbau in der Ungarischen Volksrepublik
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 7, S. 411 bis 413, 8 Abbildungen, 2 Perspektiven, 2 Grundrisse, 1 Ansicht, 1 Schnitt
Eine Studienreise in die Ungarische Volksrepublik diente einem Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Hochschulbauten. Folgende Hochschulen und Universitäten werden im einzelnen näher erläutert:
Technische Universität Budapest, Verkehrshochschule der Technischen Universität Gyor, Universität Debrecen, Agrarwissenschaftliche Hochschule in Debrecen, Technische Universität für Schwermaschinenbau Miscole.

411

УДК 727.3(439)

Lasch, R.; Gahler, E.
Строительство вузов в Венгерской Народной Республике
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 7, стр. 411 до 413, 8 илл., 2 перспективы, 2 гориз. проекции, 1 вид, 1 чертеж в разрезе
Экскурсия в ВНР служила обменом опытом в области строительства вузов. Подробно описаны следующие высшие учебные заведения: Технический университет в Будапеште; вуз транспорта при техническом университете в Дьере; университет в Дебрецене; аграрно-научный вуз в Дебрецене; технический университет тяжелого машиностроения в Мишкольце.

KB 622.4 DK 727.3(438)

Korneli, P.
Hochschulbau in der Volksrepublik Polen
deutsche Architektur, Berlin 20 (1971) 7, S. 414 bis 421, 8 Abbildungen, 7 Grundrisse, 5 Schnitte, 10 Lagepläne, 4 Details
Neben den historischen Hochschulorten waren für die Standortentscheidung die zunehmenden Anforderungen der einzelnen Regionen Polens an ein bestimmtes Profil der Hochschulabsolventen ausschlaggebend. Diese Anforderungen wurden zur Grundlage von Hochschulgründungen in den Hauptstädten der Regionen. Die angestrebte territoriale Konzentration aller Ausbildungseinrichtungen einer Stadt auf einen oder mehrere Schwerpunkte ist in diesen Stadtstrukturplänen deutlich zu erkennen.
Die Freihaltung von geeignetem Entwicklungsgelände über einen Zeitraum von 20 und mehr Jahren bringt auch in der Volksrepublik Polen große Schwierigkeiten mit sich. Die Planungen von Hochschulkomplexen der Städte Lublin, Gdańsk, Poznań, Warschau, Torun, Kraków und Wroclaw werden eingehend beschrieben. Die Entwicklung der spezifischen Gebäudestruktur und der Architektur für Hochschulen wird an einigen Beispielen aus naturwissenschaftlichen Komplexen sowie an der Wohnheimentwicklung aufgezeigt.

414

УДК 727.3(438)

Korneli, P.
Строительство вузов в Польской Народной Республике
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 7, стр. 414 до 421, 8 илл., 7 гориз. проекций, 5 чертежей в разрезе, 10 планов расположения, 4 детали
Кроме исторических вузовских мест, для решения о местоположении были решительными возрастающие требования отдельных областей Польши к определенному уровню оканчивающих курсы. Эти требования стали основой учреждения вузов в главных городах областей. В этих городских структурных планах ясно обращает внимание на себя территориальное сосредоточение всех заведений образования данного города на одном или несколько центрах тяжести. Сохранение подходящих для развития территорий в свободном состоянии на период в 20 и больше лет влечет за собой заметные затруднения и для Польши. Подробно описано планирование вузовских комплексов в городах Люблине, Гданьске, Познани, Варшаве, Торуни, Кракове и Вроцлаве. Развитие специфической структуры зданий и архитектуры вузов показано на примерах из комплексов естественных наук и на создании жилых домов для студентов.

KB 622.4 DK 727.3(41)

Elvin, R.
Neue Unversitätsbauten in England
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 7, S. 422 bis 429, 9 Lagepläne, 21 Abbildungen
In England wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Universitäten neu geplant oder erweitert. Der Autor erläutert die Planungskonzeptionen der Universitäten Sussex, York, Bath, East Anglia, Liverpool, Lancaster, Surrey, Bradford, Essex und Warwick und beschreibt die Konstruktion und Gestaltung einer Reihe bereits fertiggestellter Hochschulbauten.

422

УДК 727.3(41)

Elvin, R.
Новые университетские сооружения в Англии
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 7, стр. 422 до 429, 9 планов расположения, 21 илл.
За последние годы в Англии проведены новое планирование или расширение ряда университетов. Автор разъясняет концепции планирования университетов Сассекс, Йорк, Бат, Ист-Энглия, Ливерпуль, Ланкастер, Сарри, Брадфорд, Эссекс и Уорик. Описаны конструкции и оформление ряда уже выполненных вузовских сооружений.

Summary	Résumé

DK 72:061.231:061.3

. . .

Resolution of the 6th Federal Congress of BDA/GDR
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 7, pp. 391–393
A resolution specifying responsibilities for the forthcoming years has been adopted by the 6th Federal Congress of the architects' association of the GDR. Prioriies will include promotion of architects' responsibility towards society, strive for optimum efficiency in terms of national economy and high artistic masterhood, reinforcement of socialist teamwork, and upgrading of architects.

DK 711.4.001.1:725+727(430.2)

Prendel, W.
New Performance Solutions for Public Buildings
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 7, pp. 394–401, 2 floor plans, 1 section, 1 view, 1 layout, 4 perspectives, 3 diagrams
Current introduction of the No. 70 Housing Construction System should be accompanied by efforts for new performance solutions applicable to public buildings in housing areas. These solutions should be designed for optimum integration with both the new housing construction system and the construction methods applied to the completion of multi-purpose structures. This seems to be the only economised approach to achieving significant efficiency of complex housing construction. Variable and flexible complex solutions may be worked out by approaching and overlapping methods and designs.
Necessary and possible combination of performances related to various spheres, such as children and adolescent education, supplies and retail trade, general education, sport services, and gastronomy, are investigated, with accounts being given of the present positions as achieved in some sub-complexes.
An orientation is suggested towards problems and processes of further development of public buildings in housing areas by means of numerous reviews and some design solutions prepared for certain areas. Possible overlapping of performances is indicated by a diagram depicting the centre of a housing area.

DK 727.3:61

Eberlein, K.
Space Arrangement of Clinical Laboratory and Research Complexes in Planning Schemes for Centres of Medical Education on University Level
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 7, pp. 406–409, 1 diagram, 3 plans, 3 isometric projections, 3 floor plans
Possible arrangements of laboratory spaces in centres of medical education are reduced deliberately to three essential and typical performance and design forms: space, band, and point solutions. Important aspects of end-use value, problems related to room arrangement and exploration of the laboratory and research complexes, and flows of persons and goods resulting from a given coordination of spaces are critically assessed and discussed for each solution. The intentions of the author are underlined by illustrations.

DK 727.3(439)

Lasch, R.; Gahler, E.
College Construction in the Hungarian People's Republic
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 7, pp. 411–413, 8 figs., 2 perspectives, 2 floor plans, 1 view, 1 section
A study tour was made to the Hungarian People's Republic for exchange on college construction. The following colleges and universities are descrieb in some detail: Technological University of Budapest, Transport College at the Technological University of Györ, University of Debrecen, Agricultural College of Debrecen, and the Technological University for the Heavy Engineering Industry of Miscolc.

DK 727.3(438)

Korneli, P.
College Construction in the People's Republic of Poland
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 7, pp. 414–421, 8 figs., 7 floor plans, 5 sections, 10 layouts, 4 details
Growing discipline-oriented regional demands for university graduates were the criteria by which sites were decided for the constructon of colleges nct located in traditional university cities. These demands provided the basis for the completion of colleges in the capitals of different regions of Poland. A clear-cut trend may be observed towards regional concentration on one or several priorities of all educational facilities in a given city.
Serious problems are faced also by the People's Republic of Poland regarding the need to reserve appropriate development space over periods of 20 years and more. The planning schemes for college complexes in the cities of Lublin, Gdansk, Poznan, Warsaw, Torun, Krakóv and Wroclav are described in detail. The development of a specific building structure and architecture for colleges is demonstrated by some examples related to science complexes and student homes.

DK 727.3(41)

Elvin, R.
New University Buildings in Britain
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 7, pp. 422–429, 9 layouts, 21 views
In England, a number of universities have been planned or expanded in recent years. The planning concepts for the universities of Sussex, York, Bath, East Anglia, Liverpool, Lancaster, Surrey, Bradford, Essex and Warwik are described together with the designs of some completed college structures.

391

DK 72:061.231:061.3

. . .

Résolution du VIe Congrès de l'Union des Architectes Allemands (BDA) dans la RDA
deutsche architektur, Berlin, 20 (1971) 7, p. 391–393
Au VIe Congrès de l'Union des Architectes Allemands dans la RDA une résolution sur les tâches de l'Union dans les années suivantes fut adoptée. Comme les tâches les plus importantes de l'Union furent soulignées l'augmentation de la responsabilité consciente des architectes envers de la société, l'orientation vers l'efficacité économique la plus élevée et de bons résultats artistiques, la favorisation du travail commun socialiste et la qualification des architectes.

394

DK 711.4.001.1:725+727(430.2)

Prendel, W.
Nouvelles solutions fonctionnelles bâtiments publics
deutsche architektur, Berlin, 20 (1971) 7, p. 394–401, 2 plans horiz., 1 coupe, 1 vue, 1 plan de site, 4 persp., 3 schémas
L'introduction du système de bâtiment de logements 70 exige aussi nouvelles solutions fonctionnelles pour des bâtiments publics dans la zone d'habitation, qu'on pourrait intégrer à une façon optimale au système de bâtiment des logements et aux systèmes de construction des bâtiments à l'usage multiple. Une approximation et superposition des méthodes de bâtiment et constructions permettent le développement des solutions complexes variables et flexibles. Les combibaisons nécessaires et flexibles des fonctions éducation des enfants et jeunes gens, commerce et approvisionnement, enseignement, sport et prestation des services et existence des restaurants sont étudiées et le niveau du développement des complexes partiels est indiqué. Sur la base des multiples aperçues et solutions de projets pour quelques sphères comme ci-dessus mentionnées l'auteur oriente aux problèmes et procès du développement ultérieur des bâtiments publics dans la zone d'habitation. Un projet schématique pour un centre de la zone d'habitation explique des superpositions possibles des fonctions.

406

DK 727.3:61

Eberlein, K.
A propos de la structure spaciale du complexe clinique de laboratoire et recherche pour la planification des facultés de médecine
deutsche architektur, Berlin, 20 (1971) 7, p. 406–409, 1 schéma, 3 plans, 3 isométries, 3 plans horiz.
L'auteur s'efforce à réduir conscientement les intégrations possibles des départements médiaux du complexe du laboratoire à trois formes essentielles et typiques de fonction et de configuration: solution en surface, solution en bande, solution en point. Les aspects décisifs de la valeur d'usage, problèmes du groupement des locaux et aménagement du complexe du laboratoire et de recherche et les afflux des personnes et marchandises pour l'intégration spaciale des départements sont critiqués et évalués pour chaque solution possible. Les illustrations expliquent et soulignent les intentions de l'auteur.

411

DK 727.3(439)

Lasch, R.; Gahler, E.
Construction d'universités dans la République Populaire de Hongrie
deutsche architektur, Berlin, 20 (1971) 7, p. 411–413, 8 fig., 2 persp., 2 plans horiz., 1 vue, 1 coupe
Voyage d'étude dans la République Populaire de Hongrie afin d'échanger des expériences dans le domaine du bâtiment d'universités. Explication détaillée de la construction des écoles supérieures et universités suivantes: université technique à Budapesthe, école supérieure des transports à l'université technique de Gyor, université de Debrecen, école supérieure des sciences agraires à Debrecen, université technique de la construction de machines lourdes à Miscole.

414

DK 727.3(438)

Korneli, P.
Construction d'écoles supérieures dans la République Populaire de Pologne
deutsche architektur, Berlin, 20 (1971) 7, p. 414–421, 8 fig., 7 plans horiz., 5 coupes, 10 plans de site, 4 détails
A côte des sites historiques pour les écoles supérieures, les exigences des différentes régions de la Pologne pour un profil déterminé des gradués déterminaient les décisions du site. Ces exigences furent la base des constructions universitaires dans les capitales régionales. Dans ces plans des structures urbaines on reconnait clairment la concentration territoriale désirée de tous les établissements d'enseignement d'une ville à un ou plusieurs points de gravité. Il est très difficile dans la République Populaire de Pologne à maintenir une réserve appropriée pour une période d'une vingtaine d'années et encore plus longtemps. Description détaillée des complexes universitaires dans les villes de Lubline, Gdansk, Poznan, Varsovie, Toroun, Krakov et Vroclav. Le développement de la structure spécifique des bâtiments et de l'architecture des écoles supérieures est expliqué avec quelques exemples des complexes des sciences naturelles et des foyers d'étudiants.

422

DK 727.3(41)

Elvin, R.
Nouveaux bâtiments universitaires en Angleterre
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 7, p. 422–429, 9 plans de site, 21 fig.
Dans les récentes années on a planifié ou étendu en Angleterre un nombre d'universités. L'auteur explique les conceptions de planification des universités de Sussex, York, Bath, East Anglia, Liverpool, Lancaster, Surrey, Bradford, Essex and Warwick et décrit la construction et la configuration d'un nombre de bâtiments universitaires déjà achevés.

31 409